

AUFTRAG



HEFT 246 / 2002

41. JAHRGANG



- Friedensgipfel – Weltfriedenstag
- Terrorismusbekämpfung
- Islam – westliche Welt – Christentum

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

EDITORIAL..... 3

WELTKIRCHE UND FRIEDENSETHIK

FRIEDENSGIPFEL DER RELIGIONEN IN ASSISI

Papst: Die Welt braucht Friedensstifter (KNA)..... 4

Erklärung zum Frieden: Recht auf ein würdiges

Leben (KNA) 5

WELTFRIEDENSTAG 2002

Papstbotschaft: Kein Friede ohne Gerechtigkeit,
keine Gerechtigkeit ohne Vergebung 6

Interview: Vergebung, ein Qualitätssprung
in der Reflexion über den Frieden (ZENIT) 11

Feier des Weltfriedenstages in Köln..... 24

SICHERHEITSPOLITIK, FRIEDENSETHIK UND TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Stellungnahmen zur Terrorismusbekämpfung:
Gemeinsame Erklärung des Evang. und des Kath.
Militärbischofs zum Einsatz deutscher Soldaten in
der Bekämpfung des Terrorismus 12

GKS-Bundesvorsitzender zum Terroranschlag gegen
die USA 12

GKS-Erklärung vom 28.11. 2001: Den Terror
bekämpfen – auch mit militärischen Mitteln 13

ZdK-Präsident Meyer: Der 11. September 2001 und
die Bedrohung unserer Gesellschaft 14

Zum individuellen und kollektiven Recht auf
Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta
(Thomas R. Elßner) 16

Einführung zum Arbeitspapier der EKD:
Auf steinigem Weg zum Frieden: „Friedensethik
in der Bewährung“ (Gerhars Arnold) 19

Paradigmenwechsel in der Bundeswehrausbildung
(Klaus Liebetanz) 20

Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen
(Thomas R. Elßner) 22

Die Lektion Kosovo (Eckhard Stuff) 23

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Islam und westliche Welt (Dieter Kilian) 25

Zwischen Freiheit und Verfolgung: Christen in
Ländern mit muslimischer Mehrheit (KNA) 31

Die Grundlagen des Islams – Ein Beitrag zur
Lehre Mohammeds (Volker W. Böhler) 38

Klappspaten und "Kultkiste" (Dietmar Süß) 42

Von Bonn nach Berlin – Entwicklung deutscher
Außenpolitik seit 1945 (Eckhard Stuff) 43

Willy Brandt: Schwächen als Stärken
(Eckhard Stuff) 44

Die Deutschen und die Briten
(Wolfgang Altendorf) 45

Die Polen und die Wehrmacht
(Joachim G. Görlich) 45

Europäische Wertestudie: Kein Trend zu
moralischer Dekadenz (KNA) 46

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

RENOVABIS-Kongress: Europa wächst zusammen
– aber wie? (Heinrich Dorndorf) 47

Papst zum Laienapostolat: Geistliches Leben
nicht auf Privatsphäre beschränken (KNA) 48

ZdK-Vollversammlung im Nov. 2001: Terror-
bekämpfung und Zuwanderungstreit (KNA) 49

Erklärung des ZdK: Gewalt zurückdrängen:
Kleinwaffen wirksam kontrollieren! 49

Kirche in den Medien: Nase vorn (KNA) 51

MANN IN DER KIRCHE

Männerseelsorge in Deutschland (Ludwig Schick) . 52

Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche
Männerarbeit 55

Gottes Wege sind unerforschlich (Paul Schulz) 58

KIRCHE UNTER SOLDATEN

KONGRESS DER EUROPÄISCHEN MILITÄRBISCHÖFE

Streitkräfte müssen der Friedenserstellung dienen . 59

Die Gesetzgebung zur Katholischen Militärseelsorge
in der Bundesrepublik Deutschland 59

90 % der Kriege seit 1945 in armen Ländern 60

AUS DER MILITÄRSEELSORGE

Mehr als eine Umbenennung (Georg Kestel) 61

Vorstand der ZV: Handbuch für Laiengremien
wird überarbeitet (Wilfried Puth) 62

Jakobuswallfahrt 2001: Der Weg ist das Ziel
(Heinz Kupke) 63

Weltjugendtag 2002 in Toronto / Kanada 68

Militärseelsorge im Bereich des Leitenden Militär-
dekans Kiel (ehem. WB I) 69

Militärseelsorge im Bereich des Leitenden Militär-
dekans Hannover (ehem. WB II) 70, 77

GKS im Bereich des Leitenden Militärdekans Köln-
Wahn (ehem. WB III) 71

GKS-Bad Neuenahr-Ahrweiler 72

GKS-Kreis Amberg 73

Auslandsstandort El Paso, Texas, USA 74

GKS im Bereich KLMD Sigmaringen: 74

GKS und BDJ: Gemeinsame Tagung

„Gerechter Friede“ 76

„Christen im Krieg“ 77

PERSONALIA 78

BUCHBESPRECHUNGEN 79-82

TERMINE 80

AUTOREN 80

editorial

Liebe Lesergemeinde!

Warum erscheint der erste AUFTRAG des Jahres erst Mitte Februar, statt zu Quartalsbeginn im Januar?, so wird sich manche(r) Leser(in) fragen. Die erste Mahnung (der Deutschen Bibliothek Leipzig, die als nationalbibliographisches Zentrum der Bundesrepublik Deutschland regelmäßig mit zwei Pflichtexemplaren beliefert werden muss) traf bereits am 11. Januar ein.

Nun eine Hobby-Redaktion mit zwei ehrenamtlichen Redakteuren ist gewissen Kapazitätswängen unterworfen. So war beabsichtigt, in diesem Heft Nr. 246 auch die September 2001 in Erfurt durchgeführte AMI-Konferenz und das 8. Seminar der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ von Anfang November 2001 zu dokumentieren. Aber als die Beiträge beinahe zusammen gestellt waren, mussten wir feststellen, dass eine Doppelnummer für die Stofffülle nicht ausgereicht hätte. So wurde der geplante AUFTRAG Nr. 246/247 wieder geteilt. Das bedeutet zumindest für diesen AUFTRAG eine Zeitverzögerung von gut einem Monat. Dafür wird das nächste Heft Nr. 247 mit dem Schwerpunkt Dokumentation AMI-Konferenz und GKS-Akademie voraussichtlich schon im März erscheinen.

Aber – und darüber sind wir gar nicht traurig – hat sich durch die Verzögerung doch die Möglichkeit ergeben, über den von Papst Johannes Paul II. nach Assisi zum 24. Januar eingeladenen Friedensgipfel der Religionsführer aktuell zu berichten. Damit eröffnet die Berichterstattung dieses Heftes. Es folgt die Botschaft des Hl. Vaters zum Weltfriedenstag, die über den offiziellen Termin des 1. Januar hinaus von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Die Rubrik „Sicherheitspolitik und Friedensethik“ steht – wie könnte es in der gegenwärtigen Weltsituation anders sein – wesentlich unter dem Thema Terrorismusbekämpfung, zu dem neben Meinungen und Erklärungen auch Hintergrundwissen zur besseren Urteilsbildung vermittelt wird. So haben zwei ehemalige Militärattachés, die in Pakistan und in Syrien eingesetzt waren, Beiträge zum Islam geliefert (Rubrik „Gesellschaft nah und fern“), die durch eine Dokumentation der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) über die Situation der Christen in muslimischen Ländern sinnvoll ergänzt werden.

Titelbild:

Friedensgipfel in Assisi am 24. Januar 2002. Mehr als 200 führende Vertreter von 12 Weltreligionen legen gemeinsam mit Papst Johannes Paul II. ein deutliches Bekenntnis zum Frieden ab: „Wir verurteilen jeden Rückgriff auf Gewalt und Krieg im Namen Gottes oder der Religion“.

Aber entdecken Sie, verehrte Leserin, lieber Leser, in der Fülle des angebotenen Stoffes selbst, was für Sie wichtig und interessant ist oder was Sie, weil nicht alles verdaut werden kann, getrost beiseite lassen.

Auf einen Beitrag soll jedoch noch hingewiesen werden, weil er eine besondere und noch nicht abschließend geklärte Situation verdeutlicht. Der Bischöfliche Beauftragte für die ZV und Geistliche Beirat der GKS, Militärdekan Msgr. Georg Kestel, stellt die Gründe für die Umbenennung, Umstrukturierung und Verlegung der bisherigen (Wehr-)Bereichsdekane zu Katholischen Leitenden Militärdekanen mit bestimmten Zuordnungen dar. Die Gründe sind einleuchtend, die Benennung vom Dienstrecht her nicht zu beanstanden.

Wenn aber bisher eine Benennung kaum einem Insider ohne Stolpern über die Lippen kam, geschweige denn von einem Außenstehenden verstanden wurde, wie „VORSITZENDER DES VORSTANDES DER ZENTRALEN VERSAMMLUNG DER KATHOLISCHEN SOLDATEN IM JURISDIKTIONSBEREICH DES KATHOLISCHEN MILITÄRBISCHOFES FÜR DIE DEUTSCHE BUNDESWEHR“, dann ist zu befürchten, dass auch Bezeichnungen wie „MODERATOR DER ARBEITSKONFERENZ DES KATHOLISCHEN LEITENDEN MILITÄRDEKANS KIEL/GLÜCKSBURG“ wenig verständlich sind – bei der militärischen Vorliebe für Abkürzungen kommt dann heraus „MAK-KLMD ...“, immerhin könnte u.U. ein „K“ eingespart werden. Was bei den Räten aber von Amts wegen angeordnet werden kann, müsste die GKS als freier Zusammenschluss erst noch ausdiskutieren und beschließen.

Wie soll die mittlere Ebene der GKS zukünftig organisiert werden? Zu vier Wehrbereichen?, das ergäbe riesige Bereiche mit weiten Entfernungen. Zuordnung der (Bereichs-)Vorsitzenden zu den KLMD und den entsprechenden Stellvertretern?, dann könnte es demnächst einen „VORSITZENDEN DER GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN IM BEREICH DES STELLVERTRETENDEN DEKANS DES KATHOLISCHEN LEITENDEN MILITÄRDEKANS BEI DER 4. LW DIV IN AURICH“ (Vors. GKS Bereich StellvMD Aurich) geben. Wenn allerdings die Neuordnung der Wehrbereiche die Ländergrenzen berücksichtigt, wäre es vielleicht sinnvoll, die GKS auf mittlerer Ebene nach Ländern zu gliedern, wobei es durchaus denkbar wäre, Länder zu sinnvollen Größen zusammen zu fassen (z.B. GKS in Niedersachsen und Bremen oder GKS Rheinlad-Pfalz und Saar).

Der letzte Absatz ist nicht unbedingt als karnevalistische Einlage gedacht, zumal Sie AUFTRAG 246 erst in den Händen halten, wenn diese närrische, fünfte Jahreszeit bereits durch die ernsthaftere Fastenzeit abgelöst wurde.

Trotzdem wünscht ich Ihnen auch heute noch ein gutes und gesegnetes Neues Jahr

Ihr Paul Schulz

FRIEDENSGIPFEL DER RELIGIONEN AM 24. JANUAR 2002 IN ASSISI

Papst beim Assisi Gipfel: Die Welt braucht Friedensstifter

Zu einer weltweiten Koalition für Frieden und Versöhnung haben Papst Johannes Paul II. und Vertreter von zwölf Weltreligionen am Donnerstag beim Friedensgipfel in Assisi aufgerufen. In Gebeten und kurzen Ansprachen wiesen sie jeden Versuch zurück, Gewalt durch Religion zu rechtfertigen, und forderten gerechtere internationale Strukturen. In der immer mehr zusammenwachsenden Welt könnten Sicherheit, Freiheit und Frieden nicht durch Gewalt, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen garantiert werden, heißt es in der zehn Punkte umfassenden Schlusserklärung (s. Kasten S. 5).

Ausdrücklich verurteilten die Repräsentanten der Weltreligionen jeden Rückgriff auf Krieg und Gewalt im Namen Gottes oder der Religion. Zum Abschluss der Feier entzündeten Papst Johannes Paul II., der zu dem Gipfel eingeladen hatte, und die Delegierten Lampen und tauschten den Friedensgruß.

„Nie wieder Krieg“

„Nie wieder Gewalt! Nie wieder Krieg! Nie wieder Terrorismus!“, rief der Papst in seinem Schlusswort. Jede Religion müsse „im Namen Gottes Gerechtigkeit und Frieden, Vergebung, Leben und Liebe“ auf der Erde verbreiten. Das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, Patriarch Bartholomaios von Konstantinopel, betonte, dass Frieden ein Geschenk Gottes sei

und seine Verwirklichung auch Liebe und Respekt gegenüber dem Mitmenschen verlange gemäß der Goldenen Regel: „Tu dem anderen das, was du willst, das dir getan wird“.

Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, Konrad Raiser, sagte, es gehe darum, die „Ursachen des Terrorismus zu beseitigen“. Die Gläubigen müssten ein friedliches und solidarisches Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen Ethnien, Kulturen und Religionen fördern, einen ehrlichen und geduldigen Dialog ausbauen und sich gegenseitig Irrtümer und Vorurteile „aus Vergangenheit und Gegenwart verzeihen“. Untrennbar sei Frieden an Gerechtigkeit gebunden. Kritisch äußerte sich die Versammlung zu einer blinden Fortschrittsgläubigkeit. Technologischer Fortschritt berge das Risiko von Zerstörung und Tod, wenn solidarisches Einverständnis unter den Völkern fehle.

„Wolken des Hasses zerstreuen“

Zum Auftakt des Treffens hatte der Papst erklärt, mit dem durch zahlreiche Fernsehsender weltweit verbreiteten Religionsgipfel wollten die Religionen ihren Beitrag leisten, um die „Wolken von Terrorismus, Hass und bewaffneten Konflikten zu zerstreuen, die in den letzten Monaten den Horizont der Menschheit verdunkelt haben“. Die Religionen hätten genügend Kraftquellen, um Spaltungen zu überwinden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern,

betonte das Kirchenoberhaupt. Konflikte seien oft die Folge „ungerechter Verquickung von Religion mit nationalistischen, politischen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen“.

Am Morgen waren Johannes Paul II. und die Religionsführer mit einem streng bewachten Sonderzug auf dem Bahnhof von Santa Maria degli Angeli unterhalb von Assisi angekommen, wo Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi die Gäste begrüßte. Auf den Stationen entlang der Bahnstrecke wurde der Zug von vielen tausend Menschen begrüßt. Im Papamobil begab sich das Kirchenoberhaupt nach der Ankunft sofort zur Franziskus-Basilika.

„Die gemeinsame Zukunft retten“

Bartholomaios betonte in einem Gebet, die Religionen müssten zu Friedensstiftern werden. Auch der anglikanische Bischof Richard Garrad mahnte, alle Glaubensrichtungen müssten sich praktisch und prophetisch für Versöhnung einsetzen. Für die Anhänger der westafrikanischen Voodoo-Kulte sagte der aus Benin angereiste Häuptling Amadou Gasseto, im 21. Jahrhundert müsse eine gerechtere und brüderliche Welt errichtet werden. Für die Hindus erklärte Didi Talwalkar, die Weltreligionen müssten eine „Koalition“ bilden, um die gemeinsame Zukunft zu retten.

Der Scheich der Kairoer Al-Azhar-Moschee, Mohammed Tantawi, ließ durch einen Stellvertreter erklären, alle monotheistischen Religionen lehrten die Beachtung von Werten wie Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Frieden und Wohlstand. Sie predigten die Zusammenarbeit unter den Völkern und nicht die Aggression, betonte das Oberhaupt der von Muslimen in aller Welt anerkannten theologischen Institution.

Der Präsident des Leitungsgremiums des World Jewish Council, Rabbi Israel Singer, setzte sich für eine Wende in der israelischen Palästina-Politik ein. Juden wie Muslime müssten sich die Frage stellen, ob Land und Orte wichtiger seien als Menschenleben. Solange dies nicht geschehe, könne es keinen Frieden geben. (KNA)



In einer vor der Franziskus-Basilika provisorisch errichteten Mehrzweckhalle aus Leichtmetall und Plastikbahnen erteilten die Würdenträger der Religionen, Patriarchen und Metropoliten vor einer schmucklosen bordeauxroten Wand jeglicher Gewalt eine radikale Absage. (KNA-Bild)

RELIGIONSGIPFEL VERABSCHIEDET ERKLÄRUNG ZUM FRIEDEN

Recht auf ein würdiges Leben

Zum Abschluss des interreligiösen Friedensgipfels in Assisi haben die Vertreter von 12 Weltreligionen und 31 christlichen Kirchen und Gemeinschaften eine Erklärung verabschiedet. Die Katholische Nachrichten Agentur (KNA) dokumentiert den Text in eigener Übersetzung:

Gemeinsame Verpflichtung für den Frieden

Versammelt hier, in Assisi, haben wir gemeinsam über den Frieden reflektiert, der Geschenk Gottes und Gut der gesamten Menschheit ist. Auch wenn wir unterschiedlichen religiösen Traditionen angehören, bekräftigen wir, dass es zum Aufbau des Friedens nötig ist, den Nächsten zu lieben und die Goldene Regel zu beachten:

„Tu dem anderen das, was Du willst, das Dir getan wird.“

In dieser Überzeugung werden wir nicht müde, in der großen Baustelle des Friedens zu arbeiten und dazu (halten wir fest):

1. Wir verpflichten uns, unsere feste Überzeugung zu proklamieren, dass Gewalt und Terrorismus im Kontrast zu einem echten religiösen Geist stehen. Wir verurteilen jeden Rückgriff auf Gewalt und Krieg im Namen Gottes oder der Religion und verpflichten uns, alles Mögliche zu tun, um die Ursachen des Terrorismus auszumerzen.
2. Wir verpflichten uns, die Menschen zu gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Hochachtung zu erziehen, damit sich ein friedliches und solidarisches Zusammenleben zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Religionen realisieren lässt.
3. Wir verpflichten uns, die Kultur des Dialogs zu fördern, damit gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen den Einzelnen und Völkern wachsen, die Voraussetzung für einen echten Frieden sind.
4. Wir verpflichten uns, das Recht jeder menschlichen Person auf ein würdiges Leben gemäß seiner eigenen kulturellen Identität zu verteidigen und auf die freie Gründung einer eigenen Familie.
5. Wir verpflichten uns zum aufrichtigen und geduldigen Dialog, nicht um aufzuspüren, wie sehr uns unüberwindbare Mauern trennen, sondern um im Gegenteil zu erkennen, dass die Begegnung mit einer anderen Realität zu besserem gegenseitigen Verständnis beitragen kann.
6. Wir verpflichten uns, uns gegenseitig die Irrtümer und Vorurteile in Vergangenheit und Gegenwart zu verzeihen. Wir müssen uns im gemeinsamen Bemühen unterstützen, Egoismus und Missbrauch, Hass und Gewalt zu besiegen, und aus der Vergangenheit zu lernen, dass Friede ohne Gerechtigkeit kein echter Friede ist.
7. Wir verpflichten uns, an der Seite der Leidenden und Verlassenen zu stehen und uns zur Stimme derer zu machen, die selber keine Stimme haben. Wir müssen konkret an der Überwindung solcher Situationen mitwirken, in der Überzeugung, dass niemand allein glücklich sein kann.
8. Wir verpflichten uns, uns den Schrei derer zu Eigen zu machen, die nicht vor Gewalt und vor dem Bösen resignieren. Wir wollen mit all unseren Kräften dazu beitragen, der Menschheit unserer Zeit eine echte Hoffnung auf Gerechtigkeit und Frieden zu geben.
9. Wir verpflichten uns, jede Initiative zu ermutigen, die Freundschaft zwischen den Völkern fördert, in der Überzeugung, dass technologischer Fortschritt ein steigendes Risiko von Zerstörung und Tod für die Welt einschließt, wenn solidarisches Einverständnis unter den Völkern fehlt.
10. Wir verpflichten uns, die Verantwortlichen der Nationen aufzufordern, alle Anstrengungen zu unternehmen auf nationaler wie internationaler Ebene, dass eine Welt in Solidarität und Frieden erbaut und gefestigt wird auf der Grundlage von Gerechtigkeit.

Wir, Angehörige von unterschiedlichen religiösen Traditionen, werden nicht müde, zu proklamieren, dass Frieden und Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen sind, und dass Frieden in Gerechtigkeit die einzige Straße ist, auf der die Menschheit in eine Zukunft der Hoffnung gehen kann. Wir sind überzeugt, dass in einer Welt mit immer offeneren Grenzen und immer kürzeren Entfernungen, in der die Beziehungen durch ein dichtes Netz von Kommunikation immer leichter werden, Sicherheit, Freiheit und Frieden nicht durch Gewalt, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen garantiert werden können.

Möge Gott unsere Vorschläge segnen und der Welt Gerechtigkeit und Frieden schenken. (KNA)



KEIN FRIEDE OHNE GERECHTIGKEIT, KEINE GERECHTIGKEIT OHNE VERGEBUNG

Zusammenfassung und erste Bewertung der Friedensbotschaft

KNA-REDAKTEUR LUDWIG RING EIFEL

Exakt drei Monate nach den Terroranschlägen in den USA hat Papst Johannes Paul II. sich erstmals umfassend in einem Dokument zu den neuen Formen des Terrorismus geäußert. In einer am 11. Dezember 2001 veröffentlichten Botschaft zum katholischen Weltfriedenstag 2002 formulierte er die Haltung der katholischen Kirche zu diesem Phänomen, dessen Folgen nach seiner Überzeugung den Weltfrieden bedrohen. Mit dem Text beseitigte Johannes Paul II. zugleich einige Unklarheiten in vatikanischen Äußerungen, die sich in der Folge des 11. September ergeben hatten. Kernpunkt der Papstäußerungen sind die kompromisslose Verurteilung aller Formen des Terrorismus, das Recht auf Verteidigung gegen diese Gewaltakte einschließlich der Verfolgung der Schuldigen sowie der Aufruf zu einer „Politik der Vergebung“ zur Überwindung der Gewalt. Ausführlich geht der Papst in dem Text auf den religiös gefärbten Terrorismus fundamentalistischer Prägung ein. Er appelliert an die Religionsführer von Juden, Christen und Muslimen, durch eine „öffentliche Verurteilung des Terrorismus denjenigen, die sich an ihm beteiligen, jede Form religiöser oder moralischer Legitimität zu entziehen“. Damit auch nicht der geringste Zweifel bleibt, betont der Papst zugleich, es könne „kein Verantwortlicher der Religionen dem Terrorismus gegenüber Nachsicht üben, und noch weniger kann er ihn predigen“.

Johannes Paul II. verurteilt unter der Überschrift „Man tötet nicht im Namen Gottes“ die Auftraggeber der Selbstmordattentäter vom 11. September in einer Schärfe, wie sie in päpstlichen Dokumenten nicht oft zu finden ist. Die Terrororganisationen benutzten ihre Anhänger als Waffen und machten damit „auf erschütternde Weise den Todesdrang offenkun-

dig, der sie speist“, schreibt der Papst. An anderer Stelle qualifiziert er den Terrorismus als „Verbrechen gegen die Menschheit“ und stellt ihn damit auf eine Stufe mit Ausrottungskriegen und Völkermord. Und in einer klaren Anspielung auf die Botschaften islamistischer Attentäter schreibt er, es sei eine „Profanierung der Religion, sich als Terroristen im Namen Gottes zu bezeichnen“. Zwar äußerte sich der Papst schon häufig zum Terrorismus und verurteilte immer wieder die altbekannten Formen dieser Gewalt in Nordirland ebenso wie im Baskenland, in Südamerika nicht anders als auf den Philippinen. Und auch nach den Anschlägen vom 11. September hat er rund ein Dutzend mal den Terror verurteilt. Doch noch nie hat er sich so umfassend mit den religiös motivierten Selbstmordattentätern und ihrer Ideologie auseinandergesetzt. Im Vatikan ist zu hören, dass der jetzt veröffentlichte Text erst sehr kurzfristig verfasst wurde, nachdem zunächst eine andere, weniger spektakuläre Friedensbotschaft in Vorbereitung gewesen sei. Mit dem jetzt veröffentlichten, wichtigen Text habe der Papst zweierlei bezweckt. Zum einen wolle er in einer Zeit der weltweiten

Verängstigung klare Leitlinien geben, zum anderen habe er das mögliche Missverständnis ausräumen wollen, dass er die neue Qualität des weltweiten Terrors nicht begriffen habe und blauäugig einen unpolitischen Pazifismus predige.

Bei allem Gewinn an Klarheit lässt aber auch die neue Botschaft des Papstes noch Raum für unterschiedliche Auslegungen. So ist die zentrale Frage, ob er die Militäraktionen der USA gegen die Taliban in Afghanistan billigend in Kauf nimmt, weiterhin nicht mit letzter Sicherheit zu beantworten. Zwar heißt es in dem Text: Die „strafrechtliche Verantwortung ist immer personal und darf daher nicht auf die Nationen, Ethnien und Religionen, denen die Terroristen angehören, ausgedehnt werden.“ Dennoch erklärte der Sekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Bischof Giampaolo Crepaldi, bei der Pressevorstellung des Dokuments im Vatikan, die Angriffe gegen die Taliban gehörten vermutlich mit zur Ausübung des Rechtes auf Selbstverteidigung. Es bleibt daher weiter spannend, was der Papst in den kommenden Wochen zum Thema Krieg und Frieden sagen wird. □

Wortlaut der päpstlichen Friedensbotschaft

Dieses Jahr wird der Weltfriedenstag vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse vom vergangenen 11. September begangen. An jenem Tag ist ein Verbrechen schrecklichen Ausmaßes verübt worden: innerhalb weniger Minuten wurden Tausende unschuldiger Menschen verschiedener ethnischer Herkunft auf grauenvolle Weise getötet. Seither haben die Menschen auf der ganzen Welt mit neuer Intensität das Bewusstsein der persönlichen Verwundbarkeit erfahren; sie haben be-

gonnen, mit einem tiefen, bis dahin nicht gekannten Angstgefühl in die Zukunft zu schauen. Angesichts solcher seelischer Zustände möchte die Kirche ein Zeugnis ihrer Hoffnung geben, in der Überzeugung, dass das Böse, das *mysterium iniquitatis*, in den Wechselfällen des menschlichen Lebens nicht das letzte Wort hat. Die in der Heiligen Schrift umrissene Heilsgeschichte wirft helles Licht auf die gesamte Geschichte der Welt, indem sie aufzeigt, wie diese immer von Gottes barmherziger und weiser

Sorge begleitet wird, welcher die Wege kennt, um selbst die verhärteten Herzen zu berühren und von trockenem, unfruchtbarem Boden gute Früchte zu ernten.

Das ist die Hoffnung, an der die Kirche zu Beginn des Jahres 2002 festhält: Durch die Gnade Gottes wird die Welt, in der die Macht des Bösen wieder einmal die Oberhand zu haben scheint, tatsächlich in eine Welt verwandelt werden, in der die edelsten Bestrebungen des menschlichen Herzens befriedigt werden können, eine Welt, in der sich der wahre Friede durchsetzen wird.

Der Friede: Werk der Gerechtigkeit und der Liebe

Die blutigen Geschehnisse der jüngsten Vergangenheit haben mich dazu bewegt, einen Gedanken wieder aufzunehmen, der mir in der Erinnerung an die geschichtlichen Ereignisse, die mein Leben, besonders in meinen Jugendjahren, gezeichnet haben, aus tiefstem Herzen kommt.

Die unermesslichen Leiden der Völker und der Einzelnen, darunter auch nicht wenige meiner Freunde und Bekannten, verursacht durch die totalitären Regime des Nationalsozialismus und des Kommunismus, haben stets meine Seele bedrängt und mich zum Gebet angeregt. Oftmals habe ich innegehalten, um über die Frage nachzudenken: *Welcher Weg führt zur vollen Wiederherstellung der so grausam verletzen sittlichen und sozialen Ordnung?* Durch Nachdenken und in der persönlichen Beschäftigung mit der biblischen Offenbarung bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass sich die zerbrochene Ordnung nicht voll wiederherstellen lässt, außer indem man Gerechtigkeit und Vergebung miteinander verbindet. *Die Stützpfiler des wahren Friedens sind die Gerechtigkeit und jene besondere Form der Liebe, wie sie die Vergebung darstellt.*

Aber wie kann man unter den aktuellen Umständen von Gerechtigkeit und zugleich von Vergebung als Quellen und Bedingungen des Friedens reden? Meine Antwort lautet, *man kann und man muss* davon reden, ungeachtet der Schwierigkeiten, die solches Reden in sich birgt,

auch deshalb, weil man gewöhnlich an Gerechtigkeit und Vergebung als alternative Begriffe denkt. Die Vergebung steht im Gegensatz zum Groll und zur Rache, nicht zur Gerechtigkeit. Der wahre Friede ist in Wirklichkeit ein »Werk der Gerechtigkeit« (Jes 32, 17). Der Friede ist, wie das II. Vatikanische Konzil erklärt hat, »die Frucht der Ordnung, die ihr göttlicher Gründer selbst in die menschliche Gesellschaft eingestiftet hat und die von den Menschen durch stetes Streben nach immer vollkommenerer Gerechtigkeit verwirklicht werden muss« (Pastoralkonstitution *Caudium et spes*, Nr. 78). Seit über fünfzehn Jahrhunderten erklingt in der katholischen Kirche die Lehre des Augustinus von Hippo, der uns daran erinnert, dass der Friede, der mit dem Zutun aller anzustreben ist, in der *tranquillitas ordinis*, in der Ruhe der Ordnung besteht (vgl. *De civitate Dei*, 19,13).

Der wahre Friede ist daher Frucht der Gerechtigkeit, sittliche Tugend und rechtliche Garantie, die über die volle Achtung der Rechte und Pflichten und über die gerechte Aufteilung von Nutzen und Lasten wacht. Da aber die menschliche Gerechtigkeit, die nun einmal den Grenzen und Egoismen von Personen und Gruppen ausgesetzt ist, immer zerbrechlich und unvollkommen ist, muss sie in der *Vergebung, die die Wunden heilt und die tief gehende Wiederherstellung der gestörten menschlichen Beziehungen bewirkt*, praktiziert und gewissermaßen vervollständigt werden. Das gilt sowohl in den Spannungen, die Einzelpersonen betreffen, wie in jenen von übergeordneter und auch internationaler Tragweite. Die Vergebung widersetzt sich in keiner Weise der Gerechtigkeit, weil sie nicht auf einer Aufhebung der berechtigten Wiedergutmachungsansprüche für die verletzte Ordnung besteht. Die Vergebung strebt vielmehr jene Fülle von Gerechtigkeit an, welche die Ruhe der Ordnung herbeiführt; diese bedeutet weit mehr als eine zerbrechliche und vorübergehende Einstellung von Feindseligkeiten, nämlich eine tiefgreifende Heilung der in den Herzen blutenden Wunden. Wesentlich für eine solche Heilung sind beide, die Gerechtigkeit und die Vergebung.

Das sind die beiden Dimensionen des Friedens, die ich in dieser Bot-

schaft aufzeigen möchte. Der Weltfriedenstag bietet in diesem Jahr der ganzen Menschheit und besonders den Staatsoberhäuptern Gelegenheit, über die Anforderungen der Gerechtigkeit und über den Aufruf zur Vergebung angesichts der schwerwiegenden Probleme nachzudenken, welche die Welt weiterhin quälen, darunter nicht zuletzt *die vom organisierten Terrorismus herbeigeführte neue Stufe der Gewalt*.

Das Phänomen des Terrorismus

Gerade der auf Gerechtigkeit und Vergebung gegründete Friede ist es, der heute vom internationalen Terrorismus angegriffen wird. In den letzten Jahren, besonders nach dem Ende des kalten Krieges, ist der Terrorismus zu einem hoch entwickelten Netz des politischen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenwirkens geworden, das die nationalen Grenzen überschreitet und sich anschickt, die ganze Welt zu umgarnen. Es handelt sich um Organisationen im wahrsten Sinn des Wortes, die oft mit beachtlichen Geldmitteln ausgestattet sind und Strategien auf breiter Ebene ausarbeiten, wobei sie unschuldige Personen treffen, die mit den von den Terroristen verfolgten Zielen überhaupt nichts zu tun haben.

Wenn diese Terrororganisationen ihre eigenen Anhänger als Waffen benutzen, um sie gegen unbewaffnete, ahnungslose Menschen loszuschicken, machen sie damit auf erschütternde Weise den Todesdrang offenkundig, der sie speist. Der Terrorismus entspringt dem Hass und erzeugt Isolierung, Misstrauen und Abschottung. Gewalt gesellt sich zu Gewalt, in einer tragischen Spirale, die auch die jungen Generationen mithineinzieht, die so den Hass erben, der schon frühere Generationen entzweit hat. *Der Terrorismus basiert auf der Verachtung des Lebens des Menschen*. Deshalb bildet er nicht allein den Grund für unerträgliche Verbrechen, sondern stellt selbst ein *wirkliches Verbrechen gegen die Menschheit* dar, insofern er auf den Terror als politische und wirtschaftliche Strategie zurückgreift.

Es besteht daher ein Recht auf Verteidigung gegen den Terrorismus. Es ist ein Recht, das sich wie

jedes andere bei der Wahl sowohl der Ziele wie der Mittel an moralische und rechtliche Regeln halten muss. Die Identifikation der Schuldigen muss entsprechend bewiesen werden, weil die strafrechtliche Verantwortung immer personal ist und daher nicht auf die Nationen, Ethnien und Religionen, denen die Terroristen angehören, ausgedehnt werden kann. Die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen das terroristische Treiben muss auch einen besonderen Einsatz auf politischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Ebene beinhalten, um mutig und entschlossen etwaige Situationen von Unterdrückung und Ausgrenzung aufzulösen, die den Ursprung für Terrorpläne bilden könnten. Denn die Anwerbung von Terroristen wird in einem sozialen Umfeld erleichtert, wo Rechte verletzt und Ungerechtigkeiten allzu lange geduldet werden.

Es muss jedoch mit aller Klarheit festgestellt werden, dass die in der Welt bestehenden Ungerechtigkeiten niemals als Entschuldigung zur Rechtfertigung von Terroranschlägen gebraucht werden können. Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass zu den Opfern des radikalen Zusammenbruchs der Ordnung, wie er von den Terroristen bezweckt wird, in erster Linie die Millionen Männer und Frauen gehören, die am wenigsten dagegen gewappnet sind, den Zusammenbruch der internationalen Solidarität auszuhalten. Ich spiele im Besonderen auf die Völker der Entwicklungsländer an, die ohnehin schon in Randsituationen leben, in denen es um das bloße Überleben geht; sie wären von einem globalen wirtschaftlichen und politischen Chaos am schmerzlichsten betroffen. Der Anspruch des Terrorismus, im Namen der Armen zu handeln, ist eine offenkundige Unwahrheit.

Man tötet nicht im Namen Gottes!

6 Wer durch die Ausführung von Terroranschlägen tötet, hegt Gefühle der Verachtung für die Menschheit und manifestiert Hoffnungslosigkeit gegenüber dem Leben und der Zukunft: alles kann aus dieser Sicht gehasst und zerstört werden. Der Terrorist meint, der von ihm geglaubten Wahrheit bzw. dem erlit-

tenen Leid komme eine derart absolute Bedeutung zu, dass sie ihn dazu berechtigen, mit der Zerstörung auch unschuldiger Menschenleben zu reagieren. Bisweilen ist der Terrorismus das Kind eines fanatischen *Fundamentalismus*, der aus der Überzeugung entsteht, allen die Annahme der eigenen Sichtweise der Wahrheit auferlegen zu können. Die Wahrheit kann jedoch auch dann, wenn sie erlangt wird – und das geschieht immer auf eine begrenzte und vervollkommnungsfähige Weise –, niemals aufgezwungen werden. Die Achtung vor dem Gewissen des anderen, in dem sich das Abbild Gottes selbst widerspiegelt (vgl. *Gen 1, 26-27*), gestattet nur, die Wahrheit dem Anderen vorzulegen; an ihm liegt es dann, sie verantwortungsvoll anzunehmen. Die Anmaßung, das, was man selbst für die Wahrheit hält, anderen gewaltsam aufzuzwingen, bedeutet, dass dadurch die Würde des Menschen verletzt und schließlich Gott, dessen Abbild er ist, beleidigt wird. Darum ist der fundamentalistische Fanatismus eine Haltung, die in radikalem Gegensatz zum Glauben an Gott steht. Wenn wir genau hinschauen, *instrumentalisiert der Terrorismus nicht nur den Menschen, sondern auch Gott*, indem er ihn schließlich zu einem Götzen macht, dessen er sich für seine Zwecke bedient.

7 *Kein Verantwortlicher der Religionen kann daher dem Terrorismus gegenüber Nachsicht üben und noch weniger kann er ihn predigen.* Es ist eine Profanierung der Religion, sich als Terroristen im Namen Gottes zu bezeichnen, dem Menschen im Namen Gottes Gewalt anzutun. Die terroristische Gewalt steht im Gegensatz zum Glauben an Gott, den Schöpfer des Menschen, an Gott, der sich um den Menschen kümmert und ihn liebt. Insbesondere steht er völlig im Gegensatz zum Glauben an Christus den Herrn, der seine Jünger zu beten gelehrt hat: »Erlas uns unsere Schulden, wie auch wir sie unseren Schuldnern erlassen haben« (*Mt 6,12*).

In der Nachfolge der Lehre und des Beispiels Jesu sind die Christen davon überzeugt, dass Barmherzigkeit üben bedeutet, die Wahrheit unseres Lebens voll zu leben: Wir können und müssen barmherzig sein,

weil uns von einem Gott, der die erbarmende Liebe ist, Barmherzigkeit erwiesen worden ist (vgl. *1 Joh 4,7-12*). Der Gott, der uns durch seinen Eintritt in die Geschichte erlöst und im Drama des Karfreitags den Sieg des Ostertages vorbereitet, ist ein Gott des Erbarmens und der Vergebung (vgl. *Ps 103,3-4.10-13*). Gegenüber denen, die ihn angriffen, weil er mit den Sündern zusammen aß, hat sich Jesus so ausgedrückt: »Darum lern, was es heißt: Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer. Denn ich bin gekommen, die Sünder zu rufen, nicht die Gerechten« (*Mt 9,13*). Die Jünger Christi, getauft auf seinen Tod und seine Auferstehung, müssen immer Männer und Frauen der Barmherzigkeit und der Vergebung sein.

Die Notwendigkeit der Vergebung

8 *Was aber bedeutet das Vergeben konkret? Und warum müssen wir vergeben?* Das Sprechen über die Vergebung kann diesen Fragestellungen nicht ausweichen. Indem ich eine Überlegung aus meiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1997 (»Biete die Vergebung an, empfangen den Frieden«) wieder aufgreife, möchte ich daran erinnern, dass die Vergebung, noch bevor sie ein gesellschaftliches Faktum wird, ihren Sitz im Herzen eines jeden hat. Nur in dem Maße, in dem sich eine Ethik und eine Kultur des Vergebens herausbildet, kann man eine »Politik der Versöhnung« erhoffen, die ihren Niederschlag in sozialen Verhaltensweisen und rechtsstaatlichen Einrichtungen findet, in denen die Gerechtigkeit selbst ein menschliches Antlitz annimmt.

In Wirklichkeit ist die Vergebung eine persönliche Entscheidung, eine Option des Herzens, die sich gegen den spontanen Instinkt richtet, das Böse mit dem Bösen zu beantworten. Diese Option findet ihr Richtmaß in der Liebe Gottes, die uns trotz unserer Sünde annimmt. Ihr höchstes Vorbild ist die Vergebung Christi, der am Kreuz gebetet hat: »Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun« (*Lk 23,34*).

Die Vergebung gestaltet sich daher nach göttlichem Ursprung und Maß. Dies schließt allerdings nicht aus, dass man ihren Wert auch im

Papst Johannes Paul II. hat am 10. Januar vor den 172 beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschaftern und fünf Sonderbeobachtern Bilanz über die Weltlage aus der Perspektive des Evangeliums gezogen. Der Kampf gegen den Terrorismus, die europäische Integration, die Gewalt im Heiligen Land, die schwierige soziale Situation in Lateinamerika und die vergessenen Konflikte in Afrika waren die Hauptthemen der traditionellen päpstlichen Neujahrsansprache. (Foto KNA-Bild)



Licht vernünftiger menschlicher Überlegungen erfassen kann. Als erste von allen jene, die mit der Erfahrung zusammenhängt, dass der Mensch, der Böses begeht, in sich selbst verschlossen lebt. Er wird sich seiner Zerbrechlichkeit bewusst und hofft auf die Nachsicht der anderen. Warum also sollte man sich den anderen gegenüber nicht so verhalten, wie man selbst behandelt zu werden wünscht? Jeder Mensch hegt in sich die Hoffnung, das Leben in seinem Verlauf von neuem beginnen zu können und nicht für immer Gefangener der eigenen Irrtümer und Schuld zu bleiben. Er träumt davon, den Blick wieder zu erheben und in die Zukunft zu richten, um noch Perspektiven des Vertrauens und des Einsatzes entdecken zu können.

9 Als menschliche Handlung ist die Vergebung zunächst eine Initiative des Einzelnen in seiner Beziehung zu den anderen, ihm ähnlichen Geschöpfen. Der Mensch hat jedoch eine wesentliche soziale Dimension, kraft welcher er ein Netz von Beziehungen knüpft, in denen er sich selbst zum Ausdruck bringt – leider nicht nur im Guten, sondern auch im Bösen. Die Folge davon ist, dass sich die Vergebung *auch auf sozialer Ebene als notwendig* erweist. Die Familien, die Gruppen, die Staaten, die Völkergemeinschaft selbst müssen sich der Vergebung öffnen, um unterbrochene Verbindungen wieder aufzunehmen, um Situationen einer fruchtlosen gegenseitigen Verurteilung zu überwinden, um über die Versuchung zu siegen, die anderen auszuschließen, indem man ihnen die Berufungsmöglichkeit verwehrt. *Die Fähigkeit zur Vergebung liegt jedem Plan für eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft in der Zukunft zugrunde.*

Umgekehrt kommt die versäumte Vergebung, besonders wenn dadurch die Fortdauer von Konflikten geschürt wird, der Entwicklung der Völker sehr teuer zu stehen. Die Ressourcen werden verwendet, um den Rüstungswettlauf, die Kriegskosten und die Folgen wirtschaftlicher Repressalien zu tragen. Damit fehlen die notwendigen Geldmittel, um Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit voranzubringen. Unter wie vielen Schmerzen leidet die Menschheit, weil sie sich nicht zu versöhnen weiß, weil sie nicht zu vergeben weiß! *Der Friede ist die Voraussetzung für die Entwicklung, aber ein wirklicher Friede wird nur durch die Vergebung ermöglicht.*

Die Vergebung, der Hauptweg

10 Das Angebot der Vergebung ist weder unmittelbar zu verstehen, noch mühelos anzunehmen; es ist eine in gewisser Hinsicht paradoxe Botschaft. Tatsächlich schließt die Vergebung immer kurzfristig einen *scheinbaren* Verlust ein, während sie langfristig einen *tatsächlichen* Gewinn sicherstellt. Die Gewalt ist das genaue Gegenteil; sie entscheidet sich für einen kurzfristigen Gewinn, bereitet aber auf lange Sicht einen tatsächlichen, anhaltenden Verlust vor. Die Vergebung könnte als eine Schwäche erscheinen; in Wirklichkeit setzt sie, sowohl um gewährt wie

um angenommen zu werden, eine große geistige Kraft und einen bewährten moralischen Mut voraus. Weit davon entfernt, die Person herabzusetzen, führt die Vergebung sie zu einem erfüllten und reicheren Menschsein, das fähig ist, in sich einen Strahl des Glanzes des Schöpfers widerzuspiegeln.

Das Amt, das ich im Dienst des Evangeliums ausübe, lässt mich nachdrücklich die Pflicht spüren und verleiht mir zugleich die Kraft, auf der Notwendigkeit der Vergebung zu bestehen. Das tue ich auch heute, getragen von der Hoffnung, ruhige und reife Überlegungen im Hinblick auf eine *allgemeine Erneuerung in den Herzen der Menschen und in den Beziehungen zwischen den Völkern der Erde* wecken zu können.

11 Beim Nachdenken über das Thema Vergebung kann man nicht umhin, an einige tragische Konfliktsituationen zu erinnern, die schon seit allzu langer Zeit tiefe und quälende Hassgefühle schüren, was wiederum eine unaufhaltsame Spirale persönlicher und kollektiver Tragödien zur Folge hat. Ich nehme im Besonderen auf die Geschehnisse im Heiligen Land Bezug, dem gesegneten und heiligen Ort der Begegnung Gottes mit den Menschen, dem Ort des Lebens, des Todes und der Auferstehung Jesu, des Friedensfürsten.

Die heikle weltpolitische Situation macht es erforderlich, mit Nach-

druck erneut die Dringlichkeit einer Lösung des arabisch-israelischen Konflikts hervorzuheben, der mit sich abwechselnden mehr oder weniger heißen Phasen nun seit über fünfzig Jahren andauert. Der ständige Rückgriff auf Terrorakte oder Krieg, der die Lage aller erschwert und in die Aussichtslosigkeit führt, muss endlich entschlossenen Verhandlungen Platz machen. Die Rechte und Ansprüche jeder Seite werden in gerechtem Ausgleich gebührend Berücksichtigung finden können, wenn und sobald bei allen der Wille zu Gerechtigkeit und Versöhnung vorherrscht. An jene geliebten Völker richte ich erneut die deutliche Aufforderung, sich um eine neue Ära gegenseitiger Achtung und konstruktiven Einvernehmens zu bemühen.

Interreligiöse Verständigung und Zusammenarbeit

12 Eine besondere Verantwortung bei dieser groß angelegten Bemühung tragen die religiösen Führer. Die christlichen Konfessionen und die großen Religionen der Menschheit müssen zusammenarbeiten, um die sozialen und kulturellen Ursachen des Terrorismus zu beseitigen; sie müssen die Größe und Würde der menschlichen Person lehren und eine größere Bewusstheit von der Einheit des Menschengeschlechts verbreiten. Es handelt sich um einen klar bestimmten Bereich des Dialogs und der ökumenischen und interreligiösen Zusammenarbeit, um einen dringend erforderlichen Dienst der Religionen am Frieden zwischen den Völkern.

Im Besonderen bin ich davon überzeugt, dass die religiösen Führer der Juden, der Christen und der Muslime durch die öffentliche Verurteilung des Terrorismus die Initiative ergreifen sollen, indem sie denjenigen, die sich an ihm beteiligen, jede Form religiöser oder moralischer Legitimation verweigern.

13 Wenn die Führer der Religionen der Welt gemeinsam die sittliche Wahrheit bezeugen, nach welcher der vorsätzliche Mord des Unschuldigen immer, überall und ohne Ausnahme, eine schwere Sünde ist, werden sie damit das sich Heranbilden einer moralisch richtigen öf-

fentlichen Meinung fördern. Das ist die unerlässliche Voraussetzung für den Aufbau einer internationalen Gesellschaft, die imstande ist, als Ziel die Ruhe der Ordnung in Gerechtigkeit und Freiheit zu verfolgen.

Ein derartiges Engagement von Seiten der Religionen wird *auf dem Weg der Vergebung* Eingang finden müssen, die zu gegenseitigem Verständnis, zu Achtung und Vertrauen führt. Der Dienst, den die Religionen für den Frieden und gegen den Terrorismus leisten können, besteht genau *in der Pädagogik der Vergebung*, weil der Mensch, der vergibt oder um Vergebung bittet, begreift, dass es eine Wahrheit gibt, die größer ist als er, und durch deren Annahme er über sich selbst hinauszuwachsen vermag.

Gebet für den Frieden

14 Aus eben diesem Grund ist das Gebet für den Frieden nicht ein Element, das dem Einsatz für den Frieden »nachfolgt«. Im Gegenteil, es liegt dem Bemühen um die Herstellung des Friedens in Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit am Herzen. Beten für den Frieden heißt, das menschliche Herz dem Eindringen der erneuernden Kraft Gottes öffnen. Gott kann durch die belebende Kraft seiner Gnade selbst dort Öffnungen für den Frieden schaffen, wo es nur Hindernisse und Abriegelungen zu geben scheint; trotz einer langen Geschichte von Trennungen und Kämpfen vermag er die Solidarität der Menschheitsfamilie zu stärken und auszuweiten. Beten für den Frieden heißt beten für die Gerechtigkeit, für eine angemessene Ordnung innerhalb der Nationen und in ihren Beziehungen untereinander. Das heißt auch beten für die Freiheit, besonders für die Religionsfreiheit, die ein menschliches und ziviles Grundrecht eines jeden Individuums ist. Beten für den Frieden heißt dafür beten, die Vergebung Gottes zu erlangen und gleichzeitig im Mut zu wachsen, den jeder nötig hat, der seinerseits die erlittenen Verletzungen vergeben will.

Aus all diesen Gründen habe ich die Vertreter der Weltreligionen am kommenden 24. Januar nach Assisi eingeladen, um in der Stadt des heiligen Franziskus für den Frieden zu

beten. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass das ehrliche religiöse Empfinden eine unerschöpfliche Quelle der gegenseitigen Achtung und des Verstehens unter den Völkern ist: genau darin liegt das wichtigste Gegenmittel gegen Gewalt und Konflikte. In dieser Zeit großer Besorgnis muss sich die Menschheitsfamilie auf die sicheren Gründe unserer Hoffnung besinnen. Gerade dies beabsichtigen wir in Assisi zu verkünden, indem wir – mit den eindrucksvollen, dem heiligen Franziskus zugeschriebenen Worten – *den Allmächtigen Gott bitten, uns zu einem Werkzeug seines Friedens zu machen*.

15 *Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung*: Das will ich in dieser Botschaft Glaubenden und Nichtglaubenden, den Männern und Frauen guten Willens verkünden, denen das Wohl der Menschheitsfamilie und ihre Zukunft am Herzen liegt.

Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung: Daran will ich alle erinnern, die das Geschick der menschlichen Gemeinschaften in Händen haben, damit sie sich in ihren schweren und schwierigen Entscheidungen immer vom Licht des wahren Wohls des Menschen im Hinblick auf das Gemeinwohl leiten lassen.

Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Vergebung: Ich werde nicht müde, diese Mahnung an alle zu wiederholen, die aus dem einen oder anderen Grund Hass, Rachsucht und Zerstörungswut in sich hegen.

Möge an diesem Welttag des Friedens aus den Herzen aller Gläubigen das Gebet für jedes der Opfer des Terrorismus noch eindringlicher emporsteigen, für ihre in tragischer Weise getroffenen Familien und für alle Völker, die nach wie vor von Terrorismus und Krieg heimgesucht und erschüttert werden. Selbst jene, die durch solche erbarmungslosen Aktionen Gott und den Menschen schwer beleidigen, sollen nicht außerhalb des Lichtstrahls unseres Gebetes bleiben; Möge es ihnen vergönnt sein, wieder zu sich selbst zu kommen und sich Rechenschaft zu geben

Fortsetzung auf Seite 11, Sp.1 u.

INTERVIEW ZUR FRIEDENSBOTSCHAFT 2002

Vergebung, ein Qualitätssprung in der Reflexion über den Frieden

In einem Interview mit der katholischen Nachrichtenagentur ZENIT analysiert der italienische Historiker und Kolumnist der offiziellen Vatikanzeitung „L'Osservatore Romano“ Giorgio Rumi die Friedensbotschaft Johannes Pauls II.

ZENIT: Wie beurteilen Sie die Worte des Papstes über den Terrorismus?

G. Rumi: Es sind mutige Worte. Sie sind die Reaktion auf ein intellektuelles Bedürfnis: Unsicherheit und Verwirrung haben dazu geführt, dass man voreilig den Gewalttätern mildernde Umstände zugebilligt hat.

ZENIT: Was sagt die Botschaft aus?

G. Rumi: Dass Ungerechtigkeit absolut nicht den Terrorismus rechtfertigt. Der Papst hält uns an, die Ursache dieses grausamen Phänomens anzugehen. Er erinnert daran, dass es notwendig ist, politisch, diplomatisch und wirtschaftlich aktiv zu werden im Bezug auf Ausgrenzung und Unterdrückung, welche die Wurzeln des Terrorismus darstellen. Die Verurteilung ist ganz eindeutig und absolut: in keinem Fall kann Ungerechtigkeit solche Art von Gewalt rechtfertigen, die wiederum die Menschenwürde verletzt und nur Unschuldige trifft.

ZENIT: Welchen Platz nimmt diese Botschaft im päpstlichen Lehramt über Frieden, Krieg und Völkerrecht ein?

G. Rumi: Es handelt sich nicht nur um eine wichtige Botschaft, sondern sie stellt vor allem ein Novum dar.

ZENIT: Worin besteht denn dieses Novum, das sie so beeindruckt?

G. Rumi: Ich denke gerade an die Botschaft Benedikts XV. an die

Staatschefs der sich im Krieg befindlichen Länder aus dem Jahre 1917 oder an die Radiobotschaften von Pius XII. und seine umfassende diplomatische Tätigkeit ... Wir sehen darin, wie der Weg gebahnt wurde und das Bewusstsein für die Beziehung zwischen Gerechtigkeit und Frieden heranreife. So ist nämlich der Friede nicht einfach nur bewahrte Ruhe oder gehütete Ordnung. Der Papst versteht sich nicht als Gendarm, der die gesetzte Ordnung hütet. Gerechtigkeit und Frieden erfordern eine kreative Haltung. Doch nun führt Papst Johannes Paul II. schlichtweg eine neue Ebene, eine höhere Dimension ein, nämlich die Dimension der Vergebung.

ZENIT: Bezüglich der Vergebung könnte man meinen, dass es nur bei schönen Worten bleibt ...

G. Rumi: Vorsicht! Wojtyła lanciert keinen „Aufschrei“, sondern er denkt einen Gedanken zu Ende. Der Papst ruft nicht zu einem Frieden auf, mit dem man sich abzufinden hat im Sinne vom kleineren Übel. Er verlangt nicht, auf die Gerechtigkeit zu verzichten. Im Gegenteil, vehement verlangt er die Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Doch erinnert er uns auch daran, dass die Gerechtigkeit, um vollkommen, sicher und unumkehrbar zu sein, sich zur Vollkommenheit der Vergebung erheben muss.

ZENIT: Der Papst spricht von einer Vergebungsethik und Vergebungskultur. Er weitet sie sogar auf soziale Einstellungen und juristische Institutionen aus. Ist das eine Utopie?

DAS ZITAT

„Dieser Krieg ist nicht der geeignete Weg, um den Terrorismus zu bekämpfen; vielmehr müssen die USA ihr eigenes politisches System ändern und sich für eine gerechte Weltordnung einsetzen.“

Jerusalems Lateinischer Patriarch, Erzbischof Michel Sabbah, in einem KNA-Interview.

G. Rumi: Das ist der Beweis dafür, dass es sich um eine religiöse, aber nicht „klerikale“ Botschaft handelt. Sie ist nicht rhetorisch, sondern inspiriert sich an einem intelligenten Realismus. Außerdem ruft sie zu Verantwortungsbewusstsein auf. Der Papst erklärt das religiöse Fundament der Vergebung. Doch verbleibt er nicht bei der bloßen Verkündigung des Grundsatzes. Er fordert, dass die Vergebung in der Geschichte, im persönlichen wie im kollektiven Leben, in der Familie und am Arbeitsplatz sowie auf dem Schauplatz der internationalen Politik verkörpert wird. Er spricht zu den politischen und religiösen Führern, aber auch zu jedem einzelnen von uns. Er zeichnet einen Weg mit vielen Stationen sowie die zu erreichenden Ziele vor. Aber er ist nicht „klerikal“, das heißt, er erhebt nicht den Anspruch, uns konkrete Lösungen zu lehren.

ZENIT: Die Vergebung, so sagt der Papst „bringt immer einen kurzfristigen augenscheinlichen Verlust, doch langfristig gesehen einen Gewinn mit sich“. Wie interpretieren sie diese Aussage im Lichte der Geschichte?

G. Rumi: Wenn wir an Deutschland im Jahre 1945 denken, dann müssen wir sagen, dass dem so ist. Es gab solche, die Deutschland nach dem Krieg von der Landkarte streichen wollten. Es gab einen derartigen Bedarf nach Gerechtigkeit nach dem Naziregime, die nicht nur auf die Ideologie oder das Regime bezogen war, sondern auf das Volk selbst. Es war sehr weise, Gerechtigkeit walten zu lassen und nicht Rache, doch gleichzeitig hat man diesem Volk auch Vertrauen entgegengebracht. Und heute gehört Deutschland zu den zivilsten und ethisch „interessantesten“ Ländern der Welt. □

Fortsetzung von Seite 10

über das Böse, das sie begehen, so dass sie sich gedrängt fühlen, jeden Vorsatz der Gewalt aufzugeben und die Vergebung zu suchen. Möge die Menschheitsfamilie in diesen stürmischen Zeiten den wahren und dauerhaften Frieden finden, jenen Frieden, der allein aus der Begegnung der Gerechtigkeit mit der Barmherzigkeit entstehen kann!

Aus dem Vatikan, am 8. Dezember 2001, Hochfest der Unbefleckten Empfängnis Mariens.

STELLUNGSNAHMEN ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Gemeinsame Erklärung des Evangelischen und des Katholischen Militärbischofs zum Einsatz deutscher Soldaten in der Bekämpfung des Terrorismus

Nach der Zustimmung des Deutschen Bundestages zum Bundeswehreinsatz im Afghanistankonflikt haben die Militärbischöfe die Verantwortlichen aufgerufen, militärische Gewalt auf ein „unvermeidbares Maß“ zu begrenzen und einen gerechten Frieden zu schaffen.

Deutsche Soldaten werden Verbände der USA und anderer verbündeter Länder bei der militärischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus unterstützen. Regierung und Parlament haben nach der Entscheidung und nach angemessenen Debatten entsprechende Beschlüsse gefasst. Das ist eine schwierige Situation für unser Land. Für die Soldaten kann es ein gefährlicher Einsatz werden.

Jeder militärische Einsatz wirft schwierige ethische Fragen auf. Nach den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stehen die militärischen Maßnahmen auf einer sicheren völkerrechtlichen Grundlage. Das ist für unsere Soldaten eine entscheidende Hilfe. Die derzeitigen militärischen Aktionen richten sich nicht gegen das Volk von Afghanistan, sondern gegen ein Unrechtsregime, das Terroristen ausbildet und unterstützt, dazu die Bevölkerung drangsaliert. Wichtige Machtzentren der Taliban sind bereits gefallen. Jetzt kann die humanitäre Hilfe beginnen. Worten müssen Taten folgen.

Die politischen und militärischen Führungen der eingesetzten Streitkräfte brauchen *weiterhin* Augenmaß und Besonnenheit. Sie müssen Sorge tragen dafür, dass die Zivilbevölkerung, so weit es irgend geht, verschont wird. Die Anwendung militärischer Gewalt muss auf ein unvermeidbares Maß begrenzt bleiben. Sie ist ohnehin allein

nicht in der Lage, die Menschen von der Geißel des Terrorismus zu befreien. Politische Lösungen müssen im Mittelpunkt stehen.

Alle – Politik, Militär, Medien, Öffentlichkeit – werden darauf achten, dass die militärischen Maßnahmen ausschließlich der Wiederherstellung eines gerechten Friedens dienen. Es darf von keiner beteiligten Seite um Vergeltung und Machtgewinn gehen, sondern um den Ausbau einer friedlichen internationalen Ordnung, den Schutz der Menschenrechte und einen von wechselseitigem Respekt getragenen Dialog der Kulturen und Religionen.

Unsere Soldaten der Bundeswehr können sich darauf verlassen, dass Militärggeistliche beider Kirchen sie auch bei künftig notwendig werdenden Einsätzen begleiten werden. Auch der Familienangehörigen dieser Soldatinnen und Soldaten wird sich die Militärseelsorge in besonderer Weise annehmen.

Wir laden alle Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein, sich zu Gottesdiensten und Andachten zu versammeln, den Herrn der Welt im Gebet anzurufen, für Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden einzutreten. Der Apostel Paulus sagt auch uns: „Lass dich nicht vom Bösen besiegen, sondern besiege das Böse durch das Gute!“ (Röm 12,21)

Bonn / Berlin, den 16. November 2001

Bischof Dr. Hartmut Löwe
Evangelischer Militärbischof

Bischof Dr. Walter Mixa
Katholischer Militärbischof
Bischof von Eichstätt

GKS-Bundesvorsitzender zum Terroranschlag gegen die USA

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist tief betroffen von den Terroranschlägen gegen die USA in New York, Washington D.C. und Pittsburgh.

Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

Wir erklären uns solidarisch mit den Bürgern der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Angriffe auf unsere befreundeten Bündnispartner, die mit uns die gleichen Wertvorstellungen teilen, betrachten wir auch als Angriff gegen unser Land, gegen die gesamte westliche Welt und alle Menschen guten Willens.

Wir bitten Gott um Beistand, um Trost und Kraft: Er möge den Schmerz und das Leid der Getroffenen lindern und ihnen neue Hoffnung geben.

Ein solches, durch nichts zu entschuldigendes Verbrechen darf von der gesamten zivilisierten Menschheit nicht tatenlos hingenommen werden.

Damit reden wir jedoch nicht Rache und Vergeltung das Wort, sondern hoffen darauf, dass die notwendigen und konsequenten Reaktionen von Umsicht und Weitsicht geprägt sein werden, damit sie nachhaltig wirken und keine unheilvolle

Spirale der Gewalt auslösen.

Die Art und Weise, wie dem Terror begegnet wird, möge die Geschlossenheit und Stärke der freien Welt demonstrieren, und die Demokratien festigen.

Karl-Jürgen Klein
Oberst (Dipl.-Ing.)
Bundesvorsitzender der GKS



GKS-ERKLÄRUNG VOM 28. NOVEMBER 2001

Den Terror bekämpfen – auch mit militärischen Mitteln

Position der GKS zum Einsatz der Bundeswehr
bei der Operation ENDURING FREEDOM



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat bereits wenige Tage nachdem Terrorangriff gegen die USA erklärt, dass auf dieses monströse Verbrechen u.a. auch militärisch reagiert und der Kampf gegen den Terror nachhaltig geführt werden muss. Dabei sei nicht nur umsichtig, sondern auch weit-sichtig vorzugehen. Nicht nur die Terroristen selbst, auch alle Institutionen, Organisationen und Personen, welche die Verbrecher unterstützen, sind zu verfolgen.

Das friedliche Zusammenleben der Völker lässt sich nur verwirklichen, wenn sich Menschen frei entfalten können, weil sie sich sicher fühlen. Nachhaltig gegen den Terror vorzugehen bedeutet aber auch, dass das Ziel nicht die Wiederherstellung der alten konfliktträchtigen Verhältnisse sein darf. Denn eine echte und dauerhafte Friedensordnung gründet auf Gerechtigkeit.

Opus Iustitiae Pax! Das Hirtenwort „Gerechter Friede“ der Deutschen Bischöfe interpretiert und aktualisiert die katholische Friedenslehre, die immer hilfreich war, für die Konfliktprävention ebenso wie für die Kriegführung (bellum iustum) und vor allem, wenn es darum geht, den Frieden wieder herzustellen zu sichern und zu fördern.

Terror ist ein schreckliches Übel. Um ihn zu überwinden, ist es durchaus gerechtfertigt, militärische Gewalt als Ultima Ratio anzuwenden, um noch Schlimmeres zu verhindern. In diesem Zusammenhang muss offenkundig sein, dass eine friedliche Verständigung nicht möglich war und andere Mittel erschöpft waren oder nicht zur Verfügung standen.

Der verheerende Anschlag gegen die USA mit dem Massenmord an Unschuldigen stellt einen gerechten Grund dar, gegen die Terroristen und ihre Sympathisanten militärisch vor-

zugehen. Der flagrante Bruch des Völkerrechts oder eine schwere Verletzung der Menschenwürde können einen Militäreinsatz begründen, wie zum Beispiel die Verfolgung von Minderheiten oder Genozid.

Der Einsatz muss von einer legitimen Autorität angeordnet werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Bedrohung des Weltfriedens festgestellt und das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung bekräftigt, die NATO hat den Bündnisfall erklärt und die Mitglieder entsprechend in Pflicht genommen. Schließlich hat der Deutsche Bundestag den Einsatz der Bundeswehr auf der Grundlage des Völkerrechts und des Grundgesetzes legitimiert. Damit löst er die Bündnisverpflichtung Deutschlands ein.

Mit der Anwendung von Gewalt muss eine gute Absicht, nämlich den Frieden wieder herzustellen und eine gerechte Ordnung zu schaffen, glaubwürdig und nachvollziehbar verbunden sein. Nur wenn die militärischen Maßnahmen erfolgversprechend erscheinen, ist der Einsatz der Streitkräfte zu rechtfertigen. Dies

scheint der Fall zu sein, wenn man die bisherigen militärischen Erfolge der Anti-Terror-Allianz gegen das Taliban-Regime beurteilt. Um jedoch dem Terrorismus den Nährboden nachhaltig zu entziehen, bedarf es einer umfassenden Strategie, die politisch, kulturell und wirtschaftlich ansetzt.

Die militärisch Verantwortlichen haben die Verhältnismäßigkeit der Mittel, die sie einsetzen, zu bedenken und streng darauf zu achten, dass zivile Bürger, also Nicht-Kombattanten geschont werden (Diskrimination). Schließlich sind Terroristen und Kriegsverbrecher einem internationalen Gerichtshof zu überstellen.

Die Not der Menschen in Afghanistan hat sich im vergangenen Jahrzehnt durch den Krieg der Sowjetunion, den darauf folgenden Bürgerkrieg und schließlich durch das Terrorregime der Taliban aufgebaut. Diese Not zu lindern stellt sich als dringende humanitäre Aufgabe, um den drangsalierten und geplagten Menschen in diesem geschundenen Land wieder eine Zukunft zu geben. □

Gedenkgottesdienst
US-amerikanischer Soldaten
auf dem Flugplatz in
Kandahar am
12. Januar 2002.
Die Soldaten
gedachten ihrer
Kameraden, die
bei einem
Flugzeugabsturz
am 9. Januar
ums Leben
kamen.
(KNA-Bild)



Der 11. September 2001 und die Bedrohung unserer Gesellschaft

Um Täter und für terroristische Anschläge wie die vom 11. September Verantwortlichen bestrafen zu können und die Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern, ist nach Auffassung des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, entschlossenes Handeln mit allen dafür erforderlichen Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig.

Wie bereits in früheren Äußerungen unterstrich Meyer vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) am 23. November 2001, dass nach christlicher Überzeugung alles Handeln aber auch dem Ziel untergeordnet sein müsse, dem gerechten Frieden zu dienen. Dieser sei aber so lange nicht zu verwirklichen, wie Menschen hungerten und ihrer Rechte beraubt würden.

Zu der Diskussion um die Frage nach der Berechtigung von gewaltsamen Reaktionen auf Gewalt mit dem Ziel, weitere Gewalt zu verhindern, führte der ZdK-Präsident aus: „Wer erklärt, auf Gewalt müsse unter allen Umständen verzichtet werden, sollte offen sagen, dass er gegen Mord und Vergewaltigung keine anderen Mittel einsetzen will als Geld und gute Worte.“ Gegen die Absicht derer, die Gewaltverzicht forderten, diene diese Haltung nicht dem Frieden, sondern gebe Gewaltverbrechern freie Bahn.

Meyer hob zugleich hervor, dass auch die, die Gewalt gegen Gewalt für unvermeidlich hielten, um deren Gefahr wüssten. Der Einsatz von Gewalt müsse zwar das letzte Mittel bleiben, das letzte Mittel bleibe aber nur glaubhaft, wenn man vor ihrem notwendigen Gebrauch nicht zurückschrecke.

Nach Abwägung aller Fakten kommt der Präsident des ZdK zu der Überzeugung, dass sich Deutschland an den militärischen Aktionen gegen den Terrorismus beteiligen muss. Zugleich warb er dafür, sich mit ganzer Kraft an der Hilfe für die Menschen in Afghanistan zu beteiligen. Nachfolgend die Ausführungen von ZdK-Präsident Meyer im Wortlaut:

Wir stehen immer noch unter dem Eindruck der Terrorakte vom 11. September, die wohl bereits jetzt als eine geschichtliche Zäsur bezeichnet werden können. Dieser Anschlag, so habe ich noch am gleichen Tage erklärt, hat seinen Ursprung in abgrundtiefem Hass, der jeden Respekt vor der Würde und dem Lebensrecht anderer Menschen auslöscht. Und ich fügte hinzu:

Heute stellen wir uns besonders in das Wort des Zweiten Vatikanischen Konzils, wonach Trauer und Angst der Menschheitsfamilie immer auch Trauer und Angst der Christen sind. Aller Schmerz der Menschen in Amerika findet seinen Widerhall in unseren Herzen. Wir beten für die Toten und Hinterbliebenen, für die Opfer und ihre Angehörigen, und wir beten für den Frieden, der durch dieses Verbrechen zutiefst bedroht ist.

... Die terroristischen Anschläge

vom 11. September waren ein Angriff auf die Würde und das Leben jedes Menschen. Wer für sich das Recht in Anspruch nimmt, unschuldige und unbeteiligte Menschen anzugreifen und zu ermorden, um damit politisch oder religiös motivierte Ziele zu erreichen, greift die ganze Menschheit an. Darum ist entschlossenes Handeln mit allen dafür erforderlichen Mitteln einschließlich militärischer Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, um die Täter und die Verantwortlichen zu bestrafen und die Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. Mit folgenlosen Gesten, die vor allem Ausdruck eigener Angst sind und im Grunde oft nur dazu dienen, uns selbst ein gutes Gewissen vorzutäuschen, werden wir der Herausforderung nicht gerecht.

Nach unserer christlichen Überzeugung muss jedoch alles Handeln dem Ziel untergeordnet sein, dem

gerechten Frieden zu dienen. Es gibt keinen gerechten Frieden, so lange Menschen hungern und ihrer Rechte beraubt werden. Elend und unrecht sind der Nährboden für Hass und Verblendung, die zu Terror und Krieg führen. Dies zu sagen, heißt nicht, Verbrechen zu rechtfertigen, sondern erinnert an unsere Verantwortung für den Zustand der Welt und das Existenzrecht aller Menschen. Es ist leider nur zu wahr, dass wir oft erst dann massenhaftes Elend und Unrecht zur Kenntnis nehmen, wenn es unser eigenes Wohlsein bedroht.

Wer dem gerechten Frieden dienen will, muss die Menschen und die Völker einen wollen. Diese Einheit erwächst nur aus der Gemeinsamkeit in der Vielfalt. Daher müssen wir die anderen Kulturen und Religionen achten. Wer jetzt den Islam für die Verbrechen der Terroristen verantwortlich macht und muslimische Mitbürger beleidigt oder angreift, trägt zu der Kluft bei, die jetzt die Welt zu spalten droht, und vergisst, dass auch das Christentum für Kriege und terroristische Akte missbraucht worden ist.

Der 11. September hat den Wandel der Welt und die Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft offenbart. Die technologische Entwicklung hat es möglich gemacht, dass ein Netzwerk von zu allem entschlossenen Tätern die moderne Welt massiv bedrohen kann. Dagegen sind unsere hochgerüsteten Militärsysteme ohne Wirkung. Wir müssen wieder lernen, dass Freiheit nicht die Summe persönlicher Bequemlichkeiten ist, sondern eine Ordnung gemeinsamer Verantwortung, die nur von unserem persönlichen Einsatz lebt und nur durch unseren persönlichen Einsatz geschützt werden kann. Nicht die massenhafte Verwendung militärischer Technologien wird die Freiheit bewahren, sondern nur die Bereitschaft, dafür notfalls auch sein Leben einzusetzen.

... Der Kern der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit geht um die Frage: Ist es berechtigt, auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, um dadurch weitere Gewalt zu verhindern? Und diese Frage bezieht sich nicht auf Gewalt gegen uns persönlich, sondern auf Gewalt gegen andere. Oder um mit dem bekannten christlichen Bild zu fragen: Wessen Wange soll hingehalten werden – unsere eigene oder die der anderen? Wer erklärt, auf Gewalt müsse unter allen Umständen verzichtet werden, sollte offen sagen, dass er gegen Mord und Vergewaltigung keine anderen Mittel einsetzen will als Geld und gute Worte. Eine solche Haltung entlarvt sich selbst als unverantwortlich, sobald sie nicht abstrakt auf ferne Gegenden, sondern auf uns selbst und unser Land angewendet wird. Gegen die Absichten jener, die so etwas fordern, dient diese Haltung nicht dem Frieden, sondern gibt Gewaltverbrechern freie Bahn. In Bezug auf Gewalttaten außerhalb unserer Grenzen und deren Verhinderung feinsinnig zwischen militärischer und polizeilicher Gewalt zu unterscheiden, hat mit dem Kern des Problems nichts zu tun und steht daher im Verdacht der Ausrede.

Dieser Kern der Debatte wird in der öffentlichen Auseinandersetzung in vielfacher Weise verschleiert. Daher will ich hier unterstreichen: Auch wer Gewalt gegen Gewalt für unvermeidlich hält, weiß um die Gefahr von Gewalt. Selbstverständlich muss jeder Einsatz von Gewalt das letzte Mittel bleiben. Aber sie kann nur dann das letzte Mittel bleiben, wenn glaubhaft ist, dass man vor ihrem notwendigen Gebrauch nicht zurückschreckt. Selbstverständlich muss der Einsatz von Gewalt dem Zweck untergeordnet sein, eine friedliche Ordnung zu erreichen, die auf dem Streben nach Gerechtigkeit gründet. Aber jede friedliche Ordnung braucht einen sicheren Raum. Und selbstverständlich müssen wir immer der Frage nachgehen, wie es möglich ist, dass Menschen zu Gewaltverbrechern werden. Aber so richtig und unabweisbar diese Fragen sind, so liefern sie doch keine Begründung dafür, die Notwendigkeit von Gewalt zu bestreiten, wenn es zu Gewalttaten gekommen ist.

Freilich gilt auch: Wer in diesem Sinne die Notwendigkeit von Gewalt bejaht, sagt darum nicht ja zu allem und jedem, was gegen Gewalttaten unternommen wird. Auch wer militärische Aktionen in Afghanistan für unausweichlich hält, kann sehr wohl fragen, ob Art und Ausmaß der Bombardements zu rechtfertigen sind. Wichtig ist vor allem, nach dem politischen Konzept zu fragen, das jeder militärischen Aktion erst ihren Sinn gibt und ihre Grenzen setzt. Und schließlich bleibt trotz aller Ferne und Eigenart der afghanischen Wirklichkeit die uralte Frage berechtigt, ob man den Teufel mit Beelzebub austreiben kann. Wer sich nicht selbst das Denken verbietet, dem drängen sich solche Fragen auf. Und auch die Haltung verlässlicher Solidarität verbietet solche Fragen nicht. Allerdings nehmen nicht wenige in Deutschland solche Fragen als Grund, entweder überhaupt nicht handeln zu wollen oder sich auf solches Handeln zu beschränken, das die eigentliche Herausforderung, nämlich, wie den Gewalttaten des internationalen Terrors begegnet werden kann, tunlichst vermeidet, weil man meint, sich dadurch ein gutes Gewissen bewahren zu können. Gerade unter Christen ist dies eine große Versuchung. Es gibt kein gutes Gewissen, das die Augen vor der Realität mörderischer Attentate verschließt, die sich offen gegen unsere Gesellschaft richten. Und gewiss kann es auch kein gutes Gewissen machen, Forderungen stets nur an andere zu richten, vorzüglich an die Politik, die man im Übrigen verachtet und vor der man sich fern hält.

Damit komme ich zu der eigentlichen Herausforderung, vor die uns der internationale Terrorismus stellt. Es geht nicht primär um unsere Freiheiten, wie man jetzt zunehmend hören kann. Deutlicher gesagt, es geht nicht primär um unsere individuellen Rechte und Besitzstände, sondern es geht um unsere gemeinsame Freiheit. Es geht um die Existenz unserer freiheitlichen Gesellschaft. Zu viele verstehen darunter nur, sich „einzumischen“, wie es bezeichnenderweise heißt, um ihre eigenen Ziele zu erreichen und ihre eigenen Rechte durchzusetzen. Die gesellschaftliche Freiheit kann aber auf Dauer nur leben, wenn jeder zunächst seine Verantwort-

ung und seine Pflichten für das gemeinsame Wohl anerkennt und wahrnimmt. Das heißt eben auch, notfalls sein Leben für diese Freiheit einzusetzen. Es heißt nicht minder, Opfer auf sich zu nehmen, um die Not anderer zu beseitigen und ihnen aus dem Elend zu helfen.

Nach meiner Überzeugung muss sich Deutschland an den militärischen Aktionen gegen den internationalen Terrorismus beteiligen. Unseren Soldaten gebührt für ihren Dienst unsere Achtung und unsere Sympathie. Zugleich müssen wir mit ganzer Kraft zur Hilfe für die Menschen in Afghanistan beitragen, damit das Elend in diesem unglücklichen Land so rasch wie möglich überwunden wird und eine menschenwürdige Ordnung einkehrt.

Wirklicher Friede, das ist ein alter christlicher Grundsatz, erwächst aus Gerechtigkeit. Das rechtfertigt keinen der Attentäter und der für die Attentate Verantwortlichen. Denn sie stammen nicht selten aus jenen wohlhabenden und herrschenden Schichten, die nichts gegen die soziale Not in ihren Ländern tun. Die schlichte Wahrheit ist, dass es vielfach in der Dritten Welt die so genannten Eliten sind, die eine maßgebliche Schuld am Leid und an der Not ihrer Völker tragen. Das mindert jedoch unsere Verpflichtung nicht, alles zu tun, damit überall in der Welt Menschen ohne Not und in Würde leben können. Vor allem für uns als Christen gilt diese Verpflichtung. Und schließlich müssen wir einen Dialog der Religionen führen – mit dem Willen zum Verstehen, aber mit Geduld und Realitätssinn und ohne auf unseren christlichen Glauben und auf unsere freiheitliche Überzeugung zu verzichten.

Ich bin froh, dass wir schon vorher einen Gesprächskreis Christen und Muslime gebildet haben. Im Geiste dieses Gesprächs habe ich am 19. September gegenüber dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Dr. Nadeem Elyas, meiner Besorgnis über die nach den Terroranschlägen zunehmenden feindlichen Reaktionen auf Muslime in unserem Land Ausdruck gegeben. Und mit großer Dankbarkeit begrüße ich die Einladung des Heiligen Vaters zu einem Treffen religiöser Führer nach Assisi. □

Zum individuellen und kollektiven Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta

THOMAS R. ELßNER

1. Die wiedergekehrte Rede vom Krieg

Kurz nach den Terrorangriffen auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington am Dienstag, dem 11. September 2001, war überall von Krieg die Rede. Nicht nur Zeitungen, die gewöhnlich der so genannten Regenbogenpresse zugerechnet werden, sondern auch die, die zu Deutschlands seriösen (Wochen-) Zeitungen zählen dürfen, titelten mit den Schlagzeilen „Krieg gegen die USA“ („Die Zeit“, 13.09.01), „Es herrscht Krieg“ („Rheinischer Merkur“, 14.09.01), „Krieg gegen die Zivilisation“ (Schweriner Volkszeitung, 12.09.01) oder „Terror-Krieg gegen Amerika“ (Süddeutsche Zeitung, 12.09.01). Der Schock saß verständlicherweise sehr, sehr tief. Kurz darauf erfuhr diese von Journalisten in einer ersten Reaktion zum Ausdruck gebrachte Meinung höchste Bestätigung seitens des US-Präsidenten Georg W. Bush, der vom ersten Krieg des 21. Jh. sprach (Schweriner Volkszeitung, 14.09.01). Dagegen nahm sich die so genannte Aufmacherüberschrift der F.A.Z. vom 12.09.01 geradezu zurückhaltend aus, wenn sie titelte: „Angriff auf Amerika“. Selbst in den entsprechenden Titelunterüberschriften erschien das Wort „Krieg“ nicht.

Trotz der vielen tausend Toten und des unsäglichen Leids, das diese Terroranschläge in New York, Washington und Pennsylvania verursacht haben und trotz des Verständnisses nach Vergeltung, ja sogar nach Rache bei den Hinterbliebenen als erste hilflose Reaktionen, die nicht weg- oder kleinzureden sind, haben jedoch führende Politiker und Publizisten gewissermaßen die Pflicht, sehr verantwortungsvoll ihre Worte zu wägen. Zu diesen Worten gehört vor allem das Wort „Krieg“. Dieses Wort erfreut sich nicht nur gegenwärtig, sondern immer wieder eines inflationä-

ren und undifferenzierten Gebrauches. Daher gilt es, einige wesentliche Punkte des Artikels 51 der UN-Charta in einem ersten Schritt in Erinnerung zu rufen und diese in einem zweiten Schritt im Kontext der aktuellen Situation zu erörtern.

2. Allgemeines Gewaltverbot

Das moderne Völkerrecht kennt im Unterschied zu früheren Epochen ein allgemeines Gewaltverbot. Ein wortwörtliches *ius ad bellum*, wie es noch das klassische Völkerrecht kannte, kennt es nicht mehr. „(D)ie Völker der Vereinten Nationen“ verpflichten sich in der UN-Charta Artikel 2 Nr. 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Dennoch gibt es von diesem Gewaltanwendungsverbot zwei Ausnahmen, zumal die UN-Charta selbst kein absolutes Verbot von Waffengewalt kennt, wenn es in der Präambel u.a. heißt, „dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird“.

Jene zwei Ausnahmen finden sich im Kapitel VII der UN-Charta unter der Überschrift: „Maßnahmen bei der Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ in den Artikeln 42 und 51.

(1.) Artikel 42 besagt:

„[Militärische Sanktionsmaßnahmen] Ist der Sicherheitsrat der Auffassung, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzulänglich sein würden oder sich als unzulänglich erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See-, oder Landstreitkräften die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen. Sie können Demonstrationen, Blockaden und sonsti-

ge Einsätze der Luft-, See-, oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen“.

(2.) Und im Artikel 51 heißt es:

„Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechtes trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen in der Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält“.

Diese beiden in der UN-Charta kodifizierten Ausnahmen besagen Unterschiedliches. In Artikel 42 der UN-Charta ist ausdrücklich in Abgrenzung zu friedlichen (s. Art. 41) auch von militärischen Sanktionsmaßnahmen die Rede. Voraussetzung für jene militärischen Sanktionen ist, dass die in Artikel 41 genannten friedlichen Maßnahmen unzulänglich (inadequate) sein würden oder sich als solche erweisen haben.

In Artikel 51 bleibt einem jeden Staat das „naturgegebene Recht“ nach wie vor erhalten, sich selbst im Falle eines bewaffneten Angriffs zu verteidigen. Dieses Recht liegt beim angegriffenen Staat allein, und er kann von diesem Recht unmittelbar und ohne eine vorliegende Zustimmung des UN-Sicherheitsrates als Reaktion auf einen unmittelbar zuvor stattgefundenen bewaffneten Angriff Gebrauch machen. Anbetracht der Diskussion über eine militärische Reaktion auf die Terroranschläge in den USA werden wir uns in den folgenden Ausführungen auf Artikel 51 beschränken

3. Artikel 51 der UN-Charta

3.1 Das „naturegegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“

Die UN-Charta geht davon aus, dass es nur im Zusammenhang und aufgrund eines bewaffneten Angriffs das Recht zur Selbstverteidigung gibt. Dass dieses Recht als ein „naturegegebenes“ (engl. inherent right) bezeichnet wird, will besagen, dass es zweifelsohne auch für die Staaten gilt, die keine Mitglieder der UNO sind. Zudem dürfen freilich auch UN-Mitgliedsstaaten den Staaten zu Hilfe kommen, die keine UN-Mitglieder sind, sollten sie Opfer eines bewaffneten Angriffs werden.

Es könnte sich die Frage stellen, ob und inwiefern sich das Recht zur Selbstverteidigung auch auf einen vielleicht unmittelbar bevorstehenden bewaffneten Angriff erstreckt. So viel lässt sich sicher sagen, dass sich allein eine präventive Selbstverteidigung für einen – vermuteten – unmittelbar bevorstehenden Angriff nicht auf Artikel 51 wird berufen oder abstützen können. Anders sieht es vielleicht schon aus, wenn der bewaffnete Angriff sozusagen bereits unumkehrbar angelaufen ist, aber sich noch nicht hat voll entfalten können. Bei einer hier einsetzenden und im ursprünglichen Sinne des Wortes intervenierenden militärischen Selbstverteidigung wird es sich dann auch nicht um eine Prävention (Abschreckung/Vorbeugung) handeln, sondern sie wird als eine Preemption (Zuvorkommen) bezeichnet werden können.

Der Internationale Gerichtshof hat im Zusammenhang mit dem Nicaragua-Urteil vom 27. Juni 1986 bestätigt, dass als *conditio sine qua non* für das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung das Vorliegen eines bewaffneten Angriffs gilt. Dies bedeutet, dass eine militärische Selbstverteidigung ausgeschlossen ist, wenn Handlungen „die Schwelle des bewaffneten Angriffs nicht erreichen“.

3.2 Der Begriff des „bewaffneten Angriffs“

Ein Schlüsselbegriff in Artikel 51 stellt der des „bewaffneten An-

griffs“ (armed attack) dar. Hieran schloss sich nun die Frage an, was man definitionsgemäß unter einem „bewaffneten Angriff“ zu verstehen habe. Nach langen Verhandlungen und Diskussionen bezüglich einer Definition des Begriffs „bewaffneter Angriff“ konnte man sich jedoch in der Resolution 3314 der Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 nur auf eine Bestimmung des Begriffs „Angriffshandlung/act of aggression“ („Aggressionsdefinition“), aber nicht auf den des „bewaffneten Angriffs/armed attack“ einigen, zumal ohnehin jene Resolution lediglich eine Empfehlung, aber kein bindendes Recht darstellt.

Mit anderen Worten: Die Begriffe „bewaffneter Angriff/armed attack“ und „Angriffshandlung/act of aggression“ werden als nicht identisch angesehen und sie entsprechen sich somit definitionsgemäß inhaltlich auch nicht. Denn der Begriff des „bewaffneten Angriffs/armed attack“ wird als der engere Begriff gegenüber „Anwendung von und Drohung mit Gewalt“ aufgefasst. Dies bedeutet, dass eine von einem Staat ausgehende verbotene Gewaltanwendung, die noch „unterhalb der Schwelle des bewaffneten Angriffs bleibt“, den bedrohten Staat noch nicht ermächtigt, von seinem Recht einer bewaffneten Selbstverteidigung Gebrauch zu machen. Absicht ist es, die überragende Stellung des UN-Sicherheitsrates in Bezug auf die kollektive Sicherheit garantiert bleiben zu lassen (Artikel 2, Ziff. 4; Artikel 41 und 42 UN-Charta).

Das nüchterne Ergebnis besteht also darin, dass „keine allgemein akzeptierte Begriffsbestimmung des ‘bewaffneten Angriffs’“ vorliegt. Jedoch wird in der Resolution 3314 unter Ziff. 3g ein Beispiel für das Vorliegen eines „bewaffneten Angriffs“ gegeben. Ein bewaffneter Angriff liegt dann vor, wenn sich nicht nur reguläre Streitkräfte, sondern auch nichtstaatliche militärische Verbände unter Beteiligung eines Staates an grenzüberschreitenden Handlungen beteiligen. Ob dies auch insgesamt für terroristische Anschläge so gilt bzw. übertragen werden kann, muss und wird die weitere Diskussion ergeben, zumal auch das Nicaragua-Urteil offenbar von zwei Staatsterritorien ausgeht, die unmittelbar einander benachbart sind.

4. Die Situation nach dem 11. September 2001

4.1 Ein bewaffneter Angriff?

Im Anschluss an die Resolution 3314 der Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 ist vom Internationalen Gerichtshof festgestellt worden, dass das Verbot eines bewaffneten Angriffs auch auf bewaffnete Banden zutrifft, die von einem Staat auf das Staatsgebiet eines anderen entsandt werden und deren Operationen die Größenordnung eines bewaffneten Angriffs regulärer militärischer Verbände erreichen. Sollte dies nun auch für die Ereignisse in New York und Washington vom 11.09. 2001 zutreffen, so könnte dies als ein bewaffneter Angriff qualifiziert werden.

Da Selbstverteidigung einen bewaffneten Angriff voraussetzt, so bestünde ein klarer Selbstverteidigungsfall, wenn zudem die Terrorakte von einem anderen Staat „kontrolliert und durchgeführt worden wären“. Fraglich ist allerdings, ob dies auch dann noch zutrifft, wenn die Terrorakte im Sinne eines bewaffneten Angriffs nicht von einem anderen Staat durchgeführt, diese jedoch auf seinem Staatsgebiet organisiert worden sind und die jeweiligen Akteure nicht wirksam bekämpft werden konnten. Sollte es sich aber als erwiesen erweisen, dass ein Staat absichtlich seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist bzw. nicht nachkommt, terroristische Aktivitäten gleich weder Art zu unterbinden, so sei nach Frowein „eine bewaffnete Verteidigungsmaßnahme gegen diese terroristische Bedrohung völkerrechtlich vertretbar“. Jedoch muss jene Verteidigungsmaßnahme dem Proportionalitätsprinzip entsprechen und sich ausschließlich gegen die terroristische Bedrohung selbst richten und darf somit auch nicht den Charakter einer Straf- oder Vergeltungsmaßnahme besitzen.

4.2 Resolution des Sicherheitsrates Nr. 1368 (2001) vom 12.09.01

Einen Tag nach den terroristischen Anschlägen auf New York, Washington und Pennsylvania ver-

abschiedete am 12. September 2001 der UN-Sicherheitsrat als Reaktion darauf die Resolution 1368 (2001), die zudem die neue Situation bezüglich der sich veränderten Erscheinungsform der Bedrohung von Staaten widerspiegelt.

In jener Resolution wird interessanterweise nicht von „einem bewaffneten Angriff“ (an armed attack) gesprochen. Ausschließlich ist in der Resolution 1368 vom Terrorismus die Rede.

Beachtung verdient aber nicht minder, dass in der Präambel jener Resolution eine Wendung wörtlich zitiert wird, wie sie sich in Artikel 51 der UN-Charta findet, sodass der Bezug auf Artikel 51 auch ohne ausdrückliche Quellenangabe als gesichert gilt. Die Wendung lautet: „(D)as naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ (the inherent right of individual or collective selfdefence). Damit wird das in der UN-Charta Artikel 51 genannte Recht der Selbstverteidigung im Falle „eines bewaffneten Angriffs“ erstmals in so deutlicher Art und Weise auch auf die Fälle von derart massiven Terroranschlägen appliziert, wie sie sich am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten ereignet haben. Dies gilt es gedanklich festzuhalten. Zudem lässt sich die Formulierung „Terror-

anschläge“ (terrorist attacks) in jener Resolution auch als eine sprachliche Anlehnung an die Wendung „bewaffneter Angriff“ (armed attack) in Artikel 51 der UN-Charta und deren Weiterführung verstehen. Eine indirekte Bestätigung dafür kann darin gesehen werden, dass auch in der Resolution 1373 vom 28.09.2001 die Wendung „terrorist attacks“ aufgegriffen worden ist.

Wichtig ist zudem, dass der Sicherheitsrat Artikel 39 gemäß der UN-Charta diese Terroranschläge in Nr. 1 in Resolution 1368 „als Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (threat to international peace and security) betrachtet.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der UN-Sicherheitsrat in jener Resolution das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung unmissverständlich „im Einklang mit der Charta“ (in accordance with the Charter) verstanden wissen will. Dies impliziert, dass auch in diesem Fall gilt, was ebenfalls in Artikel 51 steht: „Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen“.

5. Ergebnis

Obleich in dieser übersichtsartigen Skizze nicht alle Gesichtspunkte des Artikels 51 der UN-Charta sowie alle diesbezüglich relevanten Fragen und Facetten einer gebührenden Würdigung unterzogen worden sind, kann festgehalten werden, dass das in UN-Charta Artikel 51 genannte naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung vom UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1368 (2001) vom 12. September und in Weiterführung in der Resolution 1373 (2001) vom 28. September 2001 unmissverständlich auch auf die massiven terroristischen Anschläge vom 11. September anerkannt und übertragen wird. Dem korrespon-

diert, dass die in der englischen Fassung der Resolution 1368 und 1373 verwendete Wendung „terrorist attacks“ (Terroranschläge) als eine analoge Wortbildung zu „armed attack“ (bewaffneter Angriff) in Artikel 51 der UN-Charta gewertet werden kann. Auf diese Weise kann, vorsichtig formuliert, hier vielleicht im Kern eine Weiterentwicklung des Völkerrechts auf begrifflicher und sachlicher Ebene unter den Herausforderungen und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts gesehen werden.

6. Offene Fragen

Freilich bleiben vorerst auch noch viele Frage offen. Gegen welches Land, gegen welchen Staat ist die militärische Selbstverteidigung eines angegriffenen Staates gerichtet, wenn es sich dabei um Terroranschläge handelt, die im Grunde losgelöst von einem konkreten Territorium im Sinne eines anderen sowie feindlichen Staates stattfinden und sich letztlich einer wie auch immer gearteten Ideologie verdanken? Letztlich steht hier eine bewaffnete Streitmacht eines Staates einem staatenübergreifenden terroristischem Netzwerk gegenüber. Und ein zu verteidigendes und zu schützendes Staatsterritorium steht einer militanten, keine Opfer scheuenden Ideologie gegenüber (Stichwort: asymmetrische Kriegsführung).

Wie lassen sich angesichts dieser Herausforderungen unter friedensethischer Fragestellung beispielsweise die Prinzipien der Diskrimination und der Proportionalität beurteilen und in Geltung halten? Denn auch hier ist eine asymmetrische Anwendung jener Prinzipien zu konstatieren. Bei einer herkömmlichen militärischen Auseinandersetzung zwischen zwei Völkerrechtssubjekten, sprich Staaten, sind die Streitkräfte beider Seiten auf das Diskriminations- und dem Proportionalitätsprinzip hin verpflichtet. Was bedeutet es, wenn die militärische Streitmacht eines Völkerrechtssubjektes nach wie vor an jene Prinzipien gebunden bleibt, hingegen eine terroristische Gruppierung, die selbst für eine Streitkraft eines Staates eine ernst zu nehmende Bedrohung darstellt, jene Prinzipien der Sache nach einseitig aufkündigt? □



Ein britischer Soldat sucht am Hl. Abend 2001 mit einem Detektor nach Landminen bei Bagram nördlich von Kabul (KNA-Bild)

EINFÜHRUNG ZUM ARBEITSPAPIER DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (EKD)

Auf steinigem Weg zum Frieden: „Friedensethik in der Bewährung“

GERHARD ARNOLD

Wie kann der internationale Terrorismus wirksam bekämpft werden? Ist es richtig, dass die USA Bombenangriffe auf Ziele in Afghanistan durchführen? Diese und weitere Fragen beschäftigen in den Wochen nach dem 11. September auch Christen in Deutschland.

Der Kosovo-Krieg scheint längst vergangen; aber die Fragen, die er für engagierte katholische und evangelische Christen aufgeworfen hat bestehen weiter. War es richtig, dass die NATO Ende März 1999 mit Luftangriffen begonnen hat, um die serbischen Gewaltmaßnahmen gegen die Kosovo-Albaner zu stoppen? Hat die NATO damals das geltende Völkerrecht gebrochen?

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat am 17. Oktober ihr neues friedenspolitisches Arbeitspapier „Friedensethik in der Bewährung“ veröffentlicht und es vorsichtig – nach den Terroranschlägen vom 11. September – nur als „Zwischenbilanz“ bezeichnet. Darin bemüht sie sich um eine Aufarbeitung der durch den Kosovo-Krieg aufgeworfenen ethischen Fragen. Das geschah nicht ganz freiwillig, sondern auf Druck einflussreicher Friedensgruppen. Mit ihrem Anliegen, den deutschen Protestantismus auf einen neuen politischen Kurs der Gewaltlosigkeit festzulegen, haben sie sich aber nicht durchsetzen können.

Die EKD hat an ihren bisherigen Grundsätzen festgehalten, die sie vor sieben Jahren ausführlich begründet hat: Das Ziel der christlichen Friedensethik ist der „gerechte Friede“. Alle Politik muss sich an ihm orientieren. „Sicherheit ist vor allem angewiesen auf eine gerechtere Verteilung der Lebenschancen zwischen Nord und Süd sowie West und Ost, auf die Einhaltung der Menschenrechte, die Stärkung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen und den Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens“. Das geeignete Mittel zur Beilegung von Konflikten innerhalb von Staaten oder zwischen Staaten ist die politische,

die zivile Konfliktbearbeitung. Die EKD sieht in den Vereinten Nationen nach wie vor das geeignete Gremium zur Erörterung und Beilegung von schweren Konflikten.

Für den Fall, dass in einem Land eine Minderheit durch die staatliche Gewalt oder die Mehrheitsbevölkerung furchtbar drangsaliert wird, gilt die Anwendung militärischer Gewalt durch die internationale Völkergemeinschaft als „äußerste Maßnahme“ als akzeptabel; sie ist aber an Bedingungen geknüpft. Dazu gehört v.a. die Beachtung des Völkerrechts und die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel, der Schutz der Zivilbevölkerung und die ausreichende Erfolgswahrscheinlichkeit des militärischen Einsatzes.

An diesen Bedingungen entzündete sich während des Kosovo-Krieges im Frühjahr 1999 der Streit innerhalb und außerhalb der beiden großen Kirchen, ob die NATO-Luftangriffe berechtigt gewesen sind. Die EKD hält am ihrer ungeschminkten Sicht des Weltsicherheitsrats fest, der seiner Aufgabe, den Weltfrieden zu sichern, nur unvollkommen nachkommt. Während des Kosovo-Krieges hat sie deshalb die NATO-Luftangriffe nicht als eindeutig völkerrechtswidrig bezeichnet, eine Zurückhaltung, die sich als richtig erwiesen hat. Fast zu vorsichtig stellt die EKD in ihrer jetzigen „Zwischenbilanz“ heraus, dass die völkerrechtliche Diskussion über die NATO-Luftangriffe „bisher ohne schlüssiges Ergebnis“ geblieben sei, denn die Mehrheit der deutschen Völkerrechtler sieht inzwischen eine ausreichende Rechtsgrundlage oder zumindest Entschuldigungsgründe für die damaligen Militärschläge.

In einer anderen Frage ist die EKD jetzt völlig zu Recht zu einer kritischeren Haltung gekommen. Es betrifft die Wirksamkeit der sogenannten humanitären Interventionen. Darunter versteht man militärische Kampfeinsätze zum Schutz von Minderheiten, die schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Seit dem Ende des Kalten Krie-

ges im Jahre 1990 hat die internationale Gemeinschaft zwischen 1991 und 1999 insgesamt sechs dieser Interventionen durchgeführt, z.B. zum Schutz der Kurden im Nord-Irak, der Somalis, der Bosnier und zuletzt der Kosovo-Albaner. Kein einziger Militäreinsatz hat bisher zu einem brauchbaren Ergebnis geführt, d.h. zu einer wirklichen Befriedung der inneren Lage im betreffenden Land.

Hoffnungen setzt die EKD in den von den Vereinten Nationen gegründeten Internationalen Strafgerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen, vor dem sich der frühere jugoslawische Staatschef Milosevic mittlerweile verantworten muss.

Das neue friedenspolitische Dokument beschäftigt sich auch mit der neuen NATO-Strategie, die während des Kosovo-Krieges verabschiedet worden ist und formuliert, ähnlich wie kirchliche Friedensgruppen, sehr kritische Anfragen. So vermutet sie, „dass das Feld für Einsätze militärischer Gewalt außerordentlich weit gezogen wird“.

Was ergibt der Vergleich der neuen evang. „Zwischenbilanz“ mit dem Wort der deutschen Bischöfe „gerechter Friede“ vom Herbst letzten Jahres? Sieht man von kleinen Details ab, so ist die Übereinstimmung sehr eng geworden. Die kath. Bischöfe haben in ihr Dokument die Erfahrungen mit dem Kosovo-Krieg bereits eingearbeitet. Das Leitmotiv des „gerechten Friedens“ und ihm entsprechend die politische Konfliktbearbeitung stehen so im Vordergrund, dass dem Militär nur noch eine randständige Rolle zukommt. Die zivilen Friedensdienste werden gemeinsam hoch geschätzt und kirchlicherseits gefördert. Die bisherigen Erfahrungen in Bosnien und im Kosovo werfen aber die Frage auf, ob die Leistungsfähigkeit dieser Friedensdienste sowie der Konfliktnachsorge durch Nichtregierungsorganisationen von beiden Kirchen nicht zu optimistisch eingeschätzt wird. Ganz neue Fragen stellen die Selbstmordattentate vom 11. September. Die christliche Friedensethik ist also weiterhin hart gefordert. □

Paradigmenwechsel in der Bundeswehrausbildung

Vom Gefecht der verbundenen Waffen zur Kooperation mit verschiedenen Friedensakteuren

KLAUS LIEBETANZ

Einsatz im erweiterten Aufgabenbereich

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem BVG-Urteil vom 12. Juli 1994 hat die Bundeswehr vom deutschen Parlament eine neue Rolle im „erweiterten Aufgabenspektrum“ erhalten. Die Teilnahme an der Bewältigung internationaler Krisen und Konflikte zusammen mit den Verbündeten und Partnern ist nunmehr eine der Hauptaufgaben deutscher Streitkräfte. Friedensmissionen haben sich in den letzten Jahren zunehmend auf Einsätze verlagert, die nach Beendigung eines Konflikts eine Verhandlungslösung unterstützen sollen (post-conflict peace-building).

Neue „Gefechtsfeldbedingungen“

Mit dem veränderten Aufgabenbereich haben sich auch die Bedingungen und die Akteure auf dem

„Gefechtsfeld“ gewandelt. Die Umsetzung des Friedensplanes beinhaltet nicht nur militärische Aufgaben, wie Überwachen eines Waffenstillstandsabkommen und Gewährleisten der militärischen Sicherheit, sondern jetzt auch zivile Maßnahmen, wie Versorgung der Bevölkerung, Wiederaufbauhilfe, vorläufige Ausübung von Polizeiaufgaben, Einrichtung der zivilen Verwaltung und u.a. das Vorbereiten und Durchführen von Wahlen. Dies geschieht meist in Unterstützung der dafür vorrangig verantwortlichen Organisationen. Um nur einige, von den in der „Hochzeit“ in Bosnien und im Kosovo tätigen fast 500 Organisationen zu nennen: UNHCR, OSZE, EU, UNMIK, Weltbank und die vielen großen und kleinen Nichtregierungsorganisationen. Wir finden auf dem „Gefechtsfeld“ der Friedenskonsolidierung ganz neue und für beide Seiten – zivile und militärische – bisher relativ unbekannte Akteure.

Folgerungen für die Ausbildung in der Bundeswehr

Die Kooperation dieser verschiedenen Friedenskräfte einschließlich der Bundeswehr setzt die gegenseitige Kenntnis von Zielen, Verfahrens- und Arbeitsabläufen voraus. Es sollte von allen Teilnehmern am Friedensprozess gewusst werden, was die verschiedenen Akteure leisten können und wo sie ihre Grenzen haben. Hier gibt es durchaus Parallelen zum traditionellen „Gefecht der verbundenen Waffen“. Der Panzermann muss wissen, wozu der Pionier in welcher Zeit in der Lage ist, und der Grenadier muss sich sorgfältig mit dem Feuerplan des Artilleristen auseinandersetzen.

Erst durch das aufeinander abgestimmte, koordinierte Konzert verschiedener Waffen wird

in der gemeinsamen Wirkung der erhoffte Synergieeffekt erreicht. Offiziere und Feldwebel der Bundeswehr sollten sich daher während ihrer normalen Ausbildung eine zureichende Kenntnis über die „Philosophie“ und Arbeitsweise der Hilfsorganisationen, der Entwicklungsgesellschaften, der Friedensfachkräfte und der VN-Organisationen erwerben. Es gilt z.B. zu begreifen, wie komplex eine wirklich effektive humanitäre Hilfe angelegt sein muss, damit sie nicht einfach versickert oder sich gar ins Gegenteil verkehrt.

Vorurteile abbauen

Alle am Friedensprozess beteiligten Kräfte einschließlich der Soldaten der Bundeswehr sind durch ihre Eigensozialisierung geprägt und verfügen daher über eine mehr oder weniger eingeschränkte Wahrnehmungsfähigkeit. Durch ihre bestimmte Sichtweise der Umgebung werden sie in der Regel in ihren Vorurteilen geradezu bestätigt. So wie ein Fisch als letztes erkennen würde, dass er im Wasser schwimmt, zweifelt der einzelne Friedensakteur nicht an der Richtigkeit seiner Erkenntnis, weil er sie ständig durch seine von eigenen Vorurteilen gefärbten Beobachtungen bestätigt findet. Es gibt daher für sie/ihn keinen Grund an seiner tiefstzittenden Auffassung zu zweifeln. So z.B. nehmen nicht wenige Offiziere und Feldwebel an, dass Streitkräfte auf Grund ihrer straffen Organisationsform auf dem „Gefechtsfeld des Friedenskonsolidierung“ ohnehin alles effektiver und wirkungsvoller können als ihre zivilen Mitstreiter.

Andererseits glauben nicht wenige zivile Mitarbeiter der Hilfsorganisationen, dass Militärs bürokratisch, unflexibel und nur in militärischen Kategorien denken können. Vorurteile können in der Regel nur durch persönliche Begegnungen

Zur Friedenskonsolidierung in einer Krisennachfolgezeit gehört heute auch, dass Streitkräfte humanitäre Hilfe leisten, allerdings subsidiär und dort, wo sich die Bevölkerung nicht selbst oder über Hilfsorganisationen helfen kann. (Fotos Liebetanz)



und/oder eine gezielte Vermittlung von Kenntnissen abgebaut werden.

Die im Frühjahr 1999 in Koblenz beim Heeresführungskommando begonnenen, halbjährlichen Informationsgespräche zwischen privaten Hilfsorganisationen, Regierungsorganisationen (THW, GTZ) und der G5-Abteilung, zuständig für Zivil-Militärische Zusammenarbeit, dienen der gegenseitigen Information und Abstimmung im jeweiligen Stationierungsgebiet der Bundeswehr (ab 2002 beim Einsatzführungskommando in Potsdam). Des Weiteren helfen diese Gespräche dem gegenseitigen Verstehen und bauen so Vorurteile ab. Zunehmend wird erkannt, dass alle am Friedensprozess beteiligten Kräfte über spezielle Kenntnisse, Fähigkeiten und langjährige Erfahrung verfügen, die nicht ohne weiteres von anderen übernommen werden können. Bei allen steht das gemeinsame Ziel, den betroffenen Menschen vor Ort zu helfen und sie in eine sichere Zukunft zu begleiten im Vordergrund.

„Schuster, bleib bei deinem Leisten“

Die Auseinandersetzung mit der Arbeitsweise von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen soll nicht beabsichtigen, dass nunmehr Offiziere und Feldwebel der Bundeswehr selbst als vorrangige Akteure der humanitären Hilfe oder als Entwicklungshelfer auftreten. Dies wird nur in extremen Ausnahmesituationen für kurze Zeit der Fall sein, wie z.B. beim Aufbau von Flüchtlingslagern in Mazedonien. Auch hier sind Parallelen zum „Gefecht der verbundenen Waffen“ deutlich zu erkennen. Der Artillerist muss zwar den Sperrplan des Pioniers lesen können, er wird deshalb aber noch nicht zum Pionier.

Übertragen heißt das: Bei allem Engagement für die humanitäre Sache bleibt der Soldat in erster Linie der Fachmann für Sicherheit. Der Fachmann für die humanitäre Hilfe ist der Vertreter der Hilfsorganisationen. Die in der Bundeswehr neu geschaffene CIMIC-Truppe soll so ausgebildet werden, dass sie zwischen beiden Welten vermitteln und auch eigene begrenzte Hilfsprojekte betreiben kann. Dabei darf die

CIMIC-Truppe vor lauter „Gutsein“ nicht selbst zur Hilfsorganisation und NGO mutieren. Denn damit würde die Bundeswehr ihren ursprünglichen militärischen Auftrag grob vernachlässigen (mission creep), der hoch konzentriert komplexe militärische Fähigkeiten voraussetzt. Dieser Versuchung ist zu widerstehen, auch wenn die Medien vorzugsweise den humanitären Tätigkeiten der Soldaten besondere Aufmerksamkeit schenken. Leider ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, dass jeder dritte im KOSOVO eingesetzte deutsche Soldat mit dem Schutz von Minderheiten (Serben, Sinti, Roma und anderen Ethnischen Gruppen) beauftragt ist.

Vorrang für Friedenskonsolidierung

Die „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ scheint im derzeitigen Weltalter (noch keine Weltinnenpolitik) die erfolgversprechende Methode der Krisenprävention zu sein, um das Entstehen von zukünftigen Konflikten zu verhindern (vgl. „Gedanken zur Krisenprävention – eine kritisch-positive Betrachtung“ aus Auftrag 244, S. 51 f.).

Hierzu müssen die dem Konflikt vorausgegangenen politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Probleme nachhaltig und sich selbst tragend weitgehend gelöst werden. Zwingend erforderlich ist, dass „Peace-Building“ professionell und aus einem Guss geleistet wird. Das heißt, dass die Akteure des Friedensaufbaus wie humanitäre Hilfsorganisationen, Entwicklungsgesellschaften, Friedensfachkräfte, die VN-Organisationen, die entsprechenden Bundesministerien, die eingesetzten Soldaten und nicht zuletzt die betroffene Bevölkerung komplementär und langfristig zusammenarbeiten. Die Bundesrepublik Deutschland ist das erfolgreichste Beispiel für eine „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit.“

Schlussbemerkungen

Die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland hat den Soldaten der Bundeswehr

mit den weltweiten Friedensmissionen eine neue Aufgabe zugewiesen. Sie hat damit auch die Verantwortung, dass Offiziere und Feldwebel in angemessener Weise auf ihre neuen Aufgaben besonders auf dem Gebiet der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ vorbereitet werden. Diese Ausbildung muss in einem angemessenen Verhältnis zu dem hohen finanziellen Aufwand für Friedensmissionen stehen. Aus Sicht und Erfahrung des Verfassers dieser Zeilen ist das noch nicht in erforderlicher Masse geschehen. Es ist nicht ausreichend, wenn diese o.a. Kenntnisse nur dem relativ kleinen Teil von Offizieren und Feldwebeln vermittelt werden, die im Bereich von CIMIC tätig werden sollen. Diese Inhalte müssen Bestandteil der normalen Ausbildung werden. Offiziere und Feldwebel sollten sich durch fachliche Kompetenz und Toleranz bei ihren Friedensmissionen im Ausland auszeichnen, um erfolgreich zum Erlangen des gesteckten Zieles der Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit beizutragen, nämlich eine sich selbst tragende, politische und wirtschaftliche Entwicklung, die in gelebter Demokratie und allgemeinem Wohlstand mündet. □



Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen

Ein Kompendium der Bundessicherheitsakademie zum erweiterten Sicherheitsbegriff

THOMAS R. ELßNER

Seit den terroristischen Anschlägen vom 11. September in den USA ist in der breiten Öffentlichkeit immer wieder von einer neuen sicherheitspolitischen Situation die Rede. Auch in anderen Zusammenhängen ist hin und wieder meist nur anlassbezogen zu hören, dass sich sowohl internationale als auch nationale Sicherheit nicht mehr auf rein militärische Kategorien beschränken ließe. Freilich bleibt zu fragen, ob dies jemals überhaupt auch in Bezug auf die bipolare Welt vor 1989 so zutreffend habe. Zumindest fast unmittelbar nach Beendigung des Ost-West-Konflikts, als vielleicht mancher noch glaubte, dass die Zeiten der Bedrohung vorüber seien, griff die Erkenntnis bald Raum, nicht zuletzt durch die blutig hervortretenden Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, dass uns tiefgreifende Konflikte und enorme sicherheitspolitische Herausforderungen weltweit noch bevorstehen werden.

Auf diesem Hintergrund wurde die Bundessicherheitsakademie für Sicherheitspolitik als die oberste und zentrale Fortbildungsstätte des Bundes gegründet, die sich dementsprechend vor allem an gegenwärtige und zukünftige Führungskräfte in Politik, Wirtschaft, Bundeswehr und Gesellschaft, inklusive der beiden großen Kirchen, wendet. Kein geringerer als der jeweils amtierende Bundeskanzler steht daher auch dem Kuratorium jener Akademie vor. Will man die Arbeit der Bundessicherheitsakademie mit einem Stichwort zusammenfassen, so könnte es das des erweiterten Sicherheitsbegriffs sein. Denn ein besonderes Verdienst dieser Akademie besteht darin, dass sie die akademische Vermittlung komplexer sicherheitsrelevanter Zusammenhänge auch durch Feldstudien in regionalen Problemzonen wie z.B. in Georgien, in Israel und im Kosovo in einem zweimonatigem Kernseminar begleitet. Dies dürfte in Deutschland einmalig sein. Von daher nimmt es nicht Wunder, dass bereits vor den furcht-

baren Terroranschlägen im September die Bundessicherheitsakademie immer wieder darauf hingewiesen hat, dass Sicherheit um ein Vielfaches vielfochener ist, als gemeinhin angenommen und dass das Militärische dabei zwar einen wichtigen, aber eben nur einen Aspekt dabei darstellt.

Nunmehr ist es wiederum der Bundessicherheitsakademie für Sicherheitspolitik besonders mit ihrem derzeitigen Präsidenten Hans Frank zu verdanken, dass sie zwar zeitgleich, aber äußerlich unabhängig von den dramatischen September-Ereignissen in den USA ein Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff herausgegeben hat, das schon jetzt als Standardwerk gelten darf. Vor allem namhafte, aber auch jüngere Autoren, die alle in ihrem Fachgebiet bestens ausgewiesen sind, erörtern in diesem Werk sicherheitsrelevante Fragen so facettenreich, dass allein die in diesem Kompendium versammelte strukturierte Themenbreite und Kompetenz den Horizont sicherheitspolitischer Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts adäquat widerzuspiegeln und ein entsprechendes Problembewusstsein zu vermitteln vermag. Einen Ausgangspunkt dieses Buches bilden „Die deutschen sicherheitspolitischen Interessen“ (Michael Steiner). Dies ist insofern in gewisser Weise ein Novum, als deutsche Interessen ganz selbstverständlich wie z.B. die Einbindung Russlands in eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne Umschweife artikuliert werden. Diesem Themenbereich schließen sich andere wie „Deutschland in der Europäischen Union“, „Sicherheitspolitische Herausforderungen für Deutschland und Europa“, „Deutschland in der internationalen Kooperation und Integration“ sowie „Sicherheitspolitisches Management im 21. Jahrhundert“ folgerichtig an. All diesen Themenkreisen ist unaufdringlich der „cantus firmus“ (Tenor) der Vernetzung Deutschlands in internationale Strukturen unterlegt.

Bei den Themen selbst geht es unter anderem um „Die EU-Osterweiterung – Transfer von Sicherheit und Stabilität nach Osteuropa“ (Paul J.J. Welfens), „Organisierte Kriminalität“ (Hans-Jürgen Kerner), „Der Kaukasus“ (Lothar Rühl), „Risiken im Informationszeitalter“ (Reinhard Hutter), „Die Vereinten Nationen“ (Klaus Dicke) oder „Krisennachsorge am Beispiel des Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ (Bodo Hombach), die in den letzten Jahren auch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erreichten. Aber ebenso finden sich in diesem Handbuch Beiträge wie „Die Gemeinsame Innen- und Rechtspolitik“ (Hans-Heiner Kühne), „Der asiatisch-pazifische Raum“ (Manfred Pohl), „Wasser als Konfliktsache“ (Udo E. Simonis), „China – Großmacht im 21. Jahrhundert?“ (Stefan Friedrich) oder „Die Rolle der Medien in internationalen Konflikten“ (Peter Frey/Michael Renz), die eher die Diskussionen in Fachkreisen bisher bestimmten. Neben einer Vielzahl weiterer vordringlicher Problemfelder wie z.B. das der „Proliferation“ (August Hanning) und „AIDS als globale sicherheitspolitische Herausforderung im 21. Jahrhundert“ (Ulrich Marcus/Bernhard Schwartländer) enthält das Kompendium Aufsätze, die einerseits nach dem bereits erwähnten 11. September sicherlich viel aufmerksamer als zuvor gelesen werden, die aber andererseits verdeutlichen, dass die darin behandelten Probleme schon seit geraumer Zeit die sicherheitspolitische Agenda bestimmen. Zu nennen sind hier vor allem die Beiträge „Islam und Fundamentalismus“ (Peter Heine), „Das Phänomen ‘Terrorismus’: Entwicklungen und neue Herausforderungen“ (Kai Hirschmann) sowie „Dimensionen und Folgen der Globalisierung“ (Franz Nuscheler).

Was dieses Buch besonders auch zu einem Kompendium, eben zu einem Handbuch mit Standardcharakter werden lässt, ist die Tatsache, dass jedem Aufsatz eine Gliederung vorangestellt ist. Diese Gliederung verschafft dem Leser einen ersten Überblick über das jeweilige Thema und befriedigt somit zugleich eine gewisse erste Neugierde, die dem vertieften Lesen schließlich zugute kommt. Zudem schließt sich

ein ausgewogenes und repräsentatives Literaturverzeichnis nahezu jedem Beitrag an. Ebenfalls im Sinne eines Handbuches ist der maßvolle Einsatz von Fußnoten in allen Beiträgen zu erwähnen, der mit dem Literaturverzeichnis korrespondiert und vermeiden hilft, dass sich vor allem der an sicherheitspolitischen Fragestellungen interessierte Nicht-Fachmann vorschnell im fachspezifischen Wurzelholz verliert. Besonders das umfangreiche Sach- und Personenregister stellt in Anbetracht von 50 Autoren eine nicht nur beachtliche Leistung dar, sondern macht neben einer solch stets unentbehrlichen Hilfe den Leser gleichzeitig auf spezifische Punkte wie z.B. die „EU-Dual-Use-Verordnung“ oder das „European Judicial Network“ aufmerksam und liest sich von daher

selbst wie ein sicherheitspolitischer Katalog en miniature. Abgerundet wird dieses Kompendium durch eine Anzahl von geographischen Karten, tabellarischen Übersichten, Graphiken und Statistiken. Jedoch ist in Bezug auf das verwendete Kartenmaterial mitunter festzustellen, dass die Aussagekraft mancher Karte dadurch etwas gemindert wird, dass die in der Vorlage einst farbige Karte im Druck zu einer fast monochromatischen geworden ist, ihr aber die ursprüngliche Polychromie noch anzumerken ist. Dies trifft leider ebenfalls für die eine oder andere Graphik zu. Auch ein eigenes Abkürzungsverzeichnis wäre vielleicht eine zusätzliche Bereicherung gewesen, obgleich in der Regel alle verwendeten Abkürzungen in den Beiträgen selbst erklärt werden. Diese Kritikpunkte berühren

aber in keiner Weise die Substanz jenes Werkes, das schließlich seinesgleichen sucht.

Letztlich ist der Bundesakademie für Sicherheitspolitik nur zu wünschen, dass das Buch mit dem programmatischen Titel „Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen“ rasche Verbreitung findet, zumal in ihm Hintergrundwissen professionell vermittelt wird, das nicht nur die aktuelle sicherheitspolitische Debatte sachkundig und ausgewogen zu begleiten vermag.

Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff. Hrsg: Bundesakademie für Sicherheitspolitik; Verlag E.S. Müller & Sohn GmbH, Hamburg – Berlin – Bonn, 2001, 929 S., ISBN 3-8132-0776-5.

Die Lektion Kosovo

ECKHARD STUFF

Nach dem Ende des kalten Krieges ist die Welt keineswegs friedlicher geworden. Im Gegenteil: Der Wegfall der großen Schwerter hat die kleinen Dolche hervor gezaubert. Wir Europäer haben das auf dem Balkan zu spüren bekommen. Doch die deutsche Öffentlichkeit verdrängt die Wirklichkeit des Krieges nur zu gerne. Insbesondere die deutsche Linke hat Probleme, zu akzeptieren, dass Bundeswehrsoldaten auch an militärischen Einsätzen mit Verbündeten teilnehmen müssen.

Der frühere Diplomat und ehemalige Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Günther Joetze, hat in seinem Buch „Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik.“ die Rolle der deutschen Außenpolitik vor und nach dem Kosovo-Krieg untersucht.

In diesem Krieg machten deutsche Soldaten erstmals nach 1945 wieder von ihren Waffen Gebrauch, warfen deutsche Flugzeuge wieder Bomben ab. Schon deswegen wird dieser Krieg von der deutschen Linke und ihren publizistischen Verbündeten gerne verdrängt. Dabei hätten sie doch auch Gründe, die deutsche Beteiligung anders zu wer-

ten, denn schließlich hat sich die rot-grüne Bundesregierung in einer außen- und sicherheitspolitischen Krise als handlungsfähig erwiesen. Günther Joetze jedenfalls wertet die deutsche Rolle positiv: „Im Kosovo-Konflikt intervenierte Deutschland erstmals als Ordnungsmacht. Ihr Beitrag ist Folge und Ausdruck einer politischen Emanzipation. Kennzeichnend für die Entwicklung ist, dass Deutschland diesmal kein Partnerstaat sein Eingreifen übel nahm, wie etwa noch 1991, als die damalige Bundesregierung die Initiative zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien ergriff und international dafür gescholten wurde. Die Bundesregierung handelte dabei stets im Verbund. Politische Einzelaktionen abzulehnen, im gemeinsamen europäischen oder atlantischen Rahmen zu handeln, bleibt Grundmodalität ihrer Diplomatie. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat dies als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnet.“ Die deutsche Diplomatie habe, so Joetze, durch ihre Anstöße wesentliche Beiträge zur Beendigung des Krieges geleistet. Auch sollte nicht vergessen werden, dass durch den Krieg die Beendigung des Milosevic-Regimes eingeleitet wurde.

Natürlich übt Joetze auch Kritik an der Bundesregierung und an den Bündnisentscheidungen, so sei z.B. die Bereitschaft von Milosevic, auch einen längeren Bombenkrieg auszuhalten, unterschätzt worden. Mit der Kritik am Kosovo-Krieg setzt sich der Autor sachlich auseinander. Die spezielle deutsche Variante der Kritiker, die Joetze Verschwörungstheoretiker nennt, haben es ihm besonders angetan: „Sie behaupten, dass die Bundesregierung die Zustimmung des Parlaments und der Bevölkerung zur Nato-Aktion durch eine Reihe von Manövern und falschen Behauptungen erschlichen habe. Alle Vorfälle, die diese These belegen sollten, datieren allerdings nach dem 16. Oktober 1998, an dem der Bundestag die Beteiligung an der Nato-Aktion beschlossen hatte. Ernst zu nehmen ist nur die Behauptung einer ‘Rambouillet-Lüge’, weil laut einigen amerikanischen Stimmen diese Verhandlungen tatsächlich nur als Alibi geführt worden sein sollen. Hier bleibt ein böser Schein, der aber durch sorgsame Quellenkritik und objektive Analyse geklärt werden könnte, wenn dies in die Tendenz passte.“ Und: „Die meisten ‘Verschwörungstheoretiker’ tun übrigens so, als ob Deutsch-

land den Krieg allein geführt hätte, Es trägt natürlich die volle politische Mitverantwortung, aber auch ohne deutsche Beteiligung hätte der Krieg stattgefunden. Letztlich liegt hier wohl auch keine rationale Kritik vor, sondern ein in besonders schrillen Tönen ausgedrücktes Missverständnis an dem Kurswechsel der Bundesregierung hin zur Mitwirkung am Militäreinsatz.“ Es bleibt also nur die so genannte „Rambouillet-Lüge“. Auch hier liefert Günter Joetze eine überzeugende Relativierung, indem er auf die Eigendynamik von Ver-

handlungen hinweist: „Wären die Serben auf das Thema der internationalen Garantietruppe eingegangen, so hätten die Verhandlungen eine schwer kontrollierbare Dynamik erhalten. Auch die Supermacht hätte dann den Abschluss nicht mehr verhindern können.“ Und nimmt man die Vermittlungsversuche von Madeleine Albright ernst, hätten die Vereinigten Staaten einen Abschluss wohl auch nicht verhindern wollen. Günter Joetze liefert eine vorzügliche nüchterne Analyse der diplomatischen Aktivitäten rund um den Ko-

sovo-Krieg. Dafür hatte er als erster Autor Einblick in sämtliche Akten des Auswärtigen Amtes und die Gelegenheit, mit den maßgeblichen Akteuren zu sprechen. Sein Buch ist eine gelungene Studie zum Konfliktmanagement. Auch die Parteifreunde von Joschka Fischer sollten die Lektüre nicht verschmähen. Sie könnten auch einiges vom Bundesaußenminister lernen.

Günter Joetze: Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik. DVA, Stuttgart 2001, 256 S.

FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES IN KÖLN

Höchst bedrohter Friede

Kardinal Meisner feierte mit 1.200 Soldaten Gottesdienst

Ein vielsprachigen Gottesdienst feierte Kardinal Joachim Meisner im Kölner Dom mit Soldaten verschiedener Nationen aus dem Bereich des Erzbistums Köln anlässlich des Weltfriedenstages. Auf Einladung von Wehrbereichsdekan Rainer Schadt hatten sich rund 1.200 Angehörige der Bundeswehr, der Streitkräfte europäischer Nachbarstaaten, des Bundesgrenzschutzes und der Polizei im Dom versammelt. Der Friede in der Welt sei „trotz des Verschwindens von Stacheldraht und Mauer aufs Höchste bedroht“, sagte Kardinal Meisner in seiner Predigt. Die Beziehungen der Menschen untereinander seien deshalb gestört, weil sich der Mensch von Gott abgekoppelt habe. „Unsere Umwelt ist nicht so sehr vom aggressiven ‘Anti’ zu Gott geprägt als vielmehr vom gleichgültigen ‘Ohne Gott’“, so der Kardinal. Eine „Bewegung nach innen“ sei notwendig, um die Hinwendung zu Gott und zueinander wieder zu ermöglichen. „Die Lösung un-

Die Auseinandersetzung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten mit dem Friedenswort „Gerechter Friede“ der deutschen Bischöfe und mit den ethischen Fragen des soldatischen Dienstes standen im Mittelpunkt des Grußwortes des Bundesvorsitzender der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein.



serer menschlichen Probleme liegt in Gott.“ Dies sei keine nichtssagende Allerweltsweisheit, sondern gründe sich auf Gottes höchste Gabe, der Vergebung. „Unsere Tragik liegt darin, Gott nicht mehr die Vergebung und die Begnadigung abzunehmen. In der Vergebung aber liegt die Chance zu einer Zivilisation der Liebe“, sagte der Erzbischof. Die Vergebung ist tatsächlich die Quelle der Gerechtigkeit, und die Gerechtigkeit schenkt uns letztlich den Frieden.“ (PEK/ aus KiZtgKöln 4/2002)



Prälat Rainer Schadt konnte beim Empfang im Maternushaus neben aktiven und ehemaligen Soldaten Vertreter von Polizei und BGS sowie zahlreiche Gäste aus Kirche, Verwaltung und Politik begrüßen. Im Bild v.l.: Oberbürgermeister Köln Fritz Schramma, Staatssekretär des BMVg Klaus-Günter Biederbick, Generalinspekteur Harald Kujat, Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, und NRW-Innen-Staatssekretär Wolfgang Riotte.

General Kujat brachte in seinem Grußwort die Anerkennung der militärischen Führung für die Militärseelsorge und die Verbundenheit der kath. Kirche mit den Soldaten im Einsatz und ihren Familien zum Ausdruck: „Der Soldat braucht den Seelsorger am Ort des Einsatzes, um mit Grenzsituationen fertig zu werden, die überall dort entstehen, wo Gewalt auftragsgemäß ausgeübt, verhindert oder vom Gegner erduldet werden muss. Es ist eine schwere Aufgabe, die die Geistlichen im Einsatz erfüllen. Sie stehen nicht fernab von Elend und Zerstörung; auch sie tragen außergewöhnliche Belastungen.“, so der Generalinspekteur. (Foto PS)

Islam und westliche Welt

Teil 1: Annäherung oder Konfrontation - die muslimische Welt im 21. Jahrhundert

DIETER KILIAN

Einführung

Die islamische Welt war zu Beginn des 20. Jahrhunderts am Tiefpunkt ihrer Entwicklung angelangt, sah sich als unverstandenes und missbrauchtes Problemkind unter den Weltreligionen und versank in Agonie.

Die vielfältigen Probleme wuchsen. Versprechungen und Lösungsansätze erwiesen sich als Täuschung und Irrwege. Es staute sich ein politisches und soziales Konfliktpotential an, das kaum religiöse Gründe, gleichwohl aber eine verdeckte religiöse Wahrnehmungsebene hatte, die primär das Verhältnis Islam – Christentum und Judentum berührte.

Zwar gab und gibt es immer noch – z.B. auf dem indischen Subkontinent – auch zwischen Islam und Buddhismus und Hinduismus direkte Konfrontation, aber sie blieb, gemessen an der Schnittstelle zwischen Islam, Christentum und Judentum im mediterranen Raum, stets sekundär.

Aus Hilflosigkeit und fehlenden Lösungsmöglichkeiten erwuchs bereits in den zwanziger Jahren (1928: Gründung der Muslimbrüderschaft) jene Denkrichtung, die politisches Kalkül und Gewalt immer stärker in den Vordergrund schob und religiöse Ansätze nur als „Bindemittel“ verstand. Diese islamischen Extremisten, unter denen arabische Gruppierungen die Speerspitze bildeten, funktionierten gleichzeitig die religiöse Dimension in einem quasi dialektischen Ansatz in eine politische um: Christentum wurde mit westlicher Welt, Judentum mit Israel und Islam mit den muslimischen Ländern gleichgesetzt. Mit dieser Formel konnten sie ihr Handeln zielgerichtet einsetzen und vor allem auch die schweigende Minderheit der Gläubigen motivieren.

Folgt man diesem Denkansatz und stellt das Beziehungsgeflecht der drei Weltreligionen vereinfacht graphisch dar (s. Abb. 1), so kann festgestellt werden, dass dieses über

Jahrhunderte von einer Äquidistanz gekennzeichnet war (Modell A). Erst im 20. Jahrhunderts kam es zu einer Verschiebung in Form einer politischen Annäherung von westlicher Welt und islamischer Welt; und so wird dort bis heute von nicht wenigen Menschen – in völliger Verkennerung der Tatsachen – sogar Hitler als vormaliger Sachwalter ihrer Interessen verstanden (Modell B).

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und vor allem seit der Gründung des Staates Israel habe sich aus muslimischer Sicht die vormalige Äquidistanz zu ihren Ungunsten verschoben:

Christentum (= USA/westliche Welt) und Judentum (= Israel) seien eine politische Koalition gegen den Islam eingegangen (Modell C).

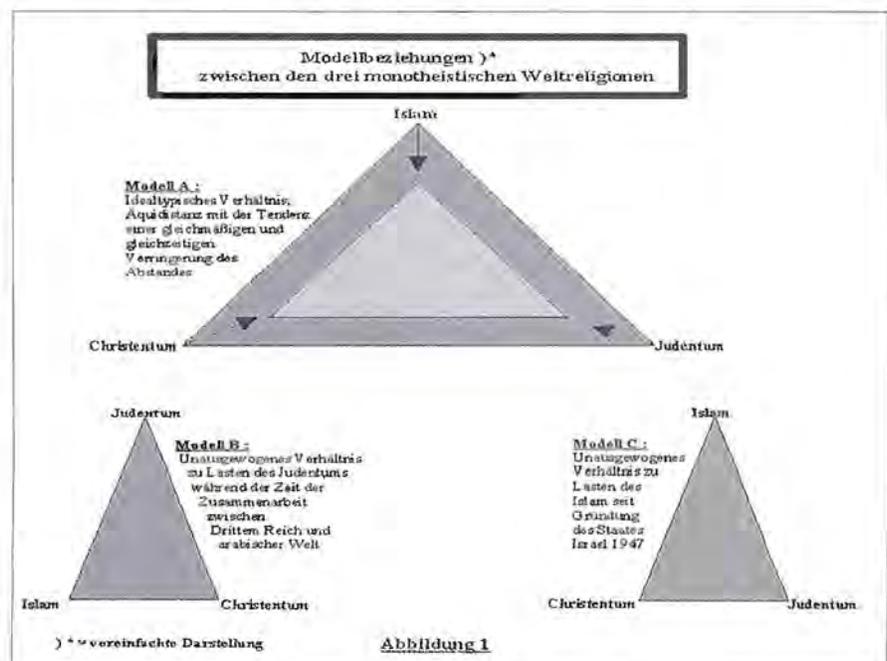
Nach Jahren der Lethargie wurde die muslimische Welt selbstbewusster. Vor allem aber entdeckte sie die Wirksamkeit des Terrors bei der Durchsetzung ihrer Ziele und wählte ihn mit steigender Tendenz seit den siebziger Jahren zum primären Kampfmittel.

Für den extremen Islamismus wurde Gewalt zum legitimen Mittel

bei der Durchsetzung ihrer Ziele, Terror die Fortsetzung der pseudo-religiösen Auseinandersetzung mit anderen Mitteln. Zunächst wollte man mit spektakulären Anschlägen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Probleme der benachteiligten muslimischen Welt lenken, um diese in einem Folgeschritt zu lösen.

Das erste Ziel wurde zwar erreicht, aber die Lösung der Konflikte im Sinne einer Bekämpfung der Ursachen, blieb aus. Im Gegenteil, es trat eine Verschlechterung der Beziehungen ein; für viele Menschen im Westen wurde der Islam, und umgekehrt die westliche Welt für viele Muslime zum Feindbild. Und so schraubte sich die Spirale der Gewalt Schritt für Schritt nach oben. Die Attentate wurden grausamer, forderten immer mehr Opfer und nahmen auch – wie am 11. September – keine Rücksicht auf die Religion der Opfer. Christen, Atheisten und Hindus waren genauso getroffen wie die eigenen Glaubensbrüder.

Dies hat den janusköpfigen Charakter einer Religion offengelegt, in der Toleranz und Kampf



gleichermaßen latent vorhanden sind, ein Phänomen, das auch im Christentum und Judentum nachweisbar ist.

Mittlerweile scheint die Lösung der Probleme aus Sicht der Extremisten kaum noch eine Rolle zu spielen: immer häufiger werden Begriffe wie Rache, Dschihad und Unterwerfung der westlichen Welt als Ziele genannt. Die religiöse Komponente wird nur noch zur Verstärkung des Konflikts benutzt, was daran zu erkennen ist, dass sich nun auch die Protagonisten des Terrors den Mantel religiöser Kompetenz umhängen. Und manche Stimmen aus dem westlichen Lager nutzen ein ähnliches Vokabular. Die Fronten haben sich verhärtet, und die Dialogbereitschaft ist unter dem Nullpunkt.

Gleichwohl werden wir an einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Islam nicht vorbeikommen, Muslime leben unter uns und mit uns. Wir sollten nicht verdrängen, dass wir manchmal Schwierigkeiten mit unseren muslimischen Mitbürgern haben. Sie sind uns fremd mit ihrer Sprache, ihren rituellen Sitten, selbst mit ihren Kopftüchern.

Manchem von uns ist unwohl. Nein, es ist selten Furcht, aber wir leben in einem Land, in dem Religion Privatsache, mittlerweile sogar Nebensache ist. Da kniet auf einmal jemand nieder, um am Straßenrand in aller Öffentlichkeit zu beten!? Um spöttische Blicke kümmert er sich nicht: Gebetszeit ist Gebetszeit!

Wir hingegen zeigen meist nur bei Massenveranstaltungen Flagge, wenigstens in der Gemeinschaft sind wir stark! Und der Begriff der christlich-abendländischen Kultur wird dann selbst von denen strapaziert, die schon beim Amtseid auf die Hilfe Gottes verzichten. Und wir dulden es widerspruchslos, dass unser Glaube verspottet und lächerlich gemacht wird.

Und so regt der Blick auf jene muslimischen Mitbürger vielleicht auch unser schlechtes Gewissen.

Früher gehörte das Wort „So Gott will!“ zu unserem täglichen Wortschatz, um zu zeigen, dass menschlicher Entscheidungsspielraum letztlich durch Gott begrenzt ist; Muslime verwenden ihr „Inschallah!“ in gleicher Weise; nur wenige benutzen es als Ausrede,

wenn sie keine Lust verspüren, einen Termin einzuhalten.

Auch der Satz „Mit Gott fang an, mit Gott hör auf, das ist der beste Lebenslauf!“ ist aus unserem Sprachgebrauch weitgehend verschwunden; Muslime sprechen ihr „Bismillah ir-rahman ir-rahim!“ (Im Namen Gottes, des Barmherzigen und Gütigen!) bewusst.

Die Verflechtungen zwischen den Religionen sind vielfältig, wenn auch oft verschüttet. Wichtig aber ist – ohne Verwischung der Konturen – die Betonung der Gemeinsamkeiten, was die gegenseitige Kenntnis einschließt. Auch Mut und Durchhaltevermögen gehört dazu, wenn leider Reziprozität auf muslimischer Seite noch kaum vorhanden ist, denkt man an die freien Religionsausübung oder den Kirchenbau.

Die katholische Kirche hat – weitgehend unbemerkt – eine Vorreiterrolle beim Dialog mit der muslimischen Welt übernommen und setzt diese trotz wiederholter Rückschläge unbeirrt fort. Vielleicht wird man sie später sogar auf eine Ebene mit jener stellen können, die die Wende im Ostblock einleitete. Sicherlich ist der Weg aber unweit länger und wird eher in Jahrhunderten denn in Jahrzehnten zu zählen sein.

Meilensteine islamischer Geschichte in 14 Jahrhunderten

Schwieriger Beginn

An der Wiege der jüngsten der drei monotheistischen Weltreligionen steht eine Frau Khadidscha¹⁾, die erste Frau des Propheten Mohammed. Sie ist ohne Zweifel eine überragende Persönlichkeit, die sich in der von Männern dominierten Kaufmannswelt Mekkas behauptet. Und es ist letztlich ihr Durchsetzungswille, die den Islam aus der Taufe hebt. Ohne ihre Rückenstärkung und ihre tiefe Überzeugung von der Sendung und Aufgabe ihres Mannes, hätte Mohammed die Bürde des Kampfes gegen das ihn ablehnende Mekka niemals aufgenommen, geschweige denn gegen immense Widerstände durchgesetzt und schließlich sogar gewonnen – vor dem Hintergrund des heutigen Frauenbild in

der muslimischen Welt scheint dies unverstündlich.

Die Ehe währt fast 25 Jahre bis zu Khadidscha's Tod im Jahre 619, und erst danach heiratet Mohammed weitere Frauen²⁾. Es mutet tragisch an, dass aus all diesen Verbindungen letztlich kein Sohn hervorgeht, der überlebt und Erbe und Tradition weiterführen kann.

So hat der Prophet Mohammed, als er im Alter von etwa 62 Jahren im Jahre 632 unserer Zeitrechnung stirbt, weder einen leiblichen Erben, noch seine Nachfolge verbindlich geregelt, ein schwerwiegender Nachteil in der patriarchalisch geprägten Beduinengesellschaft, deren negative Folgen bis heute nachwirken.

Machtkampf

Als Notlösung springt die Familie ein: Abu Bakr³⁾, Schwiegervater Mohammeds, wird zum ersten Kalifen⁴⁾ bestimmt. Die junge, kleine Gemeinde der Gläubigen, Umma, ist in einer schwierigen Lage: sie ist nicht nur über die Nachfolgefrage im Inneren zerstritten, sondern wird auch von äußeren Feinden bedroht. Und so bedeutet Nachfolger des Propheten zu sein nicht nur religiöse Führung, sondern auch militärisches Können. Bei dem inneren Machtkampf stehen Fatima⁵⁾, die älteste Tochter Mohammeds, ihr Ehemann Ali Ibn Abu Talib und die beiden einzigen Enkel des Propheten, Hassan und Hussain auf der einen Seite. Sie fordern das Kalifat für die direkten Nachkommen des Propheten. Ihre Anhänger nennen sich „Partei Alis“ (Schiat Ali).

Aischa⁶⁾ vermutlich im Jahre 615 geboren, wird Mohammeds dritte Frau. Sie bleibt – trotz etwa 13 weiterer – hingegen, die dritte Frau des Propheten, in deren Armen er starb, teilt diese Meinung nicht. Sie pocht auf ihre Sonderrolle als „Lieblingfrau“ und engste Vertraute Mohammeds und verlangt ein umfassendes Mitspracherecht bei allen Entscheidungen. Das Verhältnis zu ihrer lebensälteren Stieftochter Fatima und Schwiegersohn Ali ist gespannt. Abu Bakr, der 1. Kalif, steht vor einem Interessenkonflikt: zwar möchte er die Einheit der Umma bewahren, aber andererseits ist Aischa seine Tochter, und so kann er seine Autori-

Königsmord

tät nur bedingt zur Geltung bringen.

Als aber Fatima – kurz nach ihrem Vater Mohammed – überraschend stirbt, und ein Jahr später, 634, auch Abu Bakr nach nur zwei Jahren als Kalif, wird Aischa's Position gestärkt, und der Kampf verschärft sich. So wird Ali, ihr Schwiegersohn, auch bei der Wahl zum zweiten Kalifen übergegangen.

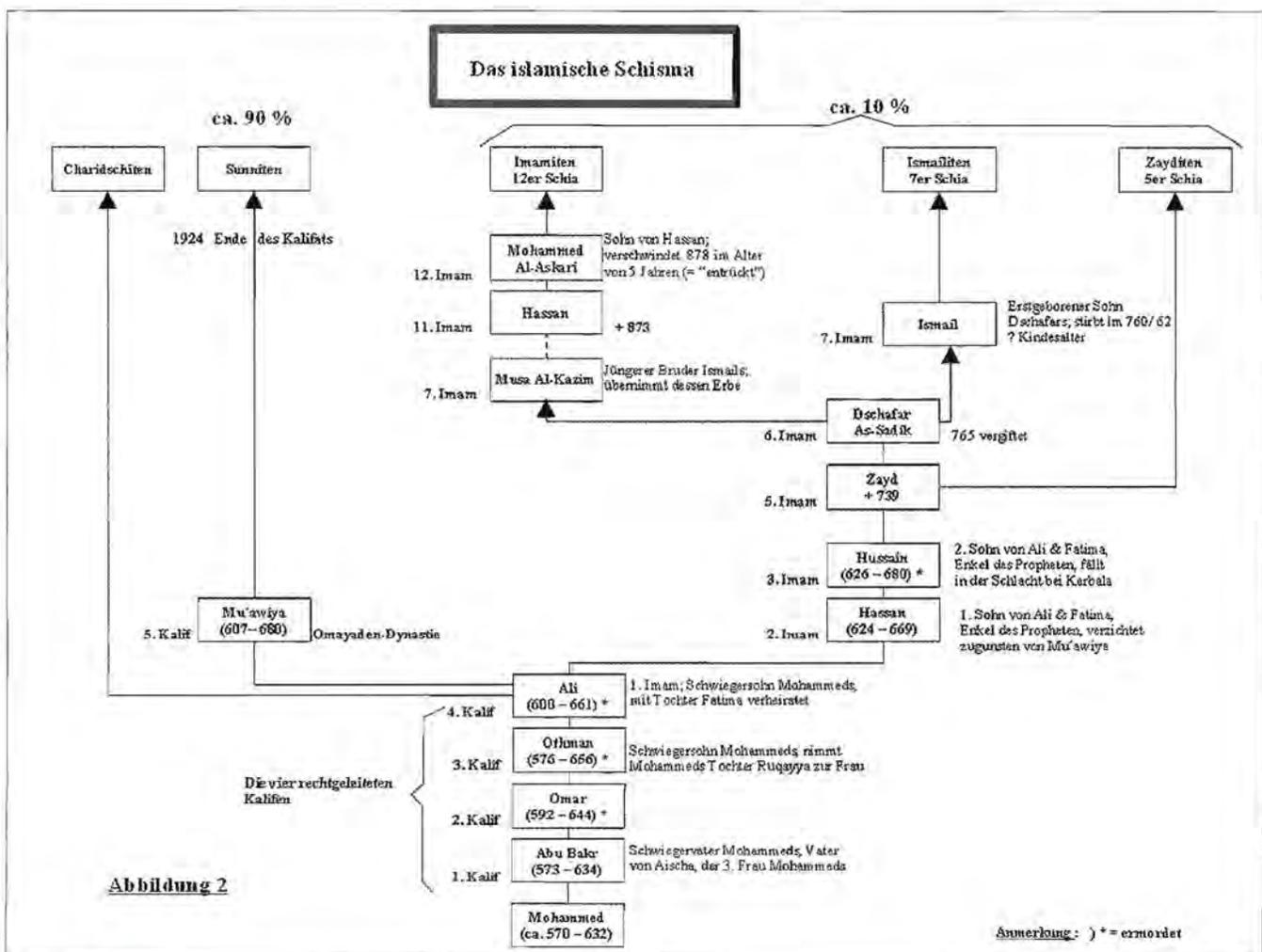
Doch damit nicht genug: Omar, einer seiner schärfsten Gegner – noch heute von den Schiiten verflucht – wird gewählt, wohl auch, weil Abu Bakr sich vor seinem Tod für ihn ausgesprochen hatte. Omar legt als brillanter Organisator und gewiefter Taktiker den Grundstein der schnellen Expansion des jungen Reiches. Aber nur zehn Jahre später wird er erdolcht.

Auch bei der Wahl des 3. Kalifen setzen sich Aischa und ihre Gefolgsleute, die später „Sunniten“⁽⁸⁾ genannt werden, mit ihrem Wunschkandidaten Othman⁹⁾ durch. Othman ist – neben Ali – der zweite Schwiegersohn des Propheten, je-

doch starb seine Frau Ruqayya bevor sie ihm Erben schenken konnte. Othman ist kein Feldherr wie sein Vorgänger Omar. Aber sein Verdienst besteht darin, dass er die zahlreichen Textfragmente des Koran sammeln, redaktionell aufbereiten und zu einer authentischen Endfassung¹⁰⁾ zusammenstellen lässt. Othmans Wahl aber führt dazu, dass sich neben der Anhängerschaft Alis und Aischas eine dritte, allerdings nur kleine, aber äußerst radikale Partei, die Charidschiten¹¹⁾, bildet. Nach zwölf Jahren, der bisher längsten Amtszeit, fällt auch er einem Mordanschlag zum Opfer. Nun führt kein Weg mehr an Ali¹²⁾, Mohammeds Schwiegersohn, vorbei: endlich wird er zum vierten Kalifen gewählt, und eine Einigung der Umma scheint möglich. Doch Aischa und ihre Anhänger geben nicht auf: Ali wird nach nur fünf Jahren ermordet. Danach bricht der Kampf um die Macht¹³⁾ erneut aus, und die junge Muslimgemeinde spaltet sich endgültig (s. Abb. 2).

Ali's ältester Sohn Hassan¹⁴⁾ tritt die Nachfolge seines Vaters an, aber gleichzeitig beansprucht auch Mu'awiya¹⁵⁾, ein Verwandter Othmans aus der Familie der Omayyaden und zugleich Statthalter in Damaskus das Kalifenamt – Kalif und Gegenkalif. Für einen kurzen Augenblick scheint die Vernunft zu siegen, wenngleich nicht im Sinne der Partei Alis: Hassan wird von den Omayyaden bestochen und überträgt sein Erbe an Mu'awiya. Aber Hussain¹⁶⁾, sein um zwei Jahre jüngerer Bruder, lehnt dies ab und übernimmt die Führung. Zum endgültigen Bruch kommt es, als Truppen der Omayyaden im Jahre 680 Hussain, den Enkel des Propheten und Führer (= Imam) der Schiiten in der Schlacht von Kerbala¹⁷⁾ töten. Nur Hussains Sohn Zain überlebt das Massaker.

Um den Abscheu der Schiiten über die Tötung des Propheten-enkels zu verstehen, muss auf die



überragende Stellung männlicher Nachkommen in der orientalischen Familienphilosophie¹⁸⁾ hingewiesen werden: Hassan und Hussain, die beiden einzigen Enkel Mohameds, sind sechs und acht Jahre alt, als der Prophet stirbt. Er hat sie geliebt, mit ihnen gesprochen, gegessen, gespielt und gebetet. Sie sind sein personifiziertes Vermächtnis.

Aus schiitischer Sicht ist dieser Angriff auf die Familie des Propheten ein Frevel, der bis heute eine unüberbrückbare Kluft zwischen beiden bildet, weit tiefer als jene zwischen Katholiken und Protestanten. Der gegenseitige Hass ist so groß, dass sogar noch im Jahre 1802 fanatische Sunniten aus der inner-arabischen Wüste nach Kerbala vorstoßen und das Grab Hussains schänden.

Zwischenbilanz

In nur 29 Jahren fallen drei der vier Nachfolger des Propheten Mordanschlägen zum Opfer, und bereits wenige Jahre nach dem Tode des Propheten ist der Keim der Spaltung so stark, dass die innere Einheit des neuen Glaubens zerbricht.

Von daher grenzt es an ein Wunder, dass das Kalifenreich seinen Einfluss in der Folgezeit – zunächst von Damaskus, später von Bagdad aus regiert – mit unglaublichem Tempo nach Westen und Osten ausbreiten kann. In der Rückschau ist festzustellen, dass sich die sunnitische Linie durchgesetzt hat. Heute bekennen sich etwa 90 Prozent aller Muslime zu dieser Glaubensrichtung. Die Schiiten – in noch weitere Gruppierungen aufgesplittert¹⁹⁾ – bleiben in der Minderheit. Aber auch die Sunniten bleiben von Teilung nicht verschont. Jedoch weist diese, da primär nur im Bereich der Exegese der vier Rechtsschulen²⁰⁾ verlaufend, keine zentrifugalen Tendenzen auf. Später treten zu den vormaligen dynastischen Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten auch tiefgreifende religiöse Unterschiede, z.B. in Bezug auf die Priesterschaft, welche die Kluft vertiefen.

Blitzerfolge

Kaum einhundert Jahre nach dem Tode des Propheten stehen die

Anhänger des neuen Glaubens im Westen bereits an den Pyrenäen, im Norden beiderseits des Kaspischen Meeres und im Osten im heutigen Afghanistan. Die Eroberung wird nicht immer mit Feuer und Schwert, wie oft kolportiert, erzwungen. Der Vorstoß z.B. entlang der nordafrikanischen Küste führt durch ein machtpolitisches Vakuum, und das Westgotenreich in Spanien ist innenpolitisch zerstritten, insgesamt günstige Voraussetzungen für einen schnellen Erfolg. Das junge Reich der Karolinger an der Nordflanke – im stadium nascendi – ist keine ebenbürtige Kraft: Karl Martell stoppt zwar den Raubzug der Araber in das Frankenreich²¹⁾ hinein und gilt seitdem als einer der Retter des Abendlandes. Ob die Mauren aber ihren Machtbereich wirklich bis nach Mitteleuropa ausdehnen wollten, ist fraglich. Sie haben es zumindest kein einziges Mal mehr versucht.

Reaktion aus Rom

Zur selben Zeit, als der Islam an Profil gewinnt, sind die römischen Päpste und ihre politischen und religiösen Doppel-Gegenspieler, die Kaiser und Patriarchen von Konstantinopel, durch tiefe Dauerrivalität gebunden und daher nicht uneingeschränkt handlungsfähig. Papst Honorius I.²²⁾, Oberhaupt der Christenheit zum Zeitpunkt des Todes von Mohammed, liegt mit Sergius²³⁾, dem oströmischen Patriarchen im Disput über religiöse Fragen. Es ist nicht überliefert, wann, wie und durch wen Rom zum ersten Mal von der neuen Religion erfährt. Vermutlich sind es Berichte von Reisenden aus Konstantinopel, war doch die Stadt am Bosphorus als erste von den arabischen Truppen angegriffen worden. Sehr ernst genommen hat man die Meldungen vermutlich nicht, vor allem nicht im Sinne einer Bedrohung, gab es doch zu viele Diskussionen um den rechten Glauben in dieser Zeit, zumal der eine oder andere auch erzählt haben dürfte, dieser neue Glaube enthalte viele Dinge aus dem Alten und neuen Testament, sei also nur eine unbedeutende Sekte wie viele andere auch. Der Kirchenlehrer Damascenus²⁴⁾ – in der arabischen Welt aufgewachsen – ist

wahrscheinlich der erste, der in Streitschriften auf die neue Religion aufmerksam macht, konvertieren doch dort viele Christen, die sich vom höfischen Glanz und den vielfältigen wissenschaftlichen Errungenschaften der Araber²⁵⁾ angezogen fühlen, denn „zivilisierte Welt“ bedeutet damals arabische Welt. Sie erschließt auch das schriftliche Erbe der griechischen Antike und schafft damit eine wichtige Voraussetzung für Scholastik, Renaissance und Humanismus.

Und so gehen die Christen erst im 11. Jahrhundert zur Offensive über. Die heiligen Stätten sind schon über vierhundert Jahre im Machtbereich des Kalifen zu Bagdad. Es beginnt ein düsteres Kapitel des Abendlandes, das der Kreuzzüge. Die Koalitionen dieser Zeit wechseln häufig: Ziel mancher Kreuzzüge ist keineswegs der Sieg über die Muslime, sondern die Niederwerfung der eigenen Glaubensbrüder in Byzanz. Rom arbeitet bisweilen mit den Muslimen zusammen, was letztlich zum Untergang Byzanz – auch Ostrom oder das Neue Rom genannt – beiträgt.

Rückschläge

Aber auch unter den Muslimen herrscht keine Einigkeit: Die Kluft zwischen Sunniten und Schiiten ist nicht zu überbrücken. Verschiedene arabische Dynastien bekämpfen sich bis aufs Messer, drohen sich gegenseitig den Dschihad²⁶⁾, den Heiligen Krieg an, und schon damals überziehen Terrorkommandos²⁷⁾ aus Persien kommend ihre Gegner mit tödlichen Anschlägen. Parallel zu den Kreuzzügen drängt die Reconquista, die Rückeroberung, die Mauren in Spanien zurück, und aus den Steppen Innerasiens stoßen ab 1218 erstmals mongolische Reiterheere in den Nordosten des arabischen Reiches vor. Innerhalb eines Jahres wird das muslimische Reich der Seldschuken-Dynastie²⁸⁾ von den über 150.000 Reitern Dschingis Khans überrannt.

Die arabische Welt sieht sich einer tödlichen strategischen Zweifronten-Bedrohung ausgesetzt. Doch der plötzliche Tod von Dschingis Khan im Jahre 1227 n.Chr. lockert

den Würgegriff aus dem Osten, und nachdem auch die Wucht der Kreuzzüge verebbt, stabilisiert sich die Lage der arabischen Welt.

Zenit

1453 schließlich erobern die Araber Konstantinopel, und das byzantinische Reich zerbricht. Über ein Jahrtausend ist Byzanz, von Kaiser Konstantin dem Großen im Jahre 330 als das „Neue Rom“ gegründet, religiös und politisch erbitterter Gegenspieler des Papstes, bis im Jahre 1054²⁹⁾ schließlich auch noch das letzte gemeinsame Band durchschnitten wird.

Vordergründig zeigt man Betroffenheit, aber innerlich wird jubiliert, ist man doch mit arabischer Hilfe einen Rivalen los, der seit über tausend Jahren immer und immer wieder die päpstliche Vormachtstellung herausgefordert und in Frage gestellt hatte³⁰⁾.

Auf den Trümmern der Stadt am Goldenen Horn, die fortan Istanbul heißen wird, baut die muslimische Welt ein neues Reich, das der Osmanen. Die Kathedrale der Heiligen Sophie, Hagia Sophia, wird Moschee.

Neue Ufer

Das junge osmanische Reich erhält noch eine weitere Starthilfe aus dem christlichen Lager: als am Ende des 15. Jahrhunderts – nach dreihundert Jahren – die Rückeroberung Spaniens vor dem Abschluss steht, und ihre Katholischen Majestäten, Königin Isabel und König Ferdinand, am 2. Januar 1492 in Granada die Kapitulation des letzten maurischen Sultans Boabdil³¹⁾ entgegennehmen, wartet in einem der vielen Gemäcker ein Bittsteller mit einem abenteuerlichen, beinahe utopisch klingenden Plan, der aber, wenn er gelingt, eine neue Welt erschließt und damit Macht und unermesslichen Reichtum verspricht: Christopher Columbus.

Er hat Erfolg und findet jene neue Welt im Westen, in der sich finanzielle Investitionen offenbar weit höher und vor allem risikoloser auszahlen als bei bisherigen Eroberungen im Osten. Die Politik der jungen Weltmacht Spanien und auch die des Papstes in Rom wird fortan in

Richtung Neue Welt gelenkt, und beinahe schlagartig erlischt das Interesse am Orient.

Das Kalifat in Spanien ist zwar verloren, aber auch die Kreuzzüge der „Kafire“³²⁾ haben ihr Ziel verfehlt, mögen die Berater der Hohen Pforte resümiert haben, also insgesamt eine Bilanz, die so schlecht nicht ist. Und der Islam – mittlerweile fast 900 Jahre alt – dehnt nun ungestört und ungehindert von christlichen Mächten seine Einfluss-sphäre und damit religiöse Botschaft – den Spuren Alexanders des Großen folgend – weit nach Osten aus. Das indische Delhi wird Hauptstadt des Moghul-Reiches³³⁾ und neben Istanbul zur zweiten muslimischen Schaltzentrale.

Versuchung auf dem Balkan

Solange Byzanz in christlicher Hand war, blockierte sie wie ein Bollwerk den direkten, kurzen Weg über den Balkan nach Mitteleuropa. Doch nun, nach ihrer Eroberung steht diese Route weit offen. Dennoch scheitert 1529³⁴⁾ der erste Versuch in das europäische Kernland vorzustoßen. Und vier Jahrzehnte später – 1571 – unterliegt die türkische Flotte in der Seeschlacht von Lepanto³⁵⁾ einer Dreier-Allianz des Westens. Ihr Sieg verhindert, dass das östliche Mittelmeer zum muslimischen Binnenmeer wird.

Erst eineinhalb Jahrhunderte später versucht die Hohe Pforte den Durchbruch auf der Landroute zum zweiten Mal. 1.300 km Luftlinie trennen Istanbul von Wien; in Tagesmärschen von 20 km sind sie in zwei Monaten zu überbrücken. 1683 belagert Großwesir Kara Mustafa die Hauptstadt des Habsburger Reiches, aber auch der zweite Versuch, Wien zu nehmen, schlägt fehl. Für den 19-jährigen Prinzen Eugen³⁶⁾ ist die Schlacht am Kahlenberg im kaiserlichen Entsatzheer der erste Kampf gegen die Türken, weitere werden folgen. Aber anders als 1529 nutzen die Habsburger dieses Mal ihren Sieg und beginnen eine lange strategische Verfolgung, die den osmanischen Einfluss auf dem Balkan Schritt für Schritt zurückdrängt, eine „Reconquista á la Vienna“. Die türkischen Spuren verwehen; was bleibt, sind Kaviar, Parfum und die Blasmusik

der Janitscharen. Es bleibt aber auch das religiöse und ethnische Vielvölkergemisch auf dem Balkan, mit dessen Folgen wir bis heute konfrontiert sind.

Ägyptisches Intermezzo

1798 greifen – erstmals seit den Kreuzzügen – wieder europäische Truppen ein arabisches Land an: Napoleon landet in Ägypten. Aber diesmal hat das Aufeinandertreffen von Okzident und Orient – obwohl militärisch geprägt – einen toleranten Charakter, denn Napoleon vermeidet es, als Eroberer aufzutreten³⁷⁾ er beginnt seine Reden stets mit der muslimischen Gebetsformel Bismillah, im Namen Allahs, und vor allem aber praktiziert Napoleon, was er seinen Truppen bereits während des Feldzuges in Norditalien zugerufen hatte „Schwört mir, die Völker zu schonen, die ihr befreit!“

Eine mögliche Gefährdung des Osmanischen Reiches wird durch den Zwist der europäischen Großmächte vereitelt: Napoleons Flotte wird bei Abukir³⁸⁾ versenkt. Auf dem Fluchweg entlang der Küste Kleinasiens macht Napoleon 3000 türkische Gefangene, aber was mit ihnen tun? Nach drei Tagen Skrupel und Diskussion lässt er sie ins Meer treiben und töten.

Finale

Am Ende des 1. Weltkrieges zerbricht das bisher letzte muslimische Großreich. Die europäischen Kolonialmächte teilen sich die Beute. Eigenstaatliche Ansätze gibt es nur in der Türkei. Atatürk schafft 1924 das Khalifat, die religiöse Führerschaft, offiziell ab, für viele Sunniten eine Art des religiösen Freitods. Der Tiefpunkt in der islamischen Geschichte ist erreicht, und hieraus entwickeln sich Hass und Minderwertigkeitsgefühle gegenüber dem Westen. Die arabische Welt – im Mittelalter an der Spitze von Forschung und Wissenschaft – bildet heute das Schlusslicht. Vor allem aber spannt sich der sozialpolitische Bogen von den reichsten Staaten – Brunei und den Golfstaaten – bis zu den ärmsten Entwicklungsländern, wie Afghanistan und dem Jemen. Auch jene über 14 Millionen Menschen, die weltweit

permanent auf der Flucht sind, kommen zu 90 Prozent aus muslimischen Staaten. Die Re-Islamisierung wird daher von vielen Muslimen als ein Ausweg aus dieser Lage gesehen.

Fazit

1. Zu keinem Zeitpunkt ihrer 1400 Jahre alten Geschichte ist die muslimische Welt in sich geeint. Und mit großer Wahrscheinlichkeit wird es – trotz aller Versuche – auch künftig im Islam keine Homogenität im Sinne eines in sich geschlossenen islamischen Staatenblocks geben, der gegen die nicht-muslimische Welt gerichtet sein könnte. Alle Aufrufe, die Umma wieder zu beleben, sind

Worthülsen geblieben, obwohl sie von extremen islamistischen Wortführern ständig benutzt werden.

2. Das Verhältnis Islam – Christentum ist zwar überwiegend von Konfrontation geprägt, aber es gibt auch lange Zeiträume friedvollen Miteinanders.
3. Es gibt in der Geschichte des Islam keine geistige Bewegung, die der europäischen Aufklärung entspricht. Dies mindert die Erfolgsaussichten eines Dialoges.
4. Geschichte besitzt in der islamischen Welt – anders als bei uns – eine ungeheuere Dynamik.
5. Frauen üben besonders in der Frühphase des Islam einen überragenden Einfluss aus, der im heutigen Frauenbild unreflektiert bleibt.

Der Beitrag wird in 3 weiteren Teilen fortgesetzt:

Teil 2 – Religiöse Grundlagen und Rechtssystem

Teil 3 – Islam und Christentum

Teil 4 – Sicherheitspolitische Aspekte und Ausblick

Anmerkungen

- 1) Mohammed Ibn Abdallah, aus der verarmten Sippe der Quraisch, wächst väterlos auf und wird von seinem Großvater Abd Al-Muttalib aufgezogen. Im Jahre 595 n.Chr. heiratet Mohammed die wesentlich ältere, reiche Kaufmannswitwe Khadidscha und lebt mit ihr fast 25 Jahre in einer Ehe bis zu ihrem Tod im Jahre 619. Aus dieser Ehe stammen nur vier Töchter – Zainab, Ruqayya, Fatima und Umm Qultum, jedoch kein Sohn. Fatima ist das einzige Kind Mohammeds, welches das Erwachsenenalter erreicht. Wenige Monate nach dem Tode Khadidschas – längere Trauerzeiten sind im Islam nicht üblich – nimmt er sich eine 2. Frau (Sauda), vermutlich, um sie wirtschaftlich abzusichern (Leviratshe) und um seinen vier kleinen Töchtern einen Pflegemutter zu geben.
- 2) Die Zahl weiterer Frauen, die Mohammed in den zehn Jahren von 619 bis 629 heiratet, ist nicht genau bekannt, jedoch sind es über 15.
- 3) Abu Bakr (573–634) ist der Vater von Aischa. Er verspricht sie Mohammed – damals bereits 51 Jahre alt – zu seiner dritten Frau; da Aischa zu diesem Zeitpunkt (621) erst sechs Jahre alt ist, verbleibt sie noch mehrere Jahre im Hause ihres Vaters. Zwar gibt es Hinweise, der Prophet habe ihn selbst als seinen Nachfolger empfohlen, aber es erscheint fraglich, denn Abu Bakr ist nahezu gleichaltrig mit Mohammed.
- 4) = arabisch für: Nachfolger (= religiöser Titel, vgl.: Sultan = Titel für einen weltlichen Herrscher).

- 5) Fatima Bint Mohammed (ca. 596–533), Tochter aus der Ehe Mohammeds mit Khadidscha.
- 6) Aischa Bint Abu Bakr; vermutlich im Jahr 615 geboren, wird Mohammeds 3. Frau. Sie bleibt – trotz etwa 13 weiterer Ehefrauen – bis 629 diejenige mit dem größten Einfluss auf den Propheten. Dieser wird auch nicht geschmäht, als Gerüchte kolportiert werden, sie habe ihn während eines Feldzuges betrogen. Der Prophet, von der Unschuld seiner Frau überzeugt, nimmt – da keine Zeugen des vermeintlichen Seitensprungs vorhanden sind – dies zum Anlass, um in Sure 24, Vers 11 ff. die Zahl der Zeugen wider eine unbescholtene Frau auf vier festzulegen. Aischa stirbt 678 in Medina.
- 7) auch : Umar Ibn Al-Khattab (592–644) stand Mohammed zunächst feindlich gegenüber; wurde dann aber dessen enger Vertrauter. Er legte den Grundstein der beginnenden Eroberungszüge. 640 nimmt er den Titel „Befehlshaber der Gläubigen“ (Amir Al-Mu´minin) an. Er wird in Basra von einem missgünstigen persischen Beamten aus persönlichen Motiven erstochen.
- 8) Abgeleitet von sunna, arabisch für: Brauch, Tradition
- 9) auch : Uthman Ibn Affan (576–656); aus der Sippe der Omayyaden, er ist – wie Ali – ein Schwiegersohn des Propheten; er heiratet Ruqayya, die zweitälteste Tochter Mohammeds; vermutlich aber stirbt sie noch im Kindesalter.
- 10) Diese Endfassung machte das Osmanische Reich Kaiser Wilhelm II. zum Geschenck. Allerdings musste dieser sie gem.

Art. 246 des Versailler Vertrages wieder an den damaligen König des Hedschas in Mekka zurückgeben.

- 11) charadscha; arabisch für: weggehen, verlassen. Mit der Politik Othmans unzufrieden rebellieren sie gegen den 3. Kalifen und töten ihn 656 in Mekka. Ein Anhänger dieser Sekte erdolcht 661 einen zweiten Kalifen: Ali. Danach spielt diese Gruppe keine exponierte Rolle mehr; es gibt sie aber heute noch, z.B. im Oman und im Jemen.
- 12) Ali Ibn Abi Thalib (600–661) heiratet etwa 623 Mohammeds Tochter Fatima. Er stirbt durch den Dolch eines Charidschiten.
- 13) Fitna al-kubra; arabisch für: großen Kampf innerhalb der eigenen Sippe, Bürgerkrieg
- 14) Hassan (624–669) übernimmt nach der Ermordung seines Vaters Ali das Kalifat. Der Titel Kalif wird jedoch durch die Schiiten nicht mehr verwendet und durch Imam (Führer der Gemeinde) ersetzt.
- 15) Mu´awiya (607–680) aus der Dynastie der Omayyaden wird nach der Ermordung Alis der 5. Kalif. Er regiert von 661 bis 680. Aus Sicht der Anhänger Alis, der Schiiten jedoch, ist sein Kalifat nicht rechtmäßig.
- 16) Hussain (626–680), zweiter Sohn von Ali und Fatima und Enkel des Propheten ist von 669 bis zu seinem Tod im Jahre 680 der 3. Imam der Schiiten.
- 17) Stadt im heutigen Irak
- 18) Erinnerung sei aber auch daran, wie über viele Jahrhunderte den Juden die Tötung Christi als besonders schändlich vorgeworfen wurde.
- 19) u.a. Imamiten (12-er Schia im Iran), Ismailiten (7-er Schia/Oberhaupt: Agha Khan) und Zayditen (5-er Schia), sowie kleinere Sekten wie z.B. die Alawiten in Syrien und schätzungsweise 70 weitere Untersekten.
- 20) Die vier Rechtsschulen: Malakiten, Hanafiten, Schafiten und Hanbaliten (weitere Einzelheiten; Teil 2)
- 21) Kämpfe von Tours & Poitiers, etwa 200 km südlich von Paris, im damaligen Aquitanien.
- 22) Honorius I. – Papst von 625 bis 638; wegen positiver Äußerungen zur Lehre des Monotheismus, auf der 6. allgemeinen Synode zu Konstantinopel im Jahre 681 als Irrlehre verworfen, wird er während seiner Amtszeit zum Häretiker erklärt.
- 23) Sergius, Patriarch von Konstantinopel von 610 bis 638
- 24) auch : Johannes von Damaskus (650–750?); stammt aus einer arabischen, jedoch christlichen Familie. Sein Vater war Finanzminister am Hofe der Kalifen: Johannes soll Spielgefährte des späteren Kalifen Yazid gewesen sein.
- 25) z.B.: Papier aus China, Einführung der Null in die Mathematik, Teleskop, Brille, Medizin
- 26) arabisch für Anstrengung
- 27) Assassine – für: Haschischesser; Chef der Sekte: Hassan Bin Sabbah, genannt „der Alte vom Berg Alamut“

- 28) alttürkisches Herrschergeschlecht im 11. und 12. Jahrhundert
- 29) Großes Abendländisches Schisma; die seitens Papst Leo IX. als Friedensmission geplante Reise seines Gesandten, Kardinal Humbert, Erzbischof von Sizilien, nach Byzanz zum oströmischen Kaiser Konstantin IX. und seinem Patriarchen Kerrularios, entwickelt wegen der Intransigenz auf beiden Seiten eine eskalierende Eigendynamik, die im gegenseitigen Bannspruch endete. Papst Leo IX. war zwischenzeitlich verstorben.
- 30) Die Liste der politischen und religiösen Streitpunkte ist lang. Sie reicht von Fragen der Stellenbesetzung byzantinischer Kaiser und Patriarchen, über den Bilderstreit bis zum Disput über das Wesen Christi.
- 31) Boabdil, bis 1492 letzter maurischer König von Granada (+1533 ?)
- 32) arabisch für: Ungläubige; von: Kufr (=Heidentum, Unglaube)
- 33) Die Moghul-Dynastie herrscht als selbständige Macht in der Zeit von 1505 (Babur) bis 1707 (Aurangzeb)
- 34) Der Grund für das Scheitern liegt vermutlich in erster Linie an dem ungewöhnlich schlechten Septemberwetter, das zum Abbruch der Belagerung zwingt.
- 35) italienischer Name der griechischen Stadt Naupaktos; letzte große Galeerenschlacht der Geschichte. Die Flotte der „Heiligen Liga“ (Venedig, Papst und Spanien) unter dem Oberbefehl von Don Juan de Austria besiegt die zahlenmäßig überlegene osmanische Flotte.
- 36) Prinz Eugen von Savoyen-Carignan (1663–1736) nimmt als 19-jähriger an der Entsatzschlacht teil.
- 37) In seinem Gefolge sind u.a. 175 Wissenschaftler. Sie entdecken den Stein von Rosette (Hafenstadt im westlichen Nildelta), und Jean Francois Champollion (1790–1832) gelingt 1822 auf dieser Grundlage die Entzifferung der Hieroglyphen.
- 38) Am 01.08.1798 vernichtet die britische Flotte unter Admiral Horatio Nelson (1758–1805) die Schiffe des französischen Expeditionskorps.

Literatur :

- Akram, A.I.: The Muslim conquest of Spain, Army Education Press Rawalpindi, 1980.
- Delcambre, Anne-Marie: Mohammed, die Stimme Allahs, Otto Maier Ravensburg, 1990.
- Brockhaus Enzyklopädie, 19. Auflage, 24 Bände, F.A. Brockhaus Mannheim.
- Faroqi, Suraiya: Geschichte des Osmanischen Reiches, C.H. Beck Verlag, 2000.
- Horie, Chris & Chippindale, Peter: Die muslimische Welt, Knaur Verlag, 1992.
- Khoury, Hagemann, Heine: Islam-Lexikon, 3 Bände Herder Verlag, 1991.
- Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Auflage, Verlag Herder Freiburg, 1960.
- Qayyum Abdul: On striving to be a Muslim, Islamic Book Centre Lahore, 1978.

Zwischen Freiheit und Verfolgung Christen in Ländern mit muslimischer Mehrheit

Nicht erst der 11. September und die erklärte Feindschaft islamischer Extremisten gegenüber dem Westen haben die Frage nach dem Verhältnis von Christen und Muslimen aufgeworfen. Im katholischen Bereich ist die Dialog-Euphorie der 70-er Jahre einer Ernüchterung gewichen. Christen in vielen islamischen Ländern sehen sich mit wachsenden fundamentalistischen Bewegungen im Islam konfrontiert. Bei den Bischofssynoden für Afrika (1994) und Asien (1998), aber auch beim jüngsten Weltbischofstreffen gab es neben dem Appell zum offenen Dialog auch warnende Stimmen.

Papst Johannes Paul II. hat bei seinen Auslandsreisen immer wieder die Begegnung mit dem Islam gesucht und für gegenseitige Toleranz und für einen Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern geworben. Sein erster Besuch einer Moschee in Damaskus im Mai sollte ein neuer Anstoß sein. Die nachfolgende Zusammenstellung basiert in weiten Teilen auf einer Länderübersicht des vatikanischen Missions-Nachrichtendienstes Fides, dem wir für die Genehmigung zur Veröffentlichung danken. Experten geben zu bedenken, dass Zahlenangaben für diese Regionen oft widersprüchlich sind.

Asien

Christen genießen Kultfreiheit, missionarische Tätigkeit ist nicht erlaubt

In den mehrheitlich muslimischen Ländern zwischen Nahost und Indonesien sind die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen nicht immer einfach. Interreligiöser Dialog ist vor allem dort möglich, wo es sich bei den Christen um Einhei-

mische handelt, die mit den Muslimen Sprache und Kultur teilen. Auf der arabischen Halbinsel ist der Dialog problematisch, weil es sich bei den dortigen Christen meist um Ausländer handelt, die sich als Arbeitsmigranten für wenige Jahre im Land aufhalten.

In Saudi-Arabien gibt es keine Religionsfreiheit. In Afghanistan wurde die christliche Präsenz unter dem Taliban-Regime ausgelöscht. Da die missionarische Tätigkeit von

den Regierungen oft als Proselytenmacherei betrachtet wird, beschränkt sich christliche Präsenz in vielen muslimischen Ländern auf ein Glaubenszeugnis durch das Leben inmitten der Bevölkerung wie bei den Franziskanern oder den Charles de Foucauld-Schwestern in Afghanistan, Pakistan und der Türkei sowie auf die Förderung sozialer Einrichtungen, Arbeit in Krankenhäusern, Schulen und Waisenheimen.

Zentralasien

Friedlicher Islam trotz extremistischer Infiltration

In den ehemaligen zentralasiatischen Sowjetrepubliken ist der Islam oft von der mystischen Prägung der sufischen Bruderschaften beeinflusst. Mancherorts gibt es jedoch neben diesen moderaten Hauptströmungen extremistische Infiltrationen, die darauf abzielen, islamische Regime in der Region zu errichten. Um dieser „politisch religiösen“ Gefahr entgegenzuwirken, haben sich Russland, China, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan zur gemeinsamen regionalen

politischen und religiösen Planung im so genannten „Schanghai 5“-Forum zusammengeschlossen.

Afrika

Zwischen Frieden und Konflikt: Alte Strukturen haben weitgehend Bestand

In vielen Ländern Afrikas leben Christen und Muslime zusammen. Die Beziehungen zwischen den Religionen sind jedoch höchst unterschiedlich. In manchen Staaten gibt es ein friedliches Zusammenleben, andernorts Spannungen und Auseinandersetzungen. Die meisten Konflikte entstehen in Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist und das Islamrecht Scharia gilt. In solchen Ländern kann die katholische Kirche nur in sehr eingeschränktem Maß tätig werden; Religionsunterricht und Missionierung sind dort verboten; Muslime, die sich zum Christentum bekehren, werden verfolgt. Als großes Problem wird das Eindringen islamischer Extremisten empfunden, die aus dem Ausland, etwa von Saudi-Arabien finanziert werden und das überwiegend tolerante Wesen des einheimischen Islam entfremden.

Länder-Kurzberichte

(alphabetisch)

Ägypten (1)

Einwohner: 62.110.000;
Religion: Muslime 90 %,
Kopten 8 %
(Katholiken: 216.500)

Die ägyptische Verfassung garantiert Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz, unabhängig von Sprache, Rasse und Religion. Das Justizsystem hat jedoch islamischen Charakter: 1971 erklärte ein Urteil des Verfassungsgerichts „den Islam als Staatsreligion und jedes Gesetz, das dem Islam widerspricht, als verfassungswidrig“. Formell ist Missionierung nicht verboten; allerdings wird ein Artikel der Strafgesetzgebung, der Handlungen gegen den sozialen Frieden untersagt, auf zum Christentum übergetretene Muslime angewandt.

Vor allem in Oberägypten, wo die

christliche Präsenz stärker ist als im Norden, werden koptische Christen durch extremistische islamische Bewegungen bedroht. Diese Gruppen werden von der Regierung verfolgt. Viele vermeintlich religiöse Konflikte haben allerdings wirtschaftliche oder soziale Hintergründe. Sie enden oft mit Plünderungen und Brandanschlägen auf Häuser und Geschäfte der anderen Glaubensgemeinschaft. An der Basis wird jedoch auch der Dialog gesucht. Die griechisch-katholische Pfarrgemeinde in Kairo ist etwa mit ihrem Al-ikhaa ad-dini-Verband ein Bezugspunkt für diesen Dialog. Auch die deutsche katholische Auslandsgemeinde sucht mit ihrem „Ökumenischen Zentrum Kairo“ den Kontakt zum Islam.

Afghanistan (2)

Einwohner: 25.000.000;
Religion: Muslime 99 %,
Christen: wenige Dutzend

Das Taliban-Regime hat die Reste der christlichen Minderheit, die bis zum Jahr 2000 etwa 7.000 Mitglieder hatte, praktisch aus dem Land vertrieben. In Kabul leben derzeit drei Schwestern aus der Kongregation der Kleinen Schwestern von Charles de Foucauld, die im Stillen der einheimischen Bevölkerung helfen.

Algerien (3)

Einwohner: 29.476.000;
Religion: Muslime 99,5 %,
Christen 0,5 %
(Katholiken: 2.500)

In dem Staat herrscht seit 1992 Bürgerkrieg zwischen der von der Armee beeinflussten Regierung und islamischen Extremisten. Im Kampf zwischen den Streitkräften und verschiedenen islamischen Gruppen starben bis heute mehr als 100.000 Menschen. Auch die kleine christliche Gemeinschaft zählte viele Opfer: Seit 1992 starben Bischof Pierre Claverie von Oran sowie 17 Priester und Ordensleute. Dutzende von ausländischen Gläubigen wurden nicht nur wegen ihrer Herkunft, sondern auch wegen ihres Glaubens ermordet. Die zumeist ausländischen Katholiken in Algerien versuchen jedoch weiter durch professionelle Kompetenz, soziales Engagement

und freundschaftliche Beziehungen den Brückenschlag.

Bahrain (4)

Einwohner: 617.000;
Religion: Muslime 82,4 %,
Christen 10,5 %
(Katholiken: 25.000)

Die rund 60.000 Christen verschiedener Konfessionen genießen weitgehend Kultfreiheit. Es gibt drei katholische Priester und sieben Comboni-Schwestern, die eine Schule mit 1.600 Schülern leiten. Kürzlich wurde der Bau einer großen katholischen Kirche fertiggestellt. Es gibt Tendenzen zur Öffnung gegenüber Demokratie und anderen Religionen.

Bangladesch (5)

Einwohner: 129.000.000;
Religion: Muslime 88 %,
Christen 0,3 %
(Katholiken: 300.000)

Der Islam ist im Land seit 500 Jahren verbreitet und ist heute Staatsreligion. Er spielt im gesellschaftlichen Leben eine wichtige Rolle, die islamischen Gesetze der Scharia sind aber nicht Landesgesetze. Die Rechte christlicher Minderheiten sind gesetzlich anerkannt, die interreligiösen Beziehungen gelten als gut. Die christliche Minderheit engagiert sich im Rahmen der Caritas Bangladesch sowie durch zahlreiche soziale und karitative Dienste für die Bekämpfung der Armut. Dafür wird sie im Allgemeinen von der Bevölkerung geschätzt.

Die katholische Kirche engagiert sich auch im Bildungswesen: 518 Schulen befinden sich in kirchlicher Trägerschaft. Zudem verwalten die Katholiken 340 Gesundheitseinrichtungen. Das Christentum wird als „ausländische Religion“ betrachtet. Die katholische Gemeinschaft ist noch jung, die Inkulturation noch nicht weit fortgeschritten. Missionare werden häufig mit Misstrauen betrachtet und erhalten oft nur unter Schwierigkeiten ein Einreisevisum.

Brunei (6)

Einwohner: 307.000;
Religion: Muslime über 70 %,
Christen 7,7 %

(Kath.: 20.000, davon 3.000 einheimische)

Der Islam ist im Sultanat Staatsreligion. Obwohl die Verfassung die Ausübung aller Religionen „in Frieden und Harmonie“ garantiert, wurde dies mit der Zeit eingeschränkt. In den vergangenen zehn Jahren hat die Regierung Predigten und Bekehrungen untersagt, Bischöfen und Missionaren Visa verweigert, die Einfuhr von religiösem Material verboten und keine Genehmigungen für den Bau von Kirchen erteilt. Das Bildungsministerium verpflichtet alle Schüler, auch die nichtmuslimischen, den islamischen Religionsunterricht zu besuchen und Arabisch zu lernen. Auch an Privatschulen ist christlicher Religionsunterricht untersagt, islamischer dagegen verpflichtend.

Eritrea (7)

Einwohner: 3.590.000;
 Religion: Muslime 50 %,
 orth. Kopten knapp 50 %,
 Katholiken: 133.203

Die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen sind gut. Allerdings sind muslimische Extremisten aus dem Sudan, dem Jemen und Saudi-Arabien im Land tätig.

Guinea Bissau (8)

Einwohner: 7.405.000;
 Religion: Muslime 86,9 %,
 Naturreligionen 4,6 %,
 Christen 4,3 %

Die Regierung garantiert Kulturfreiheit, der einheimische Islam ist friedlich und weltoffen. 1996 wurden mehrere katholische Missionare aus politischen, nicht aus religiösen Gründen ausgewiesen.

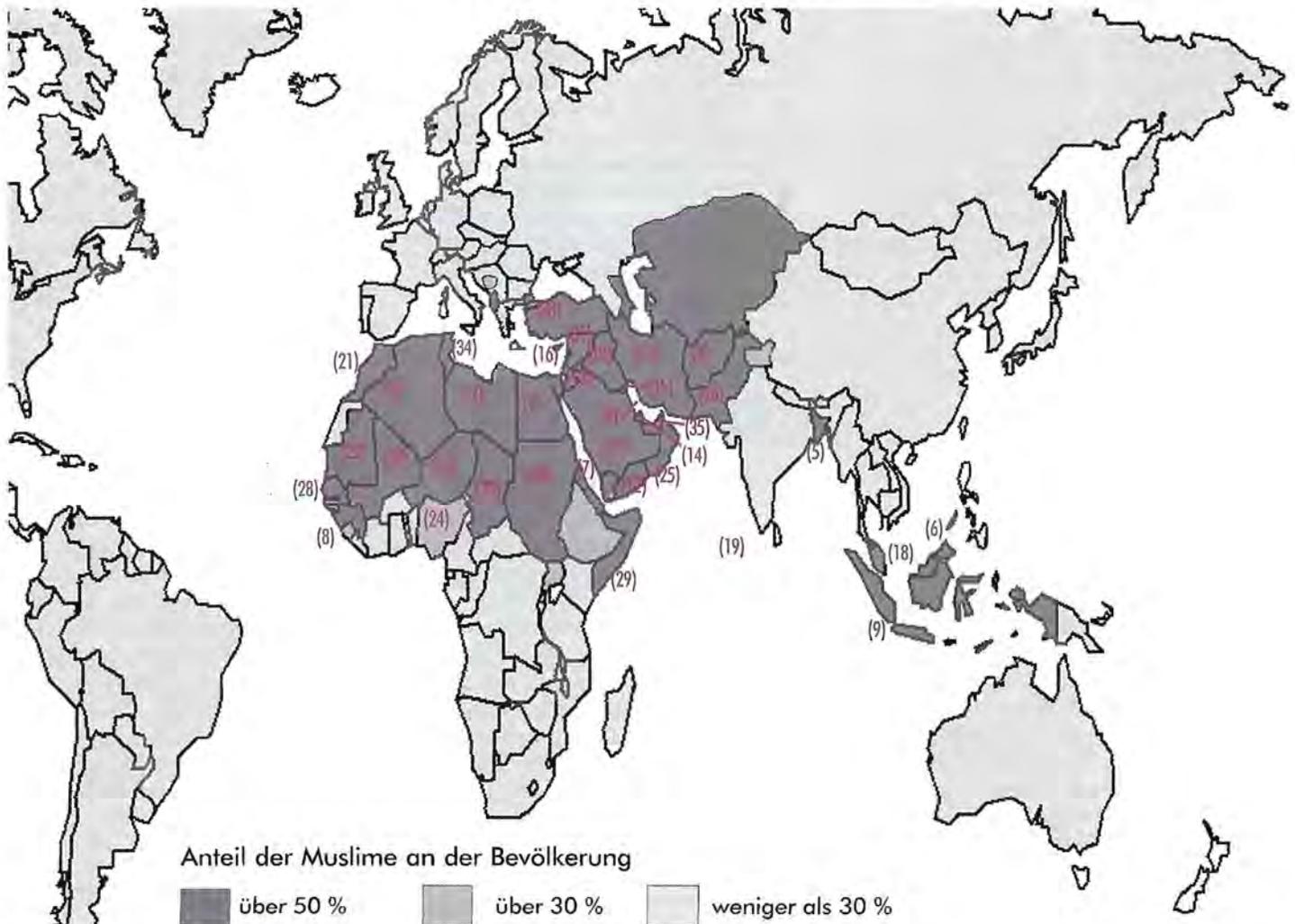
Indonesien (9)

Einwohner: 211.000.000;
 Religion: Muslime 88 %,
 Christen 10 %
 (Kath.: 6.400.000)

Indonesien ist mit rund 180 Millionen Muslimen das zahlenmäßig größte islamische Land der Welt. Die

auf der Pancasila, den fünf grundlegenden Prinzipien des Staates, gründende Verfassung garantiert Kulturfreiheit für die anerkannten Religionen (Islam, Christentum, Buddhismus, Hinduismus), was von der Regierung – im Allgemeinen – respektiert wird. Der indonesische Islam gilt als gemäßigt, das Zusammenleben mit christlichen Minderheiten ist in den meisten Regionen friedlich. Mit Beginn der Bombenangriffe auf Afghanistan kam es zu Protestkundgebungen fundamentalistischer Muslim-Bewegungen. Die gemäßigten islamischen Gruppen Nahdlatul Ulama und Muhamadiya (mit rund 70 Millionen Mitgliedern) riefen dagegen ihre Anhänger zur Ruhe auf.

In den vergangenen zwei Jahren kam es zu fundamentalistischer muslimischer Gewalt auf den Molukken. Hinter den Unruhen sehen Beobachter weniger einen Religionskonflikt als einen Machtkampf. Religiöse Gegensätze wurden insbesondere von den Vertretern der von außen kommenden und von der Armee unter-





stützten „Laskhar Dschihad“ geschützt. Zu Spannungen im Land führten eine Reihe von Attentaten auf christliche Kirchen in Jakarta an Weihnachten 2000. Auch im Juli 2001 wurden dort zwei Bombenanschläge auf Kirchen verübt. Die neue Staatspräsidentin Megawati Sukarnoputri hat vor einer „Balkanisierung“ Indonesiens gewarnt, falls die ethnischen und religiösen Konflikte nicht unter Kontrolle kämen.

In dem 1976 von Indonesien annektierten Osttimor, das mehrheitlich von Christen bewohnt wird, war es Ende der 90-er Jahre zu einem Bürgerkrieg und auch religiös motivierten Unruhen gekommen. In einer Volksabstimmung sprach sich 1999 die große Mehrheit der Bevölkerung für eine Unabhängigkeit von Indonesien aus. Daraufhin kam es zu gewalttätigen Übergriffen pro-indonesischer Milizen, in deren Folge mehr als 1.000 Menschen getötet wurden. Im August 2001 fanden in Osttimor freie Wahlen statt.

Irak (10)

Einwohner: 23.000.000;
Religion: Muslime 96 %,
Christen 4 %
(Katholiken: 270.000)

Im Irak ist der Islam Staatsreligion, doch – wie der chaldäische Patriarch Raphael I. Bidawid wiederholt betonte – bereiten der Bevölkerung weniger die Beziehungen zu den Muslimen als vielmehr die durch das Embargo bedingte Armut Probleme. Christen sind auch in der Regierung vertreten, etwa der stellvertretende Premierminister Tarik Asis. Im Norden des Landes gibt es eine kurdische christliche Gemeinde mit antiker Tradition.

Iran (11)

Einwohner: 62.000.000;
Religion: Muslime 99 %,
Christen 0,1 %
(Katholiken: 16.000)

Seit der Proklamation der islamischen Republik 1979 ist der schiitische Islam Staatsreligion. Freiheiten sind für Minderheiten eingeschränkt. Die Verfassung legt jedoch fest, dass kein Anhänger anderer Religionen zum Obertritt zum Islam gezwungen werden kann; Bekehrungen von

Muslimen sind jedoch untersagt. Religiöse Minderheiten dürfen in Iran die eigenen Riten in ihren Kulträumen zelebrieren.

Christen, die muslimische Schulen besuchen, sind nicht verpflichtet, am islamischen Religionsunterricht teilzunehmen. Sie dürfen ihren eigenen Religionsunterricht besuchen. Ihre Lehrbücher müssen allerdings vom Bildungsministerium genehmigt werden und geben deshalb den Glauben nicht immer vollständig wieder. Der im Juni wiedergewählte Staatspräsident Mohammed Chatami verfolgt seit 1997 einen gemäßigten Reformkurs. Mit den Christen und insbesondere mit dem Vatikan gibt es auf internationaler Ebene Gemeinsamkeiten und Zusammenarbeit, etwa zum Schutz des Lebens und der Familie.

Jemen (12)

Einwohner: 18.100.000;
Religion: Muslime 98,8 %,
Christen 0,25 %
(Katholiken: 6.000)

Die 1990 verabschiedete Verfassung der Republik gründet auf dem Islamrecht Scharia. Christen genießen Kultfreiheit, Proselytenmacherei ist jedoch verboten. In jüngster Zeit kam es zu Verstößen gegen Menschenrechte und Religionsfreiheit: Im Januar 2000 wurde ein zum Christentum übergetretener somalischer Staatsbürger zum Tode verurteilt. 1998 wurden drei Missionsschwester ermordet.

Jordanien (13)

Einwohner: 6.300.000;
Religion: Muslime 96 %,
Christen 4 %
(Katholiken: 48.000)

Christen genießen vom Staat garantierte Religionsfreiheit, jedoch mit gewissen Einschränkungen. Im Februar 2000 forderten 53 der 80 Parlamentsabgeordneten in einer Petition die Einführung der Scharia. Verschiedene Gruppen, die mit christlichen Missionsorganisationen zusammenarbeiten, klagten über bürokratische Schwierigkeiten bei Aufenthaltsgenehmigungen. Die Regierung verbot verschiedenen protestantischen Organisationen die Verbreitung von Bibeln und erteilte keine Genehmigung für öffentliche

Kundgebungen der Gläubigen. Zum Papstbesuch im März 2000 wurde den Katholiken das Stadion von Amman für einen Gottesdienst zur Verfügung gestellt.

Katar (14)

Einwohner: 600.000;
Religion: Muslime 82,7 %,
Christen 10,4 %
(Katholiken: 36.000)

Gegenwärtig ist die Situation der Christen gut. Die Regierung hat im Zeichen der Öffnung und der religiösen Toleranz Ende 1999 den Bau der ersten katholischen Kirche in der Hauptstadt Doha genehmigt. Früher war die öffentliche Ausübung nicht-muslimischer Religionen untersagt.

Kuwait (15)

Einwohner: 1.900.000;
Religion: Muslime 83 %,
Christen 12,7 %
(Katholiken: 175.000)

Die Religionsfreiheit wird von der Verfassung garantiert. Christen, bei denen es sich ausschließlich um ausländische Arbeitnehmer handelt, genießen Kultfreiheit in einem allgemeinen Klima der Toleranz. Es gibt zwei katholische Gotteshäuser: die Kathedrale von der Heiligen Familie in der Wüste und die Kirche Unserer Lieben Frau von Arabien in Ahmadi. Vor einem Jahr erhielt ein privates Unternehmen die Genehmigung zur Einfuhr von Bibeln und religiösem Material.

Libanon (16)

Einwohner: 4.000.000;
Religion: Muslime 59 %,
Christen 41 %

Der Libanon mit seinen verschiedenen Kulturen galt lange Zeit als ein Beispiel für christlich-muslimisches Zusammenleben. Seit der Unabhängigkeit (1943) definiert sich der Staat als laizistisch und pluralistisch, Religionsfreiheit wird garantiert. Nach einem festgelegten Schlüssel sind die wichtigsten Staatsämter nach Religionszugehörigkeit verteilt. Mit der Ankunft der bis zu 500.000 palästinensischen Flüchtlinge und unter dem Einfluss der Nachbarländer (Syrien und Israel) und der Nahost-Problematik brach

1975 ein Krieg mit wechselnden Frontstellungen aus, der sich bis 1990 hinzog. Mehr als drei Viertel der insgesamt rund 150.000 Kriegsoffer waren Christen. Die lange Kriegsdauer veranlasste viele christliche Familien zur Auswanderung. Dadurch verloren die Christen die demografische Mehrheit im Land. Durch den Krieg wurde auch das interreligiöse Zusammenleben zerstört, das zuvor auf gegenseitigen Garantien zwischen den Glaubensgemeinschaften basiert hatte.

Infolge des Einflusses aus den Nachbarländern nimmt heute der islamische Integralismus im Libanon zu. Die schiitische „Hisbollah“ („Partei Gottes“) fordert die Gründung eines muslimischen Staates nach Vorbild des Iran. Nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon im Mai 2000 brachten die christlichen Gemeinschaften im Südlibanon ihre Sorge über ihr zukünftiges Schicksal zum Ausdruck. Gleichzeitig forderten viele Christen des Landes, darunter auch der maronitische Patriarch, Kardinal Nasrallah Sfeir, sowie Drusen und Muslime den Rückzug der syrischen Truppen aus dem Land. Der Papstbesuch 1997, der von Christen und Muslimen begrüßt wurde, zeigte, dass das konfessionsübergreifende Gewebe noch Bestand hat.

Libyen (17)

Einwohner: 5.648.000;
Religion: Muslime 97 %,
Katholiken: 50.000

Unter dem Caddafi-Regime wurde eine innovative Auslegung des Islams eingeführt, die von konservativen Geistlichen abgelehnt wurde. Extremistische islamische Bewegungen bekämpfen das Regime. Religiöse Minderheiten stoßen auf Schwierigkeiten. Die meisten christlichen Kirchen wurden nach der Revolution von 1969 geschlossen. Die Beziehungen zum Heiligen Stuhl haben sich jedoch im Lauf der Jahre verbessert; 1998 wurden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen.

Malaysia (18)

Einwohner: 22.200.000;
Religion: Muslime 50 %,

Christen 8,3 %
(Katholiken: 721.000)

In der konstitutionellen Monarchie Malaysias ist der Islam Staatsreligion. Religionsfreiheit ist in der Verfassung garantiert; fundamentalistische islamische Bewegungen üben allerdings auf politischer und sozialer Ebene Druck aus. Proselytenmacherei wird verurteilt, christliche Presse kann nur unter Schwierigkeiten veröffentlicht werden. Der Bau von Kirchen wird nur mit großen Einschränkungen genehmigt. Seit rund einem Jahrzehnt versucht die fundamentalistische Partei, das Islamrecht Scharia einzuführen.

Malediven (19)

Einwohner: 286.000;
Religion: Muslime 99,2 %,
Christen 0,1 %
(Katholiken: 80)

In dem Urlaubsparadies mit jährlich 400.000 Touristen ist der Islam Staatsreligion, andere Religionen sind verboten. Es gilt die Scharia, wobei Beobachter auf Toleranz etwa beim Alkoholkonsum verweisen. Es gibt keine christlichen Kultstätten; öffentliches Zeugnis kann bestraft werden. Anfang 1999 leitete die Regierung in den Medien eine massive Islamisierungskampagne ein, in deren Rahmen auch neue Moscheen errichtet wurden.

Mali (20)

Einwohner: 9.945.000;
Religion: Muslime 90 %,
Naturreligionen 9 %,
Christen 1 %

Der einheimische Islam ist welt offen und dialogbereit. Staatspräsident Alpha Oumar Konare schätzt die christliche Glaubensgemeinschaft vor allem wegen ihres Beitrags zur sozialen und spirituellen Entwicklung des Landes. Nach seiner Auffassung widerspricht der religiöse Integralismus dem afrikanischen Wesen, dessen Identität auf der Vielfalt gründe. Integralistische Einflüsse kommen allerdings aus Saudi-Arabien.

Marokko (21)

Einwohner: 27.225.000;
Religion: Muslime 98,7 %,

Christen 1,1 %
(Katholiken: 234.266)

Der Islam ist Staatsreligion; Juden und Christen genießen jedoch Religionsfreiheit. König Mohamad VI., der auch religiöses Oberhaupt ist, geht gegen extremistische Tendenzen vor. Proselytenmacherei ist nicht erlaubt, Religionsübertritt aus dem Islam strengstens verboten. Es gibt Berichte über Übergriffe und Diskriminierungen gegenüber Christen.

Mauretanien (22)

Einwohner: 2.411.000;
Religion: Muslime 99,5 %,
Christen 0,2 %
(Katholiken: 5.072)

Der Islam ist die einzige anerkannte Religion. Proselytenmacherei ist verboten; wer sich öffentlich zum Christentum bekennt, wird strafrechtlich verfolgt. In den 80er Jahren wurde das Islamrecht Scharia eingeführt.

Niger (23)

Einwohner: 9.389.000;
Religion: Muslime 98,7 %,
Naturreligionen 0,7 %,
Christen 0,4 %
(Katholiken: 20.000)

Der einheimische Islam enthält zahlreiche aus den Naturreligionen stammende Elemente und gilt als weltoffen. Die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen sind gut, obwohl es extremistische muslimische Einflüsse gibt.

Nigeria (24)

Einwohner: 103.460.000 (nach inoffiziellen Angaben 120.000.000);
Religion: Muslime 45 %,
Christen 45 %
(davon 10-12 % Kath.),
Naturreligionen 9 %

Die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen sind zunehmend belastet, vor allem seit in 12 der insgesamt 36 Bundesstaaten das Islamrecht Scharia eingeführt wurde. In Nigeria gibt es mehr als 250 unterschiedliche Ethnien. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation ist schwierig. Dies führt zu





Spannungen, die oft in Gewalt enden. Oft gründen die Auseinandersetzungen in Stammeskonflikten und im Streit um die Aufteilung von Ressourcen. Politiker nutzen mitunter religiöse Gefühle zu politischen Zwecken. Die wenigen muslimischen Fanatiker und Extremisten sind allerdings sehr aktiv. Es handelt sich oft um Personen, die im Iran studiert oder Stipendien aus Libyen erhalten haben. Bei ihrer Rückkehr nach Nigeria missionieren sie aggressiv für den Islam.

Oman (25)

Einwohner: 2.500.000;
Religion: Muslime 87,4 %, Christen 4,9 %
(Katholiken: 55.000)

Wie in den anderen kleinen Sultanaten finden auch im Oman regelmäßig christliche Gebets- und „Wortgottesdienste“ statt. Das Sultanat hat Grundstücke zum Bau von Gotteshäusern zur Verfügung gestellt und den Bau von Kirchen finanziert. Der Sultan stiftete der Kirche in Maskat eine deutsche Orgel. Es gibt christliche Schulen, die Christen dürfen sich in Organisationen zusammenschließen.

Pakistan (26)

Einwohner: 141.000.000;
Religion: Muslime 97 %, Christen 1,5-2 %
(Katholiken: 1.088.000)

Christliche Minderheiten wurden 20 Jahre lang durch das „separate Wahlsystem“ diskriminiert: Nichtmuslime durften ihre Stimme nur einer beschränkten Anzahl von Kandidaten der jeweiligen Religion geben. Nach jahrelangen Protesten sind Pakistans Christen seit Januar 2002 nun gleichberechtigt. Christenführer protestieren zudem gegen den Blasphemie-Paragrafen, der die Todesstrafe für jeden vorsieht, „der mit Wort oder Schrift oder auf andere Art und Weise direkt oder indirekt den heiligen Propheten Mohammed beleidigt“ (Pakistanisches Strafgesetzbuch, 1986, Paragraf 295 c). Präsident Pervez Musharraf hatte im Mai 2000 eine Änderung dieses Paragrafen angekündigt, dann jedoch offenbar dem Druck integralistischer Muslime nachgegeben.

Zuletzt kam es zunehmend zu Kundgebungen muslimischer Integralisten, die das Christentum pauschal mit den USA identifizieren. Am 28. Oktober 2001 nahmen muslimische Extremisten die Gottesdienstgemeinde einer christlichen Kirche von Bahawalpur unter Beschuss; dabei gab es 18 Tote und 5 Schwerverletzte. Bereits in der Vergangenheit waren die christlichen Minderheiten mehrfach Gewalt ausgesetzt. Als 1981 saudiarabische Extremisten die Kaaba in Mekka besetzten, wurden Brandanschläge auf Kirchen und Klöster in Pakistan verübt. 1991 wurde nach den alliierten Angriffen auf den Irak das Kloster von Rawalpindi geplündert. 1997 wurde das christliche Dorf Shantinagar (im Norden der Region Pandschab) dem Erdboden gleichgemacht.

Palästina

Einwohner: 2.200.000;
Religion: Muslime 73,5 %, Christen 8,6 %
(Katholiken: 28.000)

Die Christen in den Palästinensergebieten gehören unterschiedlichen Kirchen an: Katholiken (Lateiner und Unierte), Orthodoxe, Armenier und Protestanten. Im Westjordanland leben rund 20.000 Katholiken des lateinischen Ritus, die dank des Engagements zahlreicher Orden im Bildungs- und im Sozialwesen in der Bevölkerung sehr geschätzt werden. Seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000 hat der Druck fundamentalistischer Gruppen zugenommen, die einen islamischen Palästinenserstaat fordern.

Der traditionell eher liberale Islam unter den Palästinensern ist zunehmend Strömungen ausgesetzt, die die Gefahr einer Ausgrenzung der Christen aus der Politik beinhalten. Die Kirchen leiden unter dem Leben als Minderheit in einem vorwiegend muslimischen Umfeld, das einerseits politische Solidarität fordert, andererseits die Christen vielfach als Randgruppe betrachtet. Viele Christen, vor allem Jugendliche und junge Familien wandern aus. Am 15. Februar 2000 wurden Vereinbarungen zwischen dem Vatikan und der Palästinensischen Befreiungsorganisation unterzeichnet, in denen die PLO der Kirche die freie Arbeit auf

palästinensischem Territorium garantiert und sie als juristische Person anerkennt.

Anmerkung: Israel

In Galiläa, vor allem in Nazareth, gibt es verschiedene Einrichtungen der rund 45.000 Melkiten – ein Seminar, ein Kolleg und zwei Schulen –, aber auch der Lateiner und anderer Denominationen. Die Zahl der Protestanten wird auf rund 2.500 geschätzt. Zu Spannungen zwischen Christen und Muslimen führte der soeben begonnene Bau einer Moschee auf dem Vorplatz der Verkündigungsbasilika in Nazareth. Der Vatikan, Christen in aller Welt, aber auch muslimische Behörden vor Ort und aus dem Ausland sowie Palästinenserführer Arafat hatten heftige Kritik an dem Bauvorhaben geübt.

Saudi Arabien (27)

Einwohner: 21.600.000, davon 6.000.000 ausländische Arbeiter;
Religion: Muslime 93,7 %, Christen 3,7 %
(Katholiken: 900.000)

Die Christen sind die größte nichtmuslimische Glaubensgemeinschaft in Saudi Arabien. Die Religionsfreiheit der christlichen Gemeinschaft – größtenteils ausländische Arbeitnehmer – ist eingeschränkt. Nichtmuslimische Religionen dürfen in Saudi Arabien keine Kultstätten errichten. Christen dürfen sich auch in Privatwohnungen nicht zum Gebet versammeln. Gebetsgruppen in Riad, Dschiddah, Al Dschubayl und Damman werden von den saudiarabischen Behörden kontrolliert. Proselytenmacherei ist unter Androhung der Todesstrafe verboten. Schon der Besitz von nichtmuslimischen religiösen Gegenständen wie Rosenkränzen, Kreuzen, Heiligenbildern oder Bibeln kann die Religionspolizei auf den Plan rufen. Das Verbot anderer Kulte wird damit begründet, dass „sich die Sakralität der Heiligen Städte Mekka und Medina auf das ganze Territorium ausdehnt“.

Senegal (28)

Einwohner: 9.404.000;
Religion: Muslime 92 %, Christen 7 %
(Katholiken: 592.500)

Der Islam im Senegal ist ethnisch geprägt. Er wird von den verschiedenen Stämmen den jeweiligen Bräuchen angepasst. Im Land lebt auch eine große libanesische Gemeinde, überwiegend Schiiten, die integralistische Gruppen unterstützen. Vereinzelt gibt es Forderungen nach einem islamischen Staat. Die 2001 verabschiedete Verfassung garantiert die Trennung von Religion und Staat sowie Kultfreiheit.

Somalia (29)

Einwohner: 6.870.000;
Religion: Muslime 99 %
(Katholiken: 200)

Der Staat existiert seit dem Sturz des Barre-Regimes 1991 praktisch nicht mehr. Das Land befindet sich in den Händen kriegführender Gruppen, die in den von ihnen kontrollierten Gebieten das Recht bestimmen. Die Kirche stößt auf Schwierigkeiten: Die Kathedrale von Mogadischu wurde zerstört, katholische Ordensleute mussten das Land verlassen. Bei der Konferenz von Arta (Dschibuti) wurde im Jahr 2000 die Gründung einer nationalen Übergangsregierung beschlossen, die den Islam als einzige Religion anerkennt.

Sudan (30)

Einwohner: 28.883.000;
Religion: Muslime 73 %,
Naturreligionen 16,7 %,
Christen 8,2 %
(Katholiken: 3.148.593)

Der Sudan wird von einem Militärregime regiert. Seit 1983 gilt das islamische Recht Scharia. Die Schriftreligionen – Christentum und Judentum – werden toleriert, doch für ihre Mitglieder gilt ebenfalls die Scharia. Proselytenmacherei ist verboten. Staatschef General Omar Hassan al Baschir gilt als religiös tolerant und bemüht sich um eine interne Befriedung. Der Sudan ist gespalten in den vorwiegend arabischen und islamischen Norden und den Süden, in dem vor allem Christen und Anhänger von Naturreligionen leben.

Die Einführung der Scharia führte zu einem Volksaufstand im Südsudan. Im Bürgerkrieg starben seither mehr als zwei Millionen Menschen; Millionen mussten flüchten, weite Landesteile wurden zerstört. Die Reli-

gion ist nach Meinung von Kirchenvertretern einer von mehreren Faktoren des Krieges; auch wirtschaftliche Interessen spielen eine wichtige Rolle. Infolge der Flüchtlingsbewegungen stieg der Anteil der Christen im Norden des Landes auf 3 %.

Syrien (31)

Einwohner: 16.500.000;
Religion: Muslime 85 %,
Christen 7 %
(Katholiken: 325.000)

Das syrische Christentum setzt sich aus verschiedenen Gruppen zusammen: Griechisch-Orthodoxe (500.000), Melkiten (200.000), Armenisch-Gregorianische (150.000), Syrisch-Orthodoxe, Syrisch-Katholische, Armenisch-Katholische, Maroniten, Assyrern, Chaldäer, Protestanten und Lateiner. Ein institutioneller Laizismus – der Islam ist nicht Staatsreligion, sondern die Religion des Staatsoberhauptes – garantiert den Christen eine relative Gleichberechtigung, obschon sie strengen Kontrollen unterliegen. Die seit 1964 regierende Baath-Partei versucht die verschiedenen Minderheiten des Landes in ein „arabisches“ Konzept zu integrieren. Christliche Gemeinden dürfen Grundstücke kaufen und Kirchen oder andere Pastoralrichtungen bauen. Priester sind nicht zum Wehrdienst verpflichtet. In der Vergangenheit hat Syrien fundamentalistische Bewegungen durch Unterdrückungsmaßnahmen eingeschränkt.

Tschad (32)

Einwohner: 7.166.000;
Religion: Muslime 54 %,
Katholiken 20 %,
Protestanten 14 %,
Naturreligionen 7 %

Das Land ist gespalten in einen muslimisch geprägten Norden und einen Süden, in dem Naturreligionen und Christentum vorherrschen. Der Islam gilt als weithin tolerant.

Türkei (33)

Einwohner: 66.600.000;
Religion: Muslime 97 %,
Christen 0,6 %
(Katholiken: 30.000)

Die türkische Verfassung garantiert die Trennung von Religion und

Staat sowie die Religions- und Kultfreiheit. In der Praxis ist der Islam jedoch Staatsreligion. Ein staatliches Büro für Religiöse Angelegenheiten ist für die Beziehung zu den Religionen zuständig. Es kontrolliert alle mit dem Islam in Verbindung stehende Aktivitäten, ernennt führende Religionsvertreter und überweist ihre Gehälter. Proselytenmacherei ist nicht gesetzwidrig. Nach Angaben der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation „Freedom House“ wurden jedoch Christen, die ihren Glauben öffentlich bekannten, von der Polizei wegen Störung der öffentlichen Ordnung festgenommen.

Tunesien (34)

Einwohner: 9.128.000;
Religion: Muslime 99 %
(Katholiken: 21.000)

Die Verfassung von 1956 proklamierte den Islam zur Staatsreligion. Andere Glaubensbekenntnisse genießen zwar Kultfreiheit, doch ist Proselytenmacherei untersagt. Der Staat ist laizistisch, islamistische Bewegungen werden unterdrückt. Die kleine katholische Glaubensgemeinschaft bemüht sich um harmonische Beziehungen zu den Muslimen.

Vereinigte Arabische Emirate (35)

Einwohner: 2.400.000;
Religion: Muslime 75,6 %,
Christen 11,1 %
(Katholiken: 55.000)

Gemäß einer provisorischen Verfassung von 1971 ist der Islam Staatsreligion. Die christliche Gemeinschaft genießt jedoch Kultfreiheit und engagiert sich im Bildungswesen und im Sozialbereich. In den Emiraten sind 14 katholische Priester tätig; sechs Schulen befinden sich in kirchlicher Trägerschaft. Gottesdienste können in den fünf Pfarreien des Landes und in Privatwohnungen gefeiert werden. Im Emirat Abu Dhabi finden auch regelmäßig Gottesdienste in der katholischen Kathedrale statt; in Dubai steht die größte katholische Kirche des Nahen Ostens. Die christliche Gemeinschaft mit ihren mehr als 30.000 Gläubigen erhielt die Erlaubnis zum Bau einer weiteren Kirche.

(Quelle: KNA-Dokumentation Nr. 46/2001)



Die Grundlagen des Islams – Ein Beitrag zur Lehre Mohammeds

VOLKER W. BÖHLER

1. Vorbemerkungen

Mit den verbrecherischen Anschlägen vom 11. September 2001 war die Weltreligion Islam „anschlagartig“ ins Bewusstsein des westlichen Kulturkreises gerückt und erfreut sich seither der ungeteilten Aufmerksamkeit unserer täglichen Berichterstattung.

Es stimmt nachdenklich, dass es dieser bestialischen Terrorakte bedurfte, um den Islam ins Zentrum unserer Erinnerung zu rufen, leben doch in Deutschland immerhin 3,2 Millionen Muslime, und weltweit bekennen sich ca. 1,5 Milliarden Menschen, d.h. über 20 Prozent der Weltbevölkerung, zum Islam.

Schon seit seiner Gründung im 7. Jahrhundert stellte der Islam für die abendländische Welt eine Herausforderung dar, die auch häufig den Charakter einer Bedrohung annahm und durch die sich der Okzident veranlasst sah, mit Waffengewalt zu reagieren. Man denke nur an die Kreuzzüge oder die Türkenkriege.

Im Lauf dieser Untersuchung soll versucht werden, das Wesen des Islams als große monotheistische Weltreligion darzustellen und die Hintergründe für die Gegensätze zwischen dem westlichen und dem islamischen Kulturkreis aufzuzeigen. Vielleicht trägt diese Arbeit auch etwas zum besseren Verständnis des Islams und zu einer realistischeren Einschätzung der Chancen eines kulturellen Dialogs bei.

2. Der Islam, die „Hingabe an Gott“

Die Worte „Islam“ und „Muslim“ gehen auf die hocharabischen Worte „salama = grüßen“ und „salam = Friede“ zurück und besitzen die gemeinsamen Radikale „S, L und M“. ¹⁾ Vokale sind in der arabischen Sprache für den Wortstamm von geringer Bedeutung. Verben können im Arabischen in so genannte Stämme gesetzt werden. Die Radikale bleiben dabei immer vorhanden. Die Bedeutung des Wortes aber verändert

sich, lässt jedoch meist den Bezug zum Grundstamm erkennen. Im 4. Stamm wird aus „salama = grüßen“ „aslama = sich hingeben“. Das Partizip Aktiv, „einer, der sich hingibt“, ist ein Muslim. Das Verbalsubstantiv, nämlich die „völlige Hingabe oder Unterwerfung“ (an / unter Gott) bezeichnet den Islam. Unschwer ist erkennbar, dass sich die Wurzel „S, L und M“ nicht verändert hat, und wir sind mitten im Thema.

3. Die Koranische Lehre

3.1 Der Koran²⁾

Der Islam ist eine der großen Offenbarungsreligionen. Er versteht sich in der Reihe der Prophetenoffenbarungen des Abraham, des Mose und des Jesus. Mohammed aber ist das Siegel, der letzte Prophet.

Wichtigste Grundlage des Islam ist der Koran. Nach islamischer Lehre stellt der Koran das unverfälschte Wort Gottes dar, das Allah über den Erzengel Gabriel dem Propheten Mohammed offenbart hat. Der Ur-Koran ist im Himmel in einer „wohl verwahrten Tafel“ verborgen. Der Koran wurde in arabischer Sprache verfasst und ist auch nur in dieser Sprache unverfälscht. Die Berührung des Islam ist nur dem rituell Reinen gestattet. Er ist das „erhabenste Buch, von unnachahmlicher Schönheit“. Der Koran besteht aus 114 Suren, die eine unterschiedliche Länge haben und entweder in Mekka oder Medina geoffenbart wurden. Die Suren sind ihrerseits in Verse eingeteilt. Das Wort „Sura“ bedeutet soviel wie „die den Menschen überwältigende Erhabenheit“. Alle Suren, mit Ausnahme der 9. Sure, beginnen mit der Einleitungsformel:

„Bismillah Ar Rachman Ar Rachim“
 „Im Namen Allahs, des Allbarmherzigen“

Zum Inhalt des Koran sei bemerkt, dass er Elemente der jüdischen Thora und des messianischen Evangeliums enthält. Mohammed kam auf seinen Reisen als Kaufmann mit der jüdischen und christlichen

Gliederung

1. Vorbemerkungen
2. Der Islam, „die Hingabe an Gott“
3. Die Koranische Lehre
 - 3.1. Der Koran
 - 3.2. Die Glaubensgebote des Islam
 - 3.3. Die Säulen des Islam
 - 3.4. Sunna und Hadith
 - 3.5. Die Scharia
4. Hauptrichtungen
 - 4.1. Sunniten
 - 4.2. Schiiten
5. Christentum und Islam
 - 5.1. Gemeinsamkeiten
 - 5.2. Gegensätze
6. Krieg und Frieden im Islam
7. Eine Religion unter dem Schwert?
8. Ausblick

Lehre oberflächlich in Kontakt. So ist der Koran ein Werk, das neben archaischen Elementen aus der nomadischen Wüstentradition auch entstelltes mosaisches und christliches Gedankengut enthält.

Dennoch ist festzustellen, dass der Koran eine hohe Poesie und Dichtkunst besitzt, die die teilweise ermüdenden Tautologien wieder gutmachen.³⁾ So ist die 1. Sure, die so genannte „Eröffnende“, von großer Schönheit:

„Lob und Preis sei Allah, dem Herrn aller Weltenbewohner, dem gnädigen Allerbarmer, der am Tage des Gerichts herrscht.

Dir allein wollen wir dienen, und zu dir allein flehen wir um Beistand.
 Führe uns den rechten Weg, den Weg derer, welche sich deiner Gnade freuen und nicht den Pfad jener, über die du zürnst oder die in die Irre gehen.“⁴⁾

Die Schilderungen von Himmel und Hölle sind in den grellsten Farben gemalt und entsprechen der lyrisch-poetischen Dichtung im Orient. Allah wird in über hundert Verehrungsnamen angerufen. Er ist

kein unversöhnlicher Rachegott, er ist gnädig und gerecht, verzeihend und milde gegen unbedachte Sünder. Die unbelehrbaren Frevler aber bestraft er mit erbarmungsloser Härte.

Neben den Glaubensgeboten, auf die im weiteren noch eingegangen wird, enthält der Koran:

- Speisegebote,
- das Gebot der Gastfreundschaft,
- das Gebot zur Befolgung des Aufrufs zum Religionskrieg (Dschihad),
- Gesetzesvorschriften, die archaische Traditionen regeln bzw. einschränken, z.B.
 - Beschränkung der Polygamie auf 4 Frauen,
 - Sittlicher Lebenswandel,
 - Verbot der Kindstötung (Mädchen),
 - Sorge für Eltern, Verwandte und Waisen,
 - Das Einhalten von Verträgen,
 - Güte gegen Untergebene und Sklaven,
 - Prozedurale Vorschriften für Erbrecht, Scheidung, Besitzstreitigkeiten usw.,
 - Weisungen zur Aufteilung der Beute.

Die Suren des Korans wurden ursprünglich nur durch mündliche Rezitation weitergegeben. Nach Mohammeds Tod im Jahre 632 gab es unter den Gläubigen viele Zweifel und Lücken, die man dadurch beseitigte, dass man nahe, noch lebende Verwandte des Propheten aufsuchte und um Klärung bat. Der Koran selbst wurde im Auftrag des 1. Kalifen (Stellvertreters) Abu Bakr gesammelt und niedergeschrieben.

3.2 Die Glaubensgebote des Islams

Die Kernaussagen des Korans lauten:

- Allah ist einzig (nicht trinitär). Er alleine lenkt und herrscht.
- Allah ist unfassbar. Er wurde weder gezeugt, noch hat er gezeugt.
- Allah ist für alle Völker da (es gibt kein auserwähltes Volk).
- Allahs Heil kommt direkt und ohne Mittler zu den Menschen.
- Allah erweist Gnade, Barmherzigkeit und Strafe.
- Wer sich Allah ganz hingibt, ist Muslim. So waren schon Abraham, Moses und Jesus Muslime.

- Es gibt ein ewiges Leben. Das Verhalten des Menschen auf Erden ist entscheidend für sein Schicksal im Jenseits.
- Mohammed wurde von Allah berufen, diese Offenbarungen den Menschen zu bringen und Verfälschungen (wie im Judentum und Christentum) zu korrigieren. Die Thora und das Evangelium sind Voroffenbarungen, der Koran ist die letzte Offenbarung, und Mohammed ist das „Siegel der Propheten“ (der letzte Prophet).

Der Islam unterscheidet zwischen Gläubigen und Ungläubigen. Zu den Letzteren zählen Juden, Christen und Heiden.

- Die Gläubigen folgen der Religion Allahs und erkennen seinen Gesandten Mohammed an.⁵⁾
- Juden und Christen werden als „Schriftbesitzer“ nach Zahlung der Kopfsteuer unter den Schutz der Muslime gestellt.⁶⁾
- Die Heiden, d.h. Polytheisten und Animisten werden bis zur Vernichtung bekämpft, es sei denn, sie nehmen den Islam an.⁷⁾

3.3 Die Säulen des Islam

Für den gläubigen Muslim gelten fünf Pflichten, die auch die Säulen des Islams genannt werden:

- Die „*Sahada*“, das Glaubensbekenntnis: „*Es gibt keine Gottheit außer Allah und Mohammed ist der Gesandte Allahs*“ = „*Ashadu ana, la ilaha illallah, wa Muhamad rasul Allah.*“ Die öffentliche Aussprache dieses Glaubensbekenntnisses reicht formal zur Annahme des Islams aus.
- Das „*Salat*“, das Pflichtgebet, das fünfmal am Tage zu verrichten ist.
- Das „*Zakat*“, das Almosengeben, das einer Armensteuer zur Fürsorge der Bedürftigen entspricht.
- Das „*Saum*“, das Fasten im heiligen Monat Ramadan. Im neunten Mondmonat sind vom Morgengrauen bis zum Sonnenuntergang alle Genüsse verboten. Dazu gehören u.a. essen, trinken, rauchen, Geschlechtsverkehr usw. Ausnahmen sind im Krieg, bei Krankheit und während Reisen erlaubt.
- Die „*Hadsch*“, die Pilgerfahrt nach Mekka, die jeder Gläubige einmal im Leben verrichten soll.

3.4. Sunna und Hadith

Bereits in der Frühzeit des Islams entstanden als weitere wichtige Glaubensgrundlagen die „Sunna und die Hadithe“, die von Mohammeds kluger Witwe Aischa maßgeblich beeinflusst wurden.⁸⁾

Die Sunna basiert auf Gewohnheiten des Propheten, die durch Wort und Handlungen bezeugt sind und gesammelt wurden. Beispiel: „*M. Ibn Aslam aß keine Melonen, weil nicht überliefert ist, dass der Prophet Melonen aß.*“

Die Hadithe basieren auf Aussprüchen des Propheten, die über eine Kette von Informanten bis zum Propheten selbst zurückverfolgt werden können.

Sunna und Hadithe sind eng miteinander verknüpft und für den Laien meist schwer zu unterscheiden. Beides ist in der „*Imitatio Muhamadi*“ vereint.

3.5. Die Scharia

Koran, Sunna und Hadithe werden durch das Gesetz, die „*Scharia*“, ergänzt, die sich in mehreren Rechtsschulen manifestiert. Die rigoroseste Schule ist die der Wahabiten, die seit dem 18. Jahrhundert von der Familie Sa'ud im heutigen Saudiarabien gefördert wird.

Die Scharia ist nicht kodifiziert und lässt Spielraum für eine große Zahl von Interpretationen.

Der Quadi überwacht die Ausführung, und der Mufti erstellt die Rechtsgutachten über die religiöse Zulässigkeit einer Handlung.⁹⁾ Die Scharia umfasst das gesamte Rechtssystem, also Strafrecht, Familienrecht, Zivilrecht usw.

4. Hauptrichtungen

4.1 Sunniten

Die Sunniten berufen sich auf die ersten vier Nachfolger des Propheten: Abu Bakr (gest. 634), Omar (gest. 644), Othman (gest. 656) und Ali (gest. 661). Sie fühlen sich als Anhänger der rechtgläubigen Ausrichtung des Islams. Ca. 90 Prozent der Muslime bekennen sich zur Sunna. In der Regel passt sich die Sunna an die heutige Zeit an. Es gibt

aber auch zahlreiche islamistische Strömungen innerhalb der Sunna. Beispiele:

- Saudi-Arabien: Wahabiten
- Afghanistan/Pakistan: Taliban
- Ägypten und Syrien: Muslim Brüder
- Palästina: Hamas und Dschihad

Im Bereich der Sunna gibt es zahlreiche Sufi- und Derwisch-Orden. Genügen soll hier der Hinweis auf den Mevlana-Orden der tanzen- den Derwische in der Türkei. Einen kleinen Einblick in die Sufi-Mystik gibt folgende Geschichte:

„Man sah die Sufi-Mystikerin Rabi`a von Basra (gest. 801) in den Straßen der Stadt, eine Fackel in der einen, einen Eimer mit Wasser in der anderen Hand tragend. Auf die Frage nach dem Sinn ihres Tuns, antwortete sie: Ich will Feuer ins Paradies werfen und Wasser in die Hölle gießen, damit diese beiden Schleier verschwinden und niemand mehr Gott anbetet aus Sehnsucht nach dem Paradies oder aus Furcht vor der Hölle, sondern einzig und allein aus Liebe zu ihm.“

Diese absolute Liebe, die nicht nach Strafe und Belohnung fragt, ist das zentrale Thema der Sufi.

4.2 Schiiten

Die Schia entstand bereits in der Frühzeit des Islams. Sie geht auf die Parteigänger des vierten Kalifen Ali zurück. „*Schiat Ali*“ bezeichnet die Anhänger Alis. Diese glaubten, dass der Vetter und Schwiegersohn des Propheten nach Mohammeds Tod Anspruch auf die direkte Nachfolge gehabt hätte. Tatsächlich aber wurde Ali erst der vierte Nachfolger. In den Folgekämpfen um die Macht verloren Ali und sein Sohn Hussein das Leben. Hier liegt die Wurzel des in der Schia stark ausgeprägten Märtyrertums, das sich bis zur bewussten Aufopferung für die Sache der Schia äußern kann. Die Schia erkennt nur die Nachfahren Alis als so genannte Imame an, alle anderen Kalife nach Ali waren unrechtmäßig.¹⁰⁾ Die Schia ist stark aufgesplittert. Ihre wichtigsten Gruppierungen sollen kurz skizziert werden:

- 5-er Schia beruft sich auf den 5. Imam Zaid (gest. 740). Die Zaidiya ist im Jemen ansässig.
- 7-er Schia beruft sich auf den 7. Imam Ismael (gest. 765). Die 7-er

Schia bildet eine ganze Reihe von esoterischen Sekten aus. Dazu gehören:

**Ismailiten* in Ägypten, Indien und Pakistan. Oberhaupt dieser Sekte ist der Aga Khan.

**Assassinen* in Persien unter Sheik Hasan-i-Sabbah zum Ende des 11. Jahrhunderts. Diese Sekte breitet sich bis nach Syrien aus und erlangt während der Kreuzzüge unter ihrem Sheik Rashid Ed Din Sinan als Mördersekte Berühmtheit.⁽¹¹⁾

**Drusen* im Libanon und in Syrien auf dem Golan. Diese gehen zurück auf den Perser Ismail Ad Darazi. Die Drusen gehören zu einer Geheimsekte, die an die Wiederkunft des Schänders der Grabeskirche in Jerusalem, den Fatimiden-Sultan Hakim, glaubt.

**Alawiten* in Syrien und dem Libanon. Eine Geheimreligion, die Elemente der Schia, des Zarathustra-Glaubens und des Christentums verbindet. Prominentester Vertreter dieser Gruppe war der im Sommer 2000 verstorbene syrische Staatspräsident Hafiz Al Assad.¹²⁾

- 12-er Shia beruft sich auf Muhammad Al Mahdi, der als Kind „ins Verborgene“ entrückt wurde und dessen Wiederkunft als der Mahdi erwartet wird. Die 12-er Schia ist seit 1501 Staatsreligion im Iran mit starker Anhängerschaft im Südtteil Iraks.¹³⁾

5. Christentum und Islam

5.1 Gemeinsamkeiten

Christen und Muslime glauben an **einen** Gott. Jesus ist eine herausragende Persönlichkeit. Maria hat ihn jungfräulich geboren.¹⁴⁾ Das Alte und das Neue Testament enthalten Gottes Offenbarungen. Jesus verkündet das Jüngste Gericht. Es gibt ein Leben nach dem Tode.

5.2 Gegensätze

Allah ist nicht trinitär. Jesus war nicht Gottes Sohn, sondern eine hervorragende Persönlichkeit in der Reihe der Propheten. Allah braucht keinen Mittler, also bedarf es auch keines Erlösers. Jesus Christus starb nicht den Tod am Kreuz, sondern ein anderer.

Das Evangelium ist – bei Abweichungen vom Koran – verfälscht worden. Mohammed ist das Siegel der Propheten. Der Muslim unterliegt einem Totalitätsanspruch für seinen gesamten Lebensbereich. Der Islam verkündet einen universellen Anspruch. Wer sich nicht bekennt, wird dem Dschihad unterworfen.

6. Krieg und Frieden im Islam

Bei der Frage, ob der Islam eine friedliche oder aggressive Religion ist, scheiden sich die Geister. Europa und die islamische Welt waren seit Stiftung der Religion Mohammeds in ständige Kriege verwickelt. Während die Kriege des Islam in aller Regel Eroberungskriege waren, waren die Kriege Europas gegen die Muslime Verteidigungskriege. Selbst die Kreuzzüge müssen unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden; ohne sie wären Konstantinopel und der Balkan vermutlich 200 Jahre früher erobert worden.

Ohne den Krieg zu verherrlichen, teilt der Islam die Welt in zwei „Häuser“ ein. Wo der Islam herrscht, ist das „Haus des Friedens, das Dar As Salam“; wo der Islam noch nicht Fuß gefasst hat, also in den Ländern der Ungläubigen, ist das „Haus des Krieges, das Dar Al Harb“. Ziel aber ist es, das Haus des Krieges zu unterwerfen und dem Haus des Friedens und der wahren Lehre zuzuführen. Dies geht bekanntlich nicht ohne Gewalt.

So wie der Koran zum Frieden und zum Krieg aufruft, so finden wir heute zwei Strömungen: Der islamistische Zweig sieht im Dschihad und der Errichtung einer weltweiten, islamischen Herrschaft die Verwirklichung des Dar As Salam, des Hauses des Friedens. Der reformistische Zweig verzichtet weitgehend auf eine Ausbreitung unter dem Schwert. Beide Strömungen können sich dabei auf den Koran berufen, da er unter dem Eindruck der ersten gewaltsamen Eroberungen im frühen 7. Jahrhundert (610–632) Empfehlungen für beide, den Krieg und den Frieden, enthält.

Muslime sind verpflichtet, ihre Religion auf der ganzen Welt zu verbreiten. Wenn sich die Ungläubigen unterwerfen und den Islam anneh-

men, kann auf weitere Zwangsmaßnahmen verzichtet werden. Ist dies nicht der Fall, so ist die Koranische Botschaft eindeutig (Sure 8, Vers 40):

„Bekämpft sie, bis alle Versuchung aufhört und die Religion Allahs allgemein verbreitet ist.“⁽¹⁵⁾

Das Dar As Salam, das Haus des Friedens, bedeutet also in der Regel Unterwerfung und in deren Folge Zwangskonversion, so, wie es u.a. seit Jahren im Sudan geschieht. Zweifel sind angebracht, ob – wie heutige Apologeten nicht müde werden zu betonen – der Islam tatsächlich eine Religion des Friedens ist.

Nach der Koranischen Lehre soll dem Feind immer vorher die Möglichkeit zur Unterwerfung gegeben werden. Überträgt man dies auf die Terrorakte vom 11. September 2001, so waren die islamistischen Selbstmordattentäter keine rechtgläubigen Muslime, sondern paranoide Terroristen. Bis auf den Irak haben sich alle muslimischen Staaten von den Terrorakten distanziert, und selbst der Iran hat die Anschläge gegen den „Großen Satan“ verurteilt.

Inwieweit diese Verurteilungen ehrlich gemeint sind oder eben aus politischen Opportunitätsgründen erforderlich waren, mag dahin gestellt bleiben. Es scheint jedenfalls so, dass die Leute auf der Straße, wenn man so will, die islamische Umma, nicht unbedingt hinter den Verurteilungen ihrer Staatsführungen stehen. Rechtfertigungen im Koran lassen sich alle Mal finden.

Nach einer Umfrage der Sunday Times sprachen sich 96 Prozent der in Großbritannien lebenden Muslime für ein Ende der Angriffe auf die Taliban und die Al Qaida aus. Vier von zehn Befragten halten den von Bin Laden gegen die USA ausgerufenen „heiligen Krieg“ für gerechtfertigt, und 11 Prozent heißen die Aktionen des islamistischen Terrorismus für gut.⁽¹⁶⁾

7. Eine Religion unter dem Schwert?

Die rasante Ausbreitung des Islam unmittelbar nach seiner Gründung lässt keinen Zweifel aufkommen, dass die politisch-religiöse Motivation der jungen Lehre Antrieb für eine furiose Eroberung und Expansi-

on war. Schon 20 Jahre nach Mohameds Tod (632) waren das Heilige Land, Groß-Syrien, der Irak, Ägypten und Persien erobert. Kurze Zeit später dehnt sich das Reich nach Osten bis Samarkand, Kabul und zum Indus aus (711). Bereits 674 stehen muslimische Truppen erstmals vor Konstantinopel. Nordafrika fällt, und 711 überqueren muslimische Eroberer die Meerenge von Gibraltar, erobern die iberische Halbinsel, bis sie 732 durch den fränkischen Hausmeier Karl Martell in den Schlachten bei Tours und Poitiers zum Stehen gebracht werden.

Geistiges Rüstzeug für diese beispiellose Eroberung war der Koran. Rund 200 Verse der Offenbarung richten sich gegen die „Ungläubigen“. Neben der Warnung, „keine Freundschaft mit solchen zu schließen, die nicht zu eurer Religion gehören“⁽¹⁷⁾ und der Verfluchung, „das Herz der Ungläubigen füllen wir mit Schrecken, weil sie Allah Nebenbuhler zugesellten ... dafür wird ewiges Feuer ihre Wohnung sein“⁽¹⁸⁾, enthalten zahlreiche Verse Verhaltensmaßregeln für den Krieg. Einige Beispiele mögen genügen:

- Sure 8, Vers 13: „... in die Herzen der Ungläubigen will ich Furcht bringen; darum haut ihnen die Köpfe ab und haut ihnen alle Enden ihrer Finger ab“.⁽¹⁹⁾
- Sure 47, Vers 5: „Wenn ihr im Kriege mit den Ungläubigen zusammentrefft, dann schlagt ihnen die Köpfe ab, bis ihr eine große Niederlage unter ihnen angerichtet habt“.⁽²⁰⁾

Moderne Interpreten des Korans wählen eine „zeitgemäßere“ Auslegung. So heißt es dort für die genannten Beispiele:

- Sure 8: „Ich werfe Schrecken in die Herzen der Ungläubigen. So haut ihnen auf ihre Nacken ein und haut ihnen auf alle Finger“.⁽²¹⁾
- Sure 47: „Wenn ihr nun (im Laufe eines Verteidigungskrieges) auf die Ungläubigen stoßt, dann schlagt auf sie ein, bis ihr sie niedergedrungen habt“.⁽²²⁾

Die Unterschiede in der Übersetzung, aber auch der Auslegung sind offenkundig, und es wäre sicherlich zu einfach, sich die eine oder andere Version ausschließlich

zu Eigen zu machen. Der in den letzten Wochen so häufig genannte „Dschihad“, bei uns meist als „heilige Krieg“ wiedergegeben, bedeutet im weiteren Sinne „Anstrengung und Selbstüberwindung auf dem Weg zu Gott“. Der Glaubenskampf selbst, so sagen moderne Apologeten, beziehe sich nur auf den Verteidigungsfall, also gegen Angreifer des rechten Glaubens. Im Übrigen müsse man die krassen Formulierungen aus der Frühzeit der Ausbreitung des Islam verstehen. Ein Blick in die Historie bis hin zu den Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts und den terroristischen Anschlägen der Islamisten vom September 2001 spricht eher gegen eine verharmlosende Relativierung. Diskriminierung, Verfolgung und mörderische Übergriffe gegen christliche Minderheiten in islamischen Staaten unserer heutigen Zeit erklären sich wohl eher aus der Koranischen Aufforderung, gegen die „Ungläubigen“ vorzugehen, als aus der Notwendigkeit eines „Verteidigungskrieges“.

8. Ausblick

Bei aller Ernüchterung dürfen wir nach den Ereignissen vom 11. September 2001 unser Islam-Bild nicht an einem Verbrecher vom Schlage Osama Bin Ladens und seiner radikalen Gefolgschaft festmachen. Die überwiegende Mehrzahl der islamischen Staaten lehnt den von fanatischen Islamisten gepredigten und praktizierten Dschihadismus ab. Gleichwohl aber ist in der breiten Masse der islamischen Umma eine unverhohlene Sympathie für einen extremen, gewaltsamen Islam spürbar.

Die Chancen für eine an die Gegebenheiten der Moderne angepasste Reform des Islam müssen als gering eingestuft werden. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auf die Werte unseres christlichen Abendlandes besinnen. Ein Atheist ist selbst für den im Glauben laschen Muslim kein adäquater Gesprächspartner. Ein interkultureller und interreligiöser Dialog kann nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht auf der Basis der Political Correctness und des Kulturrelativismus geführt wird. Dazu bedarf es eines starken Herzens, das uns häu-

fig fehlt. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es unüberbrückbare Gegensätze gibt, aber auch Gemeinsamkeiten, auf deren Basis ein friedliches Miteinander möglich ist.

Kurz- und mittelfristig aber sind Strategien zu entwickeln, die sich nicht nur mit der Bombardierung des Übels begnügen, die „Kollateralschäden“ der Zivilbevölkerung nicht nur bedauernd in Kauf nehmen und die sich mental nicht nur auf den nächsten Schlag im Irak oder am Horn von Afrika einstellen. Vielmehr gilt es, sich den Ursachen des Islamismus zu stellen. Diese haben ihre Wurzeln in den negativen Folgen einer allzu hemmungslos betriebenen Globalisierung, einer als arrogant empfundenen westlichen „Kulturüberlegenheit“ und nicht zuletzt im ungelösten Palästina-Konflikt, der nach muslimischer Einschätzung vom Westen mit „doppelter Moral“ behandelt wird.

Solange die Ursachen für den islamistisch geprägten Extremismus und Terrorismus nicht beseitigt werden, wird es langfristig nicht gelingen, diesem Übel den Nährboden zu entziehen.

Anmerkungen

- 1) Das hebräische Wort „Shalom“ = Frieden geht auf den gleichen Ursprung zurück.
- 2) Koran, gesprochen „Al Qur`an“, bedeutet soviel wie „das häufig zu Lesende oder die Rezitation“.
- 3) Der Koran. Übertragung von Max Henning. Überarbeitet und herausgegeben von Murad Wilfried Hofmann. Kreuzlingen/München, Hugendubel (Diederichs), 2001, S. XIV. Hofmann zitiert Goethes West-Östlichen Diwan: „... grenzenlose Tautologien und Wiederholungen bilden den Körper dieses heiligen Buches, das uns, sooft wir auch daran gehen, immer wieder von neuem anwidert, dann aber anzieht, in Erstaunen setzt und am Ende Verehrung abnötigt“.
- 4) Der Koran, das heilige Buch des Islam. Übertragung von Ludwig Ullmann. München, Wilhelm Goldmann Verlag, 1959^e, S. 21.
- 5) Die Gemeinde der Gläubigen wird als die „Umma“ bezeichnet.
- 6) Zu den „Schriftbesitzern“ rechnen auch die Zarathustra-Anhänger und die Sabier. Sie werden als „Dhimmi“ (zu Schützende) bezeichnet und sind Bürger zweiter Klasse, die sich auch in ihrer Kleidung von den Muslimen zu unterscheiden haben.
- 7) Die Heiden werden als „Kafirun“ bezeichnet.
- 8) Als Sunna (der Weg, das Herkommen) werden die Gewohnheiten des Propheten bezeichnet. Hadithe (Mitteilungen) nennt man die überlieferten Aussprüche des Propheten.
- 9) Das Rechtsgutachten wird als Fatwa bezeichnet.
- 10) In der Schia ist der Imam der geistliche Führer der Gläubigen, während in der Sunna der Vorsteher einer Moschee als Imam bezeichnet wird.
- 11) Vgl. hierzu: V. Böhler, Die Rolle der Assassinen während der Kreuzzüge, AUFTRAG Nr. 243 u. 244
- 12) Vgl. hierzu: V. Böhler, Gedanken zum Tode des syrischen Staatspräsidenten Hafiz Al Assad, AUFTRAG Nr. 240/241
- 13) In der 12-er Schia wird der erwartete Erlöser als der Mahdi bezeichnet.
- 14) Siehe 4), 19. Sure (Maryam), S. 245 ff.
- 15) Die 8. Sure befasst sich mit der Verteilung der Beute. Der zum Islam übergetretene ehemalige deutsche Botschafter von Algerien und Marokko, Murad Hofmann, interpretiert diese Aufforderung dahingehend, dass dieser Vers „nur Verteidigung“ erlaube. Siehe: 3), S. 181.
- 16) AFP in „Die Welt“ v. 5. 11. 2001, S. 7.
- 17) Siehe 4), Sure 3, Vers 119, S. 63.
- 18) Siehe 4), Sure 3, Vers 152, S. 65.
- 19) Siehe 4), S. 144.
- 20) Siehe 4), S. 410.
- 21) Siehe 3), Sure 8, Vers 12, S. 178.
- 22) Siehe 3), Sure 47, Vers 4, S. 507.

Klappspaten und "Kultkiste"

Militärseelsorger Joachim Simon ist für Afghanistan gerüstet

DIETMAR SÜß (KNA)

Neben kugelsicherer Weste und Klappspaten hatte der ehemalige Panzergrenadier Joachim Simon auch ein Messgewand und Hostien dabei, als er Anfang Januar die Bundeswehrmaschine in Köln bestieg. Der Militärseelsorger begleitet 800 bis 1.000 deutsche Soldaten der UN-Schutztruppe nach Afghanistan. Für zwei Monate wird er den Fallschirmjägern, Sprengstoffexperten und Sanitätern bei ihrer schwierigen Mission beistehen.

Von seinen bisherigen Einsätzen in Bosnien und dem Kosovo weiß er: Selbst erfahrene Soldaten tun sich schwer mit dem oft unvorstellbaren Elend in den Einsatzgebieten. Viele werden wütend, manche verzweifeln beim Anblick hungernder Kinder oder von Leichen am Straßenrand.

Als Seelsorger will er in diesen furchtbaren Momenten helfen, zusammen mit den Soldaten nach Antworten auf die existenziellen „Lebensfragen“ zu suchen. Ein Wegbegleiter und Ratgeber in Krisensituationen will Simon sein, kein Besserwisser.

Das militärische Führungspersonal dürfte seine Erfahrungen im Dialog mit dem Islam schätzen. „Unsere Aufgabe ist nicht zu missionieren“, sagt der Münchner Militärdekan. Bundeswehr und Kirche sieht er vor der Aufgabe, eine „gewisse Glaubwürdigkeit“ auszustrahlen und zu zeigen: „Wir sind keine Heiden, sondern ebenfalls gläubige Menschen.“ Für das Gespräch mit der muslimischen Welt sei das eine wichtige Voraussetzung, um ernst



genommen zu werden. Einer Schwierigkeit begegnet Simon bereits im Vorfeld: Für den Fall, dass es in Afghanistan keinen Wein geben sollte, wird er in seiner Feldflasche eine ordentliche Portion Likörwein für die Eucharistiefeyer mitnehmen.

Simon, der 1986 in Fulda zum Priester geweiht wurde und seit 1992 in der Militärseelsorge arbeitet, ist Militärfarrer an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München. □

Von Bonn nach Berlin – Entwicklung deutscher Außenpolitik seit 1945

ECKHARD STUFF

Die Frage nach dem außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands steht im Mittelpunkt der Darstellung deutscher Außenpolitik von 1945 bis 2000, die die emeritierte Professorin der Freien Universität Berlin Helga Haftendorn vorgelegt hat. Aus dieser Perspektive wird schwergewichtig die bundesdeutsche Außenpolitik, in einem Kapitel auch die der DDR, untersucht. Zur Beantwortung der Frage nach dem Handlungsspielraum deutscher Außenpolitik reicht Helga Haftendorn „eine chronologische diplomatiegeschichtliche Darstellung nicht aus. Vielmehr muss gezeigt werden, wie die handelnden Politiker auf Kontrollen, Beschränkungen und von außen auferlegte Bindungen reagiert haben, mit denen die Bundesrepublik und die DDR bis zur Vereinigung konfrontiert waren.“

Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges war die Teilung der Welt auf deutschem Boden. Es entwickelte sich ein kalter Krieg mit zwei entgegengesetzten Führungsmächten und ihren Bündnisssystemen. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren ebenfalls Kinder, ja Zwillinge des Kalten Krieges. Ihr außenpolitischer Handlungsspielraum war daher – insbesondere durch die jeweiligen Führungsmächte – begrenzt. Es war und ist besonders in der Rückschau illusorisch, anzunehmen, dass es für die Deutschen in Ost und Welt realistische Alternativen zur Einbindung in das jeweilige Bündnis-system gegeben hätte. Die Ablehnung der Stalin-Note 1952 und die Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 belegen das. Dazu Helga Haftendorn: „In beiden Staaten gab es zwar einen Diskurs über alternative Strategien sowie über die Mittel und Möglichkeiten, wie sie realisiert werden könnten. Dieser kam aber nicht über theoretische Entwürfe hinaus, und er konnte sich – vor allem – gegenüber dem pragmatischen Reagieren der politischen Führungen nicht durchsetzen. Wollten die deutschen Regierungen die geringen Chancen nutzen, die sich ihnen in

dem festgezurrt System des ‘Kalten Krieges’ eröffneten, dann konnten sie es nur mit einer Politik tun, die durch die Einsicht in das Notwendige und Mögliche geprägt war.“

Während den Deutschen in der DDR systembedingt freie Wahlen versagt blieben, so bestätigten die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland eindrucksvoll die Adenauersche Politik der Einbindung in das westliche Bündnis-system. Für die Bundesrepublik Deutschland zahlte sich die Lage am Rande des westlichen Bündnisses bald aus: freiheitlich-demokratische Grundordnung, wirtschaftlicher Wohlstand durch eine soziale Marktwirtschaft und Sicherheit durch starke Verbündete. Die Bundesrepublik wurde fester Bestandteil der westlichen Gemeinschaft: Die Westbindung war damit Teil ihrer Identität, und sie war unverzichtbar für den Frieden in Europa.

Helga Haftendorn erklärt Adenauers Erfolg: „Der Erfolg der Methode des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht, die Adenauer in seiner Kanzlerschaft mit großem Geschick betrieb, war an zwei Voraussetzungen gebunden. Zum einen musste die Bundesrepublik Deutschland etwas anzubieten haben, das einen Tausch für die Partner sinnvoll machte. Das war in der Anfangsperiode vor allem ihr an der Konfrontationslinie zwischen den beiden Blöcken gelegenes Territorium und ihr industrielles Potential. Zum anderen musste sie durch ihre Politik Gewähr dafür bieten, dass sie den Gewinn an Handlungsmöglichkeiten nicht für einseitige und unberechenbare Aktionen nutzte, die den Interessen der Partner zuwiderliefen.“

Auch Adenauers Nachfolger trugen der außenpolitischen Abhängigkeit Rechnung und betrieben eine multilaterale Außenpolitik, die Alleingänge ausschloss. Selbst die Ostpolitik Willy Brandts konnte – trotz einiger durch Eitelkeit der beiden damaligen außenpolitischen Star-Architekten Henry Kissinger und Egon Bahr verursachten Unstimmigkeiten

– nur umgesetzt werden, weil sie in dem großen entspannungspolitischen Rahmen der amerikanischen Regierung von Richard Nixon ihren Platz fand. Bis dahin hatten bundesdeutsche Regierungen allerdings innerhalb des Handlungsrahmens weitgehenden Spielraum gewonnen, den Brandt und Bahr reichlich nutzten.

Nach dem Mauerfall ging auch Helmut Kohl bis an die Grenzen seines Handlungsspielraums. Doch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnte nur mit Zustimmung aus Washington und Moskau gelingen. Damit war die politische Landkarte Europas fundamental verändert: „Nach der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 änderte sich das als Folge des Zweiten Weltkrieges in Europa entstandene System struktureller Abhängigkeiten grundlegend; alliierte Rechte und ideologische Komponente entfielen. Damit waren die wesentlichen formalen Restriktionen des außenpolitischen Handlungsspielraums entfallen. Auch die anderen äußeren Beschränkungen waren geringer geworden. In den ersten zehn Jahren des vereinten Deutschland veränderte sich die deutsche Außenpolitik aber nur graduell, viel mehr war ein großes Bemühen um Kontinuität zu beobachten.“

Hier gilt es einen Moment einzuhalten und zu fragen, ob es denn zusammenpasst, Kontinuität zu üben, wenn sich die außenpolitischen Parameter so fundamental verschieben. Mindestens eine Rolle kann die neue Bundesrepublik nicht weiter spielen, obwohl sie immer wieder versucht, sich in ihr zu verstecken: der sicherheitspolitische Zwerg passt nicht zu der gewachsenen außenpolitischen Verantwortung Deutschlands. Helga Haftendorn konstatiert hier – vor dem 11. September 2001! – die deutsche Bereitschaft, sich „zur Friedenssicherung und Friedenserzwingung“ auch außerhalb des NATO-Bereichs verstärkt zu engagieren. Wenn das so ist und die Europäer im Bündnis mehr Bedeutung erlangen wollen, müssen sie bald anfangen, mehr dafür zu tun. Auch der Multilateralismus bietet den Deutschen keine Chancen mehr,

Fortsetzung auf Seite 45 u., Sp. 1

Willy Brandt: Schwächen als Stärken

ECKHARD STUFF

Die Bundesrepublik Deutschland hat Glück gehabt mit ihren Kanzlern. Mindestens dreien hat das Schicksal und ihr Gespür für das Mögliche und Machbare den Weg zu historischer Bedeutung, zu bleibender Größe geebnet: Konrad Adenauer wird als Kanzler des Aufbaus und der Westintegration, Willy Brandt als Kanzler der Aussöhnung mit dem Osten und Helmut Kohl als Kanzler der Einheit in die Geschichtsbücher einziehen. Helmut Schmidt wird das nicht schaffen, obwohl seine Kanzlerschaft von 1974 bis 1982 immerhin 8 ½ Jahre dauerte. Der Lotse Schmidt bewies, dass er das Staatsschiff trotz Terrorismus, weltwirtschaftlicher Probleme und schwieriger Nachrüstungsdebatte auf Kurs halten konnte, aber eine große Chance zur Gestaltung eines neuen Politikentwurfes blieb ihm versagt. Erhard und Kiesinger blieben Übergangskanzler.

Über Adenauer ist ausreichend viel geschrieben worden. Seine Bewertung vor der Geschichte „steht“. Über Willy Brandt ist die große und umfassende Biographie noch nicht vorgelegt worden. Gregor Schöllgen, Professor für Neuere Geschichte in Erlangen, hat sich darin versucht^{*)}. Um es vorweg zu nehmen: „die Biographie“, wie der Untertitel lautet, ist nicht dabei heraus gekommen. Allerdings ein gut lesbares Buch, das den kontaktarmen Menschen Willy Brandt kräftig beleuchtet und den Politiker Willy Brandt häufig im Hintergrund lässt oder ihn zu weitgehend unter außenpolitischen Aspekten beurteilt. Der Mensch Willy Brandt wird ausgeleuchtet, auch in seinen dunklen Stunden. Seine dunkelste Stunde kam im Frühjahr 1974. Nach dem großen Triumph des Wahlsieges von 1972 kommt eine Reihe von politischen und persönlichen Rückschlägen. Und schließlich die Spionage-Affäre Guillaume. Am 6. Mai 1974 zieht Brandt die Konsequenzen und tritt als Bundeskanzler zurück. In diesen Tagen ist Brandt am Tiefpunkt: „Willy Brandt ist zeitlebens ein einsamer Mann; wenn sich langjährige Weggefährten in ei-

ner Beobachtung einig sind, dann in dieser. Und natürlich wird Einsamkeit in Extremsituationen wie dieser besonders intensiv spürbar, zumal dann, wenn man im Rampenlicht steht. Nie hat er das so erlebt wie in diesen ersten Maitagen 1974. Niemand ist da, dem er sich anvertrauen, dem er sagen könnte, dass er daran denkt, mit allem Schluss zu machen. Einige in seiner Umgebung spüren, dass er 'düsteren Gedanken' nachhängt, wie er selbst notiert. Willy Brandt hat damals, am 1. oder 2. Mai, auch einen Abschiedsbrief an die Familie zu Papier gebracht, ihn dann aber doch wieder zerrissen.“

Schöllgen sieht Brandt schließlich überfordert, dem Amt des Bundeskanzlers und seinen vielfältigen Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Umgeben von den Machtmenschen Wehner und Schmidt. Seine politischen Schwächen waren aber auch Ausdruck seiner menschlichen Stärken: „Im Zentrum der Macht angekommen, lässt er bezeichnender Weise keinen jener Züge erkennen, die andere dort alsbald annehmen. Er wird weder zum Zyniker, noch entwickelt er nennenswertes Misstrauen gegenüber seiner Umgebung. Vor allem aber hält er sich zu keinem Zeitpunkt für unersetzlich... Willy Brandt ist verletzbar, empfindlich und konfliktscheu; Menschenkenntnis gehört nicht zu seinen starken Seiten.“ Und mit einer weiteren Legende will Schöllgen bei dieser Gelegenheit aufräumen: „...ans Messer geliefert hat der Fraktionsvorsitzende den Kanzler nicht.“ Allerdings hat Wehner wesentlich zum Autoritätsverlust des Kanzlers beigetragen.

Beschränkt auf das Amt des Parteivorsitzenden findet Brandt zu alter Stärke zurück. Anderthalb Jahre nach dem Rücktritt schreibt ihm Rudolf Augstein, dass er „fast nie einen erlebt habe, der sich aus solch tragischem they never come back so sowerän und erfolgreich erhoben hat“.

Seinen Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers, Helmut Schmidt, unterstützt er zunächst auch in schwierigen Situationen. Dazu

Gregor Schöllgen: „Gegen Ende der siebziger Jahre macht Brandt dem Kanzler das Leben jedoch zunehmend schwer, schon weil er nach wie vor – zeitweilig sogar mehr denn je – vielfältige Aktivitäten auf dem Gebiet entwickelt, das Schmidt als seine ur-eigene Domäne betrachtet, auf dem Feld der Außenpolitik. Solange er keine regelrechte Parallel- oder gar Gegendiplomatie betreibt, wie Anfang der achtziger Jahre im Falle des 'NATO-Doppelbeschlusses', mag das noch angehen, ja sogar Schmidts eigener Position und der Popularität seiner Regierung nutzen. Aber dann wird doch die Grenze des Erträglichen überschritten.“

Am Ende seiner Tage ist Brandt wieder gefordert, „als deutscher Patriot mit europäischer Verantwortung“. Als die Mauer in Berlin fällt, sitzt er wenige Stunden später in einer britischen Militärmaschine auf dem Weg in die deutsche Hauptstadt. Und auch der Bundeskanzler Helmut Kohl sucht in diesen Monaten seinen Rat. Beide sehen die Dinge ähnlich, ... und völlig anders als der SPD-Kanzlerkandidat des Jahres 1990, Oskar Lafontaine. Schöllgen führt aus, dass Brandt Lafontaine nach der Feier des 3. Oktober 1990 vor dem Berliner Reichstagsgebäude als einzigem demonstrativ den Handschlag verweigert. Am 8. Oktober 1992 stirbt Willy Brandt an einem Krebsleiden. Er wird in Berlin begraben, der Stadt, der er viele Jahre als Regierender Bürgermeister diente, und in der er seine wohl glücklichsten Jahre verbrachte. Diesen so widersprüchlichen Menschen Willy Brandt hat Gregor Schöllgen fesselnd porträtiert. Über manche Wertung Schöllgens mag zu streiten sein, aber er versteht es, die Verdienste Brandts zu würdigen und dennoch seine gewichtigen Fehleinschätzungen aufzuzeigen. Im Mittelpunkt steht dabei der ob seiner menschlichen Schwächen sympathische Mensch Willy Brandt. Allerdings sollte bei einem Autor, der Professor für Neuere Geschichte ist, auch ein Anmerkungs- und Quellenverzeichnis erwartet werden.

*) Gregor Schöllgen: Willy Brandt. Die Biographie. Propyläen Verlag, Berlin 2001, 320 S.

Die Deutschen und die Briten

Eine auch historische Sympathie

WOLFGANG ALTENDORF

Das Verhältnis der Deutschen zu den Briten kann in der Tat nur als erstaunlich positiv bezeichnet werden. Für den Deutschen rangiert „der Engländer“ in der Sympathieskala unstreitig an erster Stelle, weit vor den Franzosen oder den Italienern. Das rührt einmal von der Historie her: Über die Jahrhunderte hinweg gab es stets eine symbolische „Brücke zu Großbritannien“, die ihre Funktion „mental“ erfüllte, nämlich Brücke zu sein zu besserem humanitärem Verständnis ohne ihre Funktion „real“ zu praktizieren und damit Enttäuschungen vermied.

Daran änderten selbst die beiden Weltkriege nichts. Die Deutschen sahen im Briten „den besseren“ Feind; er wurde selbst bei diesen unsinnig-blutigen Auseinandersetzungen auf charakteristische Weise gesehen und beurteilt, nämlich als fair, korrekt und „zivilisiert“. Eine derartig positive Einschätzung hat sich in den zurückliegenden friedlichen Jahrzehnten für die Deutschen eher

verstärkt oder besser: konsolidiert. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges galten die Briten, die britische Besatzungsmacht in Westdeutschland, als die respektabelste, selbst vor den geschätzten Amerikanern. Ihr Verhalten gegenüber den besiegten Deutschen wurde als ebenso berechenbar wie akzeptabel empfunden. Nicht einmal die Demontage deutscher Industriebetriebe in den ersten Nachkriegsjahren taten dieser günstigen Einschätzung Abbruch.

Gegenwärtig stabilisiert sich dieser Sympathiefaktor weiter und lässt sich ganz offenbar durch nichts erschüttern. Für den Deutschen bedeutet eine wie immer geartete direkte Verbindung zu Britannien, sei sie wirtschaftlicher, politischer oder kultureller Art, eine Aufwertung seines Images; deutsche Jugendliche, Schüler, die für einige Wochen England besuchen dürfen, etwa im Schüleraustausch oder auf anderem Wege, empfinden dies als ein bedeutendes Ereignis, als eine herausragende Begünstigung. Den direkten Begegnungen mit Briten wird stets hohes humanitäres Niveau zugemessen. Vor allem die Sprache, das Englische, rangiert in den von Deutschen erlernten Fremdsprachen weit vor jeder anderen. Das hat natürlich mit der Universalität ihres Gebrauchs in aller Welt zu tun und die Vorteile, die daraus, etwa beruflich, gezogen werden können. Doch lässt sich das Phänomen ihres Gebrauchs

bei jeder Gelegenheit (auch um mit ihr vor anderen zu glänzen) nicht allein damit erklären. Der Deutsche sucht in der Sprache die Identifizierung mit jener Faszination, die vom Lebensstil der Briten für ihn ausgeht oder doch auszugehen scheint.

In der Touristik zählen die Briten zu den beliebtesten, weit vor allen übrigen Gästen geschätzten Ausländern. Die Gastronomie liebt den Briten als Gast, fühlt sich durch seinen Besuch erhoben, bemüht sich auf besondere Weise um ihn und „schmückt sich“ mit ihm. „Selbst Briten zählen zu unseren Stammgästen!“ In der Boulevardpresse wird zudem das britische Königshaus weitaus besser behandelt, als in England selbst. Keine politische Kontroverse vermag offenbar diese unverwundliche Sympathie der Deutschen zu den Briten zu trüben. Der Durchschnittsdeutsche sieht in ihnen, ihrem Land, ihrer Lebensart, Vorbildhaftes. Der britische Stil erscheint ihm würdevoll und von da nachahmenswert, auch wenn er diesen Stil nur theoretisch nachzuempfinden vermag. Der (in seinen Augen) stets korrekt gekleidete Engländer gilt als bewunderte Kuriosität, die dem Deutschen Respekt einflößt, das Britische als das „Europäische par excellence“, sich dadurch eigentümlicher Weise vom durchschnittlich kontinental-europäischen weit abhebend. Offenbar vermag nichts diese Einschätzung zu trüben – ein deutliches Kriterium dafür, wie sehr der Deutschen den Briten und das, was er für ihn symbolisiert, in sein Herz geschlossen hat. □

Fortsetzung von Seite 43

sich sicherheitspolitisch hinter anderen zu verstecken.

Wohl ungeahnt hat Helga Haftendorn den richtigen Zeitrahmen für ihr Standardwerk gesetzt. Ihre Betrachtung endet im Jahr 2000, und der 11. September 2001 mag sich im Nachhinein doch als bedeutender Einschnitt in die deutsche Außenpolitik erweisen. Deutschland ist heute die stärkste Mittelmacht, außenpolitisch und wirtschaftlich, und muss auch sicherheitspolitisch dieser Rolle gerecht werden. Die Vereinigung hat ihre Spätfolgen; manche müssen von gepflegter Romantik Abschied nehmen. Helga Haftendorns Buch wird aber noch viele Jahre unverzichtbare Lektüre zum Verständnis der „alten“ bundesdeutschen Außenpolitik sein.

Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbsthauptung, 1945 – 2000. DVA, Stuttgart/München 2001, 536 S.

Die Polen und die Wehrmacht

JOACHIM G. GÖRLICH

Die bereits zweite deutsche „Wehrmachtausstellung“ ist in Polen eine noch größere Nebensache, als die erste. Das Verhältnis der Polen zur Wehrmacht ist schon seit jeher realistischer, als das einiger deutscher linker Kreise. Das beginnt schon mit Beginn des II. Weltkrieges. Jeder polnische Offizier zog eine Kriegsfangenschaft in einem deutschen OFLAG, dem eines sowjetischen vor, schon weil danach kein Katyn oder Ähnliches kam.

In dem im katholischen „Wież“ Verlag (Warschau) erschienen Buch „Zehn Gerechte“, initiiert vom Kattowitzer katholischen „Gość Niodzielny“ (Sonntagsgast) gab es für die Polen unter der deutschen Besetzung die stereotype Umschreibung für deutsche Uniformierte je nach Schädlichkeitsgrad: Österreicher, deutsche Landser und danach kamen die Bösen wie SS, Gestapo, Polizei etc. Das Buch ist kurioserweise noch in der Ära des Kommunismus 1986 erschienen.

Es beinhaltete 150 Begegnungen mit Deutschen, viele mit Wehrmachtssoldaten. Nur einige Aufsatztitel sind schon bemerkenswert, wie „Unser Major“ oder wie „Hauptmann Paul Hollweger“, der Juden und Polen unter Einsatz des eigenen Lebens half. Oder gar „Der Herrgott schickte einen Engel in Wehrmachtsuniform“ sowie vom Offizier, der auch vor Juden salutierte. Die Zensur ließ dies damals alles passieren.

Simon Wiesenthal setzte in seinem rührenden Buch „Krystyna“ dem jungen deutschen Landser Paul ein literarisches Denkmal. Der im vorigen Jahr verstorbene polnische Komponist und Starpianist Prof. Wladyslaw Szpilman tat dies mit dem Hauptmann Wilm Hosenfeld, der ihm das Leben rettete, im Buch „Der Pianist“, das sein polnisch-jüdischer Landsmann, der berühmte Roman Polanski verfilmte.

„Abwehr“-Chef Admiral Wilhelm Canaris rette nach neuesten polnischen militärhistorischen Erkenntnissen so manchen polnischen General oder Stabsoffizier sowie deren Familien das Leben, verbrachte sie ins sichere England. Er pflegte Kontakt zu den Kollegen im polnischen Untergrund AK (Heimatarmee) oder der polnischen Streitkräfte im Westen.

Der Verfasser dieser Zeilen brauchte in Polen kein Hehl daraus

zu machen, dass er Filius eines deutschen Heeresingenieurs und Abwehrmannes ist. Das wurde ihm noch nicht einmal bei Verhören des polnischen Geheimdienstes als Makel vorgehalten. Und er hatte damit auch keine Schwierigkeiten als er auf Freierrfüßen wandelte und einheiratete. Auch nicht beim zugeheirateten Onkel britisch-polnischer Provenienz im Generalsrang und mit der Tante, die einst im KZ-Ravensbrück einsaß. Es gab da keinerlei Berührungspunkte.

Es ist zudem bekannt, dass sich ein Großteil polnischer Partisaneneinheiten, wie z.B. die nationalen „Polnischen Streitkräfte“ vor den nahenden Sowjets und mit Billigung von Wehrmachtstäben sich gen Westen absetzten, um sich dann partiell mit der nationalpolnischen General-Wladyslaw-Anders-Armee zu vereinigen.

Es sind zudem auch Fälle bekannt, wo polnische junge Frauen, die ansonsten einer Fraternalisierung mit Deutschen im Kriege aus dem Wege gingen, beim Rückzug der Wehrmacht junge deutsche Soldaten in einem von den Sowjets umzingelten Kessel versteckten, ihnen für die ersten Nachkriegsjahre eine polnische Identität verschafften, um dann ca. zehn Jahre danach gemeinsam während des „Tauwetters“ nach Deutschland auszureisen. Ein Bei-

spiel dafür war der Fagottprofessor des Verfassers, der Berliner Bruno Berdeleben. Dem jungen Leutnant verschaffte die Polin Deria Unterschlupf vor dem Zugriff des NKWD. Er machte danach als Musiker in Polen Karriere und hieß kurzfristig Bronislaw Bardelecki.

A propos Musik. In Oberschlesien fanden nach dem II. Weltkrieg einstige Wehrmachtsmusiker Unterschlupf in selbständigen Blasorchestern, die zu Hochzeiten, Begräbnissen Gottesdiensten und Tanzabenden aufspielten. Ferner in den privaten Tanzorchestern, in den staatlichen Bergmannskapellen und sogar im Symphonieorchester Oppeln sowie massenweise in ganz Schlesien im Musikschulwesen.

Bei ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die sich nun bei polnischen Kreiswehrrersatzämtern muster lassen mussten, wurden nicht selten die deutschen Dienstgrade anerkannt. Bei denen, die dann zur Hilfspolizei ORMO verpflichtet wurden, umso mehr, was beim Tragen entsprechender Rangschulterklappen berücksichtigt wurde. Heute stört es auch nicht mehr, wenn in irgend einem guten Zimmer eines Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Polen das Konterfei des gefallenen Angehörigen in voller Montur und mit Orden dekoriert zu sehen ist. □

EUROPÄISCHE WERTESTUDIE:

Kein Trend zu moralischer Dekadenz

Trotz zunehmender Individualisierung gibt es nach Einschätzung der neuen Europäischen Wertestudie in 32 Staaten des Kontinents keinen Trend zu moralischer Dekadenz. Auch das Vertrauen in die Institutionen habe nicht nachgelassen, heißt es in der im Dezember 2001 vorgestellten Studie. Wie daraus weiter hervorgeht, ist zwar auf dem gesamten Kontinent der Gottesdienstbesuch rückläufig, allerdings sei der Glaube an einen persönlichen Gott ungefähr ebenso weit verbreitet wie noch zehn Jahre zuvor. Nur noch fünf Prozent der Europäer erklärten, sie seien Atheisten.

Die Europäische Wertestudie war 1981 erstmals in westeuropäischen Ländern durchgeführt worden. 1990 wurden auch Länder Mitteleuropas einbezogen. Bei der jüngsten Umfra-

ge 1999 wurden rund 40.000 Bürger in 32 Staaten West-, Mittel- und Osteuropas befragt.

Laut Studie zeigen die Europäer im Schnitt mehr Toleranz gegenüber moralischen Streitthemen als noch vor zehn Jahren. Zwar gebe es große regionale Unterschiede, allerdings würden neue Formen der Partnerschaft, allein Erziehende und Homosexualität in größerem Maße akzeptiert. Gleich bleibend hoch seien die Solidarität mit Alten und Kranken. Die Wertschätzung der Familie liege bei rund 80 Prozent.

Ähnlich hohe Zahlen gebe es in der Unterstützung der Aussage, dass Kinder Vater und Mutter bräuchten, um glücklich aufzuwachsen. In einigen Staaten gebe es eine Mehrheit für die Meinung, eine Frau habe die Pflicht, Kinder zu haben. Sehr unter-

schiedliche Ansichten gebe es darüber, ob eine Frau eine stabile Beziehung zu einem Mann brauche, um Kinder zu erziehen.

Auch bei der Akzeptanz von Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsabbruch, Scheidung, Homosexualität und Sterbehilfe gebe es Unterschiede, auch zeichne sich die Ausbildung eines permissiven Klimas ab. Allerdings gebe es keine Zustimmung zu Phänomenen wie Steuerhinterziehung, Korruption und Missbrauch von Sozialleistungen. Sowohl in Ost- als auch in Westeuropa seien keine substantiellen Unterschiede beim Vertrauen in die eigenen Landsleute festzustellen. Dagegen gebe es erhebliche Unterschiede bei Fremdenfeindlichkeit. In den meisten Staaten wachse das Misstrauen gegenüber Ausländern. Eine Ausnahme bildeten die Niederlande, Großbritannien und Deutschland. (KNA)

RENOVABIS: 5. INTERNATIONALER KONGRESS VOM 30. AUGUST BIS 01. SEPTEMBER 2001

Europa wächst zusammen – aber wie?

HEINRICH DORNDORF

Unter dem Thema „Europa wächst zusammen – aber wie?, Kirchen und europäische Integration“ trafen sich in diesem Jahr in Freising mehr als 350 Teilnehmer aus 23 Ländern, vorwiegend aus dem ehemaligen Ostblock.

Seitens der GKS nahmen der Bundesvorsitzende Oberst Karl-Jürgen Klein und der Berichterstatter teil. Oberst Karl-Jürgen Klein traf auf diesem Kongress den Weihbischof von Skopje, Mazedonien, Dr. Kiro Stojanov wieder, zu dem er während seines Einsatzes auf dem Balkan im Jahr 2000 einen freundschaftlichen Kontakt pflegte.

Der Kongress fand erstmals in Kooperation mit der Europäischen Kommission (Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland) statt. So nahmen namhafte Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft an diesem Kongress teil,

- Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der einen Tag nach der Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien einen beachtenswerten Vortrag hielt;
- Georg Kardinal Sterzinsky, Berlin, der die Eröffnungsrede hielt;
- Bischof Dr. Josef Homeyer, Hildesheim, als Präsident der Kommissi-

on der Europäischen Gemeinschaft;

- Prof. Dr. Paul Zulehner, Wiener Pastoraltheologe und Prof. Dr. Miklos Tomka, Budapester Sozialwissenschaftler, haben die gesellschaftliche Relevanz der Kirchen in Mittel- und Osteuropa dargestellt;
- Prof. Dr. Viorel Ionita aus Bukarest („für orthodoxe Theologen ist die Säkularisierung der heutigen Welt eines der wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer wahrhaftigen europäischen Integration);
- Bischof Heinrich Mussinghoff aus Aachen und der Europa Abgeordnete Elmar Brok gaben Antworten, aber stellten auch Fragen zur Orthodoxie im europäischen Integrationsprozess.

Neben den Vorträgen und Diskussionen im Plenum wurden in sieben Arbeitskreisen Themen behandelt wie:

- Wo sind Europas Grenzen?
- Neue Nachbarn, alte Nachbarn – alte/neue Vorurteile
- Europäische Integration
- Migration in Europa – Chancen und Probleme
- Kirche und Gesellschaft in vom Katholizismus geprägten Ländern

(Polen, Kroatien, Litauen) bzw. mit polarisierten Kulturen (Ungarn, Slowakei, Slowenien).

In den letzten 50 Jahren entwickelte sich aus der Montan-Union die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft und schließlich die Europäische Union. So ist Westeuropa tatsächlich zusammen gewachsen. Wie geht es weiter? Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks spricht man landauf landab von der europäischen Erweiterung. Doch auch der alte Ostblock gehörte ja zu Europa. Dennoch sei es sinnvoll von einer Europäisierung dieser Länder sowohl in wirtschaftlicher als auch in geistiger Hinsicht zu reden. „Der Prozess der europäischen Einigung ist unumkehrbar geworden“, so Pater Eugen Hillengass, der Geschäftsführer von Renovabis, in seiner Begrüßung. Dabei erinnerte er auch an die Gründungsväter der europäischen Staatengemeinschaft wie Konrad Adenauer, Robert Schumann und Alcide de Gasperi.

Der Berliner Kardinal Sterzinsky bemängelte in seiner Eröffnungsrede, dass in der EU-Grundrechtscharta, die im Dezember 2000 in Nizza verabschiedet wurde, jeglicher Hinweis auf die Verantwortung vor Gott, ähnlich wie im deutschen Grundgesetz, fehlt. Als Wegweiser für die christliche Europäisierung nannte der Kardinal den von Papst Paul VI. bestimmten hl. Benedikt und von Papst Johannes Paul II. bestimmten hl. Cyrill und Method als Patrone Europas unter Einbeziehung der slawischen Völker in das geeinte Europa, darüber hinaus: „hat Papst Johannes Paul II. drei Frauen zu Mitpatroninnen Europas erhoben: die mittelalterlichen Mystikerinnen Bri-



Treffen am Rande des Renovabis-Kongresses:
Oberst Karl-Jürgen Klein,
P. Eugen Hillengass SJ,
Weihbischof der Diözese Skopje in
Mazedonien, Dr. Kiro Stojanov

gitta von Schweden und Katharina von Siena sowie die in Auschwitz ermordete jüdische Karmelitin Edith Stein. So kann deutlich werden: Europa muss ein Gemeinschaftswerk von Männern und Frauen aus verschiedenen europäischen Regionen werden unter Bewahrung unterschiedlicher Traditionen“.

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, hielt eine bemerkenswerte Rede zum Thema: „Die geistige Dimension des europäischen Integrationsprozesses“. Auch er spannte den Bogen von Jean Monnet (Montan-Union), „dem es um eine praktische Basis für eine europäische Friedensordnung ging durch ökonomische Verflechtung die Fähigkeit zur Kriegsführung zu beenden“ bis hin zur EU-Grundrechtscharta, auch wenn die Formel – in Verantwortung vor Gott und den Menschen – nicht durchsetzbar war. Nach Thierse ist der europäische Einigungsprozess nicht nur ökonomischer, politischer, bürokratischer Art, sondern ein wesentlicher Prozess der Verständigung, er hat also eine geistige Dimension. „Kirchen könnten dafür Brücken sein, Dialogpartner, und die Christen Dolmetscher zwischen Ost und West in Europa.“

Auf diese politischen Aufgaben der Kirchen im Blick auf die Erweiterung, Europäisierung der EU ging

Bischof Homeyer ein:

- Die Kirchen in Ost und West haben eine Beistandspflicht für die Verlierer in diesem Einigungsprozess
- Sie müssen Orte kulturellen Austausches zwischen Ost und West gründen
- Gründung einer kirchlichen Ost-West-Akademie als Verständigungsort
- Die Kirche muss die Länder Ost- und Mitteleuropas ermutigen, dass sie an der europäischen Verfassung mitbeteiligt werden, denn die religiöse und kulturelle Tradition des Ostens ist unverzichtbar.

Einer der Arbeitskreise befasste sich mit Thema „Neue Nachbarn – alte Vorurteile? Wie Ost und West einander sehen“. Aus russischer Sicht sind gerade die Deutschen mit Frankreich lernfähiger als mit Russland, obwohl es immer Deutsche in Russland gegeben hat, in der Politik, als Ärzte, in den Schulen und in der Armee. Ein deutlicher Hinweis erfolgte: Russen und russische Bürokratien sind unterschiedlich. Jedoch was die Ökumene angeht, so steht die russische Orthodoxie weit entfernt von ihr. Man meint eine Tendenz in der EU zu erkennen: Hoffentlich bleibt Russland ruhig, allerdings sollten europäische Werte Wirklichkeit werden, z.B. Demokratie.

In der Slowakei ist der junge Klerus sehr national geprägt und gegen Europa eingestellt – „Aus dem Westen kommt nichts Gutes“

Die Polen verstehen sich als Anwalt der baltischen Staaten, vielleicht auch zu Russland, beschäftigen sich aber z.z. vorwiegend mit sich selbst. Die Frage, was geschieht wenn Polen bis 2007 nicht in der EU ist, blieb offen. Darüberhinaus existiert in Polen immer noch die Angst vor Deutschen und Russen.

War der eiserne Vorhang früher die Trennung zwischen Ost und West, so gilt als Trennungslinie heute die Grenze zwischen röm. kath. Kirche und Orthodoxie.

In einer abschließenden Diskussion wurde betont, dass der ökumenische Dialog ein wesentlicher Faktor für die Europäisierung sein sollte. Die EU hat einen Marathonlauf vor sich, von der Montan-Union bis zur Charta der Grundrechte. Europa kann und darf nicht nationalistisch sein, wobei sich die Orthodoxen jedoch schwer tun. Die Kirchen können nur gemeinsam auf Europa zugehen, dies ist aber z.z. nicht der Fall.

Das neue Europa ist ein komplexer historischer Prozess. Dazu ist viel in den Köpfen und Herzen der Menschen, der Kirchen zu bewegen. Die Kirchen müssen dazu beitragen, damit Europa nicht seelenlos wird. □

LAIENPOSTOLAT

Papst: Geistliches Leben nicht auf Privatsphäre beschränken

Papst Johannes Paul II. hat die katholischen Laien aufgerufen, beim Aufbau einer menschenwürdigeren Welt mitzuwirken. Vor einem Kongress der römischen Opus-Dei-Universität Santa Croce zum 100. Geburtstag des Prälaturgründers Josemaria Escriva de Balaguer warnte er am 12. Januar davor, Glauben aus dem täglichen Leben auszuklammern. Es wäre verkehrt, geistliches Engagement auf die Privatsphäre zu beschränken und es für das öffentliche Handeln als irrelevant zu bezeichnen. – Der am 9. Januar 1902 geborene Spanier Escriva (gestorben 1975) gründete

1928 das Opus Dei. Die Personalprälaten zählt nach offiziellen Angaben 1.763 Priester und 82.443 Laienmitglieder.

„Seid Männer und Frauen der Welt, aber keine verweltlichten Männer und Frauen“, zitierte Johannes Paul II. den 1992 selig gesprochenen Escriva, der demnächst in den Kreis der Heiligen aufgenommen werden soll. Die Gläubigen sollten sich davor hüten, aus einer „verweltlichten Mentalität“ heraus die geistliche Dimension zu verkürzen. Jeder Getaufte sei aufgefordert, an seinem Tätigkeitsbereich in der Fabrik, im Büro oder in der Biblio-

thek die Christusnachfolge zu verwirklichen. Das „Ideal der christlichen Perfektion“ dürfe nicht verstanden werden, „als sei es eine Art außerordentlichen Lebens, das nur von einigen Genies der Heiligkeit“ geführt werden könnte. Vielmehr seien die Wege der Heiligkeit vielfältig und der Berufung eines jeden angepasst. „Es ist jetzt an der Zeit, allen mit Überzeugungskraft diesen hohen Maßstab des gewöhnlichen christlichen Lebens neu vor Augen zu stellen“, so der Papst vor den Teilnehmern des Kongresses zum Thema „Die Größe des täglichen Lebens“. (KNA)

ZDK-VOLLVERSAMMLUNG IM NOVEMBER 2001:

Terrorbekämpfung und Zuwanderungsstreit

Die Nachwirkungen der Terrorakte vom 11. September haben auch die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) geprägt. Ausführlich ging ZdK-Präsident Hans Joachim Meyer in seinem „Bericht zur Lage“ auf die Folgen der Anschläge ein (s.a.S. 14 f. in diesem AUFTRAG) und übte sich dabei in einem Spagat: Einerseits vertrat er engagiert die Auffassung, dass auch militärische Gewalt als Reaktion angemessen sei, andererseits kritisierte er Art und Umfang des amerikanisch-britischen Bombardements und beklagte fehlende politische Konzepte für Afghanistan. Er stimmte prinzipiell dem „unvermeidlichen“ militärischen Einsatz zu, wollte aber auch nicht zu allem und jedem Ja sagen.

Konsequenz dieser Argumentation: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte am 24. November „Meyer: Militäraktion in Afghanistan unausweichlich“, die „Stuttgarter Zeitung“ überschrieb ihren Bericht „Katholiken kritisieren US-Bombardements“.

Indirekte Bezüge zum 11. September hatte auch die Debatte über die Reduzierung der so genannten Kleinwaffen. In seiner Erklärung (s.S. 49 ff.) fordert das ZdK strengere internationale Kontrollmechanismen. Überschussbestände an Waffen und Munition sollten vernichtet werden, auch in Deutschland. Zu den Delegierten hatte auch der Erzbischof der liberianischen Hauptstadt Monrovia, Michael Kpakala Francis, sprechen und dabei die konkreten Auswirkungen schildern wollen, die Kleinwaffen in dem seit über einem Jahrzehnt durch Stammesfehden und Bürgerkriege geknechteten Land bewirken. Doch der Erzbischof kam nicht, da die auf Afrika spezialisierte belgische Fluggesellschaft Sabena ihren Betrieb eingestellt hat – auch das eine indirekte Folge des 11. September.

Zu einem kleinen parteipolitischen Scharmützel kam es über Meyers Warnung, nach den von muslimischen Fundamentalisten verübten Terrorschlägen die innerdeut-

sche Zuwanderungsdiskussion nicht in einem „Klima des Argwohns“ zu führen und stattdessen auf der Grundlage der Kommissionen von Rita Süßmuth und Peter Müller zu einem Konsens zu kommen. Daraufhin warnte die stellvertretende CDU-Vorsitzende und ZdK-Vize Annette Schavan vor einer „Konsensduselei“. Es könne nicht sein, dass unter wirtschaftlichen Vorzeichen die Eliten anderer Länder nach Deutschland gerufen würden, weil wir „lahm geworden sind“ und mehr Innovation benötigten. Dies sei „purer Egoismus“. Dem entgegnete Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), ebenfalls ZdK-Mitglied, die Eini-gung über ein neues Gesetz sei erforderlich. Es müssten für die konkret betroffenen Menschen bessere Lösungen gefunden werden. So könne das Thema auch aus dem Wahlkampf herausgehalten werden.

Eine Reihe von Tagesordnungspunkten beinhaltete innerkirchliche Themen: so ein Grundsatzpapier zu ökumenischen Fragen, eine Information zum ersten gemeinsamen Kirchentag 2003, eine Bestandsaufnahme und ein Wiederbelebungsversuch des Konsultationsprozesses zur sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie Überlegungen, wie die Ergebnisse der synodalen Prozesse der vergangenen Jahre zusammengefasst und analysiert werden können. Erstmals war bei einer ZdK-Versammlung auch der Rottenburger Bischof Gebhard Fürst anwesend, den der Episkopat bei seinem Herbsttreffen zum neuen Geistlichen Assistenten der Laienvertreter bestimmt hatte. Fürst wurde von den Delegierten herzlich aufgenommen. Nicht minder freundlich fiel die Verabschiedung seines Vorgängers im Amt, Weihbischof Leo Schwarz, aus. (KNA)

ERKLÄRUNG DES ZENTRAKKOMITEES DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN VOM 23.11.2001

Gewalt zurückdrängen: Kleinwaffen wirksam kontrollieren!

1. Entgrenzung kriegerischer Auseinandersetzungen

Jährlich sterben mehr Menschen durch sog. Kleinwaffen als durch die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945, wie Friedensnobelpreisträger und UN-Generalsekretär Kofi Annan beim Milleniumsgipfel der Vereinten Nationen feststellte. Für uns hat heute – nach den Angriffen des 11. September und ihren Folgen – der Terror neue brutale Aktualität erhalten. Für viele Menschen in anderen Regionen der Erde ist Terror schon lange alltägliche Erfahrung. Die „neuen Kriege“ werden nur ausnahmsweise von militärischen Kampfverbänden geführt, sondern meist von Gruppierungen und Netzwerken von Kämpfern, die nicht klar identifizierbar sind. Meistens werden Kriege und Terror neuen Typs mit Kleinwaffen ausgetragen. Das Sturmgewehr Kalaschnikow ist

dabei ein Emblem für die Kriege von heute geworden. Die Existenz von Kleinwaffen verstärkt einen Teufelskreis von Unterentwicklung, Konflikt und Gewalt. Kleinwaffen und Unterentwicklung erhöhen die Wahrscheinlichkeit, die Intensität und die Dauer bewaffneter Konflikte; und dauerhafte Konflikte wiederum untergraben eine dauerhafte soziale und wirtschaftliche Entwicklung und schaffen darum wiederum Nachfrage nach Kleinwaffen.

Diese Entstaatlichung der Gewalt ist in vielen Konfliktgebieten nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation offen zutage getreten. Bedingt durch den Wegfall des bipolaren Systems (und des dadurch entfallenen Sponsorings) hat sich die ökonomische Basis der (lokalen und regionalen) militärischen Konflikte verschoben. Die nichtstaatlichen Akteure sichern sich heute insbe-

sondere durch den Zugriff auf wertvolle Rohstoffreserven, durch Entführungen oder durch den Handel mit Drogen ihre finanzielle Basis. So erfolgt eine verhängnisvolle Verquickung von ideologischen, ethnischen, religiösen oder beschaffungskriminellen Antriebskräften. Vielerorts kontrollieren heute unter einem „Warlord“ plündernde Banden größere Territorien oder Teile der nationalen Wirtschaft. Die legitimierte staatliche Macht kann dagegen oft ihr Gewaltmonopol nicht mehr wahrnehmen und Sicherheit gewährleisten; auch andere staatliche Grundaufgaben (wie Bildung und Gesundheit) werden immer weniger erfüllt.

2. Leichte Verfügbarkeit von Kleinwaffen

Nach UN-Definition zählen zu Kleinwaffen alle Waffen, die von einer oder zwei Personen getragen, transportiert und bedient werden können. Es sind Waffen, die meist wenig kosten (ein Gewehr z.B. in Angola kostet einen Sack Reis) die langlebig, leicht zu transportieren, zu bedienen und zu verstecken sind und unmittelbar Macht verleihen. Derzeit sind weltweit ca. 500 Mio. Kleinwaffen im Umlauf.

Im direkten Zusammenhang mit der massiven Verbreitung von Kleinwaffen steht auch die Problematik der sog. Kindersoldaten. Da Kleinwaffen leicht zu bedienen sind, ermöglichen sie es Kinder und Jugendlichen, sich aktiv an kriegerischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Derzeit werden weltweit etwa 300.000 Kinder vor allem in Bürgerkriegen als Kindersoldaten instrumentalisiert. Viele von ihnen wurden zwangsrekrutiert. Die meisten Rekruten werden mit 15 bis 18 Jahren eingezogen, jedoch belegen die aktuellen Zahlen, dass immer mehr Heranwachsende unter 15 Jahren und sogar Kinder unter 10 Jahren zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden. Daher ist die Kontrolle und Begrenzung von Kleinwaffen auch eine notwendige Maßnahme, um Kinderrechte wirksam zu schützen.

Wir stellen fest, dass ca. 85 % dieser Waffen von den fünf Ländern produziert werden, die ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat sind. Da ein Großteil der Kleinwaffen in der Ersten Welt hergestellt werden und der Hauptteil der Empfänger in

der Dritten Welt lebt, hat das Problem eine Nord-Süd-Dimension. Und es liegt zuallererst in der Art und Weise, wie der legale Kleinwaffenhandel getätigt wird: 56 Prozent der Kleinwaffen gehören weltweit Zivilpersonen; zusammen mit Beständen aus dem Kalten Krieg und Altwaren der Armeen gelangen solche Waffen nach mehrfachem Wechsel der Besitzer auf den Schwarzmarkt und in die Hände von Guerillagruppen, Terrorbanden und diktatorischen Regimen. Hier wandern sie oft von einem Konflikt zum nächsten.

3. Verhinderung von Entwicklung

Kriege, Gewalt und hohe Ausgaben für Waffenkäufe zerstören Entwicklungserfolge. Mangelnde Kleinwaffenkontrolle verhindert die Durchführung von Projekten der Entwicklungs- und Menschenrechtsarbeit, da mit Hilfe von Kleinwaffen ganze Bevölkerungsgruppen eingeschüchtert und drangsaliert werden.

Die Bewaffnung von staatlichen Sicherheitskräften (Polizei und Militär) zur Aufrechterhaltung der inner- und zwischenstaatlichen Ordnung wird als legitim angesehen. Es ist daher nicht eine generelle Abschaffung von Kleinwaffen zu fordern, sondern es muss um deren weltweite strikte Regulierung gehen.

Dabei kommt der Kontrolle der Waffenlieferung und der Registrierung der Waffen sowohl auf Lieferseite als auch auf Empfängerseite eine besondere Bedeutung zu. Häufig fehlen den Entwicklungsländern die Mittel (vor allem ausreichende und effiziente Polizei-, Zoll- und Justizkapazitäten), um das Hereinkommen von Waffen über die Grenzen wirksam zu kontrollieren. Es fehlen die Kapazitäten, Waffen zu registrieren und eine sichere Lagerhaltung zu gewährleisten. Hier ist die Kooperation und vor allem Unterstützung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit unbedingt erforderlich.

Wenn Friedensbemühungen und Entwicklungsarbeit eine Chance haben sollen, ist die Kontrolle und Eindämmung der Kleinwaffen von zentraler Bedeutung. Deshalb muss mit allen Kräften national und international die legale Verfügung über Kleinwaffen restriktiv gehandhabt werden, damit die illegale Verfüg-

barkeit zurückgedrängt werden kann.

4. Nationale und internationale Ansätze

Angesichts der schrecklichen Auswirkungen des Kleinwaffen-Missbrauchs begrüßt die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken,

- dass verschiedene Staaten bereits im Vorfeld der UN-Kleinwaffenkonferenz 2001 in New York eine Reihe wichtiger internationaler Initiativen zur Eingrenzung des Waffenexports nach Afrika eingeleitet haben.
- dass die internationale Völkergemeinschaft sich mit der ersten internationalen Kleinwaffen-Konferenz vom 9.-20. Juli 2001 in New York auf höchster Ebene mit diesen Waffen und ihren verheerenden Auswirkungen insbesondere auf die Zivilbevölkerung befasst hat.
- dass bei dieser Konferenz ein erster Aktionsplan sowie eine Folgekonferenz für das Jahr 2006 vereinbart wurden.
- dass die neuen Richtlinien sowohl der Bundesregierung als auch der Europäischen Union die Kriterien der Beachtung der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung bei Rüstungsexporten verankert haben.
- dass das Bundesverteidigungsministerium in Deutschland in den vergangenen Jahren Kleinwaffen in großer Zahl verschrottet hat und ankündigte, die jetzt zur Ausmusterung vorgesehenen G 3-Gewehre ebenfalls zu verschrotten.
- dass die Bundesregierung sich in ihrem jüngst verabschiedeten „Aktionsprogramm 2015. Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut“ mit Nachdruck dafür einsetzt, die Verfügbarkeit von Kleinwaffen einzudämmen und den Partnerländern Unterstützung zusagt, um Kleinwaffen besser kontrollieren und zerstören zu können.

5. Forderungen

Um den Missbrauch von Kleinwaffen wirkungsvoll einzudämmen, sind weitere Initiativen erforderlich:

- Mit großer Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass auch Deutschland durch die Produktion und den Export militärisch verwendbarer

Kleinwaffen, vor allem von Munition, insbesondere aber durch den Verkauf von Lizenzen, Konstruktionsunterlagen, Werkzeugmaschinen, sowie ganzer Waffenfabriken zur Verschärfung des Kleinwaffenproblems beiträgt. Deshalb fordern wir – national wie international – verbindliche Mechanismen, die eine Kontrolle der Wanderung von Waffen ermöglichen. Dies muss auch für Waffen in Privatbesitz gelten.

- Wir setzen uns dafür ein, dass in internationaler Zusammenarbeit Einsammel- und Aufkaufaktionen von Kleinwaffen in Gebieten gewaltsamer Konflikte durchgeführt werden. Erfahrungen wie in Bosnien-Herzegowina und jüngst in Mazedonien zeigen, dass sich Chancen dafür gerade in Post-Konflikt-Situationen ergeben. Um so mehr bedarf es hier des Zusammengehens von Entwicklungszusammenarbeit und Entwaffnungsprojekten.
- Ferner sollten die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten endlich praktische Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses des Rates der EU-Entwicklungsminister vom Mai 1999 ergreifen, der eine Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Kontrolle und Beseitigung von Kleinwaffen vorsieht.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Überschussbestände an legalen Kleinwaffen nicht an private Händler oder außerhalb des Landes weiterverkauft werden, sondern dass sie vernichtet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, grundsätzlich auf den Verkauf von Überschüssen zu verzichten und damit das notwendige politische Signal auf dem Weg zur UN-Folgekonferenz 2006 zu setzen. Darüber hinaus muss die EU auch beiden Beitrittsverhandlungen im Zuge der EU-Osterweiterung sicherstellen, dass einem Transfer von Kleinwaffen aus den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas ein Riegel vorgeschoben wird.
- Wir setzen uns dafür ein, auch bei Munition eine genaue Kontrolle und Vernichtung sicherzustellen, statt durch Weiterverkauf von Überproduktionen und Altbeständen das Problem weiter zu verschärfen.
- Viele Gewaltakteure finanzieren ihren Krieg über den Handel mit bestimmten Produkten (z.B. Diamanten, Rauschgift). Wir fordern, dass

die Bundesregierung zusammen mit den EU-Partnern in derartigen Fällen wirtschaftspolitische Maßnahmen durchsetzt, die Kriegsgewinne und damit die Fortsetzung bewaffneter Konflikte nicht mehr attraktiv erscheinen lassen. Dazu gehört auch eine Veröffentlichung hierzu vorliegender Erkenntnisse, auch der Handelsorte und -partner, damit solche Geschäfte wirksam unterbunden werden können. Wir rufen zur Beteiligung an Kampagnen auf, die die Finanzierung von Bürgerkriegen zu verhindern suchen.

6. Entwicklung braucht Frieden – Frieden braucht Gerechtigkeit

Die Verfügbarkeit und der Gebrauch von Kleinwaffen hat solche Ausmaße angenommen, dass ihr Missbrauch inzwischen die Auswirkungen von Massenvernichtungswaffen angenommen hat.

Wo sie als Mittel willkürlicher Gewalt zu Terrorisierung der Bevölkerung eingesetzt werden, wird Entwicklung unmöglich gemacht. Deshalb rufen wir die katholischen Organisationen und Räte auf, sich intensiv mit der Thematik zu beschäftigen, den Austausch mit Partnern in

KIRCHE IN DEN MEDIEN

Nase vorn

In der Medienpräsenz hat die katholische Kirche gegenüber der evangelischen deutlich die Nase vorn. Wie die Zeitschrift „idea Spektrum“ in ihrer jüngsten Ausgabe berichtet, lag Papst Johannes Paul II. im Zeitraum von Januar bis August des Jahres 2001 mit 423 Nennungen in Tages- und Wochenzeitungen sowie in TV-Nachrichtensendungen mit weitem Abstand an der Spitze, gefolgt vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, mit 244 und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Manfred Kock, mit 102 Nennungen.

Das Blatt bezieht sich auf eine Erhebung des Instituts „Medien-Tenor“, das dazu neun Tages- und Wochenzeitungen sowie sieben TV-Nachrichtensendungen in dem genannten Zeitraum erfasst hat. Danach liegt die katholische Kirche auch bei den

Übersee und anderen gesellschaftlichen Kräften bei uns zu suchen und somit dazu beizutragen, dass die notwendigen Initiativen zur Bewältigung dieser Aufgabe auf der politischen Agenda bleiben.

Unverzichtbar sind jetzt Initiativen der kirchlichen Hilfswerke zur Umsetzung des Hirtenwortes „Gerechter Friede“ unter Einbeziehung der Kleinwaffenproblematik. Im Gespräch mit den Kirchen des Südens müssen wir erkunden, was von uns als Kirchen des Nordens erwartet wird und was wir effektiv zur Eindämmung der Kleinwaffenplage beitragen können. Dabei sollen Initiativen vor Ort, vor allem der Kirchen beachtet und unterstützt werden. Das Zentralkomitee fordert die kirchlichen Hilfswerke auf, dies in ihrer Arbeit entsprechend zu berücksichtigen.

Geleitet wird unser Einsatz von der Vision eines gerechten Friedens. *„Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Daraus folgt positiv: ‚Gerechtigkeit schafft Frieden.‘“*

(Gerechter Friede, 59)

meist genannten Organisationen mit 412 Erwähnungen vor „Greenpeace“ mit 263, der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitzer mit 221 und der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit 208 Nennungen klar an der Spitze. Die Evangelische Kirche kam in den ausgewerteten Medien 197 mal vor. In den Erläuterungen des in Bonn/Leipzig ansässigen Instituts wird darauf hingewiesen, dass beide Kirchen in den Medien zwar eine gewisse Aufmerksamkeit erzielten, „aber die Themen der Beiträge haben weniger mit dem Wesen des Gemeindelebens zu tun als mit Fragen organisatorischer, politischer oder allgemein säkularer Natur“. Der Anteil der Journalisten mit einem „aktiven Glauben“ wird als gering angegeben. Die Kirchen würden in der Auswahl der Nachrichten, so das Institut, zu politischen Funktionsträgern, die „auf Grund ihrer Macht“ noch eine gewisse Rolle spielten, „aber die um ihrer selbst willen keinen Platz in der Berichterstattung finden“. (KNA)

Neue Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit

Die katholische Männerseelsorge will Männer bei der Suche nach einem gelingenden Leben unterstützen und sie zu einem partnerschaftlichen Lebensstil befähigen. Das geht aus den am 4. Dezember 2001 in Fulda vom dortigen Weihbischof Ludwig Schick vorgelegten neuen „Richtlinien“ der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) „für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit“ hervor. Schick ist Beauftragter der Pastoralkommission der DBK für die Männerseelsorge.

Betont wird, die Sorge der Kirche gelte auch allein lebenden Männern und ganz besonders allein erziehenden Vätern. Ein „wesentliches Merkmal“ der Männerseelsorge sei, katholische Männer zu ermutigen, ihren Weltauftrag wahrzunehmen. Dazu zähle auch die Mitwirkung in politischen Parteien sowie in kirchlichen und außerkirchlichen Verbänden und Initiativen. Als weitere Aufgaben nennen die „Richtlinien“, Männer in „Krisen und Umbruchssituationen“ zu begleiten sowie Männern eine religiöse Praxis zu ermöglichen und sie zu befähigen, „ihre religiöse Sprachlosigkeit zu überwinden“.

Vor dem Hintergrund eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der tief in das Verständnis der

Geschlechterrollen eingreife, ständen Männer heute vor neuen Herausforderungen, heißt es in den „Richtlinien“. Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Bistümern seien Bestandteil des umfassenden Heilsdienstes der Kirche, eingebettet in die Vielfalt der seelsorgerischen Dienste, zu denen auch die Frauen, die Familien und die Jugendseelsorge gehörten. Männerseelsorge nehme „die biblisch grundlegende personale Gleichwertigkeit von Frauen und Männern ernst“ und sei „Ausdruck der eigenen Würde von Männern“. Katholische Männerseelsorge setze an den Lebenssituationen von Männern an, trage ihre Freude und Hoffnung, Trauer und Angst mit und ermutige sie, „ihr Mann sein zu entfalten“. Sie sage ihnen, dass ihnen durch Christus ein reicheres Leben verheißen sei, als sie es je aus eigener Kraft gestalten könnten. Weil die Kirche zu allen Menschen gesandt sei, suche sie auch das Gespräch mit jenen Männern, die sich von ihr entfernt hätten und sich selbst als nicht gläubig verstanden. (KNA)

Nachfolgend das Statement von Weihbischof Schick zur der Vorstellung der Richtlinien und die Richtlinien selbst. Das Sekretariat der DBK wird diese in der Reihe Arbeitshilfen veröffentlichen.

Männerseelsorge in Deutschland

LUDWIG SCHICK

Männerarbeit hat in der Kirche eine lange Tradition. Bis in die 80er-Jahre war diese Arbeit an der klassischen Standesseelsorge orientiert. Dem vorherrschenden Geschlechterbild entsprechend, das den Männern den „Außenbereich“ des Berufes und des öffentlichen Lebens zuwies, war Männerseelsorge bemüht, Männer durch religiös-spirituelle Begleitung und politisch-soziale Bildung in ihrem „Weltauftrag“ zu unterstützen.

Heute haben sich die Herausforderungen und Aufgaben kirchlicher Männerseelsorge verändert: Männerseelsorge findet inmitten eines radikalen Wandels der Geschlechterrollen und in einer tiefgehenden Krise traditioneller Männlichkeit statt. Dies betrifft alle Dimensionen des Lebens der Männer: In der Öffentlichkeit, im Beruf, in Familie und Ehe. Männerseelsorge will Männern in dieser Umbruchs- und Krisensituation solidarische Wegbegleiterin

sein. Sie unterstützt sie bei ihrer Suche nach einer neuen Geschlechtsidentität und neuer Partnerschaftlichkeit in Ehe und Familie. Sie lädt die Männer ein, ihren Weg – wie es die Richtlinien formulieren – „in der Gemeinschaft mit der Kirche zu gehen und ihre Suche nach Identität und gelingendem Leben immer wieder neu am Evangelium auszurichten“. Eine am konkreten Leben der Männer orientierte kirchliche Männerseelsorge und Männerarbeit bietet Männern Erlebnis- und Erfahrungsräume, um sich mit überkommenen Rollen auseinander zu setzen und um ihr Zusammenleben mit Frauen, Kindern, mit anderen Männern aus Freiheit und im Angesicht Gottes zu gestalten.

Der katholischen Männerseelsorge und Männerarbeit, wie sie in Deutschland bereits in einer Reihe von Diözesen durchgeführt und durch die Richtlinien für alle Bistümer empfohlen wird, geht es also um

„Männerentwicklung“. Männerentwicklung hat sowohl zu tun mit Persönlichkeitsentwicklung, aber auch mit dem Wachsen des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, den Tugenden, die das Verhältnis zu Gott beschreiben. Kirchliche Männerseelsorge und Männerarbeit integrieren daher Elemente der Erwachsenenbildung, der Seelsorge, der Beratung, der Therapie und nicht zuletzt der Selbsthilfe von Männern für Männer. Männergruppen, Informations- und Gesprächsabende für Männer, problemorientierte Veranstaltungen mit therapeutischer Begleitung, Angebote zur persönlichen Spiritualität, religiöse Besinnungstage, Freizeitaktivitäten, männerpolitische Arbeit – die Angebote der Männerpastoral in den deutschen Diözesen umfassen ein breites Spektrum.

Ziel ist es, Männer zu unterstützen, den Rollenwandel, der ihnen durch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu einem partnerschaft-

Weihbischof Prof. Dr. Ludwig Schick, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Männerseelsorge, stellt bei einer Pressekonferenz am 04.12.2001 in Fulda die neuen „Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit“ vor; l.v. der Präsident der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) Heinz-Josef Nüchel, vom Bischof r. Prof. Dr. Elmar Fastenrath der Leiter der kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge in Fulda und Dr. Andreas Ruffing, theologischer Referent für Männerseelsorge (Foto PS).



lichen Miteinander der Geschlechter abverlangt wird, gut zu vollziehen. Es geht nicht um eine – womöglich halbherzige – Anpassung an neue Rollenkorsetts („neuer Mann“). Vielmehr geht es um Beziehungs- und Partnerschaftsfähigkeit und um Kompetenz und Eigenständigkeit in der Gestaltung des persönlichen und des religiösen Lebens. Katholische Männerseelsorge und Männerarbeit leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für eine geschlechtergerechte Gestaltung aller Lebensbereiche. Der Austausch und die Zusammenarbeit speziell mit der Frauenseelsorge, der Jugend- und Familienarbeit wird in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein.

Mit den Richtlinien unterstreichen die deutschen Bischöfe die Notwendigkeit einer erneuerten katholischen Männerseelsorge und Männerarbeit. Sie sprechen zugleich die Empfehlung aus, in den deutschen Diözesen entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten dafür personell und strukturell die Voraussetzungen zu schaffen. Auf Bundesebene präzisieren und erweitern die Richtlinien die Aufgaben der Kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen, die als Fachstelle im Auftrag der Pastorkommission der DBK die pastoralen Initiativen auf Diözesanebene begleitet und unterstützt.

Mit den vom Ständigen Rat der DBK verabschiedeten Richtlinien benennen die deutschen Bischöfe auch die theologischen Grundlagen zeitgemäßer Männerpastoral. Sie formulieren Perspektiven, wie die katholische Männerseelsorge und Männerarbeit heute ihrem Grundauftrag gerecht werden können. Sie tun dies vor dem Hintergrund eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der tief in die Identität der Geschlechter und die

Gestaltung der Verhältnisse der Geschlechter eingreift. Dieser Wandel kann sich auch zerstörerisch für die Menschenwürde auswirken. Wenn sich Männer und Männerseelsorge

seinen Zumutungen aktiv stellt, dann ist der Wandel jedoch auch ein Chance für ein Zusammenleben der Menschen, das gerechter und evangeliumsgemäßer sein kann.

Männerleben im Wandel ...

Die neuen Richtlinien sind kaum verständlich, wenn man sich nicht den gesellschaftlichen Wandel in seinen Wirkungen auf die Geschlechtsidentität und auf das Verhältnis der Geschlechter vor Augen führt. Dazu sollen einige Beobachtungen angefügt werden, die im Hintergrund der Abfassung der Richtlinien standen:

- Die größte Herausforderung für Männer ist sicherlich die Kritik der Frauenbewegung seit den 70er-Jahren, ihre Ansprüche an Gleichberechtigung im Berufsleben, im politischen Leben und ihre Erwartungen an die partnerschaftliche Aufteilung der Familien- und Hausarbeit. Im Prozess der Neugestaltung der Geschlechterrollen und -beziehungen wächst die Einsicht, dass Frauen auf dem Weg der Neuorientierung nur weiter kommen, wenn sich auch die Männer ändern.
- Die Arbeitswelt verändert sich: Es zeichnet sich ab, dass das traditionelle männliche Arbeitskonzept „Vollzeiterwerbstätigkeit bis zur Rente“ an seine Grenze stößt. An seine Stelle treten für

Männer – glaubt man den entsprechenden Prognosen – in Zukunft mehr und mehr so genannte Patchwork-Erwerbsbiographien mit Phasen befristeter Arbeitsverträge, Teilzeittätigkeit oder völligen Ausstiegs aus der Erwerbstätigkeit. Hinzu kommt, dass in der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft zunehmend kommunikative und emotionale (d.h. traditionell weiblich konnotierte) Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verlangt werden. Körperliche Kraft und rein technisch-handwerkliche (also traditionell männlich konnotierte) Fähigkeiten verlieren an Bedeutung.

- Aus vielen Untersuchungen wissen wir, dass arbeitslose Männer in der Regel keine tragfähigen Alternativen zum nach wie vor sehr präsenten Männerbild des „Berufsmannes“ und „Familienernährers“ entwickeln. Arbeitslosigkeit stellt für Männer dadurch eine weitaus größere existentielle, das eigene Selbstbild in Frage stellende Bedrohung dar als für Frauen.
- Gleichzeitig wächst der Druck

auf diejenigen Männer, die im Erwerbsleben stehen, sich durch hohe, oft auch gesundheits-, partnerschafts- und familienschädliche Arbeitsleistung und Mehrarbeit zu behaupten. Die Konsequenz ist, dass Männer ihre ganze Kraft in den Beruf stecken müssen und zu einer Randscheinung des familiären Zusammenlebens werden. Dem gegenüber fordern Pädagogen und Psychologen, Väter sollten mehr im Leben ihrer Söhne und Töchter präsent sein als bisher.

- Mittlerweile kritisieren auch Mediziner den Raubbau vieler Männer an ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit mit den Schlagworten „Konkurrenz, Karriere, Kollaps“. Männer erleiden mehr Unfälle, sterben häufiger an Herzinfarkt und an Krebs, ernähren sich ungesünder und setzen häufiger als Frauen ihrem Leben selbst ein Ende. „Der frühe Tod des starken Geschlechts“ (so der Titel eines Buches) ist nur teilweise biologisch erklärbar. Mindestens die Hälfte der um sieben Jahre geringeren Lebenserwartung von Männern gegenüber Frauen ist – so die Diagnose – hausgemacht.
- Durch Pluralisierung und Individualisierung werden die Maschen der sozialen Netze gröber. Stützende soziale Bezüge, Freunde, ehrliche Gesprächspartner fehlen insbesondere Männern. „Sei ein Mann und werde mit deinen Problemen alleine fertig“ – diese Maxime gilt immer noch für viele Männer, die dann nicht selten in eine Spirale von Vereinsamung und Ausweglosigkeit geraten. Alkohol und Drogenkonsum, die schon angesprochene hohe Selbstmordrate und häusliche Gewalt sind in vielen Fällen die Folge.

Immer mehr Männer spüren die Einseitigkeiten und die Brüchigkeit ihrer bisherigen Lebensgestaltung. Zunehmend erfahren sie ihr auf Arbeit verkürztes „halbiertes Leben“ als defizitär. Sie fühlen sich betrogen um Partnerschaft und das Leben mit ihren Kindern. Das halbierte Leben hindert sie, eine eigene männliche Emotionalität zu entwickeln und die

religiösen Dimensionen des Lebens zu entdecken. Denn zu einer lebendigen Religiosität gehören Beziehungen jenseits von Zweckrationalität, wie sie die Familie seit alters her realisiert. Dazu gehören Muße, Entspannung, Zeit zum Durchatmen und Zuhören, Räume, die seelische und zwischenmenschliche Wachstums- und Reifungsprozesse ermöglichen. Die Sehnsucht danach, die so oft im eklatanten Kontrast zur Alltagsfahrigkeit steht, lässt Männer nachdenklich werden und Neues versuchen.

Vielfach gelingt diese Neuorientierung Männern erst durch heftige Brüche und tiefe Krisen im eigenen Leben: Krankheiten, „Burn-out“, Arbeitslosigkeit oder Frührente, Beziehungskrisen und Trennung von der Partnerin und den Kindern. Solche Lebenssituationen führen viele Männer zunächst in einen heillosen Strudel von Enttäuschung und Auflehnung, Ohnmacht und manchmal auch Aggressionen. Es ist ein langer, mühsamer, manchmal einsamer Weg, der daraus wieder herausführt.

Erfreulicherweise wagen immer

mehr Männer den Aufbruch in eines neues Selbstverständnis aus freien Stücken. Sie nützen die Chancen der Individualisierung, experimentieren mit kürzeren Arbeitszeiten, nehmen „Elternurlaub“, verbringen mehr Zeit mit ihren Kindern, achten auf eine gesündere Ernährung, kümmern sich um die Pflege der eigenen Innenwelt und um gute Beziehungen zu anderen Männern und Frauen.

Die größte Gruppe der Männer jedoch – und dies war ein zentrales Ergebnis der von der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands und der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland in Auftrag gegebenen empirischen Männerstudie aus dem Jahre 1998 – schwankt eher unsicher zwischen traditionellen und „neuen“ Vorstellungen. Diese Männer erleben sich wie Drahtseilakrobaten zwischen zu vielen widersprüchlichen Anforderungen und Zwängen in Beruf, Partnerschaft, Erziehung und Freizeit.

Fortsetzung auf Seite 55 u.

Inhaltsverzeichnis der Richtlinien

- 0. Präambel
- I. Anthropologisch-theologische Hinführung
- II. Aufgaben- und Handlungsfelder
 - 1. Männer bei ihrer Suche nach einem gelingenden Leben unterstützen
 - 2. Männer zu einem partnerschaftlichen Lebensstil befähigen
 - 3. Sich um alleinlebende und allein erziehende Männer sorgen
 - 4. Bei der Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mitwirken
 - 5. Mit Männern eine zeitgemäße männliche Spiritualität leben
 - 6. Männer in Krisen- und Umbruchssituationen begleiten
- III. Methoden und Formen
- IV. Orte
 - 1. Gemeinden
 - 2. Verbände
 - 3. Jugendarbeit
 - 4. Bildungsarbeit
 - 5. Freie Initiativen
- V. Ebenen und Strukturen
 - 1. Lokale Ebene der Pfarrei und des Dekanates
 - 2. Bistumsebene
 - 3. Bundesebene

Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit

0. Präambel

Vor dem Hintergrund eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels, der tief in das Verständnis von Geschlechterrollen und in die Entwicklung der eigenen Geschlechtsidentität eingreift, stehen Männer heute in einer besonderen Umbruchsituation und vor neuen Herausforderungen. Diese Situation verunsichert viele Männer, wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus und bedeutet eine oft mühevollere Orientierungs- und Identitätssuche, besonders für junge Männer.

Männerseelsorge und Männerarbeit in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland sind Bestandteil des umfassenden Heildienstes der Kirche. Dieses Heil, das sich in Jesus Christus geschichtlich ereignet hat, ist allen Menschen verheißen. Die Kirche ist in Christus Zeichen und Werkzeug der heilenden und befreienden Gemeinschaft aller Menschen mit Gott und untereinander (s. *Lumen Gentium 1*).

Entsprechend der Vielfalt des menschlichen Lebens hat die Kirche ihr pastorales Handeln differenziert. Seit dem 19. Jahrhundert gibt es auch eine besondere Männerseelsorge. Sie ist authentisches Handeln der Kirche, eingebettet in die Vielfalt der pastoralen Dienste, zu denen auch die Frauen-, die Familien-, die Jugendpastoral und andere mehr zählen.

Fortsetzung von Seite 54

Alles Handeln der Kirche an und für die Menschen zielt darauf, den liebenden und erlösenden Gott, der uns in Jesus Christus begegnet, im Leben der Menschen im Hier und Jetzt erfahrbar zu machen. Als Bestandteil dieses umfassenden Heildienstes der Kirche hat die katholische Männerseelsorge und Männerarbeit die Aufgabe dazu beizutragen, dass auch im und durch das Leben der Männer Gott als heilend und lebensfördernd erlebbar wird. □

I. Anthropologisch-theologische Hinführung

Zur personalen Würde des Menschen gehört wesentlich seine Geschlechtlichkeit. Sie geht allen alters-, kultur- und sozialspezifischen Ausprägungen voraus und muss in freier Verantwortung angenommen und gestaltet werden. Wenn also die Gnade die Natur voraussetzt, dann setzt sie immer auch die geschlechtliche Verschiedenheit von Mann und Frau voraus. „Gott also schuf den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.“ (*Gen 1,27*) Darin ist die gleiche Würde von Mann und Frau und ihre wechselseitige Unverfügbarkeit begründet. Männerpastoral nimmt damit die biblisch grundgelegte personale Gleichwertigkeit von Frauen und Männern ernst und ist Ausdruck der eigenen Würde von Männern. Sie macht damit zugleich aufmerksam auf eine dringend notwendige anthropologisch-theologische Grundlegung des Mannseins, die derzeit nur in Ansätzen vorhanden ist.

Durch die Taufe versöhnt Christus die Menschen mit Gott und nimmt jeden einzelnen in seine Gemeinschaft auf. Durch den Glauben wird das Leben schon jetzt anfanghaft verwandelt, ja neu geschaffen. Auf diese Weise kann das Leben eines jeden Menschen in seiner leiblichen und geschlechtsspezifischen Dimension gelingen und Weg zu Gott sein. Männerpastoral lädt die Männer ein, diesen Weg in der Gemeinschaft der Kirche zu gehen und ihre Suche nach Identität und gelingendem Leben immer wieder neu an dem Evangelium auszurichten.

II. Aufgaben- und Handlungsfelder

Die katholische Männerseelsorge und Männerarbeit setzt biographisch an den Lebenssituationen und Lebensvollzügen der Männer an,

trägt ihre Freude und Hoffnung, Trauer und Angst mit (vgl. *Gaudium et spes 1*) und ermutigt sie, ihr Mannsein zu entfalten. Die Kirche bestärkt daher Männer in der Suche nach ihrer Eigenheit und Besonderheit. Sie sagt ihnen, dass mehr in ihnen steckt, als sie in der gegenwärtigen Situation aus sich machen, und dass ihnen durch Christus ein reicheres Leben verheißen ist, als sie je aus eigener Kraft gestalten können. Weil die Kirche zu allen Menschen gesandt ist, sucht sie dabei auch das Gespräch mit jenen Männern, die sich von der Kirche entfernt haben und sich selbst als nichtgläubig verstehen.

Für die Männerseelsorge und Männerpastoral ergeben sich daraus folgende Aufgaben- und Handlungsfelder:

1. Männer bei ihrer Suche nach einem gelingenden Leben unterstützen

Männerpastoral unterstützt alle Männer, – sowohl diejenigen, die den Schwerpunkt ihres Engagements in Beruf und Arbeit erleben, als auch diejenigen, die den nichtökonomischen Lebensbereichen größeres Gewicht geben möchten z.B.: Bemühungen um die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, Beziehungsarbeit in Partnerschaft und Ehe, Erziehung, Freizeitgestaltung, Muße und vieles andere.

2. Männer zu einem partnerschaftlichen Lebensstil befähigen

Männerpastoral setzt sich für die partnerschaftliche und solidarische Beziehung zwischen Männern und Frauen ein. Die höchste Gestalt dieser Beziehung ist die in der Schöpfungsordnung grundgelegte Ehe. Wichtig sind auch die innerfamiliären Beziehungen – vor allem die Beziehungen der Väter zu ihren Kindern. Schließlich gilt aber die partnerschaftliche Gestaltung der Geschlechterbeziehung auch für das Arbeitsleben und den Raum der Öffentlichkeit.

3. *Sich um alleinlebende und allein erziehende Männer sorgen*

Die Kirche weiß auch um die Herausforderungen zur Wegbegleitung für Männer, die als Single leben, genauso wie für Männer, deren Ehepartner gestorben oder deren Ehe zerbrochen ist. Sie will sich auch der Männer annehmen, die in einer nicht kirchlich anerkannten Ehe leben. Ganz besonders gilt ihre Sorge den allein erziehenden Vätern.

4. *Bei der Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen mitwirken*

Ein wesentliches Merkmal der Männerpastoral besteht darin, katholische Männer dazu zu ermutigen, sich ihrer Sendung in die Welt zu vergewissern und ihren Weltauftrag wahrzunehmen. Dazu zählt auch das Mitwirken in politischen Parteien, Sozialpartnerschaft sowie in kirchlichen und außerkirchlichen Verbänden und Initiativen. Damit stellt sich die Männerpastoral bewusst in ihre eigene Tradition. Ermutigung und Vorbild sind ihr dafür vor allem jene Glaubenszeugen ihrer eigenen Geschichte, die den Glauben und das daraus erwachsende gesellschaftliche Engagement bis zum Martyrium bezeugt haben.

5. *Mit Männern eine zeitgemäße männliche Spiritualität leben*

Männerpastoral nimmt die Sehnsucht vieler Männer nach spiritueller Heimat ernst und lädt sie ein, die Kirche als einen Ort persönlicher Gottesbegegnung zu entdecken. Sie hat daher das Ziel, Männern religiöse Praxis zu ermöglichen und sie zu befähigen, ihre religiöse Sprachlosigkeit zu überwinden. Männerpastoral führt in eine Beziehung zu Gott ein, der sich in Leben, Tod und Auferstehung Jesu als allmächtige Liebe offenbart hat. Sie erinnert die Männer angesichts der Grenzen menschlicher Möglichkeiten und angesichts des Scheiterns an die Verheißung eines Lebens in Fülle, d.h. auch einer Erfüllung allen Suchens und allen Bemühens um Annahme und Gestaltung des eigenen Mannseins.

6. *Männer in Krisen- und Umbruchssituationen begleiten*

Männerpastoral ermöglicht durch eine entsprechende Gesprächs- und

Begegnungskultur, dass Männer sich mit Umbruchsituationen und Krisenerfahrungen ihres Lebens auseinandersetzen können. Die Kirche ist ihnen dadurch solidarische Wegbegleiterin, dass Männer aus dem Geist und der Nachfolge Christi sich gegenseitig beistehen und zusammenschließen. Solche Solidarität und Selbsthilfe der Männer fördert die Kirche und sie erkennt in ihnen zugleich einen Weg zur lebendigen Gemeinschaft.

III. Methoden und Formen

Eine biographisch ansetzende Männerseelsorge und Männerarbeit erfordert ein vielfältiges Angebot, das die rationale und emotionale, die kreative und kommunikative sowie die geistige und spirituelle Ebene in den Blick nimmt. Die gewählten Methoden und Formen unterstützen das Bemühen von Männern um ein ganzheitliches Leben. Notwendig ist einerseits die Schaffung neuer Formen von Gemeinschaftserfahrungen für Männer im Raum der Kirche, damit männliche Erfahrungen besser in das Leben der Kirche eingebracht und gelebt werden können. Andererseits sind bewährte Formen zu aktualisieren oder wieder neu zu entdecken sowie regional gewachsene Besonderheiten zu beachten. Unverzichtbar ist dafür die Einbindung ehrenamtlicher Multiplikatoren auf Pfarr-, Dekanats- und Bistumsebene.

Im Einzelnen sind folgende Formen zu nennen:

- *Biographische Konfrontation.* Der Christ erlangt seine Identität dadurch, dass er sich mit der eigenen Biographie auseinandersetzt und mit dem Leben und Lebenszeugnis anderer konfrontiert. Die Glaubensgeschichte bietet viele Biographien von Männern, deren Leben Vorbildcharakter für die je eigene Lebensgeschichte haben kann.
- *Religiöse Veranstaltungen* wie Gebetsstunden, Gebetswachen, Männergottesdienste, Besinnungstage und -wochenenden, Exerzitien, Wallfahrten, Bibelarbeit mit Männern, Begleitkurse für Katecheten in der Erstkommunion- und Firmvorbereitung.

- *Sachbezogene Informations- und Bildungsveranstaltungen* mit mänderspezifischer Akzentsetzung, z.B. im Kontext von Pfarr-, Dekanats- und Diözesanmännertagen.
- *Personbezogene Formen* wie Wochenend- und Wochenseminare sowie länger angelegte Männerkurse mit den Schwerpunkten Männer selbstentwicklung, Lebensübergänge, Selbsthilfegruppen (Männer in Krisensituationen wie Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit etc.), Einzelberatung (in Kooperation mit Beratungsstellen).
- *Kreative Formen* wie Theater- und Literaturworkshops
- *Erlebnisorientierte Formen*, die die Betonung auf das Miteinander legen wie Vater-Kind-Gruppen, -wochenenden und -freizeiten, Freizeiten nur für Männer wie aber auch Paarwochenenden.
- *Offene Formen* wie Männerfrühstücke, Männerstammtische, mit denen Männer erreicht werden können, die einen zunächst noch freien und unverbindlichen Kontakt wünschen.

IV. Orte

1. *Gemeinden*

Männerseelsorge ist zunächst integraler Bestandteil der Gemeindepastoral. Dabei gilt es, die Gemeinden als Orte für Männerfragen, Männerprojekte und Männergruppen zu sensibilisieren und zu gewinnen. Die Gemeinden sollten Männerfragen als eine Chance zu Erneuerung und Öffnung des Gemeindelebens für neue Zielgruppen entdecken.

2. *Verbände*

Reine Männerverbände, in denen die Männerfrage gezielt aufgegriffen wird, stellen inzwischen eine Minderheit dar. Umso notwendiger erscheint es, dass die gemischtgeschlechtlichen Verbände ihr Apostolat mit einem Schwerpunkt „Männerpastoral“ bereichern.

3. *Jugendarbeit*

Wie Männer als Erwachsene ihr Leben gestalten, wird in ihrer Kindheit und Jugend durch Eltern, Schule, Freundeskreise etc. herangebildet. In kirchlichen Jugendverbänden und Jugendeinrichtungen, in Kin-

dertageseinrichtungen und in Schulen in kirchlicher Trägerschaft ist daher die Einrichtung eines Schwerpunktes „Jungenarbeit“ in der Jugendpädagogik wünschenswert.

4. Bildungsarbeit

In den katholischen Einrichtungen der Erwachsenen- und Familienbildung sind Angebote für eine spezifische Männerbildung zu schaffen bzw. bestehende Angebote auszubauen. Gerade auf diesem Wege kann es gelingen, Männer zu erreichen, die am Leben der Gemeinde nicht oder nicht mehr teilnehmen.

5. Freie Initiativen

Diese Initiativen sind für die pastoral Verantwortlichen eine Chance zur Begegnung und zur Verkündigung. Sie sollen vorurteilsfrei willkommen sein. Eine angemessene missionarisch-pastorale Haltung gewährt ihnen den Platz im Ensemble kirchlicher Institutionen, an dem sie ihre eigenen Fähigkeiten und Charismen in Gemeinde und Kirche einbringen und im Glauben reifen und wachsen können.

V. Ebenen und Strukturen

1. Lokale Ebene der Pfarrei und des Dekanates

In den Pfarrgemeinderäten empfiehlt sich die Einrichtung eines Sachausschusses für Männerpastoral.

Das angestammte gemeindliche Territorialprinzip der Kirche wird zurzeit relativiert. Auch wegen des Priestermangels bilden sich neue Einheiten aus mehreren Territorialgemeinden, in denen zugleich die kategoriale und zielgruppenorientierte Seelsorge eine größere Bedeutung gewinnt. Hier sollte die Männerseelsorge hinreichende Berücksichtigung finden.

Auf Dekanatsstufe sollte ein Beauftragter für Männerseelsorge benannt sein, möglichst aus dem Kreis der Priester und sonstigen hauptberuflichen pastoralen Mitarbeitern.

Auf lokaler Ebene ist auch die Kontaktaufnahme mit nichtkirchlichen Verbänden, in denen sich vorwiegend Männer engagieren (wie

z. B. Schützenvereinen, freiwilliger Feuerwehr, Sportvereinen) wichtig.

2. Bistumsebene

Bei der Steuerung der Gesamtpastoral in den einzelnen deutschen Diözesen ist sicherzustellen, dass folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

- Entwicklung, Durchführung und Koordinierung diözesaner Angebote der Männerseelsorge,
- Beratung und Begleitung haupt-, neben- und ehrenamtlicher Multiplikatoren in der Männerseelsorge,
- Mitarbeit bei der Fort- und Weiterbildung von Priestern, Diakonen, Pastoral- und Gemeindeferenten,
- Kooperation mit kirchlichen Verbänden sowie kirchlichen und außerkirchlichen Trägern der Männerbildung und -beratung auf Diözesanebene mit dem Ziel des Aufbaus eines Netzwerkes Männerarbeit.

Nach Möglichkeit sollte dies durch Männerreferate mit zumindest einem hauptberuflichen Fachreferenten geleistet werden.

3. Bundesebene

Die Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit ist eine pastorale Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und versteht sich als Instrument, um die Aufgaben einer zeitgemäßen Männerpastoral bewusst zu machen, zu fördern und ihre Realisierung in Diözesen und Verbänden anzuregen und zu begleiten. Sie arbeitet eng zusammen mit der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD), die der Zusammenschluss der Träger der Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen und von 24 überdiözesanen Verbänden und Organisationen ist.

Die Pastorkommission der DBK beauftragt eines ihrer Mitglieder als ständigen Ansprechpartner der Arbeitsstelle Männerseelsorge für Fragen der Männerpastoral.

Die Arbeitsstelle für Männerseelsorge nimmt im Auftrag der DBK bzw. der Pastorkommission folgende Aufgaben wahr:

- Initiierung, Förderung und Begleitung von Projekten der Männerseelsorge und Männerarbeit in Diözesen und Verbänden,

- Kooperation mit der GKMD und Unterstützung ihrer Arbeit,
- Gewährleistung eines kontinuierlichen Meinungsaustausches der Verantwortlichen für Männerseelsorge durch entsprechende Veranstaltungen auf Bundesebene,
- Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur fachlichen Fort- und Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Männerseelsorge und Männerarbeit, auch in Kooperation mit anderen Trägern,
- Weiterleitung und Umsetzung der pastoralen Initiativen der Pastorkommission, die die Männerseelsorge betreffen, an die diözesanen Träger der Männerarbeit sowie entsprechende Verbände und Zusammenschlüsse; Vertretung der Anliegen der Männerseelsorge und Männerarbeit gegenüber der Pastorkommission; zu letzterem gehört insbesondere die Aufbereitung pastoraler Analysen und Untersuchungen, die das Feld der Männerarbeit insgesamt betreffen,
- Kooperation mit anderen überdiözesanen Einrichtungen, insbesondere mit der Frauen-, Jugend- und Familienpastoral/-bildung,
- Pflege und Ausbau der Arbeitskontakte mit der Männerarbeit der EKD sowie Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Projekte,
- Aufbau von Arbeitskontakten zu Katholisch-Theologischen Fakultäten und Theologischen Akademien mit dem Ziel der Initiierung einer theologischen Männerforschung,
- Kooperation, Kontaktaufnahme und Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Gremien auf Bundesebene,
- Auf- und Ausbau der Arbeitskontakte mit außerkirchlichen Trägern der Männerbildung und -beratung,
- Pflege regelmäßiger Arbeitskontakte zur katholischen Männerarbeit im Ausland, besonders zur Internationalen Vereinigung Katholischer Männer UNUM OMNES, und Aufbau von Projektpartnerschaften mit Männerbewegungen in anderen Ländern.

Würzburg, den 19. November 2001

Gottes Wege sind unerforschlich

Von der Militärschule der Roten Armee zum katholischen Priestertum

PAUL SCHULZ

Ein ungewöhnlichen und bisher wohl auch einmaligen Lebensweg hat Alexander Fix in 30 Lebensjahren beschritten. Rund zehn Jahre nach seinem vorzeitigen Ausscheiden aus der Offizierausbildung in der sowjetischen Armee wurde er zum Priester der römisch-katholischen Kirche geweiht. Dabei hatte er bis 1990 keinerlei Beziehungen zu Gott oder einer kirchlichen Gemeinschaft, denn der am 29. Juni 1971 in der Sowjetrepublik Kasachstan geborene Alexander wuchs im Geiste der kommunistischen Ideologie auf. Einzig von seiner Großmutter vernahm er das tägliche Murmeln des Rosenkranzgebetes, von dem sich ihm der Satz, „Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für uns Sünder“, einprägte.

Mit 17 Jahren hatte er sich auf Wunsch des Vaters freiwillig zur Offizierausbildung an einer Militärschule der Sowjetarmee gemeldet. Doch der wenig sinnvolle und ungerecht harte Militärdienst sowie eine liederliche Lebensweise im Kameradenkreis in der spärlichen Freizeit ließen seine Ideale vom Offizierberuf zerbrechen. So suchte er bald Hilfen und Wege, um vom Militärdienst befreit zu werden – normalerweise ein Ding der Unmöglichkeit. Seine Großmutter riet ihm, sich an Gott zu wenden, und so begann er den einzigen Satz eines Gebetes, den er kannte, täglich zu beten: „Heilige Maria, Mutter Gottes, bitte für uns Sünder!“

Das scheinbar Unmögliche trat ein, Fix konnte die Armee verlassen, begann eine kieferorthopädische Ausbildung, die er mit der Qualifikation Zahntechniker abschloss. Im Juni 1992 wurde er, ohne Glaubensunterricht erhalten zu haben, auf den Namen Alexander-Maria getauft und ging zur Erstkommunion.

Im Oktober 1993 siedelten die Eltern Fix mit ihrem erwachsenen Sohn von Kasachstan nach Deutschland um, wo Alexander ab Januar 1994 durch eine Apostolatgemeinschaft im Oberbergischen Kreis die Lehre der katholischen Kirche kennen lernte und in Kontakt zu Priestern kam. Von dieser Zeit an verspürte er den drängenden Ruf selbst Priester zu werden. Der Kölner Erzbischof Kardinal Joachim Meisner nahm ihn als Seminarist an und entsandte ihn zum Studium an die kirchliche Hochschule „Rudolphinum“ im Zisterzienserstift Heiligkreuz bei Wien, einer Studienstätte des zweiten

Primizfeier in der Waldbröler Pfarrkirche St. Michael, an der die Weihbischöfe Manfred Melzer, Köln (l.), und Dr. Joseph Melki, Beirut (r.) teilnahmen, welche die Berufung und die Ausbildung von Alexander Fix zum Priester unterstützend begleitet hatten.

Das Foto links zeigt Alexander Fix als Offizieranwärter der Roten Armee.



Bildungsweges. Mit Bestnoten und hervorragenden Beurteilungen schloss er im Juli 2000 die theologischen Studien ab.

Da Fix schon während des Studiums den dringenden Wunsch geäußert hatte, als Seelsorger in seiner ehemaligen Heimat Kasachstan wirken zu dürfen, wurde er nicht zusammen mit den anderen Priesteramtskandidaten im Kölner Dom, sondern nach einjährigem Diakonat am 17. Juni 2001 in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan, von seinem künftigen Bischof Tomasz Peta zum Priester geweiht. Es war übrigens die erste Priesterweihe des erst Anfang 2001 geweihten Bischofs der Diözese Astana.

Nach den Primizfeiern in Deutschland, brach Alexander Fix im August 2001 nach Kasachstan auf, um dort noch vor dem Papstbesuch im Herbst des Jahres eine seelsorgliche Tätigkeit aufzunehmen. Inzwischen ist er bereits Pfarrer einer Diasporagemeinde.



Streitkräfte müssen der Friedenserstellung dienen

2. Kongress der europäischen Militärbischöfe in Rom vom 17. bis 19. Januar 2002

VATIKAN, 21. Januar 2002 (ZENIT.org).– Alle europäischen Bischöfe, die in der Militärseelsorge tätig sind, haben sich am 17. und 18. Januar im Vatikan anlässlich eines von der Bischofskongregation einberufenen Kongresses versammelt. Hauptthema war die Verbesserung der spirituellen Betreuung des Militärs. Es war auch gleichzeitig der zehnte Jahrestag seit dem ersten derartigen Kongress 1992 in Fulda. Damals tobte der Balkankrieg, als der Heilige Vater die Militargeistlichen aufrief, Erbauer eines Europas des Geistes zu werden.

Dieses Mal suchte man insbesondere eine Antwort auf die Frage: Kann das Militär effektiv zur Schaffung von Frieden beitragen? Der italienische Militärordinarius, Erzbischof Giuseppe Mani, hat auf diese Frage in einem Interview mit Radio Vatikan versucht, Antwort zu geben. „Das Militär kann nicht nur, sondern muss aktiv zur Friedensschaffung beitragen. Es gibt zumindest in Europa keine einzige Staatsverfassung, welche das Militär als Angreifer definiert, sondern immer nur als Verteidiger. Man denke nur an die italienische Verfassung, die es in Artikel 11 absolut verbietet, dass Italien Krieg zur Lösung von Problemen führt. ... Der Papst hat sich für volle Unterstützung des berühmten humanitären Eingriffs ausgesprochen, die

in Kraft tritt, um die Faust des Angreifers zu stoppen, und er selbst hat die Nationen gebeten, diesen schrecklichen Kriegen Einhalt zu gebieten“, so der Militärbischof. „Jeder (Bischof, der Militärseelsorge betreibt,) bringt wirklich seine reichen Erfahrungen ein, denn jeder von uns kann auf etliche Jahre interessanter Erfahrungen zurückblicken“, so Mani.

Insbesondere sprach man über den interreligiösen Dialog beim Militär, denn die Soldaten leben immer mit Kameraden anderer Konfessionen zusammen. „Die Gefahr, der heute die Kirche ausgesetzt wird, ist der Synkretismus (Vermischung mehrerer Religionen), nicht der Religionskrieg“, so der Militärbischof. „Es ist viel einfacher, sich vor dem Synkretismus zu verteidigen und in einer ruhigen Konfrontation seine eigene religiöse Identität zu bewahren, als einen Religionskrieg zu führen. Ich glaube, dass dies innerhalb der Militärs eine offene Erfahrung ist. Das hat nämlich viel mit Brüderlichkeit nicht nur der Kultdiener untereinander, sondern auch der Gläubigen untereinander zu tun, welche auf verschiedene Weise glauben und verschiedenen Konfessionen angehören“. Schließlich meinte Mani, der europäische Integrationsprozess sei ein gutes Vorzeichen für die Zukunft des Friedens in Europa.

Die Gesetzgebung zur Katholischen Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland

Statement des Katholischen Bischofs für die Bundeswehr bei der Europäischen Konferenz der Militärbischöfe

Nach der vernichtenden Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bestanden in der (westdeutschen) Bundesrepublik bis 1955 keine bewaffneten Streitkräfte. Vor der Gründung der Deutschen Bundeswehr im Jahre 1955 sind sich Bundesregierung und Bundestag darüber im Klaren gewesen, dass sich die neuen deutschen Streitkräfte wesentlich von ihren historischen Vorgängern unterscheiden mussten. Zu den verfassungs- und staatsrechtlichen Grundsätzen, die bei der Einrichtung der Bundeswehr darum Anwendung fanden, gehört die volle parlamentarische Kontrolle über die Armee, die Trennung von Streitkräften und Bundeswehrverwaltung, die Prinzipien „Innere Führung“ sowie die Eingliederung der Streitkräfte in ein westliches Verteidigungsbündnis.

1. Allgemeine Rechtsgrundlagen der Militärseelsorge

„Die Militärseelsorge ist der von den Kirchen geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung zur freien religiösen Betätigung in den Streitkräften“, (ZDv 66/1 „Militärseelsorge“ vom 28.08.1956, Nr. 1). In diesem Grundsatz kommt zum Ausdruck, dass die eigentliche Grundlage für jede Militärseelsorge im Grundrecht des Soldaten auf die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die des religiösen Bekenntnisses sowie des Rechtes auf ungestörte Religionsausübung (Art. 4 Abs. 1 u. 2 GG) besteht. Nicht ein irgendwie geartetes Interesse des Staates oder der Streitkräfte, sondern das verfassungsmäßige Grundrecht des Soldaten steht also im Mittelpunkt. Der Staat sichert

den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten, ihre inhaltliche und personelle Ausgestaltung ist Sache der Kirche. Insofern ist es nur konsequent, dass zur Grundlegung der Militärseelsorge jeweils entsprechende Verträge mit der sie ausgestaltenden Kirche abgeschlossen werden (kooperatives Selbstbestimmungsrecht der Kirche gem. Art. 140 GG i.V.m. den „Kirchenartikeln“ 136-139 und 141 der Weimarer Verfassung). Die vertragsmäßige Rechtsgrundlage für die Katholische Militärseelsorge in Deutschland findet sich im Reichskonkordat vom 20.07.1933, Art. 27 mit Zusatzartikeln im Schlussprotokoll. Dementsprechend werden die „Statuten“ in Verbindung mit einem „Apostolischen Breve“ geregelt, zuletzt durch „Moventibus Quidem“ vom 23.11.1989.

Mit der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde analog dazu der durch ein Bundesgesetz ratifizierte „Militärseelsorgevertrag“ vom 22.02.1957 abgeschlossen. Zentrale organisatorische Regelungen wurden – einvernehmlich zwischen beiden Kirchen und der Bundesregierung – in analoger Weise getroffen.

Im „Soldatengesetz“, in dem die statusrechtlichen Bestimmungen für alle Angehörigen der Streitkräfte enthalten sind, wird in Paragraph 36 festgelegt, dass „der Soldat einen Anspruch auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung“ hat.

Alle den Bereich der Streitkräfte betreffenden Regelungen werden grundsätzlich in Form von Zentralen Dienstvorschriften oder ministeriellen Erlassen des Bundesministers der Verteidigung getroffen; insofern sie die Militärseelsorge betreffen, geschieht dies einvernehmlich mit dem Militärbischof oder seiner Kurie.

Ingesamt lässt sich feststellen, dass die genannten allgemeinen rechtlichen Grundlagen der Katholischen Militärseelsorge in Deutschland die Freiheitsrechte der Kirche sowie der Katholiken in vollem Umfang wahren und darauf abstellen, eine fruchtbare und leistungsfähige pastorale Tätigkeit in der Militärseelsorge zu gewährleisten. Deshalb besteht zwischen Staat und Kirche Einvernehmen, dass auch künftig an

diesen Grundlagen keine Veränderungen vorgenommen werden sollen.

Schließlich bleibt noch anzumerken, dass eine Seelsorge für die Soldaten der Nationalen Volksarmee der (kommunistischen) Deutschen Demokratischen Republik seitens der Staatspartei SED und der Regierung der DDR ausdrücklich abgelehnt worden war. Eine Seelsorge konnte darum nur in der heimatlichen Ortsgemeinde bzw. – meist in heimlicher Form – in den Kirchen und Pfarrhäusern der Garnisonsorte stattfinden; institutionelle oder auch nur offizielle Beziehungen zwischen kirchlicher Seelsorge und den militärischen Verbänden und Dienststellen gab es nicht.

2. Hauptmerkmale der staatskirchenrechtlich vereinbarten Struktur der Kath. Militärseelsorge in Deutschland

Die organisatorische Struktur der Militärseelsorge in Deutschland zeichnet sich durch folgende Elemente aus:

- a. Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Militärbischof, der dieses Amt neben dem eines residierenden Diözesanbischofs wahrnimmt. Er steht in keiner unmittelbaren Rechtsbeziehung zum Staat und ist von staatlicher Weisung unabhängig.

- b. Der vom Militärbischof im Einvernehmen mit der Bundesregierung ernannte Generalvikar ist als Staatsbeamter Leiter einer Bundesoberbehörde (Katholisches Militärbischofsamt). Er ist der alleinige und unmittelbare Dienstvorgesetzte aller Militärseelsorger.

- c. Die Militärgeistlichen sind keine Soldaten, sondern Beamte (Zivillisten). Sie sind in Wahrnehmung der Seelsorge von staatlichen Weisungen frei. Sie werden im Einvernehmen mit dem entsendenden Diözesanbischof oder Ordensoberen für den Dienst in der Militärseelsorge freigestellt.

3. Zukunftsperspektiven

Angesichts der veränderten weltpolitischen Lage werden deutsche Streitkräfte vermehrt unter der Verantwortung der Vereinten Nationen oder im Rahmen des Nato-Bündnisses eingesetzt. Hinsichtlich der Militärseelsorge gelten hier ausschließlich die nationalen rechtlichen Regelungen.

Um eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der (katholischen) Militärseelsorgen der einzelnen Länder im Rahmen von Auslandseinsätzen gewährleisten zu können, sind künftig allgemeine Normen bzw. Absprachen zwischen den betreffenden Militär-Ordinariaten erforderlich. Dies ist insbesondere darum erforderlich, weil sich die jeweiligen nationalen staatlichen und militärischen Rechtsgrundlagen von anderen nicht unerheblich unterscheiden.

Da auf mittlere und längere Sicht mit einer Integration der Streitkräfte der einzelnen Staaten der Europäischen Union zu rechnen ist, werden die entsprechenden Rechtsgrundlagen einer Weiterentwicklung bedürfen. Aus der Sicht der Katholischen Militärseelsorge in Deutschland muss dabei darauf geachtet werden, dass die hier bestehenden kirchlichen Rechte, insbesondere die Unabhängigkeit der Militärseelsorge, gewahrt bleiben. □

90 % der Kriege seit 1945 in armen Ländern

Zwei Millionen Kinder starben zwischen 1990 und 2000 bei Konflikten

ROM, 21. Januar 2002 (ZENIT.org) – 90 Prozent der Kriege seit 1945 haben in armen Ländern stattgefunden. Das ergibt eine Studie der italienischen Caritas in Zusammenarbeit mit den Zeitschriften „Famiglia Cristiana“ und „Il Regno“. Wissenschaftler vom Universitätsinstitut Fiesole haben ihren wissenschaftlichen Beitrag dazu geleistet. Unschuldige haben den höchsten Preis bezahlt: Von 1990 bis 2000 sind dabei nämlich zwei Millionen Kinder umgekommen. Kriege von 1945 bis heute forderten 27 Millionen Opfer bei Zivilisten (etwa 90 Prozent aller Todes-

opfer) und 35 Millionen Menschen mussten als Flüchtlinge ihre Heimat verlassen.

Die Studie ergab auch, dass in den neunziger Jahren 56 Kriege (bewaffnete Konflikte mit über 1.000 Toten) in 44 Ländern registriert wurden. Mehrheitlich handelt es sich dabei um Bürgerkriege, bei denen es um die Kontrolle der Regierung oder des Territoriums geht. Die Studie konzentrierte sich insbesondere auf einige Konflikte wie Angola, Kolumbien, Sierra Leone, Sri Lanka und Guinea Bissau im Vergleich mit den Konflikten im Kosovo und Palästina. □

Mehr als eine Umbenennung

Neue Dienststellen-Bezeichnung für (Wehr-)Bereichsdekane

GEORG KESTEL

Seit dem 1. Oktober 2001 teilen die „Dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen“ das Schicksal mit vielen anderen militärischen Einrichtungen und Dienststellen. Sie sind von den Umwälzungen im Zuge der tief gehenden Streitkräfte-reform betroffen. Näherhin heißt dies: Die bisherigen Katholischen Wehrbereichsdekane I bis VII sowie der Katholische Dekan beim Flottenkommando erhalten neue Dienststellenbezeichnungen. Drei von ihnen werden im Laufe der nächsten Monate zudem ihren Dienstsitz verlegen, um sich in die unmittelbare Nähe ihrer Zuordnungsdienststellen zu begeben.

Die Ursachen für diese Veränderungen sind leicht einsichtig zu machen. Der augenblicklich stattfindende Wandel der Bundeswehr von der bisherigen klassischen Verteidigungs- zur künftigen Einsatzarmee zieht auf allen Ebenen und in allen Bereichen spürbare Konsequenzen nach sich.

„Es gibt für diese Armee nicht mehr die aufeinander folgenden und sauber voneinander trennbaren Aggregatzustände von Frieden und Einsatz,“ so Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, „sondern eine Gleichzeitigkeit, die kein paralleles Nebeneinander, sondern ein gegenseitig sich beeinflussendes Ineinander darstellt.“ Die Seelsorge muss sich diesen Gegebenheiten stellen und in Pastoral und Struktur ihre eigenen Antworten darauf geben.

Der Wehrbereich als „mittlere Ebene“

Im Herbst des Jahres 2001 reduzierten sich durch eine neue Grenz-ziehung im territorialen Gefüge der Bundeswehr die bisher sieben Wehr-bereiche auf vier. Die Aufgaben der (Wehr-)Bereichsdekane in ihrer Ver-antwortung für die Seelsorge auf der „mittleren Ebene“ haben aber durch die Herausforderungen der jüngsten Zeit eher noch zugenommen und ein anderes Profil bekommen.

Der Leitende Militärdekan leitet und koordiniert die Seelsorge in seinem Bereich; er ist sowohl für die Dienstaufsicht wie auch für die geistliche Begleitung seiner Militärpfarrer, Pastoralreferenten und Pfarrhelfer zuständig; er nimmt die besondere Zuordnung zu den höheren Kommando-behörden, Stäben und Dienststellen seines Zuständigkeitsbereichs wahr; er hält in diesem Umkreis auch den Kontakt zu den Diözesen und Ordens-gemeinschaften, aus denen die Militä-rseelsorger kommen.

Das Katholische Militärbischofs-amt stimmt angesichts dessen mit der evangelischen Seite von Anfang an überein, dass jeweils nur ein „Dienstaufsichtsführender“ im neu zugeschnittenen großen Wehrbe-reich die notwendigen Aufgaben nicht erfüllen könnte. In gemeinsa-men Verhandlungen mit dem Bun-desministerium der Verteidigung ging es deshalb darum, für die mittlere Ebene eine praktikable Lösung zu finden. Es galt, wie es Militärgeneralvikar Walter Wakenhut aus-drückt, „die Territorialgliederung, die die Unabhängigkeit der Militär-seelsorge darstellt, und die Trup-pengliederung, die die Nähe zum Geschehen in den Streitkräften brin-gen soll, miteinander zu verbinden.“

Das seit letztem Oktober gültige neue Konzept sieht deshalb auch in Zukunft die bisherige Anzahl an „Militärdekanaten“ vor. Ihr Territo-rium umfasst weiterhin das Gebiet des alten Wehrbereichs, so dass bis auf wenige Ausnahmefälle keine Seelsorgebezirke zu einem anderen Dekan „wandern“ müssen. Geändert hat sich allerdings die Bezeichnung der Dienststelle des vormaligen Ka-tholischen Wehrbereichsdekans.

Im Folgenden dazu eine zusam-menfassende Übersicht:

- Der Katholische Leitende Militä-rdekan Kiel – *vormals: Der Ka-tholische Wehrbereichsdekan I*
- Der Katholische Leitende Militä-rdekan Hannover – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsde-kan II*
- Der Katholische Leitende Militä-rdekan Köln-Wahn – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsdekan III* (Verlegung der Dienststelle von Düsseldorf nach Wahn)
- Der Katholische Leitende Militä-rdekan Koblenz – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsdekan IV* (Verlegung der Dienststelle von Mainz nach Koblenz)
- Der Katholische Leitende Militä-rdekan Sigmaringen – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsde-kan V*



- Der Katholische Leitende Militärdekan München – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsdekan VI*
- Der Katholische Leitende Militärdekan Erfurt – *vormals: Der Katholische Wehrbereichsdekan VII (Verlegung der Dienststelle von Potsdam nach Erfurt)*
- Der Katholische Leitende Militärdekan Glücksburg – *vormals: Der Katholische Dekan beim Flottenkommando*

Truppennähe als Ziel

Dieses bereits seit einigen Monaten gültige Modell ordnet die Dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen und ihre Stellvertreter einerseits den Führungskommandos und Divisionen zu – ein Ausdruck der Truppennähe. Andererseits schließen diese Zuordnungen

auch die vier neuen „großen“ Wehrbereichskommandos mit ein – Anbindung an die territoriale Struktur.

In einem weiteren Schritt ist angedacht, dem Katholischen Leitenden Militärdekan Glücksburg die Zuständigkeit für den bisherigen Bereich See und den alten Wehrbereich I zu übertragen.

Ein weiteres Novum muss noch erwähnt werden: Die Zusammenarbeit mit dem neu errichteten Einsatzführungskommando wird ab Januar 2002 unmittelbar am Dienstsitz des neuen Stabes in Potsdam von einer Außenstelle des Katholischen Militärbischofsamtes wahrgenommen. Militärdekan Joachim Robrahn, bis dahin Bereichsdekan See, ist vor Ort und wird auch die Dienstaufsicht über die seelsorgliche Einsatzbegleitung wahrnehmen.

Gleichzeitig mit den Verände-

rungen auf der Wehrbereichs- bzw. Dekanats-Ebene werden zurzeit für die Ebene der „Basis“ die neuen Zuschnitte für die künftigen Seelsorgebezirke verhandelt.

Leitbild Kooperative Seelsorge

All dies bedeutet für die Verantwortlichen große Anforderungen, denen sich die meisten schon mit viel Elan gestellt haben.

Insgesamt lassen sich die kommenden Aufgaben nur erfüllen, wenn das Leitbild einer „Kooperativen Pastoral“ (Seelsorge in Zusammenarbeit) von den Beteiligten auf allen Ebenen und in allen Arbeitsfeldern – dies schließt ausdrücklich die Laiengremien mit ein – wahrgenommen und mit Leben erfüllt wird. Ein hoher Anspruch, der im Blick auf das gemeinsame Ziel zugleich die Motivation sein kann, ihn zu erfüllen. □

VORSTAND DER ZENTRALEN VERSAMMLUNG (ZV)

Handbuch für Laiengremien wird überarbeitet

Sachausschuss: Gemeindegearbeit konstituiert sich und plant erste Arbeitsziele

Zu seiner konstituierenden Sitzung kam der Sachausschuss II des Vorstands der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs im Pfarrheim der Gemeinde St. Elisabeth in Bonn zusammen. Der von Hauptmann Hermann Webels geleitete Sachausschuss will sich in den nächsten Monaten hauptsächlich mit der Thematik "Gemeindegearbeit" beschäftigen. An dieser ersten Sitzung nahm Dipl.-Theol. Manfred Heinz, Referent im Seelsorgereferat des KMBA, teil. Er steht dem Ausschuss beratend zur Seite.

Nach einem geistigen Impuls und einer kurzen Vorstellungsrunde legten die Mitglieder dieses Gremiums die Marschroute für ihre künftige Arbeit fest. Bis zur nächsten Zentralen Versammlung im September 2002 in Rollduc/Niederlande soll als erstes Ziel erreicht werden, das z. z. noch bestehende, jedoch in weiten Passagen überholte „Handbuch der Pfarrgemeinderäte“ auf die neue Ordnungen umzuarbeiten. Unter Anderem

sollen die Aufgabenbeschreibungen für die Mitarbeiterkreise, die Seelsorgebezirksräte, die Arbeitskonferenzen und für die Moderatoren der Arbeitskonferenzen auf einen sachgerechten und zeitgemäßen Stand gebracht oder neu erstellt und nach Abstimmung mit dem Vorstand der Zentralen Versammlung den Delegierten des höchsten Laiengremiums in der Katholischen Militärseelsorge zur Abstimmung vorgelegt werden. In dieses grundlegende Werk zur Laiengearbeit in der Militärseelsorge sollen auch einige neue Teile aufgenommen werden, so etwa zur Thematik der Auslandseinsätze und zu ak-

tuellen Entwicklungen in der Militärseelsorge und der Bundeswehr.

Um dieses gesetzte Ziel zu erreichen, sollten in den nächsten Monaten sowohl die Moderatoren der Arbeitskonferenzen bei den Leitenden Militärdekanen als auch die Seelsorgebezirksräte gebeten werden, ihre Erfahrungen, aber auch ihre Vorstellungen zur Arbeitsweise, zu den Ordnungen und Aufgaben dieser Räte einzubringen. Die Auswertung der Stellungnahmen soll dann nach dem Motto "Aus der Praxis – für die Praxis" in das neue Handbuch einfließen.

Damit hat sich der Sachausschuss II „Gemeindegearbeit“ ein engagiertes und umfangreiches Programm für die nächste Zeit vorgenommen. (Wilfried Puth)

42. Woche der Begegnung in Rolduc/Niederlande

Christen in der Verantwortung für Europa – zwischen Währungsunion und „Wertegemeinschaft“ soll nach einem Beschluss des Vorstands der ZV das Leitwort der 42. Woche der Begegnung vom 15.-20. September 2002 lauten.

Der „Bischofstag“ muss aus Termingründen auf Dienstag vorverlegt werden. Deshalb reisen die Delegierten für die ZV bereits am Sonntag, den 15.09., und die zusätzlichen Teilnehmer an der Bundeskonferenz der GKS am Dienstag, den 17.09., an. Der gemeinsame Tag von ZV und Bundeskonferenz endet mit dem traditionellen Pontifikalamt und dem Empfang des Militärbischofs. (PS)

Der Weg ist das Ziel

Jakobspilger aus Spanien und Deutschland auf dem Weg von Coesfeld nach Aachen

HEINZ KRUPKE

Hintergrund

Eine große Gruppe von Pilgerinnen und Pilgern aus Spanien und Deutschland traf sich am 1. Juli 2001 in der Gustav-Heinemann-Kaserne in Essen-Kray. Sie folgten einer Einladung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zur Wallfahrt auf einer Teilstrecke des großen europäischen Pilgerweges nach Santiago de Compostela zum Grab des Apostels Jakobus, in Spanien „Santiago“ genannt.

Die Wallfahrt, die in Coesfeld begann und über Essen, Wuppertal und Köln nach Aachen führte, wurde von der Arbeitsgemeinschaft „Jakobsweg 2001“ der GKS im Wehrbereich III unter der Leitung von Oberst a.D. Franz Thiele, Stabsfeldwebel a.D. Norbert Glinka und Stabsfeldwebel Johann A. Schacherl in Zusammenarbeit mit der Deutschen St. Jakobus-Gesellschaft und dem Landschaftsverband Rheinland vorbildlich vorbereitet und in der Zeit vom 1. bis 12. Juli durchgeführt. Die logistische und infrastrukturelle Unterstützung lag in den Händen des Kölner VBK 31.

2001 wurde so eine Wallfahrtsserie fortgesetzt, die die Pilger und Pilgerinnen im Sommer 1997 von Bremen nach Münster geführt hatte. Die Wallfahrt ist nämlich – wie dieser Hinweis schon andeutet – Teil einer jährlichen Tradition, die 1987 in Spanien begann und auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden soll. Der Kern der Pilgergruppe bestand 2001 aus 65 Personen, davon 34 aus Spanien und 31 aus Deutschland. Tageweise traten Angehörige der deutschen St. Jakobus-Gesellschaft hinzu. Bis hierher die nüchterne Nachricht.

StFw a.D. Norbert Glinka freut sich über die gute Stimmung, die sich beim Eintreffen der Pilger spontan ausbreitete.

Gedanken zur Wallfahrt

Dann die weniger förmlichen und subjektiv eingefärbten Aufzeichnungen eines Pilgers aus Bayern, der, wie seine Mitpilgerinnen und Mitpilger, sein Herz auf dem Pilgerweg zu Ruhe kommen lassen wollte, ein Vorhaben, das ich mit Bedenken angegangen bin; war ich doch der zunächst nicht vorurteilsfreien Meinung, dass es in dicht besiedelten Gegenden, zwischen Fabrikmauern und qualmenden Schloten des Ruhrgebiets, kaum möglich sein werde, dem belastenden Getriebe des Alltags zu entgehen und als Pilger auf dem Weg zum heiligen Jakobus näher zu Gott und damit auch zur inneren Ruhe und Ausgeglichenheit zu kommen.

Der erste Tag

Ein Tag der Vorfreude auf ein Wiedersehen mit Pilgerinnen und Pilgern aus Spanien und Deutsch-



land. Geistesverwandte der ersten Stunde, mit denen man schon vor Jahren unter der glühenden Sonne Spaniens, auf zum Teil beschwerlichen Wegen, zum Grab des heiligen Jakobus gepilgert ist. Mitmenschen, die sich für die „peregrinatio sacra“ ebenso begeistern können wie ich. Entsprechend herzlich war das sich gegenseitige Begrüßen, auf die Schulterklopfen und Umarmen in der Gustav-Heinemann-Kaserne in Essen.

Der zweite Tag

In aller Frühe, so gegen 4 Uhr, beginnt in der Unterkunft hörbar die „Bettflucht“ der ersten Pilgerinnen und Pilger. Man kennt das schon von früheren Wallfahrten und lächelt im stillen. Um 6.15 Uhr gibt es ein gutes Frühstück und die Marschverpflegung. Danach fahren wir mit zwei Bussen in Richtung Coesfeld. Auf der Autobahn rauscht der Berufsverkehr, aber nur auf unserer Fahrbahn. Im Gegenverkehr ist Stau angesagt.

Hinter den Windschutzscheiben der im Schneckentempo vrollenden Kraftwagen sieht man müde, ungeduldige und verärgerte Gesichter. Ich fange an zu sinnieren. Wie häufig wird man auf seinem Lebensweg ausgebremst, umgeleitet und zuweilen sogar brutal behindert?! Wie oft betet man um Hilfe „von oben“, um sein Lebensschiff wieder von der Sandbank zu bekommen?! Aus diesen Gedanken werde ich durch meine Sitznachbarn herausgerissen, die mich auf Erlebnisse ansprechen, die wir gemeinsam bei früheren Wallfahrten nach Santiago de Compostela gehabt haben. Die Zeit vergeht dabei wie im Fluge.

Wir erreichen unser erstes Tagesziel, die Pfarrkirche St. Jakobi in Coesfeld, früherer Ausgangsort oder Zwischenstation der Pilger auf dem Weg zum Apostelgrab in Santiago de Compostela. Pfarrer Frintrop und der zuständige Militärpfarrer Lantz

feiern mit uns die heilige Messe. Die Predigt geht über die grundlegende Orientierung des Pilgers in der christlichen Kultur und betont die Verherrlichung Jesu Christi als besonderen Aspekt der Wallfahrt und fordert uns auf, dies aufzunehmen und zu erkennen, dass es auch etwas anderes gibt, als die Oberflächlichkeiten einer modernen Gesellschaft.

Nach dem Gottesdienst geht es weiter zur Benediktinerabtei Gerleve. Schon von weitem sehen wir die mächtigen Doppeltürme der Abtei. Bruder Thaddäus begrüßt uns vor der Kirche, macht uns mit Lage und Geschichte der Abtei vertraut und führt uns anschließend durch das Innere der dreischiffigen Basilika.

Im Anschluss daran wird es nun endlich ernst mit unserer Fußwallfahrt über ca. 16 km durch erzkatholisches Land. Gepflegte Höfe, Weiden, wogende Felder mit heranreifendem Korn und Mais und das Kennzeichen eines vom Christentum geprägten Landes, das Kreuz am Wegesrand, sind charakteristisch für diese Teilstrecke unseres Pilgerweges. Der Angelus wird von Spaniern und Deutschen gemeinsam gebetet. Gegen 15.30 Uhr erreichen wir das Kloster Kartause. Nach kurzer Rast geht es mit den Bussen weiter zum BeobPzArtBtl 71 Dülmen, wo die pilgernden Soldaten auf die waffentechnischen Realitäten des militärischen Alltags im Deutschen Heer stoßen.

Eine technisch hochinteressante Lehrvorführung mit der Panzerhaubitze 2000 beschließt einen Tag,

der reich war an herausragenden Erlebnissen, aber auch an besinnlichen und heiteren Momenten.

Der dritte Tag

„Durchlaucht, ich melde, die Herde ist eingelaufen.“ Diesen Rapport erstattet die Försterin Friederike Rövekamp dem Herzog von Croy vor 20.000 Zuschauern am letzten Samstag im Mai, wenn im Merfelder Bruch bei Dülmen die Wildpferdeherde in die Arena einläuft. Heute entbietet uns die Försterin einen freundlichen Morgengruß und führt uns über ein Gelände mit Wald und weiten Wiesen bis auf wenige Meter an die friedlich grasende Herde heran. Es ist 8 Uhr, und wir haben in einer einstündigen Busfahrt über den Ruhrschnellweg diesen Ort erreicht und erleben die Försterin der „Herzog von Croy'schen Verwaltung“, die uns diese in Europa einzigartige Wildpferdeherde vorstellt. Die Frau strahlt Kompetenz und persönlichen Autorität aus. Ihre Ausführungen erwecken unser ungeteiltes Interesse.

Außerordentlich beeindruckt fahren wir anschließend mit unseren Bussen nach Haus Dülmen, um von dort zu Fuß das heutige Zwischenziel unserer Pilgerfahrt zu erreichen, den Stimberg-Park in Oer-Erkenschwick. Uns erwartet ein landschaftlich reizvoller Pilgerweg mit malenswerten Motiven. Ein Waldfriedhof am Wegesrand gibt den Impuls für ein kurzes andachtvolles Verweilen und ein Gebet für die Verstorbenen:

„Herr, gedenke deiner Diener und Dienerinnen, die uns mit den Zeichen des Glaubens vorangegangen und im Frieden entschlafen sind.“

In Gedanken versunken und dankbar für die göttliche Gnade des Lebens und der Gesundheit lasse ich mich etwas zurückfallen – bleibe aber auf der Spur meiner Weggefährten. Wir durchqueren den Naturpark „Hohe Mark“ und erreichen um die Mittagszeit einen Rastplatz am See bei Haltern, ideal für eine erholsame Mittagspause. Danach geht es weiter durch die sonnenüberstrahlte und walddreiche Haltener Landschaft in Richtung Oer-Erkenschwick. Gegen 16 Uhr haben wir unser Tagesziel erreicht.

Der vierte Tag

Heute geht es nicht mit dem Bus zum Startpunkt der Tagesetappe. Heute verlassen wir, nach einem gemeinsamen Gebet, zu Fuß die Gustav-Heinemann-Kaserne in Essen-Kray und pilgern zur Ludgerus Basilika nach Werden. Ein blauer Himmel und eine leichte Brise tragen dazu bei, dass unsere Gemütslage ausgeglichen ist. In froher Stimmung und mit „Siebenmeilenstiefeln“ an den Füßen geht es zunächst durch eine parkähnliche Landschaft mit hochgewachsenem Buchenbestand, anschließend über Fußgängerüberwege und Straßen der Großstadt. Bald haben wir den Ruhrhöhenweg erreicht und pilgern durch uralte Buchen- und Eichenwälder in Richtung Baldeney-See. Soviel Natur pur habe ich im „Kohlenpott“ nicht erwartet. Die Waldwege sind in einem guten Zustand; man geht problemlos und findet Gelegenheit zu einem Gespräch mit spanischen und deutschen Mitpilgern. Es gibt aber auch die Möglichkeit, zu meditieren oder einfach nur den Rosenkranz zu beten.

Unserem asketischen Wegeerkunder und stets hilfsbereiten Führer, Herrn Ortmanns, ist es – wie auch in den vergangenen Tagen – gelungen, den Pilgerweg so zu erkunden, dass wir mit den Verlockungen



Bei den Wildpferden im Merfelder Bruch; Försterin Friederike Rövekamp vermittelt dazu Hintergrundwissen, Oberst a.D. Franz Thiele übersetzt für die spanischen Pilger.

der Neuzeit, wie z.B. einer gut geführten Gaststätte mit Terrassenbetrieb, erst gar nicht in Berührung kommen. Während einer kurzen Rast, mit Blick auf den Baldeney-See, entlasten wir unsere mittlerweile müden Füße und genießen den kühlen Wind auf der schweißbedeckten Stirn.

Mittlerweile hat sich unsere Pilgergruppe vergrößert. Dr. de la Rica, Spanier, vom bischöflichen Werk Adveniat in Essen hat zu uns gefunden und begleitet uns auf unserem Weg.

Um die Mittagszeit erreichen wir die St. Ludgerus Basilika in Werden und schließen den heutigen Pilgergang – nach der Besichtigung einer weiteren mittelalterlichen Kirche – mit einem Wortgottesdienst ab. Radio Vatikan bemüht sich um ein Telefoninterview mit Oberst a.D. Thiele, welches schließlich am Abend auch zustande kommt. Am frühen Nachmittag sind wir wieder in Essen, besichtigen die Münsterkirche und werden anschließend die vom Stadtdirektor Dr. Bernhard Görgens im Rathaus empfangen.

Der fünfte Tag

Am frühen Morgen verladen wir unser Gepäck und verlassen die Gustav-Heinemann-Kaserne, die in Bälde ihre Tore für immer schließen wird. Als alter Soldat berührt mich ein Hauch von Wehmut, als ich ein letztes Mal durch diesen Unterkunftsbereich gehe. An einer Wand hängt, kunstvoll geschrieben, der Soldatenbrief des Hans-Michael Moscherok aus dem Jahre 1650. Er ist es wert, hier eingefügt zu werden, ist er doch im übertragenen Sinn auch für einen Pilger aussagekräftig.

*„Hört her, ihr Hauptleut allesamt
Obristen, Fähnrichs, Leutenant:
Steht treulich zum getanen Eid,
Halt hoch des Teutschen Ehrenkleid.
Ihr sollt nichts fürchten als nur Gott
Und nach ihm eures Herrn Gebot.
Schaut, dass ihr euch als Häupter gut
Zu jeder Zeit bewähren tut,
Dass ihr als ehrbar Musterleut
Des ganzen Haufen Beispiel seid.
Denn wer das etwan treiben wollt,
Wörin er andre strafen sollt,
Wie saufen, huren, maulen, schwätzen,
Den kann man nicht zum Vorbild setzen,
Der ist nicht manns- und ehrenfest,
Wer tut, was er verbieten lässt.“*

Der Pilger auf der Suche nach Gott, in christlicher Ruhe die Erfüllung seines Lebens erhoffend, ist er nicht auch Vorbild für viele in einer mehr und mehr verwahrlosten Gesellschaft?! „Ehrenfest“ zu sein und das Gebot Gottes zu achten, diese Verpflichtungen sind doch gerade während einer Pilgerschaft von besonderer Bedeutung. Diese und ähnliche Gedanken bewegen mich während der Busfahrt nach Werden. Dort beginnt heute unser Pilgerweg zum Mariendom von Neviges.

„Ein Tag wie ein Freund“, die Sonne strahlt, das wärmende Licht flirrt durch die Baumkronen und zeichnet Muster auf die Waldwege, die wir im Gespräch, im gemeinsamen Gebet, aber auch gedankvoll und still begehen. Eine Schutzhütte, mitten im Wald gelegen, ist der geeignete Ort für eine kurze Pause. Danach geht es über gepflegte Wald- und Wiesenwege weiter nach Neviges. Unweit der Wallfahrtskirche versammeln wir uns zu einem gemeinsamen Gebet an einer Kreuzigungsgruppe, besichtigen anschließend den eindrucksvollen, noch von Kardinal Frings initiierten Mariendom und nehmen dann dort an der heiligen Messe teil.

In einem kleinen Lokal der Nevigeser Altstadt essen wir im „überschlagenen Einsatz“ zu Mittag und fahren dann nach Wuppertal-Beyenburg. Durch die dort befindliche spätgotische Klosterkirche „St. Maria Magdalena“ führt uns Pater Voss. Vor der Kirche steht die erste Stele des rheinischen Jakobsweges, um dessen Pflege sich der Landschaftsverband Rheinland intensiv bemüht.

Am späten Nachmittag erreichen wir die „Generaloberst-Höppner-Kaserne“ in Wuppertal und beziehen dort unsere Unterkunft. Alles klappt wie „am Schnürchen“ – wohl auch in der Vorfreude auf ein mehr touristisches Ereignis des Abends, näm-

der Initiator der internationalen (militärischen) Jakobswallfahrt, der spanische Generalmajor a.D. Francisco Castrillo Mazéres (l.) begrüßt beim Empfang im Wuppertaler Rathaus den Gastgeber, Bürgermeister Jung.

lich eine Fahrt mit der Wuppertaler Schwebebahn. Damit klingt ein zwar anstrengender, aber schöner Tag aus.

Der sechste Tag

Das Fernsehen – der WDR – hat sich angesagt und begleitet uns bis zum Mittag, eine Besonderheit, die mich wenig beeindruckt. Viel interessanter und für meine innere Ruhe wichtiger ist der Umstand, dass sich an einem taufrischen Morgen der Pilgerweg fortsetzt, und zwar an der Rausmühle am Eifgenbach in der Nähe von Dabringhausen. Das Kamerateam vom WDR erlebt dort eine Pilgergruppe, die im geordneten Zug und mit dem Lied „Großer Gott wir loben Dich“ in eine idyllische Waldwiese bei der Rausmühle einzieht. Danach ist vorübergehend Schluss mit dem Pilgern. Wir stehen dem Fernseherteam Rede und Antwort auf Fragen, die den Sinn unseres Tuns betreffen. Kameramann und Tontechniker bemühen sich, das Besondere an einem Jakobspilger zu entdecken und sind bestrebt, dies einem breiten Fernsehpublikum deutlich zu machen. Während der anschließenden Fußwallfahrt durch wald- und wasserreiches Gebiet sind Kamera und Mikrofon unsere ständigen Begleiter. Wir nehmen es gelassen hin und erreichen bereits um die Mittagszeit unser Tagesziel, die Eschbachtalsperre im Bergischen Land. Dort verabschiedet sich das Kamerateam. Das mitgeführte Filmmaterial müsste für eine abendfüllende Sendung reichen; es wurde daraus aber nur ein Beitrag von ca. sieben Minuten. Unser Mitpilger



Franz Thiele steht in unserer Mitte und beendet den heutigen Pilgergang mit einer kleinen Vorlesung aus dem „Buch von der Pilgerschaft“ des Rainer-Maria Rilke. Es ist eine in Verse gefasste Geschichte, die zum Gottesverständnis beiträgt und uns alle nachdenklich stimmt.

Der Abmarsch mit dem Bus nach Wuppertal gestaltet sich fröhlich. Vor uns liegen noch mindestens zwei schöne Erlebnisse. Zunächst vor dem Rathaus in Wuppertal das Wiedersehen mit den mittlerweile aus Madrid eingeflogenen Pilgerbrüdern Staatssekretär Fernando Moreno und General Castrillo. Danach der Empfang der Pilgergruppe beim Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal.

Der siebte Tag

Am frühen Morgen gibt es ein „schöpferisches Durcheinander“ vor dem Unterkunftsgebäude der Generaloberst-Höppner-Kaserne. Koffer und Taschen werden aus dem Gebäude getragen. Unsere spanischen Mitpilgerinnen sind fröhlich; sie singen und tanzen auf der Straße. Der Gepäckwagen kommt, ein Luxus, den die Pilger des 11. Jahrhunderts sicherlich nicht hatten. Wir verladen unser Gepäck und fahren zum ehemaligen Zisterzienserkloster Altenberg im Bergischen Land, bekannt heute als „Altenberger Dom“. Vor dem Dom treffen wir uns mit einer Abordnung der Kölner Jakobusgesellschaft und weiteren Mitpilgern,

die uns an diesem Tag begleiten. Gemeinsam feiern wir im altherwürdigen Dom die heilige Messe, die der Wehrbereichsdekan III, Rainer Schadt, zelebriert. Seine Predigt richtet er – selbst nach einer Fußverletzung noch am Stock gehend – auf den Pilgerstab und seine spirituelle Bedeutung aus.

„Herr lass uns unser Leben als Pilgerschaft begreifen.“ So heißt es in einer während des Gottesdienstes vorgetragenen Fürbitte, die mich den Tag über nicht mehr loslässt. Nach dem Gottesdienst und der Besichtigung der Klosteranlage pilgern wir über stille Waldwege, vorbei an klaren Wassern und uralten Baumbeständen in Richtung Köln.

Diese Gelegenheit zum Meditieren und zum stillen Gebet sollte man nicht ungenutzt verstreichen lassen. Die Perlen des „Altenburger Rosenkranz“ bringen mir Frieden und eine Ausgeglichenheit, wie sie mir selten zuteil wird.

„Jesus, lass mich offen sein für dein Wort, so wie die Jakobusmuschel offen ist für das klare Wasser, dass ich damit schöpfen und trinken möchte.“ Mit diesem Gebet schließe ich meine Meditation ab. Viel zu bald ist der Bus erreicht, der uns mit kurzem Aufenthalt in Köln nach Kerpen bringt. Dort beziehen wir in der „Boelke-Kaserne“ unsere Unterkunft.

Der Abend eines schönen und friedvollen Pilgertages findet uns in fröhlicher Gemeinschaft unmittelbar

vor dem Unterkunftsgebäude, denn die Betreuungseinrichtungen der Kaserne sind am Wochenende

nicht „auf Kraft“. Bei dieser Gelegenheit stelle ich zum wiederholten Male in meinem Leben fest, dass ein aus dem Stand organisiertes Beisammensein durchaus netter sein kann als eine von langer Hand vorbereitete und auf äußere Formen bedachte Feier. Eine Spindschublade kann sehr wohl den Tisch ersetzen und eine Treppe den komfortablen Sessel, den auch unsere hochrangigen Mitpilger aus Spanien offenbar nicht vermissen.

Der achte Tag

Den ersten Glanz eines besonders festlichen Tages erleben wir im Kölner Dom. Domkapitular Herbert Michels zelebriert das feierliche Hochamt und entbietet uns auf deutsch und auf spanisch ein brüderliches Willkommen. Der Tenor seines zu Herzen gehenden Grußes lautet: „Wir sind alle Pilger und bleiben es ein Leben lang.“

Seine Predigt ist nicht nur eine hervorragende rednerische Leistung, sondern auch eine Ermutigung für uns Pilger auf dem Weg nach Santiago de Compostela. Mit außergewöhnlicher Stimme, reich an Modulationen und Tönungen spricht der Geistliche über die Nachfolge Christi unter Mitmenschen, die ein Zeichen benötigen, das sie selber in ihrem Christsein überzeugt. Seine Worte: „Wer an den Herrn glaubt, der muss sich senden lassen – auch als Schaf unter die Wölfe“, berühren mich zutiefst. Ebenso der mehrsprachig vorgetragene Friedensgruß, der in einer besonders ansprechenden Form unseren spanischen Mitpilgern gilt.

Nach dem Hochamt werden wir vom Generalvikar des Erzbistums Köln, Prälat Dr. Norbert Feldhoff, im Maternushaus begrüßt und zum Buffet eingeladen, eine – wie sich dann bald herausstellen sollte – kulinarische Besonderheit, wie sie einem Pilger nicht alle Tage geboten wird.

General Castrillo und Oberst a.D. Thiele finden herzliche Worte des Dankes und überreichen Buchpräsentate an den Gastgeber. Ein Tag voller Licht und sonntäglichen Empfindungen, trotz Nieselregens am späteren Nachmittag, findet seinen Abschluss in einer Dom- und Stadtführung. Er wird nur getrübt durch



Improvisiertes gemütliches Beisammensein vor der Unterkunft in Kerpen. In der Mitte hinter den Fähnchen Generalmajor a.D. Castrillo, links im dunklen Pullover, Staatssekretär Fernando Moreno.

Nach dem feierlichen Hochamt im Hohen Dom begrüßt er Generalvikar des Erzbistums Köln, Dr. Norbert Feldhoff (l.), die Pilger im Maternushaus

den Umstand, dass Staatssekretär Moreno und General Castrillo heute bereits wieder den Heimflug antreten müssen. Außerdem können wir nicht ganz vermeiden, in den Strudel des „Christopher-Street-Day“ hineinzugeraten.

Der neunte Tag

Wir brechen wieder mal auf. Der Weg ist zwar ständig das Ziel, aber letztlich muss man irgendwo sein müdes Haupt zur Ruhe betten. Hierfür, wie auch für alle anderen Vorhaben des Tages, ist wieder vorbildlich gesorgt. Als Gepäckwagen und Busse vor der Unterkunft vorfahren, kann ich beim Verladen der vielen Koffer und Taschen (meine sind auch dabei!) und beim Wahrnehmen des fröhlichen Füreinander und Miteinander ein Lächeln nicht unterdrücken, geht mir doch eine jahrhundertalte Volksweisheit durch den Kopf:

*„Wer reisen will,
der schweig fein still,
geh steten Schritt,
nehm nicht viel mit,
tret an am frühen Morgen
und lasse heim die Sorgen.“*

*(Phil. v. Sittewald (1650); Motto
von Baedekers Reisehandbüchern)*

Im „steten Schritt“ sind wir ab neun Uhr im Deutsch-Belgischen Naturpark zwischen Düren und Aachen unterwegs. Der Pilgerweg ist leicht zu begehen, gleicht mehr einem Naturlehrpfad, wird von der Sonne überstrahlt und regt dazu an, den Sonnengesang des heiligen Franz von Assisi anzustimmen:

*„Gelobt seist Du, Herr,
mit allen Wesen, die du geschaffen,
der edlen Herrin vor allem,
Schwester Sonne,
die uns den Tag heraufführt
und Licht mit ihren Strahlen,
die Schöne, spendet;
gar prächtig in mächtigem Glanze:
Dein Gleichnis ist sie, Erhabener.“*

Aus diesem Zustand der inneren Freude und des „Einssein“ mit der Natur löse ich mich erst nach Stun-



den. In der Nähe der Kirche St. Barbara in Breiningen parken unsere Busse. Wir sitzen auf und fahren zum Soldatenfriedhof bei Hürtgen. Voller Trauer stehen wir inmitten der Gräberreihen im stillen Gedenken an die Millionen Toten von Krieg und Gewaltherrschaft. Oberst a.D. Franz Thiele spricht über die Schlacht im Hürtgenwald, die zahllose Opfer auf Seiten der Deutschen und der Alliierten gekostet und unendliches Leid auch in diese stille, abgelegene Gegend gebracht hat.

In gedämpfter Stimmung fahren wir weiter. Unser nächstes Ziel ist der Tagebau Hambach.

Von einem Aussichtspunkt, in der Nähe der gewaltigen Braunkohlengrube, haben wir einen guten Überblick über das Abbaugelände. Tröstlich ist die Gewissheit, dass hier nicht nur gebaggert, sondern auch rekultiviert wird. Am späten Nachmittag erreichen wir unsere Unterkunft in der Donnerberg-Kaserne, Eschweiler.

Der zehnte Tag

Bevor wir heute nach Kornelimünster fahren, um von dort unseren Pilgergang in Richtung Aachen fortzusetzen, nehmen wir an einer zweistündigen theoretischen und praktischen Einweisung in die Aufgaben und in die Gliederung der Technischen Schule des Heeres (TSH/FSHT) teil. Leitender ist Oberstleutnant Werner, der uns die Schule mit ihren hervorragenden Möglichkeiten der technischen Aus- und Weiterbil-

dung vorstellt. Gegen 09.30 Uhr verlassen wir mit unseren Bussen die Kaserne, nehmen am Tor noch weitere Jakobspilger aus dem Aachener Bereich auf und erreichen wenig später die Probsteikirche St. Kornelius in Kornelimünster, einem mittelalterlichen Wallfahrtsort an der Inde.

Dieser wunderschöne, sakrale Bau mit seinen spätgotischen Gewölbemalereien lädt zur Besichtigung und zum stillen Gebet ein. Danach begeben wir uns auf die Fußwallfahrt über ca. 14 km nach Aachen. Auch heute, auf der letzten Teilstrecke unserer Wallfahrt, werden wir vom Wetter begünstigt. Es geht zügig voran, wir durchqueren den Aachener Stadtwald und beenden unseren Pilgergang in der St. Jakobuskirche zu Aachen. Im Pfarrsaal treffen wir uns mit Angehörigen der Deutschen St. Jakobus-Gesellschaft – an der Spitze der Generalsekretär der Gesellschaft, Herr Bahnen. Es gibt herzliche Worte der Begrüßung, spanischen Wein und appetitanregende „tapas“. Eine so lobenswerte Gastfreundschaft sorgt im Nu für eine hervorragende und familiäre Stimmung im Saal. Gegen 17.30 Uhr nehmen wir unsere Plätze in der St. Jakobuskirche ein und beschließen mit einer heiligen Messe, zelebriert von Militärfarrer Alber Forst, in andachtsvoller Form unseren Pilgerweg 2001 von Coesfeld nach Aachen. Die Predigt nimmt die Wechselbeziehung zwischen dem (weithin sichtbaren) Segel eines Bootes, das die Kraft des Windes in Bewegung

umsetzt, und dem (unsichtbaren) Schwert, das dem Boot Stabilität gibt, als Ausgangspunkt zum Nachdenken darüber, was der Mensch wirklich für die Reise seines Lebens braucht.

Der elfte Tag

Am frühen Vormittag befinden wir uns im „Weißen Saal“ des Aachener Rathauses; das ist der Saal, in dem der Karlspreis an Persönlichkeiten verliehen wird, die sich um die europäische Bewegung

und die Einigung Europas verdient gemacht haben. Heute werden wir in diesem beeindruckenden Repräsentationsraum von Bürgermeisterin Sabine Verheyen herzlich begrüßt und anschließend durch das Rathaus geführt. Der Rundgang vermittelt uns einen hervorragenden Einblick in dieses geschichtsträchtige Haus. Außerdem erhalten wir von der Bürgermeisterin Informationen über Aachen als grenznahe Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger dem europäischen Gedanken besonders nahe stehen. Nachmittags besichtigen wir

den Hohen Dom zu Aachen und die Domschatzkammer mit dem bedeutendsten Kirchenschatz nördlich der Alpen. Der Tag vollendet sich mit einem feierlichen Gottesdienst im Hohen Dom, zelebriert von Prälat Dr. August Peters.

Den Abend verbringen wir im großen Speiseraum der Donnerberg-Kaserne. Es ist Zeit, von einander Abschied zu nehmen. Wir tun das im Verlauf eines schwing- und stimmungsvollen Abends. Am Morgen des 12. Juli treten wir die Heimreise an.

Ausblick

Warum sollten wir beim Abschied auch Wehmut aufkommen lassen, es liegt doch ohnehin alles in Gottes Händen. Wenn es sein Wille ist, werden wir uns im nächsten Jahr in Spanien auf dem „camino“ wiedersehen. Die nächste Wallfahrt ist wieder in Spanien und unter spanischer Regie für den Zeitraum 28.06. bis 8.07.2002 (an/ ab Madrid) geplant und wird die Pilger von San Juan de Sahagún nach Santiago de Compostela führen. – **In diesem Sinne: VIVA SANTIAGO!**

Blick über das ausgedehnte Areal des Braunkohlentagebaus bei Hambach; wenn man tagelang durch sommerliche Wälder und über grüne Felder gewandert ist, wirkt das in den Boden gerissene Loch wie eine offene Wunde. (Fotos K.-H. Klein)



Weltjugendtag 2002 in Toronto / Kanada

Militärbischof Walter Mixa lädt junge Soldatinnen und Soldaten der zur Teilnahme ein

Nach den Weltjugendtagen 1998 in Paris und im Heiligen Jahr 2000 in Rom, die auch für vielen deutsche Teilnehmer als große geistliche Ereignisse in guter Erinnerung sind, hat Papst Johannes Paul II. im Sommer dieses Jahres zur Feier des XVII. Weltjugendtages vom 22. bis 28. Juli 2002 nach Toronto in Kanada eingeladen. Die Weltjugendtage gehen auf eine Initiative von Johannes Paul II. aus dem Jahr 1984 zurück; seither fanden sechzehn Treffen (im Wechsel auf nationaler und internationaler Ebene) statt. Für das Großereignis im Norden des amerikanischen Kontinents werden wieder Hunderttausende junger Menschen aus allen fünf Erdteilen erwartet.

„Ihr seid das Salz der Erde ... ihr seid das Licht der Welt!“ – unter

dem biblischen Leitgedanken von Mt 5, 13-14 sind alle Jugendlichen eingeladen, die offen sind für neue und gemeinschaftliche Glaubenserfahrungen. In seiner Einladungsbotschaft für Toronto wendet sich der Papst an die Jugend der Welt: „Die Veranstaltung des Weltjugendtages ist bereits zu einem wichtigen Moment eures wie auch des Lebens der Kirche geworden. Ich lade euch daher ein, mit der Vorbereitung auf die siebzehnte internationale Durchführung dieses großen Ereignisses zu beginnen, das im Sommer in Toronto stattfinden wird. Es wird eine neuerliche Gelegenheit sein, Christus zu begegnen, von seiner Gegenwart in der heutigen Gesellschaft Zeugnis zu geben und zu den Baumeistern der Zivilisation der Liebe und der Wahrheit zu werden.“

An den letzten Weltjugendtagen hat auch eine Pilgergruppe von Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr zusammen mit ihrem Militärbischof teilgenommen. Militärbischof Dr. Walter Mixa lädt deshalb für Juli 2002 interessierte junge Christen bis zum Alter von 30 Jahren aus den Streitkräften ein, mit ihm zusammen den Weltjugendtag zu erleben.

Wegen der begrenzten Transportkapazität und der hohen Kosten wird das Kontingent auf 50 Teilnehmer beschränkt. Beim Bundesministerium der Verteidigung wird beantragt, dass Soldaten dafür bis zu 5 Tage Sonderurlaub erhalten können.

Anmeldeschluss ist der 13. Mai 2002 – die Anmeldung erfolgt beim zuständigen Katholischen Standortpfarrer. Dort sind weitere Informationen zu Programm, Reiseplan und Anmeldeformalitäten erhältlich. □

MILITÄRSEELSORGE IM BEREICH DES LEITENDEN MILITÄRDEKANS KIEL (ehem. WB I)

Arbeits- und Wehrbereichskonferenz in Brodten

Zur zweiten Arbeitskonferenz in diesem Jahr hatte der Katholische Leitende Militärdekan (KLMD) in Kiel, Prälat Peter Rafoth, in das Theodor-Schwarz-Haus in Brodten eingeladen. Fast alle Seelsorgebezirksräte und GKS-Kreise im alten Wehrbereich I hatten Delegierte entsandt, so dass KLMD Rafoth neben vielen bekannten Gesichtern, auch drei „Neue“ begrüßen konnte.

Diese Arbeitskonferenz, die zugleich auch die Wehrbereichskonferenz der GKS umfasst, wurde erstmals nach den Bestimmungen des neuen Veranstaltungskatalogs der Militärseelsorge durchgeführt. Damit war auch der Landespastoralrat Schleswig-Holstein vertreten.

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich die Tagung mit der Neustrukturierung der Bundeswehr und den Folgen daraus für die Militärseelsorge, mit dem neuen Kompass, der ökumenischen Zusammenarbeit und mit organisatorischen Fragen.

Die neue Bezeichnung der Wehrbereichsdekane (s.a. Beitrag S. 61 f.) wurde zur Kenntnis genommen. Wenig Verständnis fand die Absicht, den Sitz des künftigen Leitenden Dekans für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern nach Glücksburg zu verlegen. Es spricht sehr viel dafür, mit der Zusammenlegung der beiden Bereiche einen großen arbeitsfähigen Bereich zu schaffen, in dem die vielfältigen Aufgaben der Militärseelsorge besser als bisher erfüllt werden können.

Zum neuen Kompass gab es unterschiedliche Meinungen. Während einige Teilnehmer die Aufmachung auf Glanzpapier, großzügigem Layout, viel Platz und extravaganter Bildausschnitten bemängelten, fanden andere gerade die vorliegende Oktober-Ausgabe sehr gelungen. Besonders erwähnt wurde die Idee, auf der Titelseite das Kreuz der Kirche in das „P“ (= Pax = Frieden) zu setzen. Hier waren offensichtlich Fachleute am Werk, die etwas von ihrer Arbeit verstehen.

Zur Zeit führt die Evangelische Militärseelsorge in Schleswig-Hol-

stein und Hamburg eine Fragebogenaktion durch. Man erwartet daraus Ergebnisse, die auch für die Katholische Militärseelsorge interessant sein können. Jedoch wurde die Fragestellung als etwas unklar bemängelt. So gehen aus den Fragen nicht deutlich hervor, ob nach Militärseelsorge allgemein, evangelischer oder katholischer Militärseelsorge gefragt werde. Trotzdem sind alle auf die Ergebnisse gespannt, ob diese helfen könnten, die Arbeit für die Kirche unter Soldaten künftig noch besser zu machen.

Mit der Klärung einiger Organisationsfragen und Terminabsprachen ging der Beratungsteil der Tagung zu Ende. Am Samstagabend wurde in gemütlicher Runde um Millionen gespielt, die leider nur auf dem Papier gebucht wurden.

Am Sonntag feierten wir einen eindrucksvollen Gottesdienst, in dem das Thema „Danken“ im Mittelpunkt stand. Alle Teilnehmer konnten sich in den Gebeten und Fürbitten wiederfinden. Besonders die Kinder

hatte mit ihrer Betreuerin Charlotte Warner zum Gelingen beigetragen. Sie zeigten in Bildern und Sketchen, wie und wofür man dankbar sein kann. Das waren Kleinigkeiten, wie das Hinterhertragen eines Pausenbrottes oder der Dank dafür, dass ein Kind Eltern hat, die für es sorgen.

(Text u. Foto Franz-Josef Hosse)

An der Arbeitskonferenz beim Leitenden Militärdekan Kiel (ehem. WB I) teilnehmende Kinder präsentieren und erläutern mit ihrer Betreuerin Charlotte Warner an diesem Wochenende entstandene Bilder zum Thema „Danken“.



Ökumenischer Kirchentag in Kiel

„Ja, ist denn schon 2003?“ konnte man sich in diesen Tagen in Kiel fragen. Von allen Plakatwänden, in der örtlichen Presse, in Rundfunk und Fernsehen waren überall Berichte und Hinweise auf den ökumenischen Kirchentag in Kiel zu lesen.

Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) in Kiel hatte zum zweiten ökumenischen Stadtkirchentag um den Franziskustag (4. Oktober) eingeladen. Dieses Datum wird gewählt, weil der Gründer der Stadt, Graf Adolf von Schauenburg, in der von ihm gegründeten Stadt ein Franziskanerkloster gründete, in das er später selbst eintrat.

Während des Kirchentages fanden in allen christlichen Gemeinden Kiels Versammlungen, Informationsabende, Vorträge, Diskussionen und

Begegnungen statt. Zum Abschluss des ökumenischen Stadtkirchentages hatten alle christlichen Gemeinde, Vereine und Verbände Gelegenheit, sich und ihre Arbeit auf der Kirchenmeile vorzustellen. An über 40 Ständen wurde so die Öffentlichkeit in der Kieler Fußgängerzone über Kirche und alles, was damit zusammenhängt, informiert.

Da sich die Militärseelsorge als Teil der Gesamtkirche versteht – sogar als einen Teil, in dem die Ökumene einen ganz großen Stellenwert besitzt –, wurde an einem gemeinsamen Stand über die katholische und evangelische Militärseelsorge informiert.

Der Stand der Militärseelsorge wurde von vielen Besuchern aufgesucht, um Gespräche über Krieg und Frieden, über die Aussage der Kir-

chen zu der aktuellen Situation in Bezug auf den Terrorismus und den richtigen Weg, diesen zu bekämpfen, zu führen. Den Besuchern war anzumerken, dass dieses ein Thema ist, das die Menschen berührt.

Dem Tag der öffentlichen Vorstellung der kirchlichen Angebote Kiels schloss sich der Höhepunkt des Kirchentages an: In der Ostseehalle fand wieder ein großer ökumenischer Gottesdienst statt. Mehr als 7000 Besucher, mehr als 100 Mitwirkende und viele Organisatoren haben einen Gottesdienst vorbereitet, gestaltet und durchgeführt, der vielen noch lange in Erinnerung bleiben wird. Aufgrund der besonderen Situation in dieser Zeit war Mittelpunkt dieses Gottesdienstes die Bitte um Frieden und Gerechtigkeit.

(Text u. Foto Franz-Josef Hosse)



Gemeinsamer Informationsstand der Evangelischen und der Katholischen Militärseelsorge auf dem ökumenischen Kirchentag in Kiel

MILITÄRSEELSORGE IM BEREICH DES LEITENDEN MILITÄRDEKANS HANNOVER (ehem. WB II)

Vorstandswahlen der GKS im ehemaligen Wehrbereich II

Das Wochenende zum Christkönigsfest ist im Zuständigkeitsbereich des Katholischen Leitenden Militärdekans (LMD) Hannover – ehem. WB II, heute niedersächsischer Teil WB I – seit Jahren gleichbedeutend mit dem Treffen zur Arbeitskonferenz. Wie üblich schließt sich die Konferenz der GKS für diesen Bereich an.

Auch in diesem Jahr trafen sich die Delegierten aus den Militärgemeinden und den Kreisen der GKS mit ihren Familien vom 23. bis 25. November 2001 im Niels-Stensen-Haus in Worphausen bei Lilienthal/

Bremen. Selbst Anreisen von mehreren hundert Kilometer Entfernung nahmen einige Delegierte in Kauf um an diesem Treffen teilzunehmen.

Nach brillant kindgerechter Einstimmung auf das Leitthema des Wochenendes „Bioethik“, durch den neuen geistlichen Beirat, Militärpfarrer Otto Gäng, traf man sich zur Begrüßungsrunde, bei der Major Wolfgang Haak als neuer Moderator gewonnen werden konnte. Sein Vorgänger SFw Hans-Jürgen Lang scheidet zum Ende des Jahres aus dem aktiven Dienst bei der Bundeswehr aus und musste somit sein Amt zur



Verfügung stellen. Der Freitagabend war geprägt durch die Verabschiedung des ebenfalls aus der Militärseelsorge ausscheidenden „alten“ Geistlichen Beirates der GKS, Militärdekan Darpel (1). Der Vorsitzende der GKS im Wehrbereich II (alte Bezeichnung), Hptm Peter Muermanns, dankte dem Dekan für seine langjährigen treuen Dienste im Sinne der Gemeinschaft.

Am Samstagmorgen gestaltete Major Haak dann sogleich in seiner neuen Funktion die Einleitung zum Vortrag von Oberfeldarzt Dr. Martin Keim zum Thema „Bioethik“ und leitete die anschließende Diskussion. Von Gentechnologie, über Schwangerschaftsabbruch und die Würde des Menschen bis hin zur Euthanasie war das Spektrum der Ausführungen des Vortragenden.



Wie jedes Jahr reisten die Delegierten und andere interessierte Soldaten mit ihren Familien an, so dass der Samstagnachmittag von einem Programm für alle Familienmitglieder geprägt war. Adventliches Basteln der Frauen (2), das wie gewohnt durch Frau Fischer vorbereitet und begleitet wurde, ergänzte diesmal der Geschäftsführer im WB, Hptm a.D. Fischer, durch ein Angebot für die Männer mit dem Thema „Handwerken mit Holz“ (3). Unter seiner fachlichen Anleitungen wurden Nistkästen für Meisen und Fledermäuse gebaut.

Am Abend folgte dann die Wahl zum neuen Vorstand der GKS im Bereich des KLMD Hannover, bei der Hptm Muermanns mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden wiedergewählt wurde; neue Stellvertreter sind Hptm Engelmann, HfW Loh; Sfw Lang wurde bestätigt, er bleibt

damit auch nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr einer der Stellvertreter des Vorsitzenden.

Nach einer Gesprächsrunde am Sonntagvormittag, bei der Termine für das Jahr 2002 bekanntgegeben und Berichte aus den Arbeiten des Vorstandes der Zentralen Versammlung und des Bundesvorstandes der GKS vorgetragen wurden, traf man sich zum gemeinsamen Gottesdienst in der hauseigenen Kapelle. Der Leitende Katholische Militärdekan Hannover, Msgr. Heinz-Peter Miebach, zelebrierte die hl. Messe zum Christkönigfest und zog mit seiner Katechese zum Thema „Licht“ besonders die Kinder in seinen Bann.

Nach dem abschließenden Stehkafee fiel es einigen jüngeren Teilnehmern besonders schwer sich von den Spielgefährten zu trennen und die Heimreise anzutreten.

(Georg Böhmer)



GKS IM BEREICH DES LEITENDEN MILITÄRDEKANS KÖLN-WAHN (ehem. WB III)

Einfach Glauben Leben

Bei einer inhaltlichen Beschäftigung mit dem Islam fiel den Teilnehmern der Familienwerkwoche 2001 der GKS Nordrhein-Westfalen in Roding-Strahlfeld – und erneut auch mir – die grundsätzliche Einfachheit der „Fünf Säulen“ der religiösen Pflichten der Moslems auf, nämlich Glaubensbekenntnis, fünfmaliges tägliches Gebet, Sozialabgaben für die Armen, Fasten im Monat Ramadan sowie die Wallfahrt nach Mekka.

Am 12. Oktober kam es dann durch Vortrag und Diskussion zu Überlegungen über die Einfachheit des katholischen Glaubens. Hier die Einführenden Gedanken des die Werkwoche begleitenden Militärpfarrers Ludger Uhle, Rheine.

„²⁸Kommt alle zu mir, die ihr euch plagt und schwere Lasten zu tragen habt. Ich werde euch Ruhe verschaffen. ²⁹Nehmt mein Joch auf euch und lernt von mir; denn ich bin gütig und von Herzen demütig; so werdet ihr Ruhe finden für eure Seele. ³⁰Denn mein Joch drückt nicht, und meine Last ist leicht.“ – Werden diese Schlussverse des 11. Kapitels im Matthäus-Evangelium ernst genommen?

Zumindest in Gesprächen über die Struktur oder die Gebote der Kirche kommt es immer wieder zu Klagen über die Schwere und Kompliziertheit (binnen-)kirchlicher Lehren und Praktiken.

Aber Jesus selbst verheißt uns hier ein nichtdrückendes Joch und eine leichte Last, die jeder in seinem Leben tragen kann. Finden sich also in der Grundurkunde unseres Glau-

bens, dem Neuen Testament, Hinweise und Hilfen für ein leichtes, also einfaches Leben im Glauben?

„Geht – macht zu meinen Jüngern – tauft – lehrt sie, alles zu befolgen“ – in dieser Reihenfolge beauftragt Jesus auch heute seine Jünger zur Mission (Mt 28,19-20). Die Reihenfolge ist interessant: Belehrung, um alles einzuhalten, was Jesus uns geboten hat, ist (lebenslanger) Abschluss. Christ ist man schon vorher durch die Taufe, der Rest kommt später.

Die Taufe des äthiopischen Kämmerers durch den Diakon Philippus (Apg 8,26-40) erfolgt ja aufgrund der Begeisterung des Äthiopiens von Leben und Botschaft Jesu, die in aller Fülle Philippus mit Sicherheit nicht vorgelegt hat. Im Vers 37, der als spätere Einfügung erkannt und deshalb ausgelassen wird, heißt es nach

der Frage des Kämmerers, ob er jetzt getauft werden könne: „Da sagte Philippus: ‘Wenn du aus ganzem Herzen glaubst, ist es möglich.’ Er antwortete: ‘Ich glaube, dass Jesus Christus der Sohn Gottes ist.’“ – ein Minimalbekenntnis, das für den Vollzug der Taufe an der Wasserstelle reicht.

Ein vergleichbares Kurz-bekenntnis wird im Römerbrief (Röm 10,9) überliefert: „Denn wenn du mit deinem Mund bekennt: ‘Jesus ist der Herr.’ und in deinem Herzen glaubst: ‘Gott hat Ihn von den Toten auferweckt.’, so wirst du gerettet werden.“ Bekenntnis und Glaube genügen zu dem, was der Mensch letztendlich für sich will: Rettung, die unwiderrufbar und endgültig ist, weil sie von Gott kommt, „Gerechtigkeit“, „Heil“ und „Nicht-zu-Grunde-gehen“, wie es in den beiden folgenden Versen aufgegriffen und erläutert wird.

Mit dem Herzen Glauben und mit dem Mund Bekennen ist nun nicht kompliziert, aber ist es die Umsetzung ins alltägliche Tun?

Dem Gesetzeslehrer antwortet Jesus (Mt 22,37-40): „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit all deinen Gedanken. Das ist das wichtigste und erste Gebot. Ebenso wichtig ist das Zweite: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“

An diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz samt den Propheten.“

Nach einer Selbstaussage ist Jesus nicht gekommen, um das Gesetz und die Propheten „aufzuheben, sondern zu erfüllen“ (Mt 5,17). Mit dem Gebot der dreifachen Liebe – der Gottesliebe, der Nächstenliebe und der Selbstliebe – bietet er eine Kurzfassung der Gebote und Lebensregeln des Alten Bundes. Selbstliebe ist nicht Egoismus, sondern entspricht der Beobachtung, die wir immer wieder machen können: Wer sich selbst nichts gönnt, gönnt auch anderen nichts, oder – positiv formuliert – man muss auch gönnen können.

Mit einem ähnlichen Verweis auf das Alte Testament wird im Matthäus-Evangelium die Goldene Regel durch Jesus benannt (Mt 7,12): „*Alles, was ihr also von anderen erwartet, das tut auch ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.*“ Der Römerbrief fasst zusammen (13,10): „*Die Liebe tut dem Nächsten nichts Böses. Also ist die Liebe die Erfüllung des Gesetzes.*“ Die Grundregeln des

Lebens im Glauben sind und bleiben einfach.

Die Frage übrigens, wer mein Nächster ist, wird nach der Beispiel-erzählung vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37) mit der Gegenfrage Jesu und der Antwort des Gesetzeslehrers unerwartet – und fast unbeachtet – beantwortet: Mein Nächster ist der, der mir – barmherzig – hilft.

Natürlich bleiben Fragen im Bereich des Glaubens und des Lebens. Antworten erhoffen wir endgültig, wenn Jesus „alles vollenden wird“, wie wir im 5. Gesätz des trostreichen Rosenkranzes (GL 33,6) betend meditieren, wenn also das „Reich Gottes“, das „Himmelreich“ mit der Wiederkehr Jesu Christi unvorstellbare Realität geworden ist. Aber hier und da, ohne es festhalten zu können, ist laut Jesus das Reich Gottes schon unter uns (Lk 17,20b-21): „Das Reich Gottes kommt nicht so, dass man es an äußeren Zeichen erkennen könnte. Man kann auch nicht sagen: ‘Seht, hier ist es!’ oder: ‘Dort ist es!’ Denn: Das Reich Gottes ist (schon)

mitten unter euch.“ „*Denn wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen.*“ verspricht Jesus (Mt 18,20) – wir merken es nur nicht immer.

Einfach Glauben leben. Wie Kinder, die sich in der Liebe der Eltern geborgen fühlen und frei entwickelt haben, die sich zanken und doch schnell wieder miteinander spielen, die voll Vertrauen sind, weil sie – noch – nicht getäuscht wurden – einfach so, wie Kinder unkompliziert und einfach sind, sollen wir Glauben leben: „*Wenn ihr nicht umkehrt und werdet wie die Kinder, könnt ihr nicht in das Himmelreich kommen.*“ (Mt 18,3)

Allerdings: Komplizierte Antworten auf einfache Fragen oder gar noch kompliziertere Antworten auf komplexe und somit komplizierte Fragen sind dabei nicht hilfreich. Da hilft dann ein Satz von Dieter Brandes [aus: D. Brandes, Konsequent einfach, München 1999, S. 66]: „Was auf Sie wie Quatsch wirkt, ist meistens auch Quatsch.“ □

GKS-BAD NEUENHR-AHRWEILER

Oktoberfest mit Gottesdienst, Wanderung, Spiel und Spaß

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) feierte bei herrlichem Spätsommerwetter im Bachermer Tal ihr traditionelles Oktoberfest. Dazu hatten sich viele Mitglieder und Freunde mit ihren Familien eingefunden.

Gemeinsam wurde vom Treffpunkt an der Pius-Kirche zur Lourdes-Kapelle im schönen Bachermer Tal ge-

wandert. Vor der Kapelle wurde mit Pfarrer Schmidt der Feldgottesdienst gefeiert. Schmidt, ein „ehemaliger“ Militärfarrer, war kurzfristig für Dekan Molzberger eingesprungen. Neben dem Gedenken an die Terror-opfer in der USA wurde zum Erntedank der Gedanke verfolgt, dass nur wer selbst (unter den Menschen) sät, auch ernten kann.



Auf der Terrasse des Sängerrheimes wurde das Mittagessen eingenommen. Spießbraten und Oktoberfestbier mundeten im Freien besonders gut. Für die Kinder kam keine Langeweile auf: Bei Dosenwurf, Seilspringen, und Boccia konnten viele kleine Preise gewonnen werden. Joachim Oster meisterte mit Humor und Stehvermögen den Ansturm der vielen kleinen und „großen“ Kinder und verteilte die Preise, die von den hiesigen Banken bereitgestellt wurden.

Beim Volleyball- und Fußballspiel wurden die Eltern einbezogen und mächtig gefordert. Das Wetter lud außerdem zum Spaziergang im Grünen mit vielen Gesprächen ein.

Der Höhepunkt des Nachmittags aber war das reichhaltige Kuchenbuffet (viele Frauen hatten vorzüglich gebacken), es wurde mit viel Appetit „gestürmt“. Die abschließende Wanderung zurück zur Pius-Kirche beschloss einen ereignisreichen Tag mit vielen Höhepunkten.

(Michael Wike)

GKS-KREIS AMBERG

Besuch der türkischen Moschee in Amberg

Seit dem 11. September 2001 werden Terrorismus und Islam häufig in einem Atemzug genannt. Im Bemühen, dieses Vorurteil zurecht zu rücken, lud Ismail Ertug, der Pressesprecher des türkisch-islamischen Kulturvereins in Amberg interessierte Bürger zu einer Begegnung mit dem Islam ein. Der GKS-Kreis fühlte sich angesprochen und nahm dieses Angebot gerne an.

Beim Besuch der Amberger Moschee stand neben Ismail Ertug als Dolmetscher auch der Vorbeter der türkisch-islamischen Gemeinde, Imam Yusuf Savas für Erklärungen rund um den muslimischen Glauben und die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Dem Ritual des Schuheausziehens vor dem Betreten des Gebetsraumes hatten auch wir uns zu unterziehen. Angesichts des sauberen Teppichbodens, auf dem wir uns niederließen, eine Selbstverständlichkeit. Überhaupt ist für den gläubigen Moslem die körperliche Reinigung vor dem Gebet wichtig.

Zunächst stellte sich der Imam in seiner Funktion als Verkünder des Koran, als Bindeglied seiner türkischen Gemeinde in Amberg und Umgebung und als Koranlehrer der Jugend vor. Danach erklärte er uns die wesentlichen Bestandteile einer Moschee. In groben Zügen ist da der Platz des Vorbeters zu nennen, ein kleines Podest auf der Stirnseite, sowie die Kanzel für „jeden Tag“ und die Treppenzanzel für das Freitagsgebet. Der Freitag hat im Islam die Bedeutung unseres kirchlichen Sonntags. Der Imam trägt während der Gebetsfeier einen einfachen, einfarbigen Umhang und eine kappenförmige Kopfbedeckung. Dabei spielt das Verbeugen bis zum Boden eine wichtige Rolle. Die Lesung aus dem Koran vollzieht er in kniender Stellung. Das Heilige Buch ist auf einem niedrigen Lesepult abgelegt. Bei der Leseprobe des Imams blieben der singende Tonfall, die Lautstärke und die Art der Betonung nicht ohne Wirkung auf uns Zuhörer.

Der Islam ist eine Religion des Friedens, erfuhren wir. Die größten

Sünden im Islam sind, sich mit Gott auf eine Stufe zu stellen, zu töten, zu lügen und die Eltern schlecht zu behandeln. Außerdem hat der Wohlhabende im Rahmen seiner Möglichkeiten den zehnten Teil seines Einkommens an Bedürftige zu spenden.

Dem Koran als Heiligem Buch (unabänderlich in Arabisch geschrieben) kommt der Status des ewigen Wortes Gottes zu. Im Koran stellt Gott sich selbst vor, definiert sich, unterbreitet seine Vorschriften, vervollständigt und korrigiert die Teiloffenbarungen vorheriger Propheten wie Abraham, Moses und **Jesus**. Der Koran versteht sich gegenüber dem ständigen Wandel der Geschichte als ewig, unantastbar, heilig und erlösend: bis zum Jüngsten Gericht.

Die islamische Zeitrechnung beginnt nach unserem Kalender im Jahr 571 mit dem Propheten Mohammed Ibn Abdallah.

Mit der überzeugenden Aussage, dass der reine Islam eine der friedlichsten Religionen überhaupt sei, endete eine angeregte Debatte, bei der viele Begriffe und Handlungsweisen hinterfragt und geklärt worden sind.

Als kleine Aufmerksamkeit für den informativen Abend überreichte der GKS-Sprecher dem Imam die kleine Medaille der GKS. Diese Geste hatte – nach kurzer Erklärung über die Gepflogenheiten türkischer Gastlichkeit – eine Einladung zu einem Gegenbesuch in unserer Militärkirchengemeinde zur Folge.

(Anton Schill)

Diskussionsrunde im Aufenthaltsraum des türkisch-islamischen Kulturvereins. Am Kopfende des Tisches Imam Yusuf Savas, r. von ihm der Pressesprecher Ismail Ertug, l. GKS-Vorsitzender Amberg Anton Schill



Koran-Leseprobe in der türkischen Moschee in Amberg (Fotos GKS Amberg)



AUSLANDSSTANDORT EL PASO, TEXAS, USA

Ökumenischer Berggottesdienst der Militärgemeinden Fort Bliss am Monte Christo Rey



„Shut the door, keep out the devil – schließe die Tür und lass’ den Teufel draußen“.

Dieses Lied schallte vom Monte Christo Rey, zum Abschluss des Gottesdienstes ins Tal des Landes Mexiko, und der USA Staaten New Mexiko und Texas, die dem Berg mit dem Christus am Kreuz zu Füßen liegen.

In seiner Begrüßung an die Gläubigen der Militärgemeinden, wusste der evangelische Pfarrer Dr. Günter Riedner zu berichten, dass der Berg mit seinen nicht einmal 1.400m Höhe sich klein darstellt gegenüber den anderen Erhebungen der Franklin Mountains. Geologisch wurde der Berg aber, an dessen Fuß sich der Rio Grande entlang schlängelt, von einer lokalen Radiostation als „interessantester Berg Nordamerikas“, bezeichnet.

Geschichtlich ist der Monte Christo Rey ein Zeitzeuge des amerikanischen Südwesten.

Der Königsweg „Camino Real“ führt direkt vorbei. Vor hunderten von Jahren, hat er Azteken und später den Spanier Don Juan Onante mit seinen Leuten an sich vorbeiziehen sehen. Er musste Auseinandersetzungen der Apachen, der Kämpfer des Pancho Villa mit ansehen, und auch

heute noch bleibt es ihm nicht erspart, die Einsätze der Grenzbeamten an der mexikanischen Grenze, gegen illegale Genzübergänger zur Kenntnis zu nehmen

Den jetzigen Namen, hat der Berg einem gebürtigen spanischen Geistlichen, Father Costa, zu verdanken. Dessen Freund Urbici Soler, ein spanischer Bildhauer, wurde mit der Erstellung der 33,5 Fuß hohen Christus-

statue beauftragt, die das 42,5 Fuß hohe Kreuz seit Oktober 1939 ziert. Die Weihe als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ erhielt die christliche Einheit aber erst ein Jahr später.

Während des II. Weltkrieg wurde der Monte Christo Rey zur Gebetsstätte für viele Menschen in El Paso, die um das Leben ihrer Soldaten bangten. Nach dem Krieg galt er als Symbol für den Frieden.

Eine friedliche Stimmung machte sich auch an dem Morgen des 30. Septembers 2001 unter den gläubigen Soldaten mit ihren Angehörigen unter dem Kreuz des Monte Christo Rey breit.

Der katholische Pfarrer Norbert Achcenich machte

Rund hundert Angehörige der Militärgemeinden Fort Bliss, wandern zum Gipfel des „Monte Christo Rey“.

Rast unter dem Gipfelkreuz in 1.400 m Höhe.



seine Predigt zu einer „Bergbesteigung“ und zeigte Beispiele auf, die mit dem Lebensweg authentisch sind. Mühevoll müssten Hindernisse überwunden werden, um endlich auf den Gipfel zu gelangen. Es sei nicht so wichtig, wie schnell man oben ankomme, wichtiger sei, dass man das gesetzte Ziel erreiche. Am Gipfel angekommen könne man wieder klare Luft tanken und sich an dem erfreuen, was das Auge aus großer Höhe erfassen könne. Der Kopf werde wieder frei für Dinge, die von Gott bestimmt noch vor uns lägen, so beendete der katholische Seelsorger seine „Bergpredigt“.

Die Tür blieb zu und der Teufel draußen. Der Berggottesdienst, der auf Anregung von General Scholz vor drei Jahren wieder ins Leben gerufen wurde, hinterließ einen tiefen Eindruck bei den Teilnehmern. Der Kommandeur der Luftwaffe für USA und Kanada, Brigadegeneral Dirk Peter Merklinghaus, hatte an diesem Morgen auch seinen Rucksack geschultert, um die Angehörigen des Standortes El Pasos zu begleiten. Er plädierte sogar dafür, den Berggottesdienst zweimal im Jahr zu veranstalten. (E. Morawitz)



Gemeinsam im Gebet unter dem Kreuz des "Monte Christo Rey", der evangelische Pfarrer Dr. Günter Riedner (l.) und der Katholische Geistliche, Pfarrer Norbert Achcenich. (Text u. Fotos Engelbert Morawitz)

GKS IM BEREICH KLMD SIGMARINGEN:

Neuer Vorsitzender der GKS im (ehem.) Wehrbereich V

Noch war es der Wehrbereich V, in dem die organisierten Laien bei ihrer Herbstkonferenz 2001 eine neue Führungsmannschaft wählten, die sich hier mit dem Kath. Leitenden Militärdekan Sigmaringen (neue Bezeichnung) präsentieren (Bild 1, v.l.): KLMD P. Johannes Müller, StFw Alfred Hintereder, Geschäftsführer der GKS, StFw Roland Brandel, GKS Neu-Ulm, StFw Alfred Bergmann, stv. Vors. GKS, StFw Lothar Flad, Vertreter MilSeelsorgebezirk, Hptm Wolfgang Becker Vors. GKS im Bereich, OTL Klaus Nitsch ehem. Vors. GKS, OTL Peter Wopszina, Vertreter MilSeelsorgebezirk.

(2) Der scheidende Vorsitzende der GKS im WB V Klaus Nitsch (r.)

gratuliert Wolfgang Becker (l.) zur Wahl zum GKS-Vorsitzenden.

(3) P. Johannes Müller verabschiedet den bisherigen Geschäftsführer der GKS im WB V, OStFw a.D. Otto Murgas, und überreicht Gerlinde Murgas einen Blumenstrauß als Dank für das von ihr jahrzehntelang verständnisvoll mitgetragene Laienapostolat ihres Mannes.

(4) Otto Murgas übergibt dem Vorsitzenden Wolfgang Becker als sein Abschiedsgeschenk die Fahne der GKS für den WB V.

(Foto F. Brockmeier)



(1)



(2)



(3)



(4)

GKS UND BDKJ: GEMEINSAME TAGUNG MIT MULTIPLIKATOREN UND VERANTWORTLICHEN IN DER VERBANDSARBEIT

„Gerechter Friede“

Neue Herausforderungen und der Dialog der Kulturen.

Der Bundesvorstand der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und der Bundesvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) führen von Dienstag, den 26. Februar, bis Donnerstag, den 28. Februar 2002, eine gemeinsame Tagung durch, bei der das Wort der deutschen Bischöfe „GERECHTER FRIEDE“ Gegenstand einer vertiefenden Diskussion und Aufarbeitung für die Praxis sein soll.

Veranstaltungsort ist das
Gustav-Stresemann-Institut in Bonn.

Katholische Verbände, die unterschiedliche Traditionen und Zielgruppen im deutschen Verbands-katholizismus repräsentieren, unternehmen damit den Versuch, auf der Grundlage der katholischen Friedenslehre nach Gemeinsamem, aber auch Unterschiedlichem zu suchen. Dies ist notwendig, weil Christinnen und Christen in der gleichen Sache und bei gleicher Gewissenhaftigkeit zu unterschiedlichen Ergebnissen und Schlussfolgerungen kommen können.

Wir alle wissen, dass seit den terroristischen Anschlägen vom September dieses Jahres und den

damit verbundenen Entscheidungen der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer Staaten im Kampf gegen den weltweiten Terrorismus sich neue Fragen stellen, die wiederum uns vor neue Herausforderungen stellen:

- Eignen sich die theologischen, innerstaatlichen und internationalen Elemente und Perspektiven – wie im Hirtenwort „Gerechter Friede“ aufgearbeitet – auch zu Analyse, Bewertung und vorausschauender ethischer Politikplanung nach dem 11. September 2001?
- Welche Antworten und Lösungsvorschläge sind im Kontext eines erweiterten Sicherheitsbegriffes angemessen und ethisch vertretbar?
- Welche Perspektiven für die Regelungen des innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Zusammenlebens stellen sich nach den furchtbaren Ereignissen seit dem 11. September 2001?

Dies aufzuarbeiten, dazu Fragen zu stellen und darauf in Diskussionen Antworten zu suchen, ist Ziel der Tagung.

Verlauf und Inhalt der Tagung

Dienstag, 26. Februar 2002

- 15:30h Eröffnung und Einführung in die Tagung
Bundesvorsitzender BDKJ Knuth Erbe
Bundesvorsitzender GKS Oberst Karl-Jürgen Klein
- 16:30h „Gerechter Friede“
Theologische Dimensionen und Begründungen
Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke
Diskussion und Aussprache

Mittwoch, 27. Februar 2002

- 09:15h „Gerechter Friede“
Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen
Referent Auswärtiges Amt, Berlin
Diskussion und Aussprache
- 10:30h „Gerechter Friede“
Ethische Forderungen an den Dienst des Soldaten unter sich ändernden Rahmenbedingungen
GenMaj a.D. Alphart von Horn, ehem. Chef des Stabes HQ SFOR Sarajevo
Diskussion und Aussprache

- 15:00h Vertiefung in Arbeitsgruppen:
AG 1: Dialog der Kulturen
AG 2: Gefährdung der Sicherheit von Staaten heute
AG 3: Ist Gewalt per se ein Übel?
AG 4: Neue Sicherheitsgefährdungen und Einsatz von Streitkräften
- 17:30h Plenum und Aussprache

Donnerstag, 28. Februar 2002

- 09:15h Podiumsdiskussion
„Gerechter Friede“
Neue Herausforderungen und Dialog der Kulturen
Knuth Erbe, BDKJ
Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, GKS
Dr. Reinhard Voss, Pax Christi
Hasan Osdogen, Islamrat in Deutschland
Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven,
Institut für Theologie und Frieden
Dr. Holger H. Mey, Institut für
Strategische Analysen
- 12:15h Ende der Tagung

GKS IM (EHEM.) WEHRBEREICH II

„Sommer – Sonne – Stroh“

„Sommer, Sonne und Stroh war das Thema des diesjährigen Familienwochenendes der GKS im (ehem.) WB II. Dass es dann mit der Sonne nicht so klappte, muss wohl am Regen gelegen haben, der ja in den Tagen des Septembers letzten Jahres nicht gerade knapp war. Aber getreu dem, Motto „Es gibt kein schlechtes Wetter, nur falsche Kleidung“ ließen sich die 13 angereisten Familien die Tage im Emsland nicht verdrießen.

Gleich am Freitagabend ging es mit einer Überraschung los, als die Meyer-Werft ihre riesigen überdachten Baudocks für einen Besuch öffnete und den Blick auf die auf Kiel liegenden riesigen Kreuzfahrtschiffe ermöglichte.

Am Samstag fesselte dann der Werkstoff Lehm die Teilnehmer.

Zunächst wurde vorgestellt, welche Möglichkeiten das in der Natur unterschiedlich, gefärbt vorkommende Material zur künstlerischen Gestaltung eröffnet. Außerdem gab es anschauliche Informationen, wie der schon von unseren Urvorfahren geschätzte, im letzten Jahrhundert bei uns aber weitgehend in Vergessenheit geratene, Baustoff ökologisches Bauen für gesundes Leben ermöglicht.

Dann ging es ans Werk. Während sich die einen – vorwiegend Frauen und Kinder – mit den künstlerischen Aspekten befassten, ging die andere Gruppe an die handwerkliche Arbeit. So entstanden unerwartet schöne und interessante Lehm-Bilder, die allgemein Begeisterung hervorriefen. Auf der Baustelle

wurde unterdessen gesägt, genagelt, geflochten und verschmiert. Das Ziel, Fachwerk mit Weidengeflecht und Lehmfüllung wurde sicher erreicht; lediglich die Zeit zum Abendbrot verhinderte eine deutliche „Übererfüllung des Plansolls“.

Auf jeden Fall gab, es zum Schluss zufriedene Gesichter.

Nach getanem Werk war dann der Sonntag der Ruhe vorbehalten. Etwas Informationen zum verantwortlichen Umgang mit den Ressourcen der Natur und die Feier der Sonntagsmesse in der nahegelegenen Kirche St. Martin rundeten die gelungene Wochenendveranstaltung ab, so dass nach dem Mittagessen alle frohen Herzens an ihre heimatlichen Herde zurückkehren konnten – sogar bei einigermaßen gutem Wetter. (Lothar Fischer)

BUCHVORSTELLUNG: „Christen im Krieg“

Neue Publikation des Katholischen Militärbischofsamtes

Inmitten der anhaltenden Diskussion um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht erscheint der dritte und letzte vom Katholischen Militärbischofsamt herausgegebene Band über die Seelsorge im Zweiten Weltkrieg. „Christen im Krieg – Katholische Soldaten, Ärzte und Krankenschwestern im Zweiten Weltkrieg“ knüpft inhaltlich an die vergriffenen Bände „Mensch, was wollt ihr denen sagen“ (1991) und „Priester in Uniform“ (1994) an. Es enthält Zeitzeugenberichte aus dem Zweiten Weltkrieg, die dokumentieren, in welchem Spannungsfeld sich damals an der Front katholische Soldaten, Ärzte und Krankenschwestern befanden. In dramatischen Selbstzeugnissen schildern rund 70 Männer und Frauen aus ganz Deutschland – Kriegsteilnehmer und später ranghohe Vertreter der Bundeswehr –, wie sie versuchten, in Kriegszeiten als Christen ihren Überzeugungen treu zu bleiben.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Krieges und der Rückkehr aus der Gefangenschaft brechen die Zeitzeugen endlich ihr

Schweigen. In aller Offenheit berichten sie über die Verlorenheit an der Front, ihre Ängste und Stoßgebete, aber auch über Trost und Beistand durch katholische Seelsorger. Manche leiden bis heute an dem unbewältigten Grauen, dem sie in den Kriegsjahren ausgesetzt waren. Unter denen, die ihre persönliche Erfahrungen und Kriegserlebnisse als Christen im Zweiten Weltkrieg weitergeben befinden sich Persönlichkeiten, die später wesentlichen Einfluss auf die Bundeswehr, das Selbstverständnis der „neuen“ deutschen Soldaten oder das Laienapostolat katholischer Soldaten in der Kirche unter Soldaten genommen haben. Zu diesen gehören beispielsweise der ehemalige Generalinspekteur Heinz Trettner und der spätere Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Willi Weiskirch, oder aber die in der organisierten Laienarbeit der Militärseelsorge wohl bekannten Namen wie Helmut Fettweis, Heinrich Karst, Hans-Georg Marohl, Norbert M. Schütz und seine Frau Cäcilia, Hubert Walitschek. Es kommen aber auch Bauern und

Handwerker zu Wort, die als einfache Soldaten am Krieg teilnahmen.

Christen im Krieg. Katholische Soldaten, Ärzte und Krankenschwestern im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. vom Katholischen Militärbischofsamt und Hans Jürgen Brandt. 408 Seiten, 55 s/w-Fotos und Tafeln.



Der Saarländer **Stephan Caspari** (29, DPSG Mainz) ist auf der Bundeskonferenz der Mitgliedverbände des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) einstimmig zum neuen Sprecher der „aktion kaserne e.V.“ gewählt worden. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre, eine Wiederwahl ist möglich. Caspari löst damit den bisherigen amtierenden Sprecher der „aktion kaserne“ **Dr. Thomas Ludewig** ab, der das Amt seit 1998 inne hatte und für eine erneute Wahl nicht mehr zur Verfügung stand. Die „aktion kaserne“ existiert seit 1969 als „Initiative katholischer Jugendverbände im BDKJ, deren Schwerpunkte die Vertretung junger Wehrpflichtiger sowie die politische Bildungsarbeit zu ausgewählten Fragen des Dienstes der Soldaten ist. (ak)

Gaby Hagemanns (34), BDKJ-Bundesvorsitzende, wurde bei der 74. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) im Oktober 2001 in Berlin erneut für zwei Jahre zur Vorsitzenden des DBJR gewählt. Hagemanns will den DBJR in Berlin neu formieren und die Lobbyarbeit für die Jugend verstärken. Sie warnte vor der Gefahr, dass die Jugendverbände als Ausputzer für gesellschaftliche Schief lagen benutzt werden. (BDKJ)

Hans-Peter von Kirchbach (60), früherer Generalinspekteur der Bundeswehr, ist im November 2001 zum neuen Präsidenten der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) gewählt worden. Wie die evangelische Hilfsorganisation in Berlin mitteilte, tritt Kirchbach die Nachfolge von **Wilhelm Graf von Schwerin** an, der nach 21 Jahren nicht wieder kandidierte. Von Schwerin hatte in den zurückliegenden Jahren den Verband in den östlichen Bundesländern aufgebaut. Von rund 550.000 Mitgliedern 1989 wuchs die 1952 gegründete Hilfsorganisation nach eigenen Angaben auf heute rund 1,2 Millionen Mitglieder. Mehr als die Hälfte der 8.500 hauptamtlichen Mitarbeiter der Johanniter arbeiteten in Ostdeutschland. Kirchbach war in der Öffentlichkeit vor allem durch seinen Einsatz beim Oderhochwasser 1997 bekannt geworden. Er leitete den Einsatz von 30.000 Bundeswehrsoldaten, die das Brechen der Deiche im Oderbruch mit verhindern konnten. (KNA)

Ministerialdirektor a.D. **Wolfgang Burr**, Bonn, ist Nachfolger des CDU-Bundestagsabgeordneten **Andreas Schockenhoff** als Präsident der Katholischen Akademikerarbeit (KAD). Als Stellvertreter wurde **Erich Hasselkurs**, Bochum

gewählt. Die GKS ist Mitglied in der KAD. (KNA)

Detlef Warwas steht seit Anfang Januar 2002 an der Spitze der kirchlichen Trägereinrichtung in der Militärseelsorge.

Mit Beginn des Jahres 2002 hat Militärbischof Dr. Walter Mixa den bisherigen Geschäftsführer der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS), Dipl.-Betriebswirt Detlef Warwas, zum neuen Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts ernannt. Er ist in dieser Aufgabe Nachfolger von Ministerialrat Dr. Hans-Achim Groß, der zum Ende des vergangenen Jahres in den Ruhestand versetzt wurde.

Detlef Warwas, Jahrgang 1953, ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Köln mit dem Schwerpunkt Personalwirtschaft und Unternehmensentwicklung arbeitete er zunächst als Verwaltungsleiter des Caritasverbandes für den Kreis Mettmann. Anschließend übernahm er die Aufgabe des Geschäftsführers des Kolpingwerkes/Kolpingbildungswerkes des Diözesanverbandes Köln. Seit 1983 übte er das Amt des Geschäftsführers der KAS in Bonn aus.

Erhalten Sie den AUFTRAG regelmäßig? – Gibt es Probleme mit der Zustellung? – Stimmt Ihre Anschrift nicht, hat sich Ihre persönliche Situation (Umzug, Versetzung, Dienstgrad, Pensionierung ...) geändert?
Mitgliedern des Fördervereins der GKS (FGKS) wird AUFTRAG als Einzel exemplar ins Haus gesandt.
Füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und schicken Sie ihn im Fensterumschlag an die eingetragene Adresse

Bitte senden Sie die GKS-Zeitschrift AUFTRAG an die folgende Anschrift:

Name:

Vorname:

Dienstgrad/Titel:

Straße, HausNr.:
PLZ, Ort:

Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz
Postfach 37 68

51537 Waldbröl

Bitte ankreuzen: Ich bin

- Mitglied im FGKS
- möchte Mitglied im FGKS werden
- Vorsitzender im GKS-Kreis in
- Ansprechpartner der GKS in
- Mitglied im Sachausschuss

Personalia

Mit seiner Ernennung zum 1. Januar 2002 steht Detlef Warwas nun als Vorstand der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts vor.

Aufgabe der Katholischen Soldatenseelsorge ist die Unterstützung der seelsorglichen und außerdienstlichen Betreuung des Personenkreises, der nach den Päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr dessen Jurisdiktion untersteht. Bei diesem Personenkreis handelt es sich im Wesentlichen um die katholischen Soldatinnen und Soldaten, sowie deren Familien. Da der Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr – anders als die Diözesen – keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, insbesondere nicht Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, musste für die Verwaltung und Verwendung der ge-

nannten kirchlichen Mittel ein eigener Rechtsträger geschaffen werden. Dies ist die Katholische Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts. (KMBA)

Nach dem Ausscheiden von Oberst Dr. Klaus Achmann zum 01.11.2001 aus dem aktiven Dienst, musste Ursula Achmann, weil sie als Ehefrau eines pensionierten Soldaten nicht mehr zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr gehört, ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Katholischen Soldatenseelsorge – Anstalt des öffentlichen Rechts aufgeben. Der Vorstand der Zentralen Versammlung wählte bei seiner Sitzung am 20.10.2001 in Berlin einstimmig den Vorsitzenden der ZV, Oberst i.G. Franz-Josef Pütz, zum neuen Mitglied in diesen Verwaltungsrat. (PS)

Slawoj Leszek Glodz (56), katholischer Militärbischof in Polen, ist von der Polnischen Bischofskonferenz zusätzlich zum „Medien-Bischof“ berufen worden. Er folgt in dieser Funktion dem im Oktober tödlich verunglückten Bischof Jan Chrapek nach. Glodz, der vor 20 Jahren u.a. auch als Moderator bei Radio Vatikan tätig war, erklärte, Ziel der katholischen Medien müsse die „ehrliche“ Information ebenso wie die „Formation und Evangelisation“ sein. (KNA)

Dr. Friedrich Kronenberg (68), früherer Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), ist zum neuen Präsidenten des in der deutsch-polnischen Aussöhnung engagierten Maximilian-Kolbe-Werkes mit Sitz in Freiburg gewählt worden. Der CDU-Politiker Dr. Werner Remmers (70) hat dieses Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. (KNA)

Buchbesprechungen

Gestalten des Glaubens

Gedanken des „Speckpaters“

„Kämpfer für den Frieden“ heißt ein neues Buch mit hundert ausgewählten Gedanken des „Speckpaters“ Werenfried van Straaten. Der Gründer des internationalen katholischen Hilfswerks „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ war seit 1947 als wortgewaltiger Prediger bekannt, bis die Ärzte dem heute 88-jährigen Flamen vor drei Jahren das Predigen verboten haben. Auf seinen Predigt-touren und mit seinem Rundbrief „Echo der Liebe“ hat Pater Werenfried seit 1947 mehr als sechs Milliarden Mark erbettelt, zuerst für die deutschen Heimatvertriebenen, dann für die verfolgte und bedrängte Kirche in aller Welt. Er sei damit wohl der „größte Bettler der Kirchengeschichte“, so „Kirche in Not“.

„Nach menschlichem Ermessen“, so lautet eines der Zitate Pater Werenfrieds, „ist unser Werk ‚Kirche in Not/Ostpriesterhilfe‘ ein Rätsel“. Laut Fokolare-Gründerin Chiara Lubich, die das Vorwort zum neuen Buch verfasste, helfen die veröffentlichten Gedanken „Einblick in dieses Geheimnis zu nehmen“. Der Leser könne „bis zur Wurzel eines Werkes vorstoßen, das von Gott kommt“.

Das Geheimnis des Speckpaters und seines Werkes sieht der Geschäftsführer von „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ Deutschland, Klaus Wundt, darin, dass es Pater Werenfried verstanden habe, „die Liebe und Barmherzigkeit seiner Zuhörer so herauszufordern, dass die Menschen über sich selbst hinausgewachsen und mit ihrer Gabe auch bessere Menschen geworden“ seien. Viele der ausgewählten Worte seien „Funken, die das Herz des Lesers zum Brennen bringen“ könnten.

Das wäre ganz im Sinne Pater Werenfrieds. „Fast zu allen Zeiten“, sagt der heute in Bad Soden lebende Prämonstratenser, „wurde das Christentum den Schwächen der Menschen angepasst, statt die Menschen an der Kraft Christi zu messen. Wenn wir etwas Großes verlangen, dann sind die Leute froh, es tun zu dürfen. Sie sind zu wirklichen Opfern bereit, wenn wir den Mut haben, sie von ihnen zu verlangen. Man muss die Menschen nur davon überzeugen, dass sie für das Reich Gottes unentbehrlich sind.“

Das Buch „Kämpfer für den Frieden“ kann bei „Kirche in Not“ bestellt werden: Postfach 70 10 27, 81310 München; Telefon: 089/7607055; Fax: 089/7696262; E-mail: kinophde@t-online.de.

Romano Guardini

Joachim Reuber: „Romano Guardini begegnen“. Taschenbuch, 184 Seiten, St. Ulrich Verlag, Augsburg, 2001.

Romano Guardini (1885–1968) war einer der größten Religionsphilosophen des 20. Jh. Als Vordenker hatte er Wege beschränkt, die durch das II. Vaticanum Glaubensgut der Kirche wurden. Sein Werk umfasst 41 Bände mit Schriften zur Theologie und Philosophie, Spiritualität und Liturgie, Kulturkritik und Literatur. In dem vorliegenden Buch verknüpft Joachim Reuber (Jg 1968) Leben und Werk Guardinis, um ihn als geistlichen (Kirchen-)Lehrer vorzustellen. Der Autor stellt die Persönlichkeit des Philosophen in den zeit- und kirchengeschichtlichen Zusammenhang. U.a. wird den Jahren 1933–1945 ein eigenes Kapitel gewidmet. Zahlreiche Randbemerkungen erleichtern das weiterführende Beschäftigung mit dem Werk Guardinis. (PS)

Unterhaltung

Tom Clancy: „Im Zeichen des Drachen“. Aus dem Amerikanischen. 1.120 Seiten, Wilhelm Heyne Verlag, München 2000; geb.

Tom Clancy scheint es vorher zu wissen. In seinem Buch „Befehl von oben“ vor zwei oder drei Jahren wird eine Boeing 747 von Terroristen auf das Capitol in Washington gelenkt, die Regierung fällt aus.

In „Operation Rainbow“ vor gut einem Jahr ging es um den terroristischen Einsatz von biologischen Kampfmitteln (Viren) in großem Maße in den USA.

Man fragt sich: Wusste Clancy das schon? Hat er die Zeichen der Zeit besser gedeutet als selbst FBI und CIA? Oder haben gar die Terroristen sich seine „Anregungen“ zum Muster genommen?

Sei es wie auch immer – auch Tom Clancys neues Buch „Im Zeichen des Drachen“ steht mitten in der Realität. Diese 1100 Seiten – Clancy bietet immer viel spannenden Stoff – über die versuchte Ermordung des russischen Geheimdienstchefs, die amerikanische Unterstützung bei der Aufklärung und die Suche nach den Hintergründen sind für Freunde realistisch politisch und militärisch unterlegter Spannungsliteratur ein Muss. Hier geht es um mehr als um einen internationalen Kriminalfall, weil wieder einmal Krieg und Frieden zwischen Weltmächten (diesmal mischt China mit) auf dem Spiel stehen; das verwundert niemanden, der Clancy kennt. Der Mann weiß, wovon er spricht. Hoffentlich hat er diesmal nicht wieder ins Schwarze getroffen.

(Jürgen Bringmann)

Termine · Termine · Termine

- | | |
|---|--|
| <p>14.-15.02. AK KLMD Koblenz in Mainz</p> <p>22.02. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum</p> <p>23.02. Sitzung BV GKS in Bonn, Albertinum</p> <p>26.-28.02. Studientagung von BDKJ und GKS zu „Gerechter Friede“ G.-Stresemann-Institut Bonn</p> <p>26.02. Weltfriedenstag in Rendsburg</p> <p>27.02. Weltfriedenstag in Schwerin</p> <p>04.03. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum</p> <p>07.03. Weltfriedenstag in Münster</p> <p>13.03. Weltfriedenstag in Essen</p> <p>15.-17.03. AK KLMD Köln-Wahn in Günne/Möhnesee</p> <p>18.-22.03. Pfarrhelfertagung in Duderstadt</p> <p>22.03. Weltfriedenstag in Ulm</p> <p>22.-24.03. AK KLMD Sigmaringen in Hechingen</p> <p>22.-24.03. AK KLMD München in Vierzehnheiligen</p> <p>15.04. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum</p> <p>18.04. Weltfriedenstag in Trier</p> <p>19.04. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum</p> <p>22.-24.04. AK KLMD Glücksburg/Kiel</p> <p>29.04. Sitzung EA in Bonn, Albertinum</p> <p>03.-04.05. Frühjahrs-VV ZdK mit Delegiertentreffen AGKOD am 02.05.</p> <p>05.-08.05. Info-Reise BV GKS, SA F+F, InFü nach Leipzig</p> <p>06.-08.05. Hauptagung der GKMD in Fulda</p> <p>06.-08.05. Fußwallfahrt der Soldaten aus Bayern nach Altötting</p> <p>07.05. Weltfriedenstag in Aachen</p> <p>15.05. Weltfriedenstag in Augsburg</p> <p>22.-28.05. 44. Intern. Soldatenwallfahrt nach Lourdes</p> <p>29.05. Mitgliederversammlung der KAS in Berlin</p> <p>03.06. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum</p> | <p>14.-16.06. Sitzung BV GKS in Ulm</p> <p>05. - 07.07. WB-Konferenz WB III in Mülheim</p> <p>21.07.-04.08. Weltjugendtag in Totonto/Kanada</p> <p>26.08. Sitzung EA in Bonn, Albertinum</p> <p>28.08. Weltfriedenstag in Mühlhausen</p> <p>05.09. Weltfriedenstag in Berlin</p> <p>09.09. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum</p> <p>15.-22.09. 42. WdB in Rolduc bei Sterkrade (NL)</p> <p>14.-16.09. Vorkonferenz</p> <p>16.-18.09. ZV</p> <p>18.-21.09. BuKonf GKS</p> <p>27.-29.09. AK KLMD Sigmaringen in Leutkirch/Allgäu</p> <p>11.-13.10. AK KLMD Glücksburg/Kiel in Travemünde</p> <p>11.-12.10. AGKOD-Mitgliederversammlung in Bad Honnef</p> <p>21.-25.10. 47. Gesamtkonferenz der Militärgeistlichen und Pasoralreferenten auf Schloss Hirschberg bei Eichstätt</p> <p>25.-26.10. Konstituierung AK Bereich Ausland in Rolduc/NL</p> <p>25.-27.10. AK KLMD Köln-Wahn in Günne Möhnesee</p> <p>28.10. Sitzung SA S+F in Bonn, Albertinum</p> <p>22.-24.11. AK KLMD Hannover in Worphausen</p> <p>09.12. Sitzung SA InFü in Bonn, Albertinum</p> <p>22.-23.11. Herbst-VV ZdK mit Delegiertentreffen AGKOD am 21.11.</p> |
|---|--|

2003

- | | |
|---|--|
| <p>28.04.-02.05. 9.GKS-Akademie Oberst Helmut Korn im Bonifatiushaus Fulda</p> <p>28.05.-01.06. Ökumenischer Kirchentag Berlin „Ihr sollt ein Segen sein“</p> <p>13.-20.09. 43. WdB Schloss Hirschberg/Beilngries</p> | |
|---|--|

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK KLMD – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutivsausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGV – Militärgeneralvikar, SA InFü – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung, VV ZdK – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Autoren

(soweit kein Hinweis beim entsprechenden Beitrag)

Altendorf, Prof. Dr. Wolfgang

Publizist, Gründer der Altendorfstiftung in Freudenstadt/Schwarzwald, gelegentliche Beiträge im AUFTRAG.

Böhler, Volker W.

Oberst a.D., bis 1999 Mitglied im Vorstand der Zentralen Versammlung. Von 1992-95 Leiter eines Militärattaché-Stabes für die Länder Syrien, den Libanon und Jordanien.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer ehem. stellvertretender Vorsitzender der GKS im Wehrbereich IV.

Elßner, Dr. Thomas R.

Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Theologie und Frieden in Barsbüttel.

Dieser Artikel entstand im Anschluss an eine Feldstudie in Jerusalem im Mai 2001 im Zusammenhang mit der Bundesakademie für Sicherheit.

Görlisch, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- u. osteuropäische Gesellschaften. Publiziert u.a. in „Die Tagespost“ und im AUFTRAG.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., in den 80-er Jahren Verwendung als Militärattaché an der Deutschen Botschaft in Islamabad/Pakistan; Einsatz bei IFOR und SFOR

Kupke, Heinz

Oberstleutnant, begeisterter und regelmäßiger (Militär-)Pilger auf dem Jakobsweg.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland, Dörverden/Aller.

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.

LESEPROBE: CHRISTLICHE BRÄUCHE IM GANZEN JAHR

Schlankheitskur für die Seele – Ein Fitnessprogramm für die Fastenzeit

Körperliche Fitness lassen wir uns et- was kosten. Frühsport am Morgen, ein vitaminreiches Frühstück, ein kalorienarmes Mittagessen, abends nur einen kleinen Imbiss und einen ausgedehnten Spaziergang. Wir verzichten auf Kuchen und Schokolade, auf Bier und Zigaretten. Gelobt sei, was schlank macht! Gelobt sei, was fit hält!

Für die Fastenzeit möchte ich Ihnen gerne ein geistlich religiöses Fitnessprogramm vorschlagen. Es sind drei Punkte zu beachten:

Mehr – Weniger – Überhaupt nicht

Manches muss *mehr* werden. Was für den Körper die Vitamine sind, das ist für die Seele das Gebet und der Gottesdienst, deshalb

1. Nehmen Sie sich Zeit zum Beten!

Morgens, abends und beim Essen sollte man das Beten nicht vergessen.

2. Besuchen Sie öfter auch am Werktag den Gottesdienst!

Jede hl. Messe stärkt unseren Glauben, vermehrt in uns die Gnade, wird zum Segen für Lebende und Verstorbene.

3. Gehen Sie den Kreuzweg!

Man kann das Leiden Jesu gar nicht oft genug betrachten. Wer den Kreuzweg Jesu mitgeht, wird in seinem eigenen Leid getröstet und lernt das Leiden der anderen mittragen.

Wie bei jedem Fitnessprogramm gehören auch zum geistlich religiösen Fitnessprogramm ein paar Einschränkungen, also ein *Weniger*.

1. Fernsehen!

Wir vergeuden viel Zeit, wenn wir jeden Abend oder gar jede freie Minute vor dem Fernsehapparat sitzen. Viele Kinder sind geradezu fernsehabhängig und fernsehsüchtig. Wir brauchen Stunden der Stille. Wir brauchen das Gespräch in der Familie. Cönnen wir uns und der Familie einen fernsehfreien Tag!

2. Weniger aufwendig leben!

Ob wir unseren Kindern einen guten Dienst erweisen, wenn wir sie mit vollem Geldbeutel in die Schule schicken, damit sie sich ihr Pausenbrot selber kaufen? Ob wir uns beim Einkaufen nicht öfter fragen sollten: Brauche ich das wirklich? Müssen wir jeden Schritt mit dem Auto fahren?

Ein Fitnessprogramm fordert auch den Verzicht, das *Überhaupt nicht*, deshalb in der Fastenzeit:

1. Keine Süßigkeiten

Vielen fällt es schwer auf Eis und Bonbons zu verzichten, nicht nach Schokolade und Pralinen zu greifen, aber wer

sich überwindet, hat einen Sieg über sich selbst errungen.

2. Keine Zigaretten

Für jeden Raucher ist es ein großes Opfer, mehr als einen Monat auf die geliebten Zigaretten zu verzichten. Nicht jeder bringt das fertig, aber selbst starke Raucher können sich hier beweisen, dass sie nicht süchtig sind.

3. Keine Tanzveranstaltungen

Die Fastenzeit lässt uns an Jesu Leiden und Sterben denken, da schickt es sich nicht, dass man zum Tanzen geht.

Wenn die Kirchenväter von der Fastenzeit sprechen, umfasst ihr Fitnessprogramm zur Vorbereitung auf das hohe Osterfest ebenfalls drei Punkte:

Fasten – Gebet – Almosen

Von Almosen war bis jetzt noch nicht die Rede, aber was tun wir mit dem gesparten Geld, weil wir weniger aufwendig leben, keine Süßigkeiten und Zigaretten kaufen, den Eintritt für die Diskothek sparen? Wir schenken es am Passionssonntag den Armen dieser Welt beim Misereor Opfer.

Diese Leseprobe ist dem Buch „Glauben feiern. Christliche Bräuche im ganzen Jahr“ von Ludwig Gschwind – erschienen im St. Ulrich Verlag Augsburg, 2001, 144 Seiten – entnommen.

Wie könnte man ein lesenswertes Buch besser vorstellen als durch eine Leseprobe. Ludwig Gschwind ist seit 1974 katholischer Landpfarrer und Dekan in Mittelschwaben. Aus der großen Fülle des christlichen Brauchtums im deutschsprachigen Raum hat er die wichtigsten Traditionen in einer heiteren Mischung von Grundaussagen und Begleiterscheinungen zusammengestellt. So kann man mit seinem Buch auf eine vergnügliche Entdeckungsreise zu den schönsten Bräuchen des Volksglaubens gehen. Und, was für Väter gerade mit jüngeren Kindern sicher besonders wichtig ist, man kann seine Kinder erzählerisch mit auf diese spannende Reise durch das Kirchenjahr nehmen, bleibt keine Antwort schuldig und vermittelt auch noch unverzichtbares Glaubensgut.

Das im Buch enthaltene Wissen über christliches Brauchtum gibt darüber hinaus Anregungen, die Feier kirchlichen Festtage in der Familie zu überdenken und bewusster zu gestalten. Dies vermittelt Freude, gibt der Familie das Gefühl, dass ihre Gemeinsamkeit wertvoll ist und festigt zudem die emotionalen Bindungen zwischen den Familienmitgliedern.

(PS)

Lebensweisheit

Die Reihe **HUNDERT WORTE**, die der Verlag Neue Stadt herausgibt, umfasst inzwischen 23 Bände und hat eine Auflage von 120.000 erreicht. Einige Titel wurden bereits im **AUFTRAG** besprochen.

Zum 40. Todestag des früheren Generalsekretärs der Vereinten Nationen am 17. September hat der Verlag ist ein neuer Band

„Jeder Tag ein Leben – Hundert Worte von Dag Hammarskjöld“

herausgegeben. Waltraud Herbstrith hat aus der Hinterlassenschaft des schwedischen Politikers 100 Worte und Kurztexte ausgewählt, die zum einem bleibenden Erbe des Mannes gehören, der bereit war, Verantwortung für den Weltfrieden zu übernehmen, und dem es trotz aller Verpflichtungen beispielhaft gelungen war, tiefen Lebensfragen nach zu gehen. So gibt diese Zusammenstellung gerade vielbeschäftigten Menschen mit wenig Zeit Anregungen, sich nicht in den Anforderungen von Beruf und Alltag zu verlieren. Ein vielleicht gerade für Soldaten zutreffendes Textbeispiel:

*Wenn Morgenfrische
der Mittagsmüdigkeit weicht,
wenn die Beinmuskeln
vor Anstrengung beben,
wenn der Weg unendlich scheint
und plötzlich nichts mehr gehen will,
wie du es wünschst –
gerade dann darfst du nicht zaudern.*

Des weiteren ist ein Bändchen **„Der Friede lässt uns keine Ruhe – Hundert Worte über den Frieden“**, hrsg. von Wilhelm Mühs, erschienen. Es sind Gedanken und Kurztexte bekannter Persönlichkeiten aus verschiedenen Religionen – aus der christlichen, muslimischen und fernöstlichen Tradition, aus vielen Jahrhunderten –, die Mut machen wollen, Wege des Friedens zu suchen und zu gehen. Zwei Aussagen, die gerade heute den Nagel auf den Kopf treffen:

*Gewalt schafft niemals
einen dauerhaften Frieden.*

Martin Luther King

*Die Friedensliebe fängt damit an,
dass man aufhört,*

von gerechten Kriegen zu sprechen.

Siegmund Graff

Eins muss noch nachgeschoben werden, die in allen bisher vorliegenden Bänden gesammelten Gedanken erschließen sich nicht beim flüchtigen Lesen. Man sollte sich schon ein paar Augenblicke Zeit nehmen, über den tieferen Sinn zu meditieren. (PS)

Buchbesprechung

Geschichte und Religion

Christoph Becker, Gerda Riedl und Volker Voss (Hrsg.): „Hexentribunal. Beiträge zu einem historischen Phänomen zwischen Recht und Religion“. St. Ulrich Verlag, Augsburg, 2001, 416 S.

Im Sommersemester 2000 veranstaltete die Universität Augsburg ein fachübergreifendes Seminar zum Thema „Inquisition und Hexenverfolgung“. Dabei sollte die Deutung eines uns Heutigen unbegreiflichen Phänomens versucht werden. Beteiligt waren neben Rechtswissenschaftlern, Theologen und Historikern auch die Disziplinen Volkskunde, Soziologie, Psychologie, Medizin, Biologie, Ökonomie und Politik, nicht zuletzt auch die „Geschlechter“-Forschung. Der vorliegende Sammelband dokumentiert die beim Seminar gehaltenen Vorträge und gibt, soweit es möglich war, auch Erkenntnisse aus den Diskussionen wieder. Wie die Herausgeber schreiben, wollen die Beiträge „die Hexenverfolgung, ihre geistigen Grundlagen und ihren Anklang als Erscheinungen ihrer Zeit mit dem Verständniszusammenhang und mit den Absichten der Zeitgenossen entwickeln. Das Anliegen ist es nicht, über die Vergangenheit zu richten. Es geht also insbesondere nicht um die Frage, ob die Kirchen als der Menschheit verpflichtete Institutionen versagten. Hexenverfolgung war ein Phänomen der Gesellschaft insgesamt.“ Dennoch wurde die Rolle der Kirchen als fördernde oder unterlassende Beteiligte“ in die Betrachtungen einbezogen.

Die Beiträge der verschiedenen Autoren reichen von den antiken Ursprüngen des juristischen Umgangs mit Zauberei, über die Entwicklung des Inquisitionsverfahrens aus dem römischen Recht bis zum Abebben der Hexenprozesse im 18. Jh. Damalige Gegner der Verfolgungspraxis (Friedrich Graf Spee) wie auch ihre Befürworter (Heinrich Kramer) kommen zu Wort.

Die Herausgeber warnen ausdrücklich vor einer vordergründigen Entüstung über die unbegreiflichen Entgleisungen der Gesellschaft, deren zeitlicher Schwerpunkt zwischen dem 15. und dem 18. Jh. lag. Sie fordern dazu auf, sich in der Urteilbildung zu bescheiden und mit einer „ethischen Würdigung aus der Sicht einer vermeintlich besseren gesellschaftlichen Anschauung“ zurückzuhalten. Denn, so stellen sie fest, „scheint es unsere Gesellschaft neuerdings in einigen Teilen – welche sich vehement Gehör zu verschaffen verstehen – für richtig zu erachten, dass man sogenannte ‚verweiste‘ oder eigens erzeugte menschliche Embryonen, schönfärbend und verschleiern auch als ‚überzählige embryonale Stammzellen‘ oder als ‚ES-Zellen‘ bezeichnet, zu Forschungszwecken ‚verbraucht‘, d.h. menschliches Leben aus vagem Wissensdurst vernichtet.“ (PS)

Dienst am Menschen Dienst am Frieden



Arbeit für den Frieden
Work for peace
Travail pour la paix
Lavoro per la pace
Работа за мир
Praca dla pokoju
Munka a békéért
Práce pro mír
Darbošanās par mieru
Töö rahu heaks
Arbeit für den Frieden
Work for peace
Travail pour la paix
Lavoro per la pace
Работа за мир
Praca dla pokoju
Munka a békéért
Práce pro mír
Darbošanās par mieru
Töö rahu heaks
Arbeit für den Frieden
Work for peace
Travail pour la paix
Lavoro per la pace
Работа за мир

Die Aufgaben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge – Bausteine des Friedens

☐ Er **erhält** und pflegt 1,9 Millionen deutsche Kriegsgräber auf Soldatenfriedhöfen in West- und Osteuropa, damit die Mahnung zum Frieden und zur Versöhnung deutlich sichtbar bleibt.

☐ Er **sucht** in Osteuropa nach den Kriegsgräbern und klärt Schicksale, damit das lange Warten der Angehörigen auf eine Nachricht endlich ein Ende hat.

☐ Er **baut** Friedhöfe für die Gefallenen und Kriegsgefangenen endlich auch dort, wo die Teilung Europas dem Volksbund den Zugang so lange verwehrte.

☐ Er **erinnert** an die Opfer von Krieg und Gewalt, denn Erinnern und Gedenken sind der Preis des Friedens.

☐ Er **erfüllt** eine humanitäre Verpflichtung im Auftrag der Bundesregierung, denn Frieden und Versöhnung sind Aufgaben der Gesellschaft und nicht allein des Staates.

☐ Er **fördert** die nationale und internationale Jugendbegegnung, denn Verständnis, Freundschaft und Versöhnung sind die Geschwister des Friedens.

☐ Er **trägt** bei zur Friedenserziehung in den Schulen, damit dort ergänzend zum Elternhaus der Grundstein gegen Krieg und Gewalt gelegt wird.

Über 1,3 Millionen Mitglieder und Spender helfen dem Volksbund bei seiner weltweit anerkannten Arbeit für Frieden und Versöhnung!

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Werner-Hilpert-Straße 2, 34112 Kassel

Tel: 0561-7009-200, Fax: -7009-221

Spendenkonto: 4300603, BLZ 50010060 – Postbank Frankfurt



Unsere Sprache: katholisch



**Wir sind Ihr Informationsteam vor Ort.
Lernen Sie uns kennen.
Stellen Sie uns auf die Probe -
6 kostenlose Ausgaben lang!**

0800/62 8 62 66
freecall

Die Tagespost

Katholische Zeitung für Politik,
Gesellschaft und Kultur

Verlag Johann Wilhelm Naumann
Juliuspromenade 64
D-97070 Würzburg
Telefon 09 31/3 08 63-0
Telefax 09 31/3 08 63-33

www.die-tagespost.de

Die Tagespost

richtet mit einem **klaren katholischen Profil**

den Blick auf wesentliche Entwicklungen in Politik, Kirche und Gesellschaft ...

dient Ihnen als **zuverlässige und seriöse Informationsquelle**, die in einer Zeit der flüchtigen Meinungen und aufgebauschten Sensationen stets klare Orientierung bietet ...

bietet Ihnen **exklusiv recherchierte Beiträge**, fundierte Hintergrundberichte und Kommentare mit hohem Informationsgehalt ...

dokumentiert schneller als jedes andere katholische Printmedium Texte des kirchlichen Lehramts, der Bischöfe und kirchlicher Gruppierungen zu wichtigen gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

Jede Woche recherchieren und produzieren wir für Sie ...

8 Seiten **Kirche aktuell** mit umfassenden Informationen und Dokumentationen zum kirchlichen Geschehen im deutschsprachigen Raum, weltweit und in Rom ...

9 Seiten **Politik und Zeitgeschehen** mit Nachrichten, Hintergründen, Kommentaren ...

14 Seiten **Fuilleton** mit Kultur, Medien, Literatur, Wissenschaft und Reise ...

6 Seiten **Wirtschaft** und Berichte aus aller Welt ...

und 3 Seiten Aussprache im **Leserforum** ...

40 Seiten, die sich lohnen!



*Wann Sie sich
zum Informations-
empfang der vie-
lgesten katholischen
Zeitschrift in
deutschsprachiger
Form ...*

*Bitte senden Sie mit kostenloser und unverbindlicher
eine zweiwöchige Leseprobe an nachfolgende Adresse*

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Mein Wunschtermin für den Start der Leseprobe:

Anzl_02 41



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint mind. viermal jährlich.
Herausg.: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN, Breite Straße 25, 53111 Bonn.
Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Oberleutnant Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG, c/o Paul Schulz, Postfach 3768, 51537 Waldbröl, Tel: 02291-900461, Fax: 02291-911637 oder 02295-1044 (bt), e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.
Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.